

Monika Alisch | Manuela Westphal (Hrsg.)

Soziale Nachhaltigkeit in der (Post)Migrationsgesellschaft

Band 14



Soziale Nachhaltigkeit in der (Post)Migrationsgesellschaft

Buchreihe
Gesellschaft und Nachhaltigkeit

herausgegeben vom Zentrum Gesellschaft und
Nachhaltigkeit (CeSSt) der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Monika Alisch
Prof. Dr. Carola Bauschke-Urban
Dr. Sylvia Pannowitsch
Prof. Dr. Martina Ritter
Prof. Dr. Bettina Stoll

Band 14

Monika Alisch
Manuela Westphal (Hrsg.)

Soziale Nachhaltigkeit in der (Post)Migrationsgesellschaft

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2023

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz. Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742745>). Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2745-2 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1915-0 (PDF)
DOI 10.3224/84742745

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Typographisches Lektorat: Anja Borkam, Jena – kontakt@lektorat-borkam.de
Druck: docupoint GmbH, Barleben
Printed in Europe

Vorwort der Reihenherausgeber*innen

In der Diskussion um Nachhaltigkeit hat sich längst eine Sichtweise durchgesetzt, welche die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit – sozial, ökologisch und ökonomisch – als unteilbar miteinander verbunden erkannt hat und stärker die Wechselwirkungen und Zielkonflikte insbesondere mit Blick auf soziale Innovationen fokussiert.

Die angestrebte Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit und das Ausbalancieren der drei Nachhaltigkeitsdimensionen ist die große gesellschaftliche Herausforderung und kann in einer hoch differenzierten Gesellschaft nur dann gelingen, wenn die Vielfalt der Perspektiven ausreichend zum Tragen kommt und entsprechende Institutionen kooperativ und kommunikativ ihre Ressourcen auf diesen Anspruch ausrichten.

Als Bildungseinrichtung sieht sich die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Fulda gefordert, diese Herausforderung anzunehmen und in der Forschung nicht nur interdisziplinär, sondern transdisziplinär aufzugreifen. Dazu hat die Hochschule im Jahr 2011 das wissenschaftliche Zentrum „Gesellschaft und Nachhaltigkeit – Centre of Research for Society and Sustainability (CeSSt)“ gegründet, in dem sich über fünfzig Wissenschaftler*innen aus verschiedensten Fachgebieten für einen wissenschaftlichen Austausch und die Entwicklung von innovativen Forschungs- und Transferprojekten zusammengetan haben.

Die Schriftenreihe „Gesellschaft und Nachhaltigkeit“ dokumentiert die Arbeit des Zentrums und sensibilisiert für eine sozialverträgliche Entwicklung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Gefragt wird, ‚was‘ zu tun ist, aber auch ‚wie‘ gesellschaftliche Verantwortung umgesetzt und soziale Innovationen befördert werden können.

Die Beiträge der seit dem Jahr 2012 erscheinenden Schriftenreihe befassen sich nicht nur mit Fragen der Befriedigung von Grundbedürfnissen zur Reduzierung von (globaler) Armut, sondern auch mit denen der Entwicklung von Humankapital beispielsweise durch Bildung oder Gesundheitsversorgung und adressieren neben diesen auf materielle und immaterielle Ressourcen gerichteten Herausforderungen auch die Gender- und Generationengerechtigkeit, sozialräumliche Disparitäten und die Operationalisierung von Menschenrechten durch Prozesse von Teilhabe.

Fulda, Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Reihenherausgeber*innen.....	5
--	---

Monika Alisch und Manuela Westphal

Gesellschaftliche Transformation als Herausforderung Sozialer Arbeit und Migration	11
---	----

I Subjektive und partizipative Perspektiven auf Spannungsfelder von Transformation

Tatevik Mamajanyan

Auswege aus der Spirale der Ausgrenzung: Umgangsstrategien mit Fremdheit von früh und neu zugewanderten Menschen	35
---	----

Khulud Sharif-Ali

Teilhabeprozesse von somalischen Frauen zwischen Erwartungen und Realität aus einer intersektionalen Perspektive	58
---	----

Peter Engert und Alexandra Zein

Unpässlichkeiten – Netzwerke von Migrant*innen im biografischen Verlauf und die Zukunftsfähigkeit der Pflegeberatung	77
---	----

Saumya Pant

Gender, Family and Emotional work – Building Sustainable Models via Experiences and Expectations of Highly Qualified Female Love Migrants in Germany	94
--	----

II Erfordernisse institutioneller Transformation

Jens Vogler

Zwischenräume Sozialer Nachhaltigkeit in der migrationsbezogenen
Praxis Sozialer Arbeit – Eine empirische Spurensuche 117

Anke Freuwört

Nachhaltigkeit ohne Wahlrechte? Wie sich Migrant*innen politisch
artikulieren 131

Jonas Hufeisen

Integrationsprozesse in Kleinstädten nachhaltig gestalten – Eine
Rekonstruktion handlungsleitender Orientierungen lokaler
Akteur*innen 146

Olga Kytidou

Hate Speech, (in)tolerance and social cohesion: from the incrimination
of refugee and migrants in Greek and German newspapers to
sustainable journalism..... 167

Martha Kleist

Humanitäre Aufnahme als nachhaltiges Schutzprogramm für
Geflüchtete: Bedingungen und Auswirkungen von Vulnerabilität als
Kategorie im Resettlementprozess 183

III Ansätze transformativer Bildungsforschung

Franziska Korn

Transnationalität in institutionalisierten Bildungskontexten..... 199

Jiayin Li-Gottwald

Social sustainable development: A case of the Chinese complementary
schooling in Berlin 214

Vanessa Probst

Soziale Nachhaltigkeit und Übergänge von Menschen mit Fluchterfahrung im Kontext beruflicher Qualifizierung: Eine qualitative Verlaufsstudie	231
Autor*innenverzeichnis	247

Gesellschaftliche Transformation als Herausforderung Sozialer Arbeit und Migration

Monika Alisch und Manuela Westphal

Vor mehr als dreißig Jahren wurde versucht, mit dem Attribut *nachhaltig* solche Formen von Entwicklung zu beschreiben, „die Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen“ (Spangenberg 2002 mit Verweis auf WCED 1987). Diese Formulierung der sog. Brundtland-Kommission hat dazu geführt, die langfristigen und globalen Entwicklungen von Umwelt, Klimawandel und Wirtschaftsweisen, die diese beeinflussen, besonders zu fokussieren. Vielleicht ist das der Grund, weshalb seit den 2000er Jahren Soziale Nachhaltigkeit nicht nur als „eine Säule“ von Nachhaltigkeit neben Ökologie und Ökonomie debattiert, sondern die gesellschaftliche Verantwortung für nachhaltige Lebensqualität bewusst betont wurde.

Holzbaur (2020: 36) beschreibt entsprechend die „Kernelemente des gesellschaftlichen Aspekts der Nachhaltigkeit“. Dies „sind die gesellschaftliche Wirkung, insbesondere Verteilungsgerechtigkeit und Partizipation sowie die Freiheit bei der Gestaltung des eigenen Lebens“ (ebd.). Diese sozialen Aspekte stehen also eigentlich im Zentrum von Nachhaltigkeit. Holzbaur belegt dies mit den Zielsetzungen „jetzige und zukünftige Generationen sollen ihre Bedürfnisse befriedigen können“ (ebd.) sowie „die Einbeziehung aller in das gesellschaftliche Leben (Inklusion) und in die Entscheidungsprozesse (Partizipation)“ (ebd.).

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ging deutlich weiter als die Expert*innen der 1980er Jahre und forderte für die nachhaltige Gesellschaft eine „erweiterte Definition von Lebensqualität und Wohlstand, die über materiell-ökonomische ‚objektive‘ Faktoren hinaus, auch ‚subjektive‘ Faktoren wie z. B. Selbstwirksamkeit, Identität, Solidarität, Zugehörigkeitsgefühle, Vertrauen und soziale Netzwerke einbezieht“ (WBGU 2017: 17). Diese seien das „soziale Kapital einer Gesellschaft, der Kitt, der Gesellschaften zusammenhält“ (ebd.) und die eigentliche „Grundlage einer Transformation zu Nachhaltigkeit“ (Wittmayer/Hölscher 2017: 71). Angesichts der rasanten ökologischen, weltwirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der letzten Jahre ist diese Erweiterung dringend gebo-

ten. Insofern steht inzwischen der Begriff der „Transformation“ für die Aufgabe zu klären, „wie sich moderne Gesellschaften, die sich in einem Zustand struktureller Nicht-Nachhaltigkeit befinden, in Richtung Nachhaltigkeit transformieren können“ (Sommer/Welzer 2017: 16). Der WBGU sieht Nachhaltigkeit systematisch als Transformationsziel und bettet „klassische Nachhaltigkeitsziele“ in eine soziale und kulturelle Agenda“ ein (Wittmayer/Hölscher 2017: 72). Damit würde deutlich, dass deren Erreichen ein „koproduktiver Suchprozess aller Beteiligten (Stakeholder) in Richtung menschen- und zugleich naturgerechter Lösungen gelingt“ (ebd.).

Mit Verweis auf Haum und Pilardeaux (2014) sowie Grin et al. (2010) fassen Wittmayer und Hölscher (2017: 39) die Diskussion zur anstehenden Transformation als „gesamtgesellschaftlichen Lern- und Suchprozess“ zusammen, der alle gesellschaftlichen Akteure betreffe und „technische, soziale und institutionelle Innovationen“ hervorbringen müsse (ebd.: 40).

Nicht umsonst ist wieder – begrifflich in Anlehnung an Polanyi (1944) – von einer „Großen Transformation“ die Rede, durch die „die vielen im Ausmaß gewaltigen und miteinander verwobenen sozialen, ökologischen und ökonomischen Trends und Krisen zu bewältigen“ seien (ebd.: 37). Solche „persistenten Probleme“ (Schuitmaker 2012), also „vielschichtige, miteinander verwobene Problemmuster“ benötigen einen radikalen gesellschaftlichen Wandel (ebd.: 38). Adloff und Neckel (2019) sehen Nachhaltigkeit in „Gestalt eines weitgehend unbestrittenen Entwicklungsmodells [...], hinter dem sich indes sehr unterschiedliche Prozesse, Wert- und Zukunftsvorstellungen verbergen: vom Versuch, eine große sozialökologische Transformation einzuleiten, bis hin zu Nachhaltigkeit als Legitimationsfassade, hinter der sich gegenteilige Praktiken vollziehen“ (ebd.: 167).

Was bleibt, ist die Auseinandersetzung mit Zukunft aus einer Analyse der Gegenwart heraus. Deshalb erscheint der schon lange in der Nachhaltigkeitsdiskussion verankerte Begriff der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft(en) weiterhin relevant, betrifft er doch (Langzeit)Arbeitslosigkeit und Armut ebenso wie den Schutz sozialer Kohärenz sowie sozialräumliche und intragenerationale Verteilungsgerechtigkeit (Spangenberg 2002: 23). Diese Betonung von Fragen *sozialer* Nachhaltigkeit als Ausdruck von Zukunftsfähigkeit ist auch zwanzig Jahre nach Spangenbergs Zusammenfassung der relevanten Themen berechtigt, zumal diese sozialen Fragen der Transformation den technischen, ökonomischen und ökologischen nach wie vor – insbesondere in den politischen Diskussionen – nachgeordnet behandelt zu werden scheinen. Sommer und Welzer (2017: 72) verweisen auf Norbert Elias, der dieses keineswegs neue Missverhältnis aus der „Diskrepanz [erklärt, die Autorinnen] zwischen dem relativ hohen Vermögen, Probleme des Naturgeschehens sachgerecht zu verstehen, und dem vergleichsweise geringen Vermögen, sich Problemen des menschlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens mit annähernd

gleicher Qualität – Elias würde sagen: ‚Realitätsangemessenheit‘ – zu nähern“ (ebd.).

1. Migration und soziale Nachhaltigkeit

Migration und insbesondere Fluchtbewegungen treten als globales Phänomen nicht-nachhaltiger Entwicklungen ins Blickfeld der aktuellen Nachhaltigkeits- und Transformationsdebatte (u.a. Dörre et al. 2019; Brand/Wissen 2017): Die Gründe für globale (Flucht)Migrationsprozesse verletzen nachhaltige Lebensqualität im Sinne sozialer Zukunftsfähigkeit ebenso wie eine intra- und intergenerationale Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. Wittmayer und Hölscher (2017: 37) bezeichnen Migration als „einen der wesentlichen sozialen und ökonomischen Megatrends und Krisenherde unserer Zeit“ (neben z.B. dem demographischen Wandel, der Urbanisierung oder der Gesundheit).

Brand und Wissner (2017) setzen mit ihrem Begriff der „imperialen Lebensweise“ Migrations- und Fluchtbewegungen weitaus deutlicher in den Kontext von globalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen zwischen den „Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden eingelassen sind“ (ebd.: 44) und der „Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts“ (ebd.: 43) durch den „im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen [und] die natürlichen Ressourcen“ (ebd.) – insbesondere im globalen Süden. Die imperiale Lebensweise ist somit verursachend für die gegenwärtigen Flucht- und Migrationsbewegungen. Diese sind mit Brand und Wissner „eine Antwort auf die durch die imperiale Lebensweise und ihre Verallgemeinerung induzierten Konflikte, mit der die Betroffenen versuchen, nicht nur ihr Überleben zu sichern, sondern auch an jenem Wohlstand teilzuhaben, von dem sie bisher nur die Folgekosten zu tragen hatten“ (ebd. 123).

In der „Agenda 2030“, dem Rahmenwerk für globale Entwicklung finden sich in den dort formulierten 17 Haupt- und 169 Unterzielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) folgende Anknüpfungen: „Aktuell ist internationale Migration, also die dauerhafte Aus- bzw. Einwanderung bei der eine politisch-territoriale Grenze überschritten wird, an die Spitze der globalen politischen Agenda getreten“ betont Braunsdorf (2019: 171), allerdings ohne dass Migration als eigenes Nachhaltigkeitsziel ausformuliert wurde. Das Migrationsdatenportal sieht in zehn der 17 Nachhaltigkeitsziele explizit migrationsrelevante Themen angesprochen (vgl. auch Global Compact für Migration GCM). Braunsdorf (2019: 171) fasst zusammen, dass es dabei doch auffällig um Fragen des „Management“ von Migranten“ gehe, die mit Zielen der Steuerung und Kontrolle grenzüberschreitender

Mobilität von Menschen verbunden werden. Gleichzeitig werde „auf die positiven Beiträge zu wirtschaftlichem Wachstum, die Migrantinnen und Migranten für die Gesellschaften in Herkunfts-, Transit- und Zielländern leisten“ (ebd.), verwiesen und „die transformative Kraft von Menschen, die migrieren, gewürdigt“ (ebd.). Die Kurzformel hieße dann, so Braunsdorf, „Migration ist Entwicklung, wenn sie gut geregelt ist und die Rechte der Menschen gesichert werden“ (ebd.).

Dies ist zugegebener Maßen etwas verkürzt zusammengetragen, unterstreicht jedoch, dass es in der politischen Diskussion um die Ursachen „andernorts“ (Brand/Wisser 2019: 13; 44) von Migration und deren Regelung geht, wenn die globalen Nachhaltigkeitsziele (Keine Armut, Gesundheit und Wohlergehen, Hochwertige Bildung, Geschlechtergleichheit, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, weniger Ungleichheiten, Nachhaltige Städte und Gemeinden, Maßnahmen zum Klimaschutz, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) sowie die erforderlichen Partnerschaften zur Erreichung der Ziele benannt werden. Zum anderen scheint allein die (aufnahme)gesellschaftliche „Nützlichkeit“ von Migration und Migrant*innen relevant zu sein. Die Folgen von Migration und Flucht vor allem für Migrant*innen und ihre Angehörigen scheinen in der Agenda auf dieser (politischen) Ebene kaum thematisiert. Sie stehen jedoch in den Beiträgen, die in diesem Band versammelt sind, in vielfältiger Weise im Zentrum.

Koch und Kuhnt (2020) betonen, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen armer und marginalisierter Gruppen, zu denen „in vielen Fällen auch Geflüchtete und Migranten“ gehören (ebd.: 1), zwar das Hauptziel der Agenda 2030 gewesen sei, sich dies in der Umsetzung jedoch kaum spiegele. Die Autorinnen beziehen sich dabei auf die Schwierigkeit, Veränderungen in der Lebenssituation migrantischer bzw. migrantisierter Bevölkerungsgruppen nachzuvollziehen und entsprechend auch überprüfen zu können, weil die dafür notwendige Datengrundlage, die eine differenzierte Betrachtung von Zuständen sozialer Ungleichheit ermöglichen würde, vernachlässigt wurden. Entsprechend habe sich „die Fachdebatte über die migrationspolitische Relevanz der Agenda 2030 verengt auf die wenigen SDGs, die einen direkten Migrationsbezug haben“ (ebd.: 1).

In den global sicherlich konsensfähigen 17 SDGs hat das Migrationsdatenportal jene Unterziele herausgesucht, die im Zusammenhang mit Migration stehen. Auch hier erscheinen die Ziele ebenso umfassend wie zeitlich ambitioniert (2030!), wenn dort von Chancengleichheit, der Abschaffung diskriminierender Gesetze, Maßnahmen der Entwicklungshilfe oder dem Ausbau von Arbeitsrechten die Rede ist. Diese Ziele lassen sich wiederum bezogen auf die Ursachen von Migration in den Herkunftsländern lesen, betreffen jedoch auch die Herausforderungen in den Ankunftsändern.

Transformation im Kontext von Migration und Flucht würde vor allem bedeuten, Migrationsbewegungen als dauerhaften und nachhaltigen Bestandteil

bzw. als strukturelle Kategorie von Gesellschaft und ihrer Entwicklung zu verstehen und so nachhaltig gestaltbar zu machen. Fraglich ist, ob Begriffe wie Migrationsgesellschaft oder Postmigrantische Gesellschaft sich damit nicht erübrigen würden. Allerdings besteht dann die Gefahr, dass die mit Migration etablierten gesellschaftlichen Verhältnisse und die erzeugten hegemonialen Definitionen und Differenzen (Migrant*in, Nichtmigrant*in) gar nicht mehr (kritisch) in den Blick geraten. Mit ihren postmigrantischen Visionen verweisen Hill und Yildiz (2018) auf einen anstehenden grundlegenden Perspektivwechsel bisheriger Migrations- und Integrationsdiskurse, der dazu beitragen soll, historische Entwicklungen und gesellschaftliche Verhältnisse in ein neues Denken zu transformieren. Migration soll zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Analysen und einem Neudenken werden: „Jede Gesellschaft, jede Stadt besteht aus Menschen, die *da* sind. Das ist der Ausgangspunkt – nicht die wertende Unterscheidung zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Geschichten zusammenzudenken, aus der Perspektive und Erfahrung von Migration zu erzählen und dabei marginalisiertes und weithin ausgelassenes Wissen sichtbar zu machen, ist daher eine widerständige und subversive Praxis, eine solidarische Haltung, die postmigrantisches Denken kennzeichnet“ (Yildiz 2020: 62).

Transformation in diesem Sinne bedarf allerdings der Dekolonialisierung der Nachhaltigkeitsdebatte. Global verantwortete soziale, ökonomische und insbesondere ökologische Krisen stellen für viele nach Deutschland fluchtmigrierte Menschen und ihre Angehörigen in den Herkunfts-/Transitländern des globalen Südens kein Zukunftsthema dar (vgl. z.B. Aden/Aden 2021). Sie sind bereits von den Krisen und Folgen des Klimawandels existenziell betroffen und „werden es auch künftig am stärksten sein. Gleichzeitig haben genau diese Bevölkerungen den Klimawandel am wenigsten zu verantworten“ (Aden 2022: 11). In „kolonialer Kontinuität“ (ebd.: 13) werden ihre Positionen, Strategien und Stimmen in der Nachhaltigkeitsagenda und darauf bezogene politische Debatten noch viel zu wenig gehört und anerkannt – was auch für die Soziale Arbeit zu konstatieren ist (Das/Or 2022).

2. Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit im Handlungsfeld Migration

Transformierende moderne Gesellschaften sind also gefordert, Migration und Flucht nicht weiter als „Krisen-Phänomen“ zu behandeln, sondern aus der politisch verengten Debatte der Integration von Zugewanderten *in* die Gesellschaft, zu einer gesellschaftlichen Debatte darüber zu kommen, wie die Integration *der* Gesellschaft gelingen kann. Das gemeinhin bekannte Bild der Integration in die Gesellschaft trennt zwischen einem Außen von einem Innen

und debattiert den Weg von außen nach innen – in der Regel über funktionale Integration insbesondere in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Integration als Begriff und Konzept produziert gleichzeitig diskursive und lebenspraktisch wirkungsmächtige Ausschlüsse (Bach u.a. 2021). Ein Versuch, sich von diesem Bild zu lösen, stellt das Inklusionsparadigma dar. Es wurde im Anschluss an die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen als jegliche Ausgrenzung überwindendes und auch Integration ablösendes Ziel formuliert (zur Ausdifferenzierung der Befüllung des Inklusionsbegriffs und der Kritik an der praktischen Umsetzung vgl. u.a. May/Alisch 2015: 10ff).

Die Integration *der* Gesellschaft basiert auf dem soziologischen Integrationsbegriff. Bei der integrierten Gesellschaft geht es um die Frage, „ob und inwieweit Einzelne oder Gruppen Zugang zu den Teilbereichen und Ressourcen einer Gesellschaft haben, also um die *Teilhabe* von Einzelnen und Gruppen an der Gesellschaft“ (Treibel 2015: 35). Das betrifft auch die Fragen danach, „in welcher Verfassung sich die Gesellschaft insgesamt befindet und ob man vom *Zusammenhalt* einer Gesellschaft ausgehen kann“ (ebd.). Beide Fragestellungen sind zentral für die Entwicklung und damit auch die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Bommes betont deshalb, dass Integration eine Herausforderung moderner Gesellschaften sei, die *alle* Individuen betreffe, da für alle gilt, sich „eigenständig und in Ausrichtung an den in den verschiedenen Bereichen jeweils gültigen Anforderungen“ (2007: 3) Zugang zu den gesellschaftlichen Bereichen Arbeit, Erziehung, Bildung, Wohnraum, Gesundheit, Politik etc. zu realisieren. Sowohl diese Organisation von Teilhabe als auch die Aus handlung von den Parametern des Zusammenhalts markieren die im Sinne von Nachhaltigkeit notwendige Transformation, an die sich Soziale Arbeit mit ihren disziplinären wie professionellen Zielsetzungen anschließt.

Gleichwohl ist zwingend mit Lessenich (2019) darauf hinzuweisen, dass die (schrittweise erkämpfte) Verallgemeinerung von Teilhabe in modernen – sprich demokratischen und kapitalistischen Gesellschaften zugleich stets mit Ausschluss, d.h. „Schließungsbewegung gegenüber weniger Berechtigten bzw. nicht zu Berechtigten“ (ebd.: 42) einhergeht. Soziale Verteilungskämpfe finden auf verschiebenden Ebenen bzw. „Achsen sozialer Schließung“ (ebd.) statt: Entlang vertikaler und horizontaler sozialer sowie transversaler d.h. nationalstaatlicher Schließung und Öffnung. Sie sind allesamt grundiert durch Schließung auf der „externalen Achse“ (ebd.) gegenüber der „natürlichen Umwelt“ auf Basis von „Naturentrechtung“ (ebd.: 86). Der Aneignung und Ausbeutung unserer Umwelt (Mensch und Natur) und ihrer Ressourcen folgt die Auslagerung und Ausblendung der sozialen und ökologischen Folgen bzw. Kosten. Diese Dynamik fasst Lessenich als globale Externalisierung (ebd.: 88). Die Problem- und Krisenexternalisierung ist gleichsam konstitutiv für eine imperiale Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017: 62f), in die die Soziale Arbeit

– nicht nur im Handlungsfeld Migration – spannungsreich verstrickt ist (vgl. Pfaff u.a. 2022).

Der Ausschluss marginalisierter bzw. ausgeschlossener Gruppen und Positionen ist im Diskurs der Sozialen Arbeit über soziale und ökologische Nachhaltigkeit erkannt (Das/Or 2022: 55f). Hier setzen aktuell Forderungen nach Repräsentation und Mitsprache in theoretischen und aktivistischen Bewegungen einer Dekolonialisierung der Sozialen Arbeit nachdrücklich an (ebd.; Sauer 2022; Afeworki/Schmidt 2022).

Tatsächlich sind viele der oben skizzierten Nachhaltigkeitsaspekte in der Sozialen Arbeit handlungsleitend, wenn es darum geht, soziale Verteilungsprobleme, die sich in ungleichen Möglichkeiten zur Lebensführung, unterschiedlichen Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben sowie dem Mangel an Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Einkommen, sozialer Vernetzung, Zugang zu Ressourcen etc. zeigen, zu erkennen, zu bearbeiten und zu bewältigen (DGSA 2016, S. 2) – und mehr noch, „gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen“ (FBTS/DBSH 2016) zu fördern. Bartosch (2020: 20) sieht Soziale Arbeit als „Profession, die für die Entwicklung der nachhaltigen Gesellschaft konkret wirken [kann], wie keine andere“, da sie „einen Blick auf das Soziale einbringt, den keine andere Wissenschaft ersetzen kann“. Nach Lutz (2022) ist (bereits) neues Denken und Handeln in der Sozialen Arbeit erkennbar, wie er in seiner Skizze einer „transformativen Sozialen Arbeit“ (ebd.: 370) ausführt. Dabei plädiert er für eine (Wieder)Orientierung Sozialer Arbeit als eine menschenrechtsorientierte und dezidiert politische Profession. Sie „stellt das System infrage, mischt sich ein, sucht nach anderen Pfaden, unterstützt vor allem unterdrückte, ausgegrenzte, diskriminierte und rassifizierte Menschen, eine Stimme zu finden; sie will zur Gerechtigkeit beitragen und agiert befreiend“ (ebd.: 390).

3. Transformationsforschung und transformative Forschungsweisen

In ihrer Literaturanalyse stellen Wittmayer und Hölscher (2017: 40) fest, dass sich Transformationsforschung vor dem „Hintergrund gesellschaftlicher und ökologischer Krisen und der Notwendigkeit eines radikalen Wandels in Richtung Nachhaltigkeit basierend auf gesellschaftlichen Such- und Lernprozessen“ entwickelt habe. Mit dem umfassenden Gutachten des WBGU, in dem ein neuer „Gesellschaftsvertrag“ als Ausdruck der (Zweiten) Großen Transformation begründet wurde (WBGU 2011), wird der Transformationsforschung zugeschrieben, „einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer ‚Großen Transformation‘ in Richtung Nachhaltigkeit leisten zu können“ (ebd.).

Im Gegensatz zur politikwissenschaftlichen Transformationsforschung, wie sie von Kollmorgen et al. 2015 im umfangreichen Handbuch „Transformationsforschung“ dokumentiert wurde, geht es jedoch weniger um retrospektiv oder begleitend analysierte Transformationsprozesse, sondern vielmehr um eine Zukunftsaufgabe und damit stünden insbesondere „Fragen der Möglichkeit der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse im Zentrum“ (Sommer/Welzer 2019: 16).

Dabei geht es in der Transformationsforschung – durchaus neben dem Beschreiben, Erklären und Verstehen von historischen Transformationen – vor allem um die „gegenwärtigen Transformationsdynamiken sowie das Aufzeigen und Bewerten von Lösungsrichtungen (vor dem Hintergrund einer normativen Nachhaltigkeitsorientierung)“ (Wittmayer/Hölscher 2017: 41).

Es lassen sich zwei Ansätze von nachhaltigkeitsgerichteter Transformationsforschung unterscheiden: Der *beschreibend-analytische Ansatz* „verfolgt in erster Linie das bessere Verständnis von historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Transformationsprozessen zum Beispiel durch bewährte wissenschaftliche Methoden wie Literaturanalyse oder Fallstudien“ (ebd.: 41). Hingegen bezieht der *transformative Ansatz* „andere Akteurinnen und Akteure in den Forschungsprozess ein und bemüht sich neben der Generierung von konzeptionellem Wissen vor allem um Handlungswissen zur Unterstützung von konkreten Transformationsfragestellungen“ (ebd. 65). Dabei wird auch das „kritische Reflektieren zur Entwicklung der Transformationsforschung, der verwendeten Methoden und Konzepte“ als Teil der Transformationsforschung verstanden (ebd.: 47)

Transformationsforschung ist ein „Aufruf zu einer interdisziplinären und transdisziplinären Wissenschaft, welche sich explizit mit den Herausforderungen von Nachhaltigkeitstransformationen befasst und aktiv an ihrer Gestaltung beteiligt ist“ (ebd.: 48). In der Sozialen Arbeit sind entsprechende Forschungsweisen und -methoden üblich. Bartosch (2020: 22) resümiert, „eine Praxisforschung, die in ihr Feld verändernd eingreift und dabei die Beteiligung der Betroffenen vorsieht, ist uns geläufig“ (vgl. dazu u.a. May 2008; May/Alisch 2017; Mayrhofer et al. 2019; Flick/Herold 2021).

Alle Ansätze, so kann gesagt werden, gehen auf Traditionen von Aktions- und Handlungsforschung zurück, die aus der Kritik an der Begrenztheit der empirischen Sozialforschung hervorgingen (Lewin 1975) und in emanzipatorischer Weise versuchen, Forschungs- und Praxisinteressen zu verbinden und über das konkrete Projekt hinaus Konsequenzen im Handeln einzuleiten. Bergmann et al. (2010) haben solche (Praxis)Forschung, die bewusst die Grenzen zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen überschreitet, als *transdisziplinär* bezeichnet. Erkenntnisse werden gewonnen, indem gleichzeitig „neue Handlungsoptionen für gesellschaftliche Probleme“ (ebd.) erforscht werden (Praxispfad) und als Voraussetzung dafür, „spezifische, gegenstandsangemessene Forschungsmethoden“ (ebd.) entwickelt und

Fragestellungen bearbeitet werden, die im wissenschaftlichen Diskurs virulent sind. Die partnerschaftliche Kooperation mit den forschungsbeteiligten Akteur*innen und Subjekten ist eine dritte Perspektive solcher Praxisforschung (vgl. u.a. Alisch et al. 2017: 82). Erforderlich sind eine Forschungsweise und Methoden, die es erlauben, multiperspektivisch die Interessensorientierungen der unterschiedlichen sozialen Gruppen im Gemeinwesen nicht nur offenzulegen, sondern aufeinander zu beziehen und daraus Perspektiven von Veränderung herauszuarbeiten (Alisch 2019).

Ein entsprechendes Vorgehen wird im Konzept von Sozialraumentwicklung und -organisation (Alisch/May 2021) entworfen. Dieser Ansatz einer transdisziplinären Sozialraumforschung versucht, die Diskussionen um Methoden der Forschung und Methoden der Praxis (Sozialer Arbeit) zusammenzuführen – nicht zuletzt, um den vielfach geforderten Transfer von Forschungserkenntnissen in die Praxis schon in der Methodenwahl anzulegen. Solche Praxisforschung, die sich als transdisziplinär versteht, bedient sich der Methoden Sozialer Arbeit und Methoden der Partizipation und macht sie entlang der Kriterien qualitativer empirischer Sozialforschung anschlussfähig an die disziplinären Diskurse. Fokusgruppen, Zukunfts- und Projektwerkstätten (s. die Beiträge von Hufeisen und Mamajanyan in diesem Band) gehören ebenso zum methodischen Repertoire wie künstlerisch, ästhetische Methoden wie z.B. der Einsatz szenischer Gestaltungen (May/Herzog 2015: 41ff), Ausstellungen als Gesprächs- und Reflexionsauslöser (Alisch/Ritter 2023), Fotografie und Film, die seit Langem in praxisbezogener Forschung mit Jugendlichen und Kindern als „Autofotografie“ eingesetzt werden (Braun/Wetzel 2010; Schäddel 2013; Dohnalek 2013) und als „Photo-Voice“ in der Partizipativen Gesundheitsforschung Einzug gehalten haben (vgl. von Unger 2014: 69 ff).

Entsprechende Forschungen sind auf Teilhabechancen gerichtet und beginnen bereits im Prozess der Forschung damit, auch implizites Wissen der Beteiligten hervorzubringen. Greenwood und Levin (2007: 6) gehen sogar davon aus, Aktionsforschung sei der einzig sinnvolle Weg, neues Wissen zu generieren und zu testen. Darin liegt der in Ansätzen von Aktions- oder Handlungsforschung – von Unger setzt hier partizipative Forschung als Oberbegriff – betonte Anspruch, „soziale Wirklichkeit partnerschaftlich zu erforschen und zu beeinflussen (vgl. ebd. 2014: 1). Sie zielen auf Teilhabe an Gesellschaft und folgen gesellschaftlichen Common Goods wie soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratisierung

Aktions- oder Handlungsforschung ist in der Sozialen Arbeit, insbesondere in der Gemeinwesenarbeit konzeptionell und methodisch verankert (u.a. 1971; Hinte/Karas 1989; May 2008). Bezogen auf die Handlungsfelder von Migration und Flucht sind entsprechende Forschungsweisen entstanden, die eine Aktivierung und Partizipation der Forschungsbeteiligten und eine Solidarisierung mit deren Interessen mit einem ethisch reflektierten Forschungsanspruch

verbinden (u.a. Motzek-Öz/Aden/Westphal 2021; Behrensen/Westphal 2019; Korntheuer/Afeworki Abay/Westphal 2021). Zugleich wird nach Wegen gesucht, qualitative Forschungsmethoden und -zugänge etwa der Biographieforschung (z.B. Kaygusuz-Schurmann 2019), der Diskursanalyse (z.B. Dauer 2019) oder der Ethnographie (z.B. Plöger/Runge 2021) zu dekolonialisieren. Weiter zeigt sich das Bestreben, die Forschung als politische Praxis auszurichten (Bach u.a. 2021;243) bspw. im Ansatz aktivistischer Ethnographie (Baumann 2019).

Für den Kontext sozialer Nachhaltigkeit als Gegenstand und Ziel von Transformationsprozessen und -forschung werden in diesem Band vor allem qualitative Ansätze einer transdisziplinären Praxisforschung, einer partizipativ orientierten Forschungsweise und ethnographischen Methoden vorgeschellt. Bei den Beiträgen handelt sich um wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten die bereits abgeschlossen sind (s. die Beiträge von Jens Volger, Li-Gottwald und Vanessa Probst) oder noch abgeschlossen werden.

4. Die Beiträge in diesem Band

4.1 *Subjektive und partizipative Perspektiven auf Spannungsfelder von Transformation*

Wenn Transformation ein „neuer Leit- und Suchbegriff“ ist (Reiðig 2012: 14), mit dem Antworten auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen gesucht werden, sind damit ebenso die Transformationen der Lebensverhältnisse von Adressat*innen Sozialer Arbeit gemeint, als auch Transformationen, welche die Subjekte selbst erfahren, indem durch Einwirkungen Sozialer Arbeit aber auch durch partizipative Forschungsweisen Handlungs- und Sichtweisen reflektiert und für Veränderungen sensibilisiert werden. Beiträge im ersten Abschnitt dieses Bandes setzen sich aus der Perspektive der Subjekte mit Spannungsfeldern von gesellschaftlicher Transformation auseinander.

In ihrem Beitrag *„Auswege aus der Spirale der Ausgrenzung: Umgangsstrategien mit Fremdheit von früh und neu zugewanderten Menschen“* stellt die Autorin Tatevi Mamajanyan Ergebnisse einer handlungsforschend angelegten Studie vor, in der die Perspektive von Zugewanderten aus zwei unterschiedlichen Migrationsphasen auf ihre Erfahrungen mit Fremdheit und Fremdsein rekonstruiert wurde. Dabei interessiert sie sich für die Essenz zweier fast gegenläufiger Entwicklungen im Verhältnis der Migrant*innengruppen (Russlanddeutsche und nach 2015 zugewanderte geflüchtete Menschen): Während in der Sozialen Arbeit versucht wird, über z.B. Lotsenprojekte die Erfahrungen früher zugewanderter Menschen für ein gutes

Ankommen von geflüchteten Menschen, unterstützend einzusetzen, zeigen sich unter den sich selbst als Russlanddeutsche bezeichnenden Zugewanderten Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die sich gegen die neu Zugewanderten richten. In ihrer figurationstheoretischen Analyse versucht Tatevik Mamajanyan das Verhältnis dieser beiden sozialen Gruppen als Etablierten-Außenseiter-Figuration zu entschlüsseln. Methodisch hat die Autorin anhand von Zukunftswerkstätten das implizite Wissen über Mechanismen im Umgang mit Fremdheit freigelegt und in einer Rückkopplung ihrer Erkenntnisse an die Beteiligten, einen Perspektivwechsel auszulösen versucht, der eine transformative Soziale Arbeit ermöglichen kann. Der Beitrag der Autorin endet mit dem Ausblick auf konkrete transformative Ansätze zur Auflösung binärer Zuordnungen von „Wir und die Anderen“.

Bei der sozialen Ungleichheit, die Frauen aus Somalia schon im Herkunftsland erfahren, setzt der Beitrag von *Khulud Sharif-Ali* an. Unter dem Titel *„Schwarz, muslimisch, geflüchtet, weiblich: Teilhabeprozesse von somalischen Frauen zwischen Erwartungen und Realität aus einer intersektionalen Perspektive“* setzt sie sich kritisch mit den Ansätzen Sozialer Arbeit auseinander, die sie als krisenorientiert, zeitlich begrenzt und gänzlich beendet beschreibt, sobald die betreffenden Frauen nicht mehr in Unterkünften, sondern in eigenen Wohnungen leben. In ihrer Forschung geht es der Autorin darum, Stereotype des schutzbedürftigen Opfers muslimischer Herkunft aufzubrechen, und die Perspektive der Subjekte für das Gestalten von Empowermentprozessen zu erschließen. Im Anschluss an Böhnisch, der einen „nachhaltigkeitssensiblen Brückenkurs“ (Böhnisch 2020: 19) in Bezug auf aktuelle sozialpolitische Gegenwartsfragen zu Gender, Flucht und Migration einfordert, setzt sich Khulud Sharif-Ali mit Selbstbestimmung, Partizipation und Solidarität am Beispiel der Alltagsstrategien somalischer Frauen auseinander, die „vor, während und nach der Flucht von Diskriminierung betroffen waren“. Methodisch orientiert sich die Autorin am Intersektionalitätsansatz bzw. der daraus abgeleiteten Mehrebenenanalyse von Degele und Winker (2007) für die Interpretation narrativer Interviews. Hieraus hat sie Bewältigungsstrategien rekonstruiert, das Ankommen nach dem Ankommen und Integration als Haltung herausgearbeitet und zeigt, inwieweit Empowermentstrategien erkennbar geworden sind, die Ansatzpunkte für eine auf Transformation bisher diskriminierender Praxen anbieten.

Auf die notwendige Transformation der Institution der Pflegeberatung haben das Autorenteam Peter Engert und Alexandra Zein ihren Blick gerichtet. Allerdings interessiert sie in ihrem Beitrag „Unpässlichkeiten – Netzwerke von Migrant*innen im biografischen Verlauf und die Zukunftsfähigkeit der Pflegeberatung“ eben nicht die Perspektive der Institutionen, sondern die aus der Biografie heraus rekonstruierbaren sozialen Netzwerke (älterer) Migrant*innen und deren Bedeutung für eine nachhaltige Pflegeberatung. Dazu greift das Autor*innenteam auf die Ergebnisse zweier empirischer

Untersuchungen zurück. Zunächst begründen sie die geringe Inanspruchnahme von Leistungen der Pflegeberatung aus der gesetzlichen Rahmung der Pflegeversicherung heraus, die sich als „Angebotsdschungel“ darstellt. Hier sollte Pflegeberatung eigentlich ansetzen. Die Autorin und der Autor können jedoch eine Reihe von Hemmnissen herausarbeiten, die ältere Migrant*innen von der Inanspruchnahme der Beratung Abstand nehmen lassen. Auf der Seite der Betroffenen zeigt sich, dass der „Generationenvertrag“ auch in Familien von Zugewanderten instabil geworden und familiär organisierte Pflege und deren Organisation nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden könne. Anhand von Pflegeberatungsgesprächen, die mit der Situationsanalyse nach Clarke ausgewertet wurden, konnten Bedürfnisse (älterer) Migrant*innen in der Pflegeberatung herausgearbeitet werden. Aus einer zweiten Perspektive wird im Beitrag gezeigt, wie Erfahrungen und daraus resultierende Lebensereignisse zur besseren Verständigung in den Beratungssituationen beitragen können. Hierzu wurden Biografie und Migration ins Verhältnis gesetzt und aufgezeigt, inwieweit eine strukturelle Auslösung transnationaler familiärer Netzwerke, die Ausdünnung der Netzstruktur bei gleichzeitiger Verdichtung in Netzwerk-Kern bereichern. Hier erkennt das Autor*innenteam einen transformativen Ansatz, Communities der älteren Migrant*innen in die Angebotsgestaltung einzubeziehen und so eine für die Einzelnen passgenaue und im Ganzen nachhaltige Pflegeberatung zu ermöglichen.

Saumya Pant zielt in ihrem Beitrag *Gender, Family and Emotional work – Building Sustainable Models via Experiences and Expectations of Highly Qualified Female Love Migrants in Germany* auf eine intersektionale Transformation institutioneller und kommunaler (beruflicher) Beratungs- und Unterstützungsangebote für (zugewanderte) Frauen ab. Grundlage ihrer Überlegungen zur sozialen Nachhaltigkeit ist eine partizipativ orientierte Forschung mit bislang in Forschung und Praxis marginalisierten Migrantinnen, die in Ländern des globalen Südens (migrationspolitisch: Drittstaaten Europas) beruflich hochqualifiziert berufstätig waren und der Liebe wegen zu einem in Deutschland ansässigen Partner migrierten. Mit dieser familiär bedingten Migrationsentscheidung bewegen sie sich im Spannungsfeld von Familien- und Berufsorientierung, welches durch strukturelle und subjektive Migrations-, Gender- und Carebedingungen in spezifischer Weise ihre Teilhabe und Zugehörigkeit in Deutschland bestimmt. Die Autorin führte qualitative Gruppendiskussionen und vertiefende Interviews sowie eine online Befragung u.a. mit Unterstützung des Verbandes der binationalen Familien und Partnerschaften durch. Der Beitrag macht diese Migrantinnengruppe, ihre Erfahrungen und ihre Handlungsfähigkeit aus einer dekolonialisierenden Perspektive sichtbar, und präsentiert diese als „agency in creating sustainable community“.

4.2 Erfordernisse institutioneller Transformation

Auch wenn Transformation als strukturelle globalgesellschaftliche Antwort auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen verfasst ist, so lässt sich doch eine "Subjektivierung von Nachhaltigkeit" (Neckel 2018: 7) beobachten. Nachhaltigkeit findet sich oft auf der Ebene individueller, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure durch Adressierung wie auch Selbstverantwortung und -optimierung verlagert. Die Herausforderungen und Erfordernisse von institutioneller Transformation in Feldern von migrationsgesellschaftlicher Sozialer Arbeit werden daher im folgenden Abschnitt thematisiert. Nachhaltigkeitsziele treffen gesellschaftliche Institutionen und Interaktionen nicht frei von Widersprüchen, sie erhalten alte und erzeugen neue Konflikte. Vor allem gilt es hier bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse und Ungleichheiten, die (re)produziert werden aufzudecken und anzugehen.

Bei dem staatlichen Auftrag Sozialer Arbeit, den Folgen von Migration professionell zu begegnen und Benachteiligungen und Diskriminierungen entgegenzuwirken, setzt der Beitrag von *Jens Vogler* an. Dabei versteht er Soziale Arbeit als eine beratende Profession im „Zwischen“ in Anlehnung an Mayer (2020) und benennt seinen Beitrag *Zwischenräume Sozialer Nachhaltigkeit in der migrationsbezogenen Praxis Sozialer Arbeit – Eine empirische Spurensuche*. Der Autor geht davon aus, dass sich soziale Nachhaltigkeit und die damit verbundenen Ziele von sozialer Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich, Partizipation etc. nicht selbstverständlich und von allein zwischen Sozialarbeiter*innen und ihren Adressat*innen zu erkennen sind, sondern vielmehr Spuren sozialer Teilhabe und Chancengleichheit im Zwischen zu suchen aber auch zu finden sind. Die Suche von Jens Vogler basiert auf der Auswertung qualitativer Interviews mit Fachkräften in Beratungskontexten mit Migrant*innen sowie einer Gesprächsanalyse von Beratungssituationen und den darin erkennbaren Arbeitsbeziehungen. Dazu legt er zunächst sein Verständnis von sozialer Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit Migration und Sozialer Arbeit dar und bezieht sich auf die Proklamationen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, um sie sodann aus einer migrationspädagogischen Perspektive zu kritisieren, da – wenig nachhaltig – schon mit der Adressierung als besondere soziale Gruppe Ungleichheiten reproduziert werden. Als analytisches Konzept zur Sensibilisierung gegenüber Zwischenräumen bezieht sich Jens Vogler auf den Begriff der Arbeitsbeziehungen, abgeleitet aus der Diskussion um Arbeitsbündnisse. In seiner Studie rekonstruiert Jens Vogler Arbeitsbeziehungen und setzt sich mit ihren Zwischenräumen auseinander. Seine Analyse zeigt, dass Zwischenräume durchaus erkannt und einbezogen werden, um die Beratungssituation im Sinne der Ratsuchenden zu gestalten,

aber dieses Handeln „im Zwischen“ ist deutlich von persönlichen Einstellungen und Erfahrungen bestimmt. Hier sieht Jens Vogler das Potenzial für soziale Nachhaltigkeit.

Mit der migrationsgesellschaftlichen Umsetzung von politischer Teilhabe als demokratische Dimension von Nachhaltigkeit beschäftigt sich der Beitrag von *Anke Freuwört*. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die (politische) Spaltung der Gesellschaft, bei der – vermittelt über die deutsche Staatsbürgerschaft – dem deutschen Bevölkerungsteil vollwertige Bürger*innenrechte und dem ausländischen Bevölkerungsteil unvollständige bis keine politischen Rechte zugestanden werden. Letztere können dementsprechend zwar über Wahlen keinen Einfluss auf politisch verfasste Nachhaltigkeitsziele ausüben, was jedoch nicht beinhaltet, so die Autorin, dass (Flucht)Migrant*innen keine weiteren Formen politischer Artikulation im Sinne sozialer Nachhaltigkeit nutzen. Die Autorin titelt ihren Beitrag *Nachhaltigkeit ohne Wahlrechte? Wie sich Migrant*innen politisch artikulieren*. Zunächst geht sie den Berechtigungen zu politischer Teilhabe und Artikulation im Rahmen von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsdiskursen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene nach. Empirisch setzt sie die Fragestellung mehrperspektivisch an, indem sie a) über narrative Interviews die Frage der politischen Artikulation biographisch rekonstruiert, b) über leitfadengestützte Interviews zivilgesellschaftliche Artikulationen von Migrant*innenselbstorganisation erfasst und c) über Dokumente und Protokolle von Ausländerbeiräten institutionalisierte politische Artikulationsprozesse abbildet. Ihre ersten Ergebnisse zeigen zum einen, dass soziale Nachhaltigkeit von Migrant*innen diskutiert und gefordert wird und zum anderen, dass politische Mitspracherechte aller in den Nachhaltigkeitsdiskursen bislang noch zu nachrangig verhandelt werden.

Der Beitrag *Integrationsprozesse in Kleinstädten nachhaltig gestalten – Eine Rekonstruktion handlungsleitender Orientierungen lokaler Akteur*innen* von *Jonas Hufeisen* legt den Fokus auf kommunales Engagement für die soziale Teilhabe von Geflüchteten. Ihn interessieren die Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung von Integration in ländlichen Kleinstädten, da ihnen weniger hauptamtliche Strukturen und Ressourcen zur Umsetzung von Nachhaltigkeits- und für Integrationspolitiken zur Verfügung stehen. Historisch gewachsene und im Zuge von Fluchtmigrationen aktuell gebildete soziale Netzwerke und freiwilliges Engagement haben eine besondere Bedeutung, denen er im Rahmen einer Governance- und Netzwerkanalyse empirisch nachgeht. Um den Gesamtzusammenhang vor Ort zu erfassen, legt er ein deskriptiv-analytisches Verständnis von Governance zugrunde, was er mit einem multimethodischen Vorgehen qualitativ empirisch umsetzt. Es kommen Zukunftswerkstätten als Gruppendiskussionsverfahren, qualitative Experteninterviews sowie qualitative Netzwerkanalyse zum Einsatz. Der Autor rekonstruiert vier handlungsleitende Orientierungen für die Gestaltung von Integration: (1) Funktionieren

des Gemeinwesens, (2) Vernetzung von Akteur*innen, (3) Fürsorge und soziales Engagement und (4) Aktivierung und Förderung von Eigeninitiative. Diese Orientierungen diskutiert er abschließend im Zusammenhang mit den sogenannten Schlüsselementen sozialer Nachhaltigkeit (Existenzsicherung, Chancengleichheit, Partizipation) und kommt zu dem Ergebnis, dass diese nur in Ansätzen den Nachhaltigkeitsansprüchen gerecht werden. Weder von politisch-administrative noch von zivilgesellschaftlicher Seite werden Geflüchtete angemessen beteiligt.

Olga Kytidou reflektiert das Verhältnis von sozialer Nachhaltigkeit und Sozialer Arbeit mit Bezug auf Medien und Migration in ihrem Beitrag zu *Hate Speech, (in)tolerance and social cohesion: from the incrimination of refugee and migrants in Greek and German newspapers to sustainable journalism*. Sie argumentiert, dass trotz weitreichender und von ihr skizzierter globaler, nationaler und lokaler Nachhaltigkeitsstrategien für die Medien, die tägliche Berichterstattung ausgrenzende politische Haltungen und Emotionen erzeugt und damit den sozialen Zusammenhalt und Teilhabeprozesse empfindlich gefährden kann. Mittels quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse von über 1700 Nachrichtenbeiträgen in Tageszeitungen stellt sie in ihrer Studie zur medialen Konstruktion von Delinquenz und Kriminalität von Fluchtmigrant*innen in Deutschland und Griechenland eindrücklich einen „Täter“-Mediendiskurs bzw. spezifische Narrative über junge Flüchtlinge und Migranten fest. Die Narrative sind durch teils eklatante Dramatisierung und Inkriminierung gekennzeichnet. Den vermeintlichen Täter wird die Verantwortung für sozio-ökonomische Unruhen im Alltag und der Missbrauch des gewährten Asyls durch Terrorisierung und Kriminalisierung unterstellt. Diese kritischen Herausforderungen für eine sich nachhaltig verstehende Soziale Arbeit als Verantwortliche für die Marginalisierten, Kriminalisierten und von Verdächtigungen und Ausgrenzung Inkriminierten, so die Autorin, diskutiert sie im Rahmen verstärkter sozialer Kontrollpolitik, zurückgedrängter integrativer Maßnahmen und der Fallstricke der Sozialen Arbeit.

In ihrem Beitrag *Humanitäre Aufnahme als nachhaltiges Schutzprogramm für Geflüchtete: Bedingungen und Auswirkungen von Vulnerabilität als Kategorie im Resettlementprozess* setzt sich die Autorin *Martha Kleist* kritisch damit auseinander, inwieweit die konzeptionellen Zielgrößen von Nachhaltigkeit und Vulnerabilität in Programmen, die die Ansiedlung von als Geflüchtete nach Deutschland migrierte Menschen sich an der praktischen Realität messen lassen. Sie fokussiert in ihrer Analyse die Frage danach, wie und für wen solche „Programme der regulären Flucht*Migration“ tatsächlich nachhaltig sind und setzt sich kritisch mit den Voraussetzungen auseinander, die als vulnerabel beschriebene Personen erfüllen sollen oder müssen, um von Programmen des Resettlement zu profitieren. Dabei stützt die Autorin ihre Erkenntnisse zum einen auf einer detaillierten Recherche zum Resettlement als eine von drei „dauerhaften Lösungen für die Notlage von Flüchtlingen“ (UNHCR

2022a). Zum anderen sind die Erkenntnisse aus der Auswertung von 51 Interviews mit in Deutschland über die Resettlement-Programme HAP angesiedelten Menschen in ihrem Beitrag verarbeitet. Bei der Frage, inwiefern Vulnerabilität als Resettlement-Kategorie angemessen berücksichtigt findet, stellt die Autorin Menschen mit einer Behinderung ins Zentrum und weist an diesem Beispiel nach, dass Kriterien des Zugangs zu Ansiedlungsprogrammen, einer „Integrationsfähigkeit“ entsprechen und die Benachteiligung noch verstärken, indem Hilfebedürftigkeit, Abhängigkeit oder Last für die Gesellschaft zu ausgesprochenen Zugangsvoraussetzungen werden. In ihrem Fazit unterstreicht sie die mangelnde (soziale) Nachhaltigkeit des Vorgehens und stellt eine international-vergleichende Untersuchung in Aussicht, die Praktiken der Inklusion, wie z.B. in Kanada versuchen soll, fruchtbar zu machen für die Praxis in Deutschland.

4.3 *Ansatzpunkte transformativer Bildungsforschung*

Bildungsforschung wird für transformative Prozessen eine große Bedeutung beigemessen, gilt es doch historische, gegenwärtige und zukünftig angestrebte Such- und Lernprozesse einer kritischen Analyse und Reflexion zu unterziehen. Transformative Bildungsforschung kann es nicht allein um wissenschaftlichen Einbezug und Repräsentation verschiedener und (auch historisch) marginalisierter Wissensbestände und -produktionen gehen, sondern zugleich um die Generierung von Handlungswissen und Gestaltungsmöglichkeiten für gerechte und nachhaltige Teilhabe. Hierfür sind nicht nur Fragen wissenschaftlicher Konzepte, Methoden und sowie Feldzugänge zentral, auch gilt es verschiedene Felder von Bildung in den Blick zu nehmen, also auch Bereiche jenseits von Schule, die im folgenden Abschnitt in migrationsgesellschaftlicher Perspektive ausgelotet werden.

Transnationale soziale Bindungen und Beziehungen von Kindern und Eltern erfahren in (früh-)pädagogischen Bildungsinstitutionen bislang kaum Aufmerksamkeit, so der Ausgangspunkt von *Franziska Korn* in ihrem Beitrag zu *Transnationalität in institutionalisierten Bildungskontexten*. Sie vertritt die Auffassung, dass ohne Einbezug einer analytisch-konzeptionellen transnationalen Perspektive das Nachhaltigkeitsziel einer hochwertigen und gleichberechtigten Bildung über alle Bildungsphasen und -institutionen hinweg, insbesondere in (flucht)migrationsbedingten transnationalen Lebenswelten, wenig realistisch ist. Die Perspektive beinhaltet u.a. die Anerkennung von besonderen Anstrengungen von Eltern und Kinder für alltägliche transnationale familiäre Praktiken und den dabei hervorgebrachten Formen familiärer Bildung und Erziehung. Grundsätzlich sind, so die Autorin, dafür nationalstaatliche Rahmenbedingungen und Handlungsleitlinien in Schule und Kin-

dertagestätten zu überdenken. Während für die Institution Schule bereits wissenschaftliche Erkenntnisse und das Konzept der Transnationalen Bildungsräume vorliegen, gilt es dieses Konzept auch für die frühen Bildungsinstitutionen nutzbar zu machen. Für eine transformative hier transnational ausgerichtete Bildungsforschung fehlt es an Grundlagenforschung im Bereich der frühen Bildung. Die Autorin setzt in ihrer eigenen Forschung auf ethnographische Fallstudien, um Transnationalität im Zusammenspiel zwischen familiären Binnenverhältnis und institutionellen Außenverhältnis Kita bei geflüchteten Familien zu rekonstruieren.

Jiayin Li-Gottwald orientiert ebenfalls auf ethnographische Forschung. Sie versucht die Komplexität sozialer Nachhaltigkeit entlang sozialer Interaktionen zu erfassen und präsentiert ihre empirische Analyse am Fall zivilgesellschaftlich-elterlicher Selbstorganisation von Schulbildung der chinesischen Migrant*innencommunity in ihrem Beitrag zu *Social sustainable development: A case of the Chinese complementary schooling in Berlin*. Ihre Fallstudie zeigt, wie Eltern die Ergänzungsschule als einen Raum mehrsprachiger bzw. translingualer Praxen und Identitätsdarstellungen und als eine Plattform für unterschiedliches elterliches Engagement in der Organisation der Schule nutzen sowie ein soziales Netzwerk knüpfen, das Unterstützung, Verbundenheit und Zugehörigkeit auch in die Aufnahmegesellschaft bietet und damit, so die Autorin, soziokulturelle Nachhaltigkeit erreichen. Gleichzeitig produzieren die Interaktionen in der Ergänzungsschule auch einen Ort, der soziale Differenzen und Exklusionsprozesse innerhalb der Elternschaft festigt und marginalisierte Eltern von Nachhaltigkeitsentwicklung ausschließt. Die Autorin plädiert für die Reflexion und Umverteilung von Machtverhältnissen in Selbstorganisationen und fordert eine stärkere Beteiligung staatlicher und kommunaler Stellen, um die gleichberechtigte Teilhabe aller abzusichern.

Vanessa Probst stellt das Potential einer qualitativ angelegten Längsschnittstudie über Übergänge im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration für transformative Bildungsforschung dar. Sie zeigt in ihrem Beitrag *Soziale Nachhaltigkeit und Übergänge von Menschen mit Fluchterfahrung im Kontext beruflicher Qualifizierung: Eine qualitative Verlaufsstudie* die Entwicklungen und Veränderungen während und nach der Teilnahme an einem außerschulischen Bildungsprojekt zur Vorbereitung auf den Erwerb von Schulabschlüssen und beruflicher Orientierung in Deutschland auf. Mit dem längsschnittlichen Design kann sie die Gestaltungen von Bildungsverläufen in Ausbildung und Beruf und die biographischen Anforderungen mehrfacher Übergänge differenziert in den Blick nehmen und nachhaltige Teilhabe(optionen) in der Migrationsgesellschaft empirisch anhand von problemzentrierten Interviews zu drei verschiedenen Zeitpunkten über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren darstellen. Sie weist z.B. auf die nachhaltige Bedeutung von ehrenamtlichen Lehrkräften für (Aus-)Bildungsverläufe hin oder auf Dynamiken eher pragmatischer Berufswahlentscheidungen für Lagerlogistik

und Altenpflege. Für die Autorin stellen Übergänge ein zentraler Ansatzpunkt für eine transformative Bildungsforschung dar.

Literatur

- Adloff, Frank/ Neckel, Sighard (2019): Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit. In: Dörre et al. (Hrsg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden: Springer VS, S. 167-180.
- Aden, Samia (2022): Decolonize Climate Change. In: Aden, S./ Tamayo, R. (Hrsg.) (2022): Dekoloniale Interventionen. Münster: Unrast Verlag, S. 9-14.
- Aden, Samia/ Aden, Samira (2021): Klimawandel und Fluchtmigration. (Im)Mobilitäten ehemaliger Nomad*innen in (in)formellen Lagern Somalis. In: Devlin, J./ Goebel, S. (Hrsg.) (2021): Praktiken der (Im)Mobilisierung. Lager, Sammelunterkünfte und Ankerzentren im Kontext von Asylregimen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 181-198.
- Afeworki Abay, Robel/ Schmitt, Caroline (2022): Die Kolonialität der Klimakrise. Postkoloniale Kritik und konviviale Perspektiven. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./ Lutz, R. (Hrsg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 206-2015.
- Alisch, Monika/ May, Michael (2017): Methoden partizipativer Sozialraumforschung. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2017): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 15. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich Verlag, S. 7-30.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne (2017): Partizipative Sozialraumforschung und das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis in der Forschung mit freiwillig Engagierten. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2017): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 15. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich Verlag, S. 81-102.
- Alisch, Monika/May, Michael (2021): Management. In: Kessl, F./ Reutlinger, C. (Hrsg.) (2021): Sozialraum - eine elementare Einführung. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, Bd. 20. Wiesbaden: Springer VS, S. 265-276.
- Bach, Miriam/ Narawitz, Lena/ Schroeder, Joachim /Thielen, Marc/ Thönneßen, Niklas-May (2021): FluchtMigrationsForschung: Einsichten, Erkenntnisse und offene Fragen. In: Dies. (Hrsg.) (2021): FluchtMigrationsForschung im Widerstreit. Über Ausschlüsse durch Integration. Münster: Waxmann, S. 229-245.
- Baumann, Julia Nina (2019): „ZwischenWelten in einer verlorenen Zeit“. World-making von Geflüchteten in struktureller Peripherisierung - eine aktivistische Ethnographie. Potsdam: WeltTrends.
- Bartosch, Ulrich (2020): Nachhaltigkeit ohne Soziale Arbeit? Entdecke die Welttrettung als sozialpädagogisches Projekt! In: Birgmeier, B./ Mührel, E./ Winkler, M. (Hrsg.) (2020): Sozialpädagogische SeitenSprünge. Einsichten von außen, Ausichten von innen: Befunde und Visionen zur Sozialpädagogik. Weinheim: Beltz Juventa, S. 19-32.

- Behrens, Birgit/ Westphal, Manuela (2019): Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch. Methodologische und methodische Reflexionen. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Bergmann, Matthias/ Jahn, Thomas/ Knobloch, Tobias/ Krohn, Wolfgang/ Pohl, Christian/ Schramm, Engelbert (2010): Methoden transdisziplinärer Forschung. Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Bommes, Michael (2007): Integration - gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol. Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 57, Heft 3-5, S. 22–23.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Braun, Karl-Heinz/ Wetzels, Konstanze (2010): Sozialreportage. Einführung in eine Handlungs- und Forschungsmethode der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Braunsdorf, Felix (2019): Migration in der Agenda 2030. Vereinte Nationen 4/2019, S. 171-176.
- Das, Chaitali/ Or, Yari (2022): Wer spricht für wen, um die Erde zu retten? Respräsentation und ökologische Gerechtigkeit in der Sozialen Arbeit. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./ Lutz, R. (Hrsg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 52-69.
- Dauer, Roxana (2019): ‚Verstrickt‘: Diskursanalytische und postkoloniale Ansätze in der Fluchtforschung. In: Behrens, B./ Westphal, M. (2019): Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch. Methodologische und methodische Reflexionen. Wiesbaden: Springer Verlag, S. 91-114.
- Dohnalek, Torsten (2013): „Alte Post“ oder „Magnesiumkarbonat“ - Fotografie als Möglichkeit der Dokumentation und Reflexion von Raumaneignung Jugendlicher. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2013): Sozialraumentwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 9. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, S. 123-138.
- Dörre, Klaus/ Rosa, Hartmut/ Becker, Karina/ Bose, Sophie/ Seyd, Benjamin (Hrsg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Elias, Norbert (1996): Was ist Soziologie? Frankfurt a.M.: Suhrkamp. [Erstausgabe 1970].
- Greenwood, Davydd J./ Levin, Morten (2007): Introduction to Action Research. Social Research for Social Change. Thousand Oaks: Sage, 2nd Edition.
- Grin, John/ Rotmans, Jan/ Schot, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. New York/Oxford: Routledge.
- Haum, Rüdiger/ Pilardeaux, Benno (2014): Transformationsforschung: Szenen einer Reformdebatte. In: Rogall, H./ Binswanger, H.-C./ Ekardt, F./ Grothe, A./ Hasenclever, W.-D./ Hauchler, I./ Jänicke, M./ Kollmann, K./ Michaelis, N.V./ Nutzinger, H.G./ Scherhorn, G. (Hrsg.) (2014): 2014/2015 Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie: Die Energiewende als gesellschaftlicher Transformationsprozess. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 101-115.
- Hauser, Richard/ Hauser, Hephzibah (1971): Die kommende Gesellschaft: Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. München/Wuppertal: J. Pfeiffer Verlag.

- Heyen, Dirk Arne/ Brohmann, Bettina (2017): Konzepte grundlegenden Wandels und seiner Gestaltung Richtung Nachhaltigkeit - ein Überblick über die aktuelle Transformationsliteratur. In: Rückert-John, J./ Schäferheyen M. (Hrsg.) (2017): Governance für eine Gesellschaftstransformation. Herausforderungen des Wandels in Richtung nachhaltige Entwicklung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 69-86.
- Hinte, Wolfgang/ Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag.
- Hill, Marc/ Yildiz, Erol (Hrsg.) (2018): Postmigrantische Visionen: Erfahrungen - Ideen - Reflexionen. Bielefeld: transcript Verlag.
- Holzbaur, Ulrich (2020): Nachhaltige Entwicklung - Der Weg in eine lebenswerte Zukunft. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaygusuz-Schurmann, Stefanie (2019): Wer forscht hier eigentlich über wenig und warum? In: Behrens, B./ Westphal, M. (2019): Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch. Methodologische und methodische Reflexionen. Wiesbaden: Springer Verlag, S.65-90
- Koch, Anne/ Kuhnt, Jana (2020): Migration und die Agenda 2030: Es zählt nur, wer gezählt wird. Migranten und Geflüchtete in den Zielen nachhaltiger Entwicklung. SWP aktuell, Nr. 55/2020.
- Korntheuer, Anette/ Afeworki Abay, Robel/ Westphal, Manuela (2021): Forschen in den Feldern von Flucht und Behinderung. Ein Vergleich von forschungsethischen Herausforderungen und notwendigen forschungspraktischen Rahmenbedingungen. In: Franz, J./ Unterkofler, U. (Hrsg.) (2021): Erkennen - Abwägen - Entscheiden. Forschungsethik in der Sozialen Arbeit. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 229-242.
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: reclam.
- Lutz, Ronald (2022): Anthropozän und Klimaverwandlung. Skizzen einer „transformativen Sozialen Arbeit. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./ Lutz, R. (Hrsg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S.370-394.
- May, Michael (2008): Die Handlungsforschung ist tot. Es lebe die Handlungsforschung. In: May, M./ Alisch, M. (Hrsg.) (2008): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 2. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 207-238.
- May, Michael/ Alisch, Monika (2015): Zum Zusammenhang von Normalität, Inklusion, Sozialraumentwicklung und -organisation. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2015): „Das ist doch nicht normal...!“ Sozialraumentwicklung, Inklusion und Konstruktionen von Normalität. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 13. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, S. 7-30.
- May, Michael unter Mitarbeit von Christian Herzog (2017): Tiefenhermeneutik vermittelt Boals Statuentheater kreierter sozialraumbezogener Szenen: ein Beispiel aus der Heimerziehung. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2017): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 15. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, S. 41-54.
- Mayer, Marion (2020): Soziale Arbeit als beratende Profession im „Zwischen“. In: Cornel, H./ Völter, B./ Gahleitner, S. B./ Voß, S. (Hrsg.) (2020): Professionsverständnisse in der Sozialen Arbeit. 1. Aufl. Weinheim, Grünwald: Beltz Juventa, S. 13-144.

- Mayrhofer, Hemma/ Waechter, Natalia/ Pfliegerl, Johannes (Hrsg.) (2019): Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit. Österreichische Zeitschrift für Soziologie Sonderheft 21/2019. Wiesbaden: Springer VS.
- Motzek-Öz, Sina/ Aden, Samia/ Westphal, Manuela (2021): Forschen als solidarische Praxis? In: Sozialmagazin 7/8, S. 67-72.
- Neckel, Sighard (2018): Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit: Soziologische Perspektiven; Umriss eines Forschungsprogramms. Soziopolis: Gesellschaft beobachten. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-79889-1> [letzter Zugriff: 25.04.2023]
- Pfaff, Tino/ Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hrsg.) (2022): Klimakrise, sozial-ökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.
- Polanyi, Karl (1944): The great transformation: Economic and political origins of our time. New York: Rinehart.
- Plöger, Simone/ Runge, Pauline (2021): Kritische Ethnographie in der Flucht*Migrationsforschung. Zur Herausforderung des Zuhörens und der Verschriftlichung. In: Bach, M./ Narawitz, L./ Schroeder, J./ Thielen, M./ Thönneßen, N.-M. (Hrsg.) (2021): FluchtMigrationsforschung im Widerstreit. Über Ausschlüsse durch Integration. Münster: Waxmann, S.187-198.
- Sauer, Karin E. (2022): Wie are here -We are not. Spannungsfelder im globalen Klima-Aktivismus. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S.149-166.
- Schädel, Holger (2013): Raumerfahrungen junger Menschen in der Schule aus Sicht der Jugendarbeit. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2013): Sozialraumentwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 9. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, S. 105-122.
- Schuitmaker, Tjerk Jan (2012): Identifying and unravelling persistent problems. Technological Forecasting and Social Change, Volume 79, S. 1021-1031.
- Sommer, Bernd/ Welzer, Harald (2017): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: Oekom.
- Treibel, Annette (2015): Integriert Euch. Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland. Frankfurt, New York: Campus.
- Unger, Hella von (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin.
- Wiesmann, Urs Martin/ Biber-Klemm, Susette et al. (2008): Transdisziplinäre Forschung weiter entwickeln: Eine Synthese mit 15 Empfehlungen. In: Darbellay, F./ Paulsen, T. (Hrsg.) (2008): Herausforderung Inter- und Transdisziplinarität. Konzepte, Methoden und innovative Umsetzung in Lehre und Forschung. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes, S. 169-196.
- Wittmayer, Julia/ Hölscher, Katharina (2017): Transformationsforschung - Definitionen, Ansätze, Methoden. TEXTE 103/2017, Umweltforschungsplan des

BMUNBR. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen> [letzter Zugriff: 04.10.2022]
Yildiz, Erol (2020): Solidarität in der postmigrantischen Gesellschaft. In: agora 42 - das philosophische Wirtschaftsmagazin, 4, S. 61-64.

I Subjektive und partizipative Perspektiven auf Spannungsfelder von Transformation

Auswege aus der Spirale der Ausgrenzung: Umgangsstrategien mit Fremdheit von früh und neu zugewanderten Menschen

Tatevik Mamajanyan

1. Einleitung

Mit den steigenden Asylzahlen seit 2015 wurden neue gesellschaftliche Herausforderungen erkennbar: Die zu der Zeit nach Deutschland Geflüchteten weuden gewissermaßen zu einer neuen sozial benachteiligten Gruppe in der Gesellschaft. Sie waren und sind von Zugangsschwierigkeiten zu Wohnraum, Arbeits- und Bildungsmarkt, medizinischer Versorgung sowie zu anderen sozioökonomischen Ressourcen in besonderem Maße betroffen (Kurtenbach 2018). Nach Korntheuer und Anderson sind Asylbewerber*innen und Flüchtlinge mit eingeschränktem Aufenthaltsstatus ein Paradebeispiel von Exklusion oder prekärer Inklusion (Korntheuer/Anderson 2014: 321). Mangelnde Deutschkenntnisse, rechtliche und bürokratische Hürden, unzureichende Informationen und fehlende Netzwerke vor Ort sowie Formen von Diskriminierung und Vorurteilen bestimmen den Alltag vieler Geflüchteter (Ceylan 2018). Somit ist die soziale Integration von Geflüchteten mit Fragen der Ausgrenzung und Stigmatisierung verbunden, die gleichzeitig mit Erfahrungen als Fremde einhergehen. „Fremd“ oder „anders“ erscheinen die Geflüchteten nicht nur aus der Perspektive der sich als Alteingesessene definierenden deutschen Nachbarn, sondern auch der früher nach Deutschland Zugewanderten. Ablehnung, Abwehr (Kurtenbach 2018) bis hin zu einer von Heitmeyer als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bezeichneten Ausgrenzung (Heitmeyer 2002-2012; Attia 2013; Zick et al. 2014) sind als Reaktionen auf diese Zugewanderten festzustellen. Dies zeigt sich auch im Wahlverhalten von (Spät-)Aussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetstaaten zeigen: Die Bundestagswahlresultate aus dem Jahr 2017 zeigten, dass eine Zustimmung zu rechts-

populistischen Aussagen unter den Zugewanderten aus früheren Migrationsphasen nicht nur deutlich vorhanden, sondern auch gestiegen sind¹ (Goerres et al. 2018). In den Medien wird diese Wahrnehmung im Jahr 2017 noch geschürt durch die deutsche und vor allem russische Berichterstattung zum „Fall-Lisa“ – der vermeintlichen Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens durch einen Geflüchteten (Beitzer 2017). Dies wird als Indiz dafür gesehen, dass zumindest innerhalb „russlanddeutscher“ und „russischsprachiger Migrant*innen Communities“ rechtsorientierte, antidemokratische und ausländerfeindliche Entwicklungen zu beobachten sind (Schaubert 2018). Konkrete empirische Forschung dazu liegt bisher nicht vor.

In der Sozialen Arbeit wird hingegen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein wichtiges Potenzial für die Integration von neu Zugewanderten gesehen, die anhand eigener Erfahrungen mit Migration die neu Zugewanderten dabei unterstützen könnten, einerseits strukturelle Herausforderungen zu bewältigen und andererseits einen Umgang mit den alltäglichen Erfahrungen als Fremde zu finden. So wird z.B. versucht, bereits heimische Migrant*innen aus früheren Migrationsphasen über Programme und Projekte in die Migrations- und Integrationsarbeit als Lotsen, Integrationsbegleiter*innen oder Sprach- und Kulturvermittler*innen für neu Zugewanderte einzubeziehen und entsprechende Qualifizierungen bereitzuhalten (Dhawan 2019; Mösko et al. 2018).

Damit deuten sich zwei gegenläufige Prozesse in dem Verhältnis von früher und aktuell nach Deutschland zugewanderten Gruppen an: Angesichts der gruppenbezogenen Fremdenfeindlichkeit von schon etablierten Migrant*innen gegenüber insb. 2015/16 nach Deutschland geflüchteten Menschen ist fraglich, inwieweit Konzepte der Sprach- und Kulturvermittlung Migrant*innen überhaupt erreichen und die angedeuteten ablehnenden bis fremdenfeindlichen Einstellungen entweder übersehen oder unterschätzt werden. Bemerkenswert erscheint, dass die Kohorten von Geflüchteten, die in den Jahren 2015/16 nach Deutschland kamen, von früher Zugewanderten als Fremde wahrgenommen werden. Ihre ebenfalls von der Migration geprägte Lebensgeschichte wird kaum als Gemeinsamkeit erkannt und die geteilten Erfahrungen in der Zeit des Ankommens liegen nicht auf der Hand.

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht das Beziehungsgeflecht von Migrant*innengruppen aus zwei unterschiedlichen Migrationsphasen und -politiken: Die eine Gruppe ist in den 1990er Jahren aus den ehemaligen Sowjetrepubliken als (Spät-)Aussiedler*innen zugewandert, die andere Gruppe ist etwa in den Jahren 2015/2016 nach Deutschland geflüchtet. Anhand erster Ergebnisse meines Dissertationsprojekts „Konzeptionen der Fremdheit: eine figurationstheoretische Analyse der früh und neu Zugewanderten“ wird

1 Zum Wahlverhalten von (Spät-)Aussiedler*innen bei der Bundestagswahl 2021 lässt sich bisher wenig sagen. Die AfD-Parteipräferenz von (Spät-)Aussiedler*innen lässt sich derzeit nur über Befragungen herausfinden (Konrad-Adenauer-Stiftung 2021).

gezeigt, welche Fremdheitserfahrungen die Zuwanderungsgruppen in ihrem Beziehungsgeflecht machen und mit welchen Strategien sie versuchen bzw. versucht haben, Fremdheit im Ankunftsland zu überwinden.

2. Eine figurationstheoretische Analyse zu den Fremdheitserfahrungen von früher und neu Zugewanderten

Fremdheit, als eine spezifische Definition der Beziehung, wie sie Alois Hahn beschreibt (Hahn 1994), ist keine objektive Tatsache oder Eigenschaft von Personen oder Gruppen, sondern ist gebunden an individuellen und gruppen-spezifischen Merkmalsdifferenzen. Norbert Elias betrachtet Fremdheit in seiner Untersuchung „Etablierte und Außenseiter“, indem er die Figuration oder das Interdependenzgeflecht von zwei Zuwanderungsgruppen analysiert (Elias/Scotson 1990). Die Autoren fanden am Beispiel einer englischen Stadt heraus, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer anderen englischen Gemeinde zugewanderten Engländer eine „Außenseitergruppe“ bildeten gegenüber den „etablierten“ Alteingesessenen. Ihre Beziehung beschrieben Elias und Scotson als „Etablierten-Außenseiter-Figuration“². Für die Figuration ist die ungleiche Machtbalance bedeutsam. Die Mitglieder von Gruppen, die in Hinblick auf ihre Macht anderen, interdependenten Gruppen überlegen sind, glaubten, sie seien im Hinblick auf ihre menschliche Qualität besser als die anderen. Sie verfügten unstrittig über eine größere Macht als andere interdependente Gruppen (Elias/Scotson 1990: 7) oder anders ausgedrückt: Die „Etablierten“ stigmatisierten und grenzten die „Außenseiter“ aus.

Solche Etablierten-Außenseiter-Figurationen lassen sich auf die hier im Mittelpunkt stehenden Zuwanderungsgruppen erkennen und das Konzept ermöglicht es, ein besseres Verständnis über Fremdheitserfahrungen der Beteiligten zu erlangen. Im Fokus der Untersuchung stehen die Fragen, ob und wie es den früh und oder vor einigen Jahren Zugewanderten gelingt, machtvoll Macht zu handeln oder die Autonomien bzw. Machtbalancen zu verschieben und auf welche Faktoren von Zuweisungsprozessen durch die Etablierten diese zurückzuführen ist. Welche Mechanismen der Abwehr und Überwindung von Fremdheit bzw. des Fremdseins seitens der etablierten Migrant*innen und neuen Außenseiter-Gruppe der Geflüchteten können identifiziert werden?

2 Der von Norbert Elias eingeführte Begriff Figuration besteht genau daraus, dass ihre Mitglieder selbst dann, wenn es ihnen nicht bewusst ist, permanent aufeinander bezogen, voneinander abhängig sind (Treibel 2008: 23) und somit eine Fülle unsichtbarer Interdependenzketten bilden.

In Zukunftswerkstätten und qualitativen Interviews haben die beiden untersuchten Migrant*innengruppen aus Osthessen ihr implizites Wissen (Bohnsack et al. 2013) zu solchen Mechanismen im Umgang mit Fremdheit/Fremdsein hervorgebracht, das sich in ihren Aussagen und Handlungen äußert. Die Daten wurden mit einem rekonstruktiven Verfahren in Anlehnung an die dokumentarische Methode nach Bohnsack ausgewertet. Im Auswertungsprozess wurden die Ergebnisse aus den Zukunftswerkstätten und Interviews an den untersuchten Personenkreis rückgekoppelt, mit dem Ziel, eine Reflexion der eigenen Perspektive zu ermöglichen, die auch das Handeln zukünftig verändern kann. Im Zentrum der Rückkopplungsdiskussion stand das Anliegen, Antworten auf für die Soziale Arbeit relevanten Fragen zu finden, wie Ablehnungshaltungen abgebaut, Ausgrenzung und Stigmatisierung vermieden und nicht zuletzt solidarisches Handeln befördert werden kann.

3. Neue Etablierten-Außenseiter-Figurationen nach der Fluchtzuwanderung 2015

Eine zentrale Erkenntnis aus dem empirischen Datenmaterial ist, dass rechtsorientierte, antidemokratische und ausländerfeindliche Entwicklungen in den verschiedenen Zuwanderungsgruppen auf die Konstruktion neuer Etablierten-Außenseiter-Figurationen unter den genannten Zuwanderungsgruppen hindeuten. In der Untersuchung von Elias ist der einzige Unterschied zwischen Etablierten und Außenseitern allein die Wohndauer vor Ort, denn es waren keine Differenzen des Nationalstaats, der ethnischen Herkunft, der „Hautfarbe“ oder „Rasse“ zu beobachten. Auch die Unterschiede in Beruf, Einkommenshöhe und Bildung sowie nach der Qualität der Häuser waren nicht besonders auffällig (Elias/Scotson 1990: 10). Diese Beobachtung lässt sich als Folie zur Beschreibung der Figuration der von mir Befragten früher und relativ neu Zugewanderter in der Untersuchungsregion nutzen. Ausschlaggebend für die Beziehungen der befragten Zugewanderten ist, dass sie sich voneinander nicht nur durch das „soziale Alter“ unterscheiden. Distanzierungen und Kontaktvermeidungen von früher Zugewanderten zu den Neuzugewanderten lassen sich auch mit rassistischen, ethnischen, religiösen und kulturellen Differenzen begründen. Hinweise im empirischen Material sprechen dafür, dass es bei der Betonung dieser Differenzen um die Bewahrung der machstärkeren Position des Establishments der früher Zugewanderten geht. Diese versuchen, durch Ausgrenzung und Stigmatisierung bedingte Handlungen in Form von Diskriminierung und rassistischer Gewalt zu legitimieren. Durch die Benennung von Differenzmarkern wie Hautfarbe, Aussehen, Bekleidung usw. wird versucht, den Blick auf andere Aspekte der Figuration zu verschieben, um die Macht-

unterschiede als zentrales Anliegen der Etablierten zu verdecken. Zur Bewahrung des erreichten Status als „Deutsche“, „Bürger mit Ansprüchen“ behandeln die früher Zugewanderten die Neuzugewanderten als nicht gleichberechtigt. Mit ihrer Machtüberlegenheit sowie ihren Machtquellen wie innere Kohäsion in der eigenen Gruppe, das soziale Alter sowie der soziale Aufstieg sind die früher Zugewanderten in der Lage, die Neuzugewanderten als Fremde zu konstruieren und zu behandeln. Aus dem empirischen Datenmaterial lassen sich folgende zwei Kernkonzepte zur Konstruktion von Fremdheit identifizieren, die gleichzeitig Formen der Diskriminierung und rassistischer Gewalt einschließen.

3.1 *Die Ausgrenzung von Neuzugewanderten*

Die Neuzugewanderten äußern ihre Fremdheitserfahrungen durch die Handlungen seitens früher Zugewanderter, die deutlich machen, dass die Neuzugewanderten ihnen nicht willkommen sind und eben nicht zu den nun schon „etablierten Migrant*innen“ gehören. Dies äußert sich zum Beispiel in unfreundlichen Blicken, bevormundenden Äußerungen, Beschimpfungen, Ausspucken bis hin zu körperlicher Gewalt seitens der etablierten Zugewanderten gegenüber den Geflüchteten. In einer Zukunftswerkstatt berichtete ein Geflüchteter aus Syrien:

T1: Und wir waren Neujahr. [...] Wir waren drei Personen und im Rewe. Und da ich habe eine Frau gesehen (unv.), die auf unseren Boden gespuckt hat. (ZW.1: 83)

In Interviews mit früher Zugewanderten geht es größtenteils um die fremdenfeindliche Haltung von Einheimischen gegenüber zugezogenen (Spät-)Ausiedler*innen. So berichtet eine Befragte nicht nur von erlebten verbalen, sondern auch physischen Formen rassistischer Gewalt. Die meisten Beispiele zu körperlicher Gewalt, die die Interviewten benennen, beziehen sich auf den schulischen Kontext sowie den öffentlichen Raum wie Parks, Bahnhofsplätze oder den Eingangsbereichen von Einkaufszentren.

Die folgenden Interviewzitate von (Spät-)Ausiedler*innen sind ein Beispiel der erlebten Fremdenfeindlichkeit in Form körperlicher Gewalt:

B: Und irgendwann nach sieben Monaten, hatten mich mal Mädchen, als ich zum Heim wieder lief, haben mich mal im Park getroffen und so mich mal verprügelt, dass ich da bestimmt Stunden liegen blieb [...]. (I.3: 141)

B: Bei der X-Schule ging es weiter mit den Schlägereien. Weil nicht in jeder Klasse war [...] war halt eine Russlanddeutsche, dass man wenigstens so ein kleines Grüppchen oder mal so einen Ansprechpartner hat. [...] nach einem Jahr konnte ich nicht mehr, ich bin in der Schule zusammengekracht, nach der wieder mal einer Schlägerei im Sportsaal in der Umkleide [...]. (I.4: 185)

Solche Äußerungen weisen auf gruppenbezogene Fremdenfeindlichkeit, wodurch eine Ausgrenzung der Gruppe der sogenannten Russlanddeutschen

stattfand. Die später Zugewanderten werden als fremde Gruppe der Anderen aus den Reihen der Wir-Gruppe ausgeschlossen. Dies lässt sich nicht nur im Verhältnis der zugewanderten Russlanddeutschen zu Deutschen, sondern auch im Verhältnis der früher Zugewanderten gegenüber den Geflüchteten in der Gemeinde feststellen. Eine früher Zugewanderte sagt im Interview:

B: Was machen die denn hier, wieso laufen die so hin und her, haben sich mit diesen Dingen verschleiert und laufen. [...] Kopftuch! ja, ja, ja. Die müssen zurück in ihr Heimatland gehen. // (I.1: 1032)

Mit diesem Muster wiederholen die in den 1990er Jahren Zugewanderten das fremdenfeindliche Handeln, das sie selbst erfahren haben und das sie als Außenseiter markierte. Inzwischen sehen sie sich selbst als gesellschaftlich Etablierte und schließen die zugewanderten Geflüchteten aus. Eine besondere Dimension von Ausgrenzung der Neuzugewanderten wird mit der Verdrängung aus dem öffentlichen Raum beschrieben. In den Zukunftswerkstätten wird z.B. die Verdrängung der Geflüchteten aus dem Park, Discoclub, Einkaufszentren etc. beschrieben oder die Erfahrung, ausgeschlossen zu werden benannt. Eine geflüchtete Frau erzählt:

TN6: wir sind in den Musikpark gegangen im (persisch) Weihnachten und Silvester in X und zwei Polizei, Security haben gesagt ‚geben mir Ausweis‘. Ich habe gegeben Ausweis (unv.) und ‚Nein, darf nicht rein‘. (ZW.2: 564)

Gleichzeitig wird den Neuzugewanderten der Zugang zu Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Bildungssystem d.h. die Möglichkeit einer funktionalen Integration erschwert oder nicht unterstützt. Dabei äußern sich die Geflüchteten, dass sowohl ihre Bildungsabschlüsse als auch persönliche fachliche Kompetenzen nicht anerkannt, sondern abgewertet werden. Ein Geflüchteter berichtet, dass sein hoher akademischer Hintergrund als Doktor der Ingenieurwissenschaften mit Qualifikationen niedrigerer Bildung gleichgestellt wurde:

B: Ja, die versteht dich nicht, [...] das war absolut egal. Du bist Doktor oder du bist eine [...] Bauarbeiter. Alle wurden zusammen in einem Topf. [...] Das war sehr, sehr mh, traurig. [...] Ich war Dozent, ich war Doktor. Aber niemand hat das nicht ähm, mh, mh, differenziert. [...] (I.2: 269)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass der Befragte sich auf die Aufnahmegesellschaft bezieht und keinen Unterschied macht zwischen früher Zugewanderten und sich als Deutsche definierenden Menschen. Es geht um die eigene Rolle als Außenseiter in der Figuration zu der Gesellschaft, in der sich die „etablierten Migrant*innen“ als zugehörig einordnen. Die früher Zugewanderten ordnen sich den Gruppen zu, die sich gegen Flüchtlinge positionieren. Dies zeigt sich im folgenden Interviewzitat einer früher zugewanderten Frau:

B: Ich wohne ja an der Heinrichstraße. Da hatten wir richtig so eine Naziparade, ne? // [...] Also ich habe das vom Balkon gesehen. Es hat. Also, weißt du, so Angst und Gefahr, das hat

man im Luft gespürt. [...] die Rechten. Aber, ich hätte mich dahinter auch stellen können. [...] (I.4: 798)

In einer Zukunftswerkstatt bezieht sich eine geflüchtete Frau direkt auf das Verhältnis zwischen früher und neu Zugewanderten und beschreibt eine typische Etablierten-Außenseiter-Figuration:

TN7: Bei Ausländern gibt es manchmal Konkurrenz. Du hast studiert. Du hast Ausbildung, du arbeitest immer, lernst immer etwas Neues, weil das gefällt dir oder weil du willst du eine beste Zukunft für dich, für deine Familie. Ja. Aber wenn du sprichst darüber mit anderen Leuten, dann das gefällt ihnen nicht. Manchmal hast du dieses Gefühl Konkurrenz. Nicht jeder kommt zu dir und sagt, du bist erfolgreich. Nicht so viele Motivation, keine schönen Worte wie, Ja, du kannst schaffen, wir wissen das. (ZW.2: 414)

An diesem Beispiel ist zu erkennen, dass die Neuzugewanderten und früher Zugewanderten um einen sozialen Aufstieg konkurrieren. Durch den Wechsel der Zugehörigkeit der ungebildeten, arbeitslosen geflüchteten Frau zu einer sozialen Schicht mit Bildungsqualifikation und Einkommen fühlen sich die bereits lange Zeit in Deutschland lebenden (deutschen) Migrant*innen in Gefahr. Ihren Status als Teil einer statushöheren sozialen Gruppe wollen sie verteidigen, indem sie den sozialen Aufstieg der Neuzugewanderten nicht unterstützen. Diese Distanzierung der „etablierten Migrant*innen“ von Neuzugewanderten erfolgt aus zwei Gründen: Zum einen spüren die etablierten Migrant*innen eine Bedrohung hinsichtlich des Verlustes ihrer Position als Etablierte, für die sie Jahrzehnte gekämpft haben. Somit haben sie Angst vor dem Widerkehr der Fremdheit, denn durch die Neuzuwanderung werden bei den einheimischen Deutschen als Abwehrmechanismen gegenüber „Ausländern“ aktiviert und wiederverwendet, indem alle je Zugewanderten als homogene Gruppe gesehen werden. Eine früher Zugewanderte berichtet:

TN3: Das ist, hat sich geändert. Die Deutschen sind jetzt nicht so freundlich wie sie sind früher gewesen. Zum Beispiel ich habe eine kleine Tochter. Früher war sie sehr gut aufgenommen. Aber ab und zu jetzt merkt man, das, ähm, die Lage hat sich verändert, ja. Und ist das nicht so, ja, wie es war früher gewesen (ZW.3: 854)

Zum anderen befürchten die „etablierten Migrant*innen“ die Konkurrenz um sozioökonomischen Ressourcen (Konkurrenz um Kindergartenplätze, in Ansprüchen sozialer Leistungen, medizinischer Versorgung usw.). Die Anwesenheit und die Sichtbarkeit der geflüchteten Zugewanderten ist für die früher Zugewanderten eine Gelegenheit, sich eine bessere soziale Position in der Aufnahmegesellschaft, verbunden mit Machtüberlegenheit zu schaffen und den aus ihrer Sicht erlangten Status „Deutschsein“ zu bestätigen. Den Neuzugewanderten werden deshalb negative menschliche Eigenschaften zugeschrieben. So wird den „etablierten Migrant*innen“ ermöglicht, sich selber besser zu fühlen bzw. ein höheres Selbstwertgefühl als Deutsche zu haben, weil sie den schwierigen Weg schon durchgelebt haben und somit auch die Fremdheit scheinbar überwunden haben. Dieses hohe Selbstwertgefühl und

zugleich die Minderwertigkeit der Anderen zeigt sich zum Beispiel im Interviewzitat einer früher zugewanderten Frau:

B: [...] die haben gar keine Ahnung von allem hier. Ne, und [...] deswegen. Das ist der Unterschied zwischen dem Flüchtling und dem Aussiedler. Ne? Spätaussiedler und Geflüchtete. [...] Weil wir sind auch Deutsche. Ja, das ist ein ganz anderer Status, ja, ich bin Deutsch. [...] [...] wenn ich n/ Deutsche bin, dann muss ich mich auch bestätigen, dass ich eine Deutsche bin/ \ (I.5: 638)

3.2 Stigmatisierung von Neuzugewanderten

Neben Ausgrenzungsprozessen lassen sich Vorurteile gegenüber Neuzugewanderten herausarbeiten, die das Etablierten-Außenseiter-Verhältnis konstruieren. Als fremde „Araber“, „Moslems“, „Asylanten“, „Flüchtlingskinder“, „Kopftuchfrauen“ werden die Neuzugewanderten mit durchgängig negativen Attributen belegt. Ein früher Zugewandelter berichtet, dass der Name und das Aussehen öfter den Zugang zum System erschweren, weil Vorurteile bestehen, dass Menschen mit ausländischem Namen oder anderem Aussehen nicht integriert seien und zurück in ihr Heimatland gehen sollten:

B: Und der Name ist, ist auch ganz wichtig hier. Guckst du auf deinen Namen, guckst du auf deine mh, Ausländer und guck deine Haare. Ja. Mh, mh. [...] (I.2: 1114)

In einem anderen Interview erzählt eine früher Zugewanderte:

B1: Das bedeutet, diejenigen, die so ähm / was machen die denn hier, wieso laufen die so hin und her, haben sich mit diesen Dingen verschleiert und laufen, gehen sich [...] Kopftuch! ja, ja, ja. Die müssen zurück in ihr Heimatland gehen. // (I.1: 1034)

Die Stigmatisierung von Neuzugewanderten in unterschiedlichen Lebensbereichen (im Kindergarten, in der Schule, bei der Arbeitsstelle, mit dem Vermieter*innen, von Ärzt*innen, auf der Straße, beim Einkaufen, im Fitnessstudio etc.) sowie ihre Ausgrenzung, finden auf verschiedenen Ebenen statt. Auf subjektiver Ebene erzählen die Zugewanderten von konkreten als diskriminierend empfundenen Handlungen und Verhaltensweisen durch einzelne Personen aus der Nachbarschaft, im Bekanntenkreis oder bei der Arbeit. Eine früher zugewanderte Frau geht in ihrem Interview der Frage nach, was sie persönlich im Zusammenleben mit ihren neuen Nachbarn stört, die als Geflüchtete zugewandert sind. Im folgenden Beispielzitat ist insbesondere ihre Fremdwahrnehmung zu rekonstruieren:

B: Ja. Die sollen nicht klauen, nicht schlagen, nicht äh, vergewaltigen. Äh, die, [...] was, was trifft denn noch dazu? Ja, einfach diese auch von Nachbarschaft, einfach diese Unruhe nicht geben, ne? Zum Beispiel nachts zehn Uhr ist es eigentlich Ruhezeit. Nein. Es wird trotzdem telefoniert, auf dem Balkon, auf der Sprache "blablablabalala", die läuft so. Die anderen Menschen, sie müssen früh aufstehen. Äh, die Nachbarin hat da, hat sich auch beschwert. Gut, die verschwinden dann auch. Aber das ist dieses, das äh, birgt den Hass. Ja. Weil äh, man weiß, das ist ein fremder Mensch. Der ist zwar da. Aber: Wofür ist er da? Was macht

er denn? Macht er was für Deutschland? Nein. Macht er was für mich? Nein. Er ist einfach da. Der bekommt Gelder. (I.5: 509)

Auf der institutionellen Ebene berichten die Zugewanderten von ihren Fremdenheits- und Benachteiligungserfahrungen in der Schule, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Berufsausbildung, bei Behörden sowie in Medien und Politik. Im folgenden Zitat eines Geflüchteten geht es beispielsweise um seine Diskriminierungserfahrung in der Schule:

TN2: Meine Kinder gehen in die Schule ja, diese Ausländerkinder. Das passiert. Meine Kollegin hat schon das auch gehört. Von dem Lehrer da. Dass bekommen so schlechte Noten, und lernen vielleicht sehr gut und das bedeutet, ist auch diskriminierend. (ZW.2: 1083)

Auf der kulturellen Ebene erleben die Zugewanderten Ablehnung ihrer kulturellen Werte, Normen und Traditionen (Czollek et al. 2019), die die Zugewanderten „von der alten Heimat“ mitgebracht haben. Die als Etablierte und Einheimische definierten Gruppen setzen sich damit auseinander, was sie an „den Anderen“ stört. Dabei kristallisiert sich die Differenzmarkierung der/des Fremden im Hinblick auf Aussehen (z. B. Kopftuch, schwarze Kleidung), Alltagsregeln, Religion, Feierlichkeiten (Geschlechterrollen, Ramadan, Essen, lautes Sprechen, etc.) heraus.

Die Analyse der Ausdrucksformen über die „Fremden“ weist im empirischen Datenmaterial auf vielfältige soziale Unterscheidungsmerkmale hin, die mit durchgängig negativen Zuschreibungen belegt sind. Daneben lassen sich aus dem empirischen Material Differenzmarker in Bezug auf den sozio-ökonomischen Status und physische Merkmale herausarbeiten, die mit noch verächtlicheren Schimpfwörtern belegt werden. Den Neuzugewanderten wird pauschal unterstellt, „*kriminell, schmutzig und alkoholabhängig, nicht leistungsfähig, faul*“ etc. zu sein. Die Zuschreibungen gehen einher mit einer massiven Abwertung, aber auch der Verweigerung gleicher Rechte. Die früher Zugewanderten drücken in den Zukunftswerkstätten ihren Unmut in Fragen sozialstaatlicher finanzieller Unterstützung für die Geflüchteten aus. Sie fühlen sich zum Beispiel benachteiligt auf dem Wohnungsmarkt und glauben, dass der Staat den Geflüchteten gesonderte Vorteile verschafft, die den anderen früher Zugewanderten nicht zugestanden wurden bzw. zustehen würden. Im folgenden Ausschnitt einer Diskussion in der Zukunftswerkstatt mit früher Zugewanderten geht es um die Verweigerung der finanziellen Unterstützung für die Geflüchteten seitens Regierung:

TN11: Viele sagen, dass die Flüchtlinge gegenüber den anderen viele Vorteile- medizinische z. B., was der Wohnungsmarkt anbetrifft.

TN14: Finanzielle Unterstützung.

TN10: Ist so. Es ist so.

TN14: Das ist von.

TN10: Alle wissen das.

TN7: Sie reden selber darüber, die sagen ja das selbst. Ne?

TN11: Von den Impfungen, zahnmedizinischer Versorgung usw. Die anderen müssen das aus der eigenen Tasche bezahlen, die kriegen das schon mal bezahlt. So. Vom Staat, von der Regierung oder von wie auch immer, ja? (ZW.4: 19)

Die Neuzugewanderten, die einen akademischen Bildungsabschluss haben, berichten, dass sie vor dem Krieg in ihrer Heimat bessere Zeiten und Wohlstand erlebt haben. Sie erwarten, dass ihre soziale Position auch im Aufnahmeland hoch sein sollte. Die Zuschreibungen durch die „etablierten Migrant*innen“ als „nicht leistungsfähig“, „schmutzig“, „respektlos“ „asozial“ etc. entsprechen keineswegs ihrem Selbstbild, aber sie nehmen sehr wohl die Stigmatisierung wahr und reagieren „provokativ“, indem sie zum Beispiel laut sprechen, Alkohol trinken und den Regeln der etablierten Gruppennormen nicht folgen:

B: Ja, also provoziert, wir s/ wir saßen da, hat Fenster auf, also da hatten wir extra lauter gesprochen und die Musik wie gesagt aufgedreht und, und Quatsch gemacht und das, also, das würde mir heutzutage auch nicht gefallen, wenn einer vor meinem Fenster das macht [...] das war/ wir wollten auch wir sein. [...] (I.4: 646).

Nach Elias und Scotson gelingt es den Etablierten, die Außenseiter von ihrer zugeschriebenen Minderwertigkeit „zu überzeugen“. Eine klassische Folge dieses Prozesses ist im sogenannten labeling approach oder Etikettierungsansatz beschrieben. Danach verhalten sich – kurz gesagt – stigmatisierte Menschen irgendwann so, wie die Gesellschaft es von ihnen erwartet. Sie übernehmen also die Verhaltensweisen, die ihnen von Dritten zugeschrieben wurden (Lamnek 2021).

Auf allen genannten Ebenen des Erlebens von Fremdheit und Ausgrenzung braucht es Strategien, dagegen zu kämpfen, wie die Zugewanderten als Fremde damit umgegangen sind bzw. auch noch heute umgehen. Im Folgenden werden die aus dem empirischen Material rekonstruierten Handlungsorientierungen von früher und Neuzugewanderten dargestellt.

4. Strategien im Umgang mit der eigenen Fremdheit

In Anlehnung an die dokumentarische Methode (Bohnsack 2010), die es ermöglicht, aus dem interpretierten Material eine Typologie zu entwickeln, lassen sich fünf Typen von Handlungsorientierungen der Zugewanderten in Bezug auf Fremdheit im Beziehungsgeflecht mit den jeweils „Anderen“ herausarbeiten. In der Typenbildung auf der Basis der soziogenetischen und sinn-genetischen Rekonstruktion sind einerseits die spezifischen Orientierungen und andererseits der Erlebnishintergrund oder existentielle Hintergrund der Handlungen der Befragten herausgearbeitet (Bohnsack 1999, 158). Es zeigt

sich, dass die unterschiedlichen Umgangsstrategien situationsbezogen sind und dass deshalb eine Person mehrere Strategien je nach Situation einsetzt.

Im Beziehungsgeflecht zu den bereits etablierten Gruppen zeichnet sich der Typ 1 „*an selbstgewollter Abgrenzung und hoher Distanzierung von den Etablierten orientiert*“ aus. Diesen Typus habe ich bezeichnet als „*sich Abgrenzende/r Fremde*“. Charakteristisch ist eine Art der selbstgewollten Distanzierung von den Etablierten. Die Beziehungen und Handlungen der Neuzugewanderten zu den länger ansässigen, etablierten Gruppen sind als passiv, zurückhaltend und von der Etabliertengruppe hochdistanziert zu beschreiben. In diesem Typus finden sich viele wieder, die sich als hilf- und machtlos gegen Diskriminierung und rassistischer Gewalt bezeichnen, indem sie zurückgezogen sind und keine Gegenwehr gegen Unrecht der etablierten Gruppen ausüben. Eine früher Zugewanderte erzählt zum Beispiel:

B: Dieses Verhalten von deutschen Kindern hat meine Mama versucht, immer zu entschuldigen. [...] Ich habe alles über mich ergehen lassen. [...] Ich hätte überhaupt nichts sagen können. (I.4: 227)

Eine andere Interviewbefragte berichtet:

B: Ja. Ich versuche, mit dem Gesicht abzdrehen, oder die Richtung des Laufens zu ändern, den Weg zu ändern.“ (I.1: 406)

Selbst bei dieser Distanzierung und Zurückgezogenheit wäre es aber hoch problematisch, eine Unwilligkeit zu Gegenwehr gegen ausgrenzendes, diskriminierendes sowie stigmatisierendes Verhalten der etablierten Gruppen zu unterstellen. Ihr distanziertes Verhalten zu den Einheimischen begründen sie damit, dass ihnen nach der Ankunft in Deutschland plötzlich alles so fremd war, sie konnten kein Deutsch sprechen, hatten keine Freunde und Bekanntschaften. Außerdem äußern sie ihre Angst vor Neuem sowie vor dem Verlust der eigenen Kultur. Ein weiteres Charakteristikum ist für diesen Typus ist, dass diese Strategie insbesondere für die Anfangszeit im Aufnahmeland beschreiben wird.

Der Typ 2 umfasst eine Strategie, die „*an Provokation und Widerstand orientiert*“ ist. Zur Bewältigung der Fremdheit haben sich die „*provozierenden Fremden*“ eine Strategie angeeignet, wodurch sie sich gegen etablierte Gruppen wehren wollen. Die Begründung des eigenen Verhaltens deutet „auf eine Rache³“ seitens Neuzugewanderter in der Rolle der Außenseiter gegenüber etablierten Gruppen, wodurch die Außenseiter, wie das folgende Beispielzitat zeigt, den Ausgleich von erlebtem und erlittenem Unrecht bewirken wollen:

B: Ja. Und da fing es natürlich mit Schimpfereien. Wir haben extra die Musik, äh, russische laut aufge/ dann fingen wir provozieren, also wir wollten, wir wollten zeigen: Eigentlich, [...]

3 Nach Elias greifen die Außenseiter zur Gegenstigmatisierung und beginnen „oft sich zu rächen, wenn sich das Machtgefälle verringert, die Machtbalance ausgeglichener wird“ (Elias/Scotson 1990: 15).

keiner glaube ich wollte damals Gewalt von uns erleben. Das hat, das hat jeder praktisch von uns in den Schulen erlebt. (I.3: 206)

Um den eigenen Widerstand zu den etablierten Gruppen äußern zu können, ist das Beherrschen der deutschen Sprache immanent. Eine Besonderheit dieses Typus ist, dass die widerstandorientierten Zugewanderten in der Rolle der/des Fremden keine Angst vor den etablierten Gruppen zeigen und die von den etablierten Gruppen zugeschriebenen negativen Eigenschaften nicht annehmen. Bei diesem Typus gelingt es den etablierten Gruppen nicht, ein Minderwertigkeitsgefühl bei den Neuzugewanderten zu erzeugen.

Alle befragten Zugewanderten berichten von der hohen Bedeutung der Sozial- und Systemintegration, die auch die Beziehung zwischen als Etablierte und Außenseiter definierten sozialen Gruppen nachhaltig ändern kann. Das gilt für die Bezeichnung des Typ 3 eines aus dem empirischen Datenmaterial herausgearbeiteten Typus, welcher „*an Annäherung zu den etablierten Gruppen orientiert ist*“ (Typ 3). Ein Geflüchteter berichtet in der Zukunftswerkstatt:

TN1: Nee, ich auch schon mal (unv.) und ich habe drei Monate Praktikum gemacht und drei Monate Schule. Und ich hatte schon Plan A und Plan B. Ich wollte erst Sprache lernen und dann Ausbildung und gut Job.“ (ZW.2: 139)

Die „*sich annähernden Fremden*“ erarbeiten das „Dazugehören“ durch soziale Bindungen. Dabei sind zwei Formen von Netzwerken darstellbar: Erstens die Cliquen/Gruppen mit einem Wir-Gefühl und zweitens einzelne (deutsche) Kontakte/Ankerpersonen aus der Gruppe der Etablierten. Bei solchen Unterstützungsnetzwerken geht es darum, Zugang zu Ressourcen zu erhalten, Informationen und Orientierung im fremden Land zu bekommen und so nachhaltig soziale Teilhabe zu erfahren.

Sowohl die früher als auch neu Zugewanderten setzen sich mit dem Thema Integration auseinander. Sie verknüpfen die Integration von Neuzugewanderten in Deutschland damit, dass diese die Gesetze lernen und akzeptieren sowie sich an die Regeln des Landes halten sollen. Auch die deutsche Sprache sehr gut zu lernen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sind Handlungen, die im Typ 4 „*an Anpassung und Bildung orientiert*“ zu finden sind. Die Anpassung an die etablierten Gruppen sowie die Annahme deren Gesetze und Normen scheint ein Preis für das Behalten bzw. Weiterführen der eigenen mitgebrachten Kultur zu sein. Dabei orientieren sich die „*angepassten Fremden*“ an „doppelte Anwesenheiten“ oder „doppeltes Leben“. Ein früher Zugewanderte berichtet beispielsweise:

TN4: Ja. Das sind doppeltes Leben. // Der redet der sagt das in deutsche Kultur ist das gut das gut, aber er lebt nicht das in dieser Kultur. (ZW.3: 1269)

Solche Thematisierungsweisen im empirischen Material verweisen auf die „Hybridität“ von Zugewanderten im postkolonialen Sinne. Die früher und neu Zugewanderten berichten von Bilingualität, Zugehörigkeiten zu zwei oder mehreren Kulturen, stellen sich als sog. „Mischlinge“ (Bhabha et al. 2000)

oder „Zweiheimische“ (Mecheril 2004) dar und fühlen sich zwei oder mehreren kulturellen Räumen gleichermaßen zugehörig. Gleichzeitig zeigen sich viele Ambivalenzen darin, dass weder die in den 1990er Jahren Zugewanderten noch die ab 2015 als geflüchtete Menschen Zugewanderte nicht als „Ausländer“, „Russlanddeutsche“, „Asylanten“ oder „Flüchtling“ kategorisiert werden wollen. Die einen nennen sich Deutsche, die anderen Einheimische, einige nennen sich Menschen mit Migrationshintergrund oder Bürger*innen der Bundesrepublik. Sie entwickeln Assimilationsstrategien, um ihre Sichtbarkeit als „Ausländer*innen“ zu verdecken z.B. durch eine Namensänderung und das Lernen eines akzentfreien Deutschen. Beim Telefonieren mit Behörden oder anderen Institutionen stellen sie sich mit deutschen Namen vor, um Othring-Prozesse zu vermeiden. Zum anderen wird versucht, sich äußerlich anzupassen, die Haare zu färben, die Kleidung anzupassen oder das Kopftuch abzulegen. Diese nachahmende (mimetische) Strategie beschreibt Typ 5, der sich „an Anonymität und Veränderung orientiert“. Die nachahmende Strategie weist nur auf eine scheinbare Assimilation der „anonymen Fremden“ an die Aufnahmegesellschaft in der Öffentlichkeit hin, während im Privaten so gelebt wird, wie im Herkunftsland. Das Verlangen, dazu zu gehören, ist auch eine Reaktion auf Ablehnungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Dies scheint Migrant*innen auch dazu zu bewegen, „deutscher zu werden als Deutsche“ (Smechowski 2017).⁴ Eine ähnliche Strategie der Anonymität ist im empirischen Datenmaterial zu erkennen, indem weniger über die Heimat und die Vergangenheit und mehr über Deutschland und Deutschsein diskutiert wird. Ein Migrant, der über 20 Jahren in Deutschland wohnt, erzählt:

TN1: Ich habe zwei Söhne, die sind inzwischen auch älter. Die sind hier in Deutschland geboren [...]. Die haben hier studiert. Der eine ist Rechtsanwalt, der andere ist Diplom-Kaufmann hier. Das sind richtige Deutsche hier. (ZW.3: 1355)

In einem Interview mit einem Spätaussiedler zeigt sich ein Deutsch-sein-wollen oder ein Deutsch-werden-wollen, indem „Deutschsein“ oder „Deutschwerden“ mit nationalen, kulturellen, politischen Zuschreibungen beschrieben wird.

B: Gestern wir haben auch eine mh, [...] ein Dozent gehabt, der hat aber seinen Namen geändert. [...] Aber mh, ja, das wahrscheinlich irgendwo, wenn die Leute nimm/ kennt dich nicht, vielleicht nimmt sie als Deutscher. (I.2: 1169)

Oder:

4 Diese Art der Anpassung wird im Emilia Smechowskis autobiografischen Buch „Wir Strebermigranten“ beschrieben. Die Autorin thematisiert das Ankommen in der Fremde. Für Smechowskis Eltern und viele andere Migrant*innen aus Polen hieß es, sich zu assimilieren im Sinne sich zu verstecken, damit die Einheimischen ihre Herkunft nicht ansehen oder anhören.

B: Und die, guck mal, die ist ja auch in Deutschland geboren, also die ist ja nur deutsch, ne? Die, Russisch versteht sie, sprechen tut sie nicht. (I.4: 1018)

Es zeigt sich, dass in diesem Typus sich früher Zugewanderte bzw. (Spät-)Ausiedler*innen finden, die sich auf ihre deutschen Vorfahren bzw. deutsche Wurzeln beziehen und somit ihr Deutschsein belegen. An vielen weiteren Äußerungen ist ebenso das Deutsch-sein-wollen der früher Zugewanderten zu erkennen, weil sie ihren Kindern die Muttersprache nicht mehr beibringen, sie nicht mehr viel über ihre Verwandtschaft und Verbindungen im Herkunftsland sprechen.

5. Das Zusammenleben neu aushandeln: Ansätze zur Auflösung binärer Zuordnungen von „Wir und die Anderen“

Die im Kapitel 4 dargestellten fünf Typen zeigen eine Vielfalt der Strategien im Umgang mit Fremdheit, die mit Ausgrenzung, Stigmatisierung sowie Diskriminierung einhergeht. Es ist für die Subjekte ein echtes Problem, von den Anderen als Fremde gesehen zu werden und sich selber als Fremde zu sehen. Das Einsetzen dieser Strategien im Alltag bedeutet für sie viel Kraft und Ressourcen, um sich mit Ausgrenzung und Stigmatisierung auseinanderzusetzen bzw. damit umzugehen. Bei dieser Arbeit kann man sie unterstützen, indem man Dialogprozesse und Vernetzungen schafft und diese als eine Ressource zur Gestaltung und Weiterentwicklung eines gelungenen Zusammenlebens nutzt. Alisch et al. (2022) gehen in ihrer Untersuchung davon aus, das nicht moderierte, quasi sich selbst überlassene Prozesse von Veränderung im Lokalen, nicht nur lange dauern – oft über Generationen, wie die deutsche Nachkriegsgeschichte gezeigt hat –, sondern ungewiss im Ausgang sind und durchaus problematisch bis schmerzhaft durchlebt werden (Alisch et al. 2022). Hier anschließend habe ich für meine Fragestellung versucht, in moderierten Dialogprozessen wie den Zukunftswerkstätten und Rückkopplungsdiskussionen mit früher und neu Zugewanderten dafür zu sorgen, dass Ansätze zur Auflösung der binären Zuordnungen wie „wir und andere“, „Fremde und Einheimische“ geäußert bzw. bewusst werden.

In diesem Sinne wurden die gewonnenen Erkenntnisse zu den Fremdheits-erfahrungen und Strategien im Umgang mit der Fremdheit der befragten Zugewanderten in der Rückkopplungsveranstaltung (Bohnsack 2006) diskutiert, die als ein gemeinsames Aushandlungs- und Austauschformat der beiden Zugewandertengruppen stattgefunden hat. Auf diese Weise konnten die Zugewanderten mit ihren Interessen und Problemstellungen zu der Frage, wie das

Zusammenleben mit jeweils *Anderen* gelingen kann, konfrontiert werden. Dabei zeigten sich trotz Differenzen und widersprüchlichen Haltungen zu Fluchtzuwanderung der jüngsten Vergangenheit viele Gemeinsamkeiten. Diese Form des *gemeinsamen* Austausch- und Aushandlungsortes mit der zentralen Aufgabenstellung, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, hat sich als ein sehr fruchtbares Instrument erwiesen. Die so *hervorgebrachten* Gemeinsamkeiten haben dafür gesorgt, dass die jeweils „Wir“-Gruppe mit den jeweils *Anderen* sich verbunden fühlte. Dabei bestätigte sich, dass das *Neue* sich erst dann angemessen beschreiben ließ, als ein Blick auf das *Alte* geworfen wurde. Als Reaktion auf die Beschreibung der 5 Typen von Fremden sind die insbesondere früher Zugewanderten zu Erkenntnissen gekommen, die sich in vier Richtungen konkretisieren lassen:

5.1 *Chancen und Vorteile durch neue Fluchtmigrationen*

In der Rückkopplungsdiskussion zeigte sich, dass zunächst nur ein kleiner Teil der früher Zugewanderten dazu tendiert, sich in der Flüchtlingshilfe zu organisieren, und in der Fluchtmigration von 2015 und 2016 eine Chance für eine nachhaltige Gesellschaft zu sehen. Dabei werden Aspekte einer nachhaltigen Integration der Aufnahmegesellschaft durch die Fluchtzuwanderung seit 2015 wie Fachkräftestärkung durch die Fluchtmigration oder demographische Entwicklung genannt. Offensichtlich greifen sie rein formal Aspekte der Zuwanderungspotenziale aus der dominanten integrationspolitischen Debatte auf. In der Diskussion über die demographische Entwicklung durch die Fluchtzuwanderung seit 2015 führt eine früher zugewanderte Frau ein:

TN6: [...] und hier ist alles überlegt, und deswegen veraltet sich die Gesellschaft. Diese Kinder werden, diese afghanische, arabische, was gibt es noch, lezginische Kinder, sie werden diese Gesellschaft retten, denke ich. (RK: 1191)

Die „etablierten Migrant*innen“ sehen Deutschland als eine alternde Gesellschaft und nennen, wie das folgende Zitat eines früher Zugewanderten zeigt, die Herausforderung dieser alternden Gesellschaft sei der Arbeitskräftemangel:

TN11: Das war Deutschland brachte Flüchtlinge. Wissen Sie, wie viel Prozent ist älter 60 Jahre? Glaub ich 60 Prozent älter als 70 Jahre. Das ist Problem demographisches Problem. Deutschland braucht Arbeitskraft. Mit dieser Arbeitskraft 80% der Flüchtlinge ist wirtschaftlich Plus. (RK: 891)

Wirtschaftlich betrachtet, ist aus Sicht der früher Zugewanderten nichts gegen die aktuelle Zuwanderung einzuwenden, die gleichzeitig die negativen Folgen des demographischen Wandels abmildern könne. Es wird sogar dafür plädiert, dass Deutschland in Zukunft wieder und mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte:

TN12: Sie werden arbeiten. [...] Ich glaube, es stört nicht, noch mal eine Million von ihnen aufzunehmen. 6 oder 7 Millionen Jugendliche braucht man noch hier. (RK: 1198)

Deshalb sollten die Zugänge zu Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt neu konzipiert und unterstützt werden, denn Sprache und Bildung sowie Partizipation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sind laut den früher und neu Zugewanderten die wichtigsten Aspekte bei der Integration von Zugewanderten. Somit definieren sie auch den Begriff Integration in seinen mehreren Dimensionen.

5.2 (K)eine Integration notwendig

Die früher Zugewanderten sehen aus ihrer Perspektive als „Etablierte“, „Deutsche“, „Bürger mit Ansprüchen an den Staat“, „Heimische“ etc. ein wichtiges Potenzial für ein schnelles Ankommen und Integration in Deutschland darin, dass die Geflüchteten sich selbst emanzipieren, ihren Empfängerstatus ablegen und Leistung in die Gesellschaft einbringen sollen⁵. Solche Äußerungen seitens der etablierten Migrant*innen zeigen Auswege aus der Spirale der Exklusion und sind Bedingungen dafür, was eine nachhaltige Sozialintegration der Gesellschaft ausmacht. In der Rückkopplungsveranstaltung sagt ein früher Zugewanderte beispielsweise:

TN9: Hauptsache, dass ich zeige, wer ich bin, was ich tun kann, was ich lernen kann, was ich beibringen kann, wie ich arbeite, wie ich draußen laufe, wie ich mit den Leuten umgehe. Ich glaube, das sollte die Hauptsache sein, dass ein Mensch, bis zu erforderlich sein kann, [...] wenn ich hier sage: "Ach, ich schaffe das nicht, ich kann das nicht. Ich kriege nie, Deutsch zu sein" oder noch was. (RK: 265)

Einen Ankerpunkt dazu bietet der Grundgüter-Ansatz der nachhaltigen Integration einer Gesellschaft (Hauff 2014: 36). Den Benachteiligten – in diesem Fall den Geflüchteten – werden individuell und gesellschaftlich bisher verwehrte Chancen auf die Verwirklichung eigener Interessen und Bedürfnisse im Sinne sozialer Integration eröffnet und ihre Handlungsspielräume erweitert. Aus dieser Perspektive sollen im Sinne Elias' etablierte Gruppen mit einer langen Wohndauer im Aufnahmeland den in einer Außenseiterposition und insofern benachteiligten Gruppen diese Verwirklichungschancen schaffen (ebd.), weil sie z. B. aufgrund ihres Aufenthaltsstatus mehr Freiheiten postulieren und in ihren Handlungen nicht so eingeschränkt wie z.B. die Neuzugewanderten sind. Um aber diese Verwirklichungschancen von der Gesellschaft zu erhalten,

5 Jedoch zeigen die Ereignisse im Jahr 2022 im Zuge der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, dass ein schnelles Ankommen und eine Integration durchaus ermöglicht werden können, wenn den Schutzsuchenden entsprechende Bedingungen dazu ermöglicht werden.

ist eine gewisse Eigeninitiative der neu Zugewanderten notwendig. Ein Teilnehmer der Rückkopplungsveranstaltung betont die Wechselseitigkeit von Integration:

TN6: Und kommunizieren müssen alle, das heißt (M2: Das stimmt.) nicht nur die, ja, nicht nur die Deutsche, dass die von uns lernen, wer wir sind. Müssen wir selber auch zeigen, wer wir sind. (RK: 350)

Die früher Zugewanderten setzten sich mit der Frage auseinander, dass die Neuzugewanderten sich emanzipieren und ihren Hilfeempfängerstatus ablegen sollten. Für die „*leistungsorientierten Migrant*innen*“ steht laut früher Zugewanderten nichts dagegen, dass sie ihre Traditionen nicht vergessen und diese weiterführen. In Bezug darauf diskutieren die Zugewanderten nicht mehr die Frage, wie Integration gelingen kann, sondern es öffnet sich eine Debatte um die Frage, ob Integration überhaupt nötig ist. Bemerkenswert ist, dass sich mit dieser Frage diejenigen früher Zugewanderten auseinandersetzen, die sich in den Interviews und auch in Zukunftswerkstätten mit einem ablehnenden Verhalten gegenüber mitgebrachten Traditionen von Neuzugewanderten geäußert haben: Eine früher Zugewanderte aus der Rückkopplungsdiskussion führt ein:

TN4: Für mich, [...] die erste Stelle steht, was man in ihre Familie gelernt hatte. Was die Eltern beigebracht haben [...]. Das heißt, ich will auf keinen Fall Deutsch werden. [...] (RK: 252)

Oder ein anderer früher zugewandeter Mann, der sich in der Zukunftswerkstatt ebenso mit ablehnender Haltung zu den neu als geflüchtete Zugewanderten bezeichnet, sagt in der Rückkopplungsveranstaltung:

TN6: [...] Das interessiert mich absolut nicht. Hauptsache, dass ich die Leute sehe, so wie die sind. Ich mache meine Kultur, so wie ich gelebt habe. (RK: 256)

Aus der Debatte mit den Zugewanderten um die Frage, ob Integration nötig ist, werden zwei Konzepte erkennbar. Zum einen fungiert der Integrationsbegriff für die Zugewanderten als Exklusionsmechanismus aus dem eigenen Ich, der eigenen Kultur und der eigenen Identität. Somit sollte man die eigene Identität nicht verfälschen, die eigene Kultur nicht vergessen, sich selbst treu bleiben. Zum anderen verspricht der Integrationsbegriff Akzeptanz von Gesetzen und Regeln, die rechtlich, gesellschaftlich, kulturell konnotiert sind. Im folgenden Zitat lässt sich die Zweideutigkeit des Integrationsbegriffs erkennen:

TN12: Und äh, wenn du sprechen kannst Deutsch und das ist das Wichtigste: Man muss nicht anpassen an andere Menschen, man muss selber sein. Deine Kultur, deine, was du bist, bist du Zuhause. Aber, wenn du in Öffentlichkeit gehst, dann musst du dich anhalten, an diese Gesetze und um zu anhalten, musst du die kennen. (RK: 719)

Die Zugewanderten verbinden den Begriff Integration mit den Grundregeln des Zusammenlebens. Es erleichtert den Alltag, wenn man sich an die hiesigen Regeln und Gesetze hält, sich in der Sprache der Aufnahmegesellschaft ausdrücken, sich um Job und Ausbildung kümmern kann. Dabei ist es zu betonen,

dass den Zugewanderten bewusst ist, dass Platzansprüche in der Aufnahmegesellschaft strenger zu erobern sind als man sich denken könnte. Insbesondere dringen immer mehr Anforderungen seitens Einheimischen, etablierten Gruppen daran, wie sich neu als Geflüchtete zugewanderte Menschen in Deutschland verhalten sollen. Diese Anforderung wird jedoch seitens Neuzugewanderten als selbstverständlich wahrgenommen, denn auch ohne diese Anforderungen seitens etablierten Gruppen empfinden sie die Akzeptanz von Gesetzen und Regeln für das Zusammenleben als selbstverständlich. Das bestätigt die Heterogenität der Zugewanderten, da die meisten von ihnen, wie die folgenden Zitate deuten, mit und für Erleben der demokratischen Grundprinzipien zugewandert sind:

TN8: Was ich nur sagen wollte zu dem Sich-Anpassen, zu der Gruppe anpassen, wir gehören. Das soll ja nicht irgendwie bedeuten, dass man seine eigene Identität verliert, sondern, dass man sich einfach nur den Regeln des Landes, wo man jetzt wohnt, einfach nur ähm, folgt, beziehungsweise eben nicht ähm, kriminell wird oder // oder, oder/ \\. (RK: 163)

Die Integration kann nachhaltig und langfristig funktionieren, solange die Ausübung der eigenen Kultur und eigener Regeln die Freiheit der Anderen nicht verletzt:

TN4: Also dass wir sozusagen Rechte und Pflichten haben in Deutschland. Und da, wo ich die Freiheit eines anderen Menschen nicht verletze, bin ich frei. Und da, wo ich sie verletze, weil ich irgendwie kriminell werde oder bedrohlich oder gegen das Gesetz verstoße, hört meine eigene Freiheit auf. Ne? Ich kann bleiben, wer ich bin, solange ich dem Gesetz nicht weh tue. (RK: 226)

Im Diskursverlauf über die Frage der Integration setzen sich die früher und neu Zugewanderten damit auseinander, dass sie alle eigentlich gleiche oder ähnliche Erfahrungen als Fremde gemacht haben und dass sie alle über eine gemeinsam geteilte Erfahrung Migration verfügen. Im Sinne der nachhaltigen Sozialintegration der Zugewanderten schien es mir in der Rückkopplungsveranstaltung als Moderatorin sehr wichtig, genau diesen Moment aufzugreifen und diese genannte Gemeinsamkeit „geteilte Erfahrung Migration“ als Ressource, als Sozialkapital ansprechbar und sichtbar zu machen.

5.3 *Geteilte Erfahrung Migration*

Die Reflexion über die gemeinsam geteilte Erfahrung Migration ist in der Rückkopplungsdiskussion als Lösungsweg zu binären Zuordnungen wie *Wir und Anderen*, *Heimische und Fremde* zu verstehen. Dadurch wird deutlich, dass man sich in der Auseinandersetzung über die Gemeinsamkeiten mit den Anderen verbunden fühlt. In erster Linie werden universelle Gemeinsamkeiten wie das Menschsein und die Menschenrechte genannt. Gleichheit vor dem Gesetz, Chancengleichheit bei Zugang zu den Ressourcen, Gleichberechtigung

unabhängig von Religion, ethnischen und sexuellen Zugehörigkeiten, Aussehen etc. sind Gemeinsamkeiten, die seitens Zugewanderten genannt werden und mit denen sie sich mit den Anderen angenähert fühlen. In der Reflexion über die eigene Migration zeigt sich eine Verbundenheit zwischen Zugewanderten aus unterschiedlichen Migrationsphasen, denn sie alle teilen die Erfahrung der Migration und des Ankommens. Ein Teilnehmer aus der Rückkopplungsdiskussion erläutert:

TN3: Mh, ich denke, wir haben äh, alle [...] mh, Migrationshintergrund. Wir haben alle Erfahrungen in diesem Bereich ein bisschen. (RK: 143)

Dabei beschreibt der Migrationshintergrund nicht nur ein soziodemographisches Merkmal, das die Zugewanderten aufgrund der Auswanderung aus einem Land und Einwanderung in ein anderes Land oder aufgrund des Besitzes einer ausländischen Staatsbürgerschaft beschreibt. In ihren Äußerungen beschreiben die Zugewanderten den Begriff Migrationshintergrund als Erfahrung ethnischer Diskriminierung und Ausschlüsse im Alltag. Die Kategorisierung „mit Migrationshintergrund“ wird als gemeinsam geteiltes Erfahrungswissen dargestellt, welches die binäre Zuordnungen *Etablierte-Außenseiter*, *Wir und Anderen*, *Einheimische und Fremde* unter verschiedenen Migrant*innengruppen auf der Ebene der Selbstreflexion lösen kann. Eine früher zugewanderte Frau, die sich im Interview beschwerte, warum sich die Geflüchteten auf dem Bahnhofsplatz sitzen anstatt zu arbeiten, reflektiert in der Rückkopplungsveranstaltung das eigene Ankommen und stellt fest, dass sie selbst vor dreißig Jahren genauso gehandelt hat wie die Geflüchteten heute. Sie führt ein:

TN5: Die Flüchtlinge laufen ja durch Grüppchen, ich kann sie verstehen, ich lief selbst in Grüppchen, sicher. // So lief ich \\\ im '95 auch mit einer kleinen Gruppe, wo ich mich sicher, mit fünf Spätaussiedler, weil da kann dich keiner [...] irgendwie von der Seite mal dir wieder weh tun. (RK: 835)

Die geteilte Erfahrung Migration wird nicht nur negativ in Bezug auf Diskriminierungs-, Ausgrenzungserfahrung, sondern auch als tiefgreifender sozio-kultureller Veränderungsprozess beschrieben. Die vorgefassten Meinungen und stereotype Bilder über die Zugewanderten als „*Flüchtlinge*“, „*Ausländer*“ beschreiben die Migrant*innen als Menschen am Rande Europas, die nur „*Geld vom Staat wollen*“, während sie sich gute Zukunft für ihre Kinder wünschen. Eine früher Zugewanderte Frau sagt beispielsweise:

Aber ich glaube, [...] dass es genug Familien gibt, die kommen, weil sie ihren Kindern was ermöglichen wollen. Also meine Mutter zum Beispiel sagt immer: "An deinem Erfolg", ne, "messe ich, ob sich meine Flucht nach Deutschland gelohnt hat". Ne? "Ich will sehen, dass ich nicht umsonst über tausend Länder hierhergekommen bin". (RK: 791)

Neben der geteilten Erfahrung Migration wird das gemeinsam Erlebte als eine wichtige Strategie zur Vermeidung von Ausgrenzungspraktiken und Ablehnungshaltungen genannt. Ein neu Zugewanderten sagt zum Beispiel:

Sogar parallel geht nicht, muss man unbedingt zusammen. (RK: 999)

Die Schaffung von Räumen für neue gemeinsame Erfahrungen durch internationale Feste, Kochabende eignen sich gut, um Begegnungen mit Neugier und Bereicherung zu erleben und Brücken zu anderen sozialen Netzwerken zu schlagen. Die Erkenntnisse zu dem gemeinsam Erlebten, gemeinsam Geteilten liefern Ansätze zu solidarischen Umgangsformen miteinander und werden als Bewältigungsstrategie im Alltag genannt. Dies zeigt sich wie im folgenden Zitat einer früher zugewanderten Frau aus der Rückkopplungsveranstaltung:

TN1: Man macht gemeinsam Erfahrungen, man macht etwas gemeinsam, deswegen bin ich auch verbunden an meine Heimat, an meine Geschwister, wir haben zusammengespielt, wir haben zusammen das und das gemacht. Und dieses, etwas zusammen zu teilen, zusammen zu gestalten, ist natürlich auch eine schöne Strategie der Alltagsbewältigung, würde ich sagen. (RK: 1075)

Die hier dargestellten Ansätze der Zugewanderten zur Auflösung von binären Zuordnungen zwischen „wir und andere“ gehen mit gegenseitigen Unterstützungen in der neuen Heimat einher. Bemerkenswert ist, dass die früher Zugewanderten, die sich in dem sonstigen Material wie Interviews und Zukunftswerkstätten als ablehnend, ausgrenzend und auf neue Kontakte vermeidend bezeichnen, in der Abschlussphase der Rückkopplungsdiskussion Versuche der Akzeptanz, Unterstützungsangebote gegenüber neu als Geflüchtete Zugewanderten unternehmen wollen. Es zeigen sich Potentiale der Entwicklung und oder Stärkung des neuen Ehrenamts in der sogenannten „Flüchtlingsarbeit“: Migrant*innen helfen Migrant*innen.

5.4 *Migrant*innen helfen Migrant*innen*

Bisher war eindeutig: Ehrenamtliche Helfer*innen sind Einheimische, manchmal auch Migrant*innen, die ihre Landsleute mit ihrem Erfahrungswissen unterstützen. Die Forschungsergebnisse meiner Dissertation wie auch Konzepte der Sozialen Arbeit mit und für Geflüchtete zeigen, dass das Erfahrungswissen von alteingesessenen Migrant*innen in Bezug auf Umgangsstrategien mit Fremdheit und Fremdsein für die Nachhaltigkeit sozialer Integration der Neuzugewanderten fruchtbar gemacht werden kann. Dies führt ebenso zur Entwicklung eines neuen Ehrenamts. Die Förderung des neuen Ehrenamts von früher Zugewanderten für die Neuzugewanderten eignet sich als Instrument zur Überwindung von Ausgrenzungspraktiken und das Verändern von ablehnenden Haltungen. Dies lässt sich anhand des folgenden Zitates aus einer Zukunftswerkstatt mit früher Zugewanderten zeigen:

TN12: Ja, wissen Sie. Unser Problem ist, mein z. B. unsere Hälfte zu helfen der Flüchtlinge, das zu integrieren mit Gesellschaft, lassen Sie nicht im Fremd. Wissen Sie, bringen Sie sie in Gesellschaft. (RK: 1080)

Auch geflüchtete Menschen engagieren sich in Deutschland inzwischen ehrenamtlich. Mit dem Rollenwechsel – von Hilfeempfänger*innen zu Helfenden – entsteht ein reziproker Integrationsprozess, in dem sich die Geflüchteten emanzipieren und somit nicht nur ihr Selbstbewusstsein, sondern auch das Bild von Migrant*innen in der öffentlichen Wahrnehmung positiv ändern.

Aus diesen Erkenntnissen erschließt sich, dass die nachhaltige Sozialintegration der Zugewanderten und Nichtzugewanderten gegenseitiger Respekt und Akzeptanz erfordert, denn nur denjenigen, die sich anderen gegenüber respektvoll verhalten, wird auch Respekt entgegengebracht. Problematisch dabei ist nur: einer/eine muss damit anfangen.

6. Fazit: Ausgrenzungspraktiken überwinden, Ablehnungshaltungen abbauen, Solidarität gestalten

Die in diesem Artikel dargestellten Erkenntnisse wurden erst durch meine methodische Vorgehensweise hervorgebracht. Die Partizipationsmethoden wie Zukunftswerkstätten und Rückkopplungsdiskussion ermöglichten die an der Forschung beteiligten Zugewanderten, dass sie überhaupt ihre Perspektiven äußern, sich darüber bewusst gemacht werden, wie es den Anderen in der Realität geht. Durch diesen Akt-miteinander zu sprechen und nicht übereinander-war eine authentische Kommunikation möglich, welche durch gegenseitige Perspektivenübernahme sowie Selbstreflexion Verständnis und Vertrauen erzeugte. Aus dem Versuch, die schon über ein partizipatives Format wie Zukunftswerkstätten gewonnen Erkenntnisse wieder rückzukoppeln an diejenigen, die mitgewirkt hatten, entstand der Ansatz, die Ablehnungshaltungen, die sich in Interviews und Zukunftswerkstätten gezeigt haben, abzubauen und zu überwinden. Darüber hinaus geht es aber auch Ausgrenzungspraktiken generell als Aufgabe stärker anzunehmen, frühzeitig zu erkennen und nicht Integration als Projekt für mehrere Generationen laufen zu lassen (Alisch et al. 2022). Durch die Forschungsmethodik hat sich gezeigt, dass gemeinsame Dialogprozesse von verschiedenen aber eigentlich gleichen sozialen Gruppen gegen Ausgrenzung und Ablehnung wirken können. Die Förderung des Miteinanders, um die auch im partizipativen Forschungsprozess geht, kann also durch moderierte Dialogprozesse geleistet werden. Dabei geht es nicht um konkrete Lösung von Problemen, sondern es geht mehr darum, wie Ausgrenzungspraktiken hervorgebracht und Ablehnungshaltung überhaupt ansprechbar werden. Als nächstes ermöglichte die Forschungsmethodik, Ansätze von Formen solidarischen Umgangs miteinander zu bearbeiten, Empathie und Involviertsein (Messerschmidt 2009) gegenüber Neuzugewanderten als benachteiligte Gruppe zu ermöglichen und deren Benachteiligung sichtbar zu

machen. Das heißt folglich auch, Bedingungen mitzudenken, die die Neuzugewanderten als eine benachteiligte Gruppe miteinschließen (Mecheril und Broden: 2014).

Im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit ist es in meiner Untersuchung ein Stück weit gelungen, die sonst sehr pauschal in dem sonstigen Material hervorgebrachten Ablehnungshaltungen aufzubrechen, Ausgrenzungspraktiken zu überwinden, weil sie ansprechbar wurden. Mit Bezug auf die Soziale Arbeit müssen Herangehensweise wie die meines partizipativen Forschungsansatzes ein Teil der Praxis von Handeln in der Migrationsarbeit oder auch in der Gemeinwesenarbeit werden.

Literatur

- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Hille, Catharina/ Hufeisen, Jonas/ Mamajanyan, Tatevik (2022): Soziale Öffentlichkeiten kleinstädtischer Urbanität im Kontext der Migrationsgesellschaft. In: Gribat, N./ Ülker, B./ Weidner, S./ Weyrauch, B./ Ribbeck-Lampel, J. (Hrsg.) (2022): Kleinstadtforschung. Interdisziplinäre Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag, S.147-170.
- Attia, Iman (2013): Das Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Einige kritische Anmerkungen. In: Soziologische Revue 36, 1, S. 3-9.
- Bhabha, Homi K./ Schiffmann, Michael/ Freudl, Jürgen/ Bronfen, Elisabeth (2000): Die Verortung der Kultur. Stauffenburg discussion, Band 5. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Bohnsack, Ralf (2006): Qualitative Evaluation und Handlungspraxis - Grundlagen dokumentarischer Evaluationsforschung. In: Flick, U. (Hrsg.) (2006): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte - Methoden - Umsetzung. Originalausgabe. Rowohlt's Enzyklopädie, Band 55674. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 135-158.
- Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 8., durch ges. Aufl. UTB Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft, Band 8242. Opladen: Budrich.
- Bohnsack, Ralf/ Nentwig-Gesemann, Iris/ Nohl, Arnd-Michael (Hrsg.) (2013): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Ceylan, Rauf (2018): Neue Migrantengruppen und alte Ausgrenzungsmechanismen im Kontext der Etablierten-Außenseiter-Figuration. In: Ceylan, R./ Ottersbach, M./ Wiedemann, P. (Hrsg.) (2018): Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation. Wiesbaden: Springer VS, S. 87-100.
- Czollek, Leah Carola/ Perko, Gudrun/ Kaszner, Corinne/ Czollek, Max (2019): Praxis-handbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen. Mit E-Book inside. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl. Pädagogisches Training. Weinheim: Beltz.
- Elias, Norbert/ Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Goerres, Achim/ Spies C. Dennis/ Mayer, Sabrina J. (2018): Erste deutsche Migrantenwahlstudie: Wie Einwanderer und ihre Kinder wählen. Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen. <https://www.uni-due.de/migrantenwahlstudie> [letzter Zugriff: 25.04.2023]
- Hahn, Alois (1994): Die soziale Konstruktion des Fremden. In: Sprondel, W. M. (Hrsg.) (1994): Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Für Thomas Luckmann. 1. Aufl. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 1140. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hauff, Michael von (2014): Sustainable Development. Grundlagen und Umsetzung. 2nd ed. Berlin/München/Boston: Walter de Gruyter GmbH.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002-2012): Deutsche Zustände. In (2002-2012): Deutsche Zustände.
- Korntheuer, Annette/ Anderson, Philipp (Hrsg.) (2014): Zwischen Inklusion und Exklusion -die Rolle der Sozialen Arbeit in Bildungsprozessen junger Flüchtlinge. Migration und Soziale Arbeit. 4. Aufl. Migration und Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.
- Kurtenbach, Sebastian (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen. Wiesbaden: Springer VS.
- Lamnek, Siegfried (2021): Theorien abweichenden Verhaltens I - "Klassische Ansätze". Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter. 11. Durch ges. Aufl. UTB, Band 0740. Stuttgart: utb GmbH.
- Mecheril, Paul (2004): Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz.
- Mecheril, Paul/ Broden, Anne (Hrsg.) (2014): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage. Migration - Macht - Bildung, Band 2. Bielefeld: transcript Verlag.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. 1. Aufl. Wissen & Praxis, v.151. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Smechowski, Emilia (2017): Wir Strebermigranten. München: Hanser Berlin.
- Treibel, Annette (2008): Die Soziologie von Norbert Elias. Eine Einführung in ihre Geschichte, Systematik und Perspektiven. 1. Auflage. Hagener Studentexte zur Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zick, Andreas/ Klein, Anna/ Groß, Eva/ Hövermann, Andreas/ Küpper, Beate (2014): Fragile Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz.

Teilhabeprozesse von somalischen Frauen zwischen Erwartungen und Realität aus einer intersektionalen Perspektive

Khulud Sharif-Ali

Geflüchtete Frauen aus Somalia erleben aufgrund ihrer Traditionen im Herkunftsland in hohem Maße die Folgen sozialer Ungleichheit. Sie fliehen aus einem strengen ungebrochenen Patriarchat und sind häufig geschlechtsspezifischer Gewalt ausgeliefert. Weltweit sind Frauen aufgrund von politischen Konfliktlagen und unzumutbaren Lebensbedingungen auf der Flucht. Das Motiv für die Entscheidung, aus sozialer und ökonomischer Benachteiligung zu fliehen, geht mit der Hoffnung auf ein sicheres Leben in Europa und in anderen privilegierten Ländern einher (vgl. Mecheril/Melter/Messerschmidt 2015: 1). Seit 2015 erhielten in Europa ca. eine halbe Mio. Frauen internationalen Schutz; laut Eurostatdaten wurde rund 300.000 Frauen allein in Deutschland Asyl gewährt (vgl. Liebig 2018: 7). Genaue Daten zu dieser stetig wachsenden Gruppe sind nicht kontinuierlich verfügbar. Aufgrund des Familiennachzugs ist jedoch absehbar, dass der Frauenanteil in den nächsten Jahren steigen wird (vgl. Schouler-Ocak/Kurmeyer 2017).

Soziale Arbeit muss auch für die geflüchteten Frauen Zugänge zu Unterstützung und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen. Allerdings stellt sich dies aufgrund sprachlicher, aber auch struktureller Hürden als schwierig dar – nicht zuletzt auch deshalb, weil mögliche Dokumente auf der Flucht verloren gegangen sind (vgl. Foda/Kadur 2005: 22ff.). Weibliche Geflüchtete werden als mögliche Arbeitskräfte, als schutzbedürftige Opfer oder gar als Bedrohung durch „intersektionale Marker“ (Dittmer 2018: 103) wie Herkunft und Religion im Diskurs gesehen (ebd.). Um derartige Stereotype aufzubrechen und die Frauen in ihrem Empowermentprozessen zu unterstützen, ist es wichtig zu erfahren, wie sich die Frauen selbst wahrnimmt und wie sie mit der Stereotypisierung als Opfer umgehen. Daher muss sich auch die Soziale Arbeit mit den Herausforderungen von Geschlechterverhältnissen in einer Migrationsgesellschaft auseinandersetzen (vgl. Ehlert 2012: 70).

Häufig ist die Unterstützungsleistung der Sozialen Arbeit nur krisenorientiert, zeitlich begrenzt bzw. bricht weg, sobald die Frauen aus den Gemeinschaftsunterkünften in Privatwohnungen umziehen. Um jedoch die Integration der Frauen in der Migrationsgesellschaft nachhaltig zu unterstützen, ist es erforderlich zu untersuchen, wie Partizipation und Selbstbestimmung der

Frauen dauerhaft gestärkt werden können. Ein „nachhaltigkeitssensibler Brückendiskurs“ (Böhnisch 2020: 19) in Bezug auf aktuelle sozialpolitische Gegenwartsfragen zu Gender, Flucht und Migration erscheint notwendig, um das Soziale der Nachhaltigkeit zu betonen. In diesem Beitrag soll eine entsprechende Diskussion zu Selbstbestimmung, Partizipation und Solidarität am Beispiel geflüchteter Frauen aus Somalia angeregt werden. Es werden Bewältigungsstrategien im Alltag der geflüchteten Frauen aus Somalia anhand einer qualitativen Untersuchung¹ mit somalischen Frauen, die vor, während und nach der Flucht Diskriminierung erfahren haben.

Im ersten Kapitel wird der Forschungsstand zur Lebenssituation geflüchteter Frauen in Deutschland zusammengefasst, um im zweiten Kapitel das Forschungsdesign der intersektionalen Analyse einzuordnen und die Forschungsfrage erarbeitet. In der Ergebnisdiskussion im Kapitel 3 werden die Diskriminierungserfahrungen und Bewältigungsstrategien der Frauen vorgestellt. Mit Blick auf den Integrationsprozess der Frauen wird im letzten Kapitel die Frage diskutiert, was es braucht, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

1. Eine Forschungslücke: die Lebenssituation geflüchteter Frauen in Deutschland

„Flucht- und Genderdynamiken“ (Krause/Scherschel 2018: 8) sind in Deutschland bisher nur unzureichend erforscht. Mit den Wertvorstellungen in westlichen Gesellschaften unvereinbare Frauenbilder oder Übergriffe männlicher Migranten auf Frauen dominieren die mediale Berichterstattung (vgl. Geldbach 2019: 9). Die Diskussion um die „Be- oder Verhinderung von Integration“ (Braches-Chyrek et al. 2019: 51) greift auch Castro Varela auf und kritisiert, dass die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten „politisch nicht gewollt sei und ihre Integration möglichst verhindert werde“ (vgl. Aced et al. 2014: 135). Die Behinderung der Integration bezeichnet Helga Cremer-Schäfer als „soziale Ausschließung“, die ein „strukturiertes und organisiertes Vorhalten der Teilhabe an gesellschaftlich produzierten Ressourcen“ (Höppner et al. 2012: 59) bedeutet. Dabei wird insbesondere die Integration von weiblichen Geflüchteten medial aus „problematisierenden Perspektiven“ (Blaschke-Nacak/Höbl 2016: 176) beleuchtet. Unter diesem Gesichtspunkt

1 Diese Untersuchung erfolgte im Rahmen des Dissertationsprojekts „Schwarz, muslimisch, geflüchtet, weiblich- Rekonstruktion der Alltagsstrategien somalischer Frauen aus einer intersektionalen Perspektive“, welches im Promotionszentrum Soziale Arbeit der HAW Hessen realisiert wird. Die Betreuung erfolgt durch Prof. Dr. Martina Ritter am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda.

sind Themen wie patriarchale Geschlechterordnungen, der ‚Kopftuchzwang‘² und die Unterdrückung der Frau im bundesdeutschen öffentlichen Diskurs präsent (vgl. Schiffauer 2017: 13; Blaschke- Nacak/Hößl 2016: 176; Ehler 2012:13). Spätestens seit der Kölner Silvesternacht 2015³ ist das Zusammenleben mit Neuzugewanderten Teil eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses, dessen Relevanz mit dem Spätsommer 2015 noch verstärkt wurde (Zwengel 2019: 141). Die Fluchtbewegungen im Jahr 2015 forderten auch die Profession Sozialer Arbeit als „integrale gesellschaftspolitische Akteurin“⁴ (Braches-Chyrek et al. 2019: 51) heraus und ließen Geflüchtete stärker in den Fokus rücken:

„Soziale Arbeit ist ein bedeutsamer Bestandteil der staatlich-politischen Regulierung von Fluchtmigration und dabei als organisierte und professionelle Praxis damit beauftragt, Inklusion und Exklusion von Flüchtlingen auf der Grundlage des geltenden Rechts zu ermöglichen“ (Bröse/Faas/Stauber 2017: 52).

Doch Deutschland ist nicht erst seit 2015 ein Einwanderungsland und dennoch bestehen für Frauen mit Fluchtgeschichte bisher kaum Gelegenheiten zur Gestaltung ihres Lebensentwurfs und der Zugang zu Institutionen der Gesellschaft ist schwierig. Grund für die Nichtinanspruchnahme von entsprechenden professionellen Integrationsangeboten kann laut Zwengel die „Vertrautheit mit der Geschlechtertrennung im Herkunftskontext“ (ebd.) sein.

Die Migration von Frauen wurde lange als ein „isoliertes Phänomen“ (Huth-Hildebrandt 2002:17) betrachtet, auch ihre Lebenswelten wurden als ein in sich geschlossenes System wahrgenommen. Im Bild, das in der bundesdeutschen Gesellschaft von Migrantinnen konstruiert wird, erscheinen die geflüchteten Frauen als unterdrückt, hilflos und vorrangig vulnerabel. Sie werden als „Opfer ihrer eigenen Fluchtbiografie wahrgenommen, die gesellschaftlich kaum sichtbar sind. Sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in der Forschung lag das Hauptaugenmerk lange auf der Integration der männlichen Migranten, während geflüchtete Frauen in der Flucht- und Migrationsforschung eher als Randphänomen oder „Mitwandernde“ erscheinen (vgl. Krause 2022: 23). Studien zu geflüchteten Frauen befassen sich bisher entweder mit der Arbeitsmarktintegration (vgl. Scherschel 2017; Worbs/Baraulina 2017; Liebig 2018; Pfeffer-Hoffmann 2018; Pallmann et al. 2019) oder der Schutzbedürftigkeit (vgl. Schouler-Ocak/Kurmeyer 2017; Rotino 2018; Dionis Sánchez et

2 Debatten um das „Hijab“ (arab. = das muslimische Kopftuch) hängen mit „paradoxen Zuschreibungen an muslimischen Frauen“ (Breitenbach/Rieske/Toppe 2018: 125) zusammen, die sich zwischen Widerstand und Unterwerfung bewegen (vgl. ebd.).

3 In der Kölner Silvesternacht 2015 auf 2016 kam am Kölner Dom und Hauptbahnhof zu sexuellen Übergriffen auf Frauen durch asylsuchende Männer.

4 Laut Braches-Chyrek ist die Soziale Arbeit in ein Spannungsfeld zwischen „Beteiligung an der Umsetzung politischer Entscheidung und gesetzlicher Regelung als auch an der Entwicklung eigener Lösungsansätze und Handlungsstrategien auf der Grundlage fachlicher und professioneller Positionierungen“ (Braches-Chyrek et al. 2019: 51) involviert.

al. 2016; Jesuthasan 2016) dieser Zielgruppe und beziehen sich auf die Fluchtumstände im Herkunftsland oder die Notwendigkeit des Schutzes der Frauen nach der Ankunft im Aufnahmeland.

So betonen Schouler-Ocak und Kurmeyer in der ersten bundesweiten repräsentativen Studie zur psychosozialen Gesamtversorgung geflüchteter Frauen eindrücklich zahlreiche Versorgungsbedarfe in den Bereichen Sprache, Diskriminierung, Gesundheit, etc. und liefern erste Handlungsempfehlungen zur Verbesserung ihrer Lebenslagen (vgl. Schouler-Ocak/Kurmeyer 2017: 11). Bisher fehlen jedoch Analysen zu Ungleichheitserfahrungen und Alltagsstrategien geflüchteter Frauen weitgehend.

Die Zielgruppe der geflüchteten Frauen wird nur unzureichend als „Diskurspartner“ (Bröse et al. 2017) in Bezug auf ihre Bedarfe wahrgenommen (vgl. ebd.: 3): Sowohl in der Forschung als auch in der Sozialen Arbeit werden sie bisher kaum zu ihren eigenen Interessen, Zielen und Ressourcen gefragt. Partizipation jedoch bedeutet, dass auch die Frauen an gesellschaftlichen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben sollten, da sie mit ihren vielfachen Potenzialen das gesellschaftliche Zusammenleben mitgestalten können und müssen (vgl. Alisch/May 2011: 223).

Die Ergebnisse der OECD⁵-Studie „Dreifach benachteiligt – ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge“ zeigen, wie die Zielgruppe in Bezug auf Partizipationsprozesse auf zahlreiche Herausforderungen stößt: Neben Herkunftsländereffekten wie die der niedrigen Erwerbstätigkeit von Frauen aufgrund patriarchaler Ungleichheiten, verweist die Studie auch auf ein niedriges Bildungsniveau, sowie auf familiäre Verpflichtungen des Mutters (Liebig 2018: 7). Anknüpfend an die OECD-Studie fokussieren sich auch zahlreiche andere Studien auf die Arbeitsmarktintegration weiblicher Geflüchteter. Bestrebungen für die Verbesserung der sozialen Lage weiblicher Geflüchteter des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR)⁶ dauern an und unterstreichen die Auseinandersetzung der erwähnten Schutzbedürftigkeit und möglichen Bewältigungsstrategien (Hausbacher et al. 2012: 161ff.). Es braucht die Anerkennung von Flucht und Migration als „vergeschlechtliche Prozesse“ (Ghaderi/Eppenstein 2017: 80), um vor der Flucht geltende Machtstrukturen und Rahmenbedingungen besser einordnen zu können. Geflüchtete Frauen beispielsweise aus Somalia fliehen aus patriarchalen Strukturen und müssen sich auf ein neues Leben im Ankunftsland einstellen (vgl. ebd.).

Nausika Schirilla hingegen übt Kritik an dem „Bild der hilflosen, unterdrückten Migrantin“ (Schirilla 2016: 71) sowie der Unterstellung, dass die Zielgruppe aufgrund ihrer „Herkunftskultur“ (ebd.: 71) Unterdrückungsmechanismen ausgeliefert sei und daher besondere Förder- bzw. Schutzbedürftigkeit benötige (vgl. ebd.). Meiner Ansicht nach besitzen geflüchtete

5 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

6 siehe auch: UNHCR-Handbuch für den Schutz von Frauen und Mädchen.

Frauen Potenziale, durch die sie die Flucht in ein unbekanntes Land geschafft haben. Diese Ressourcen und Stärken sollen in dieser Studie erforscht und sichtbar gemacht werden. Braun und Mathes plädieren dafür, auch die „verhüllten Interessen muslimischer Frauen in Europa ernst zu nehmen“ (Braun/Mathes 2007: 361). Daher setzt sich dieser Beitrag mit den Lebenslagen geflüchteter Frauen aus Somalia auseinander, untersucht Unterdrückungsmechanismen, mit dem Ziel, bisher gelebte Geschlechterrollen aufzubrechen und Selbstermächtigungsprozesse von geflüchteten Frauen anzuregen.

2. Methodischer Ansatz der intersektionalen Analyse der Alltagsstrategien geflüchteter Frauen aus Somalia im Umgang mit Diskriminierung

Zur Konstruktion des Forschungsgegenstandes wie auch zur Interpretation der Ergebnisse des qualitativ erhobenen empirischen Materials wird Bezug genommen auf feministische Theorieansätze; intersektionelle Analyseperspektiven zur Erforschung sozialer Ungleichheit sowie Empowermentkonzepten im Rahmen der Sozialen Arbeit.

Die diesem Beitrag zu Grunde liegende Forschung setzt sich kritisch mit dem Bild der handlungs(ohn)mächtigen geflüchteten, schwarzen, muslimischen Frau auseinander. In Bezug auf die Soziale Arbeit bleibt auch die Frage nach den Gründen für die Inanspruchnahme oder Ablehnung von Unterstützungsmaßnahmen interessant. Dabei werden Räume erkennbar, in denen geflüchtete Frauen sich aus ihren passiv und ohnmächtig machenden Leidenerfahrungen lösen.

Dabei haben geflüchtete Frauen eigene, spezifische Motive, Bedingungen und Folgen einer Flucht zu bewältigen. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse basiert auf der Annahme, dass geflüchtete Frauen trotz Ungleichheitserlebens und einer damit verbundenen Exklusionserfahrung ihren Alltag durch entsprechende Ressourcen bewältigen. Im Kontext von Empowerment soll es deshalb nicht nur um die Analyse von intersektionalen Ungleichheitserfahrungen gehen, sondern auch um die Frage der Bewältigung des Alltags. Die empirische Untersuchung basiert auf acht qualitativen, narrativen Einzelinterviews mit somalischen Frauen aus einer ostthessischen Mittelstadt, die seit der Fluchtmigration im Jahr 2015 in Deutschland leben. Das Ziel der qualitativen Untersuchung ist es, anhand dieser Methode zu rekonstruieren, welche Strategien und Ressourcen geflüchtete Frauen einsetzen, um ihren Alltag zu meistern. Die Frage, wie sie diesen gestalten und wie sie sich dabei vernetzen ist von zentraler Bedeutung.

Geflüchtete Frauen haben „schmerzliche Erfahrungen des Verlusts von Autonomie und Selbstbestimmung“ (vgl. Herriger 2002: 52) erlebt. Herriger beschreibt dabei drei Ebenen von Empowermentprozessen: die individuelle Ebene, die Gruppenebene und die institutionelle Ebene. Die vorliegende Untersuchung bezieht sich auf die individuelle Ebene von Empowerment und setzt sich mit der Frage auseinander, ob und wie geflüchtete Frauen „aus ihrer Machtlosigkeit ihr Leben wieder in den Griff kriegen“ (vgl. Herriger 2002: 83) und mit welchen Strategien sie als „kompetente Konstrukteure*innen eines gelingenden Alltags“ (vgl. ebd.: 70) agieren. In Anlehnung an Kimberly Crenshaws Intersektionalitätskonzept orientiert sich die hier vorgestellte Studie an der Mehrebenenanalyse von Degele und Winkler, die eine intersektionale Analyseperspektive für die Verwobenheiten von gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen im deutsch-sprachigen Raum liefern (vgl. Degele/Winkler 2007: 1). Der Mehrebenenansatz baut auf postkoloniale sowie feministische Perspektiverweiterungen intersektioneller Konzepte auf (vgl. Giebler et al. 2013: 16). Die Kategorien race, class und gender gelten in der Migrations- und Ungleichheitsforschung als bedeutsame Kategorien zur Bestimmung von Unterdrückungsmechanismen (vgl. Degele/Winkler 2007: 1).

Es wurden insgesamt acht narrative Einzelinterviews und eine Gruppendiskussion mit somalischen Frauen in Gemeinschaftsunterkünften oder Privatwohnungen durchgeführt. Da die Methode einen partizipativen Ansatz verfolgt, wurden die Ergebnisse aus den Interviews und der Gruppendiskussion nach einer zweiten Forschungsphase mit den Interviewpartnerinnen und somalischen Sozialbetreuerinnen rückgekoppelt, um erneut deren Einschätzungen zum Material zu interpretieren. Gleichzeitig verfolgte die Rückkopplung das Ziel, die Ergebnisse mit den geflüchteten Frauen gemeinsam zu reflektieren und sie in ihren Empowermentprozessen weiter zu stärken. Nach Ralf Bohnsack soll eine Rückkopplung „keine moralische Verpflichtung“ (Bohnsack 2006: 149) darstellen. Die Diskussionen bei den Rückkoppelungen sollte vielmehr die Frauen anregen, sich ihre Ressourcen klarzumachen und sich selbst zu organisieren, um ihre Interessen und Bedürfnisse äußern und durchsetzen zu können (vgl. Rubin/Alish/Ritter 2019: 127). Diese „Rückkopplungsschritte“ (ebd. 2019: 127) wurden abschließend als qualitatives Datenmaterial ausgewertet (vgl. ebd. 2019: 127-139). So galt es, die Ergebnisse aus der ersten Phase nicht nur mitzuteilen, sondern auch Einstellungs- oder Veränderungsprozesse der Lebenswelt der genannten Zielgruppe zu initiieren (vgl. Lamneck 2005.: 35).

Durch die Deutungen der Alltagssituationen und der Problemlösungen wurden in der Auswertungsphase daraus die Strategien der Bewältigung interpretiert. Wie bewältigen geflüchtete Frauen ihren Alltag? Zeigen sich Ressourcen und wenn ja, welche? Die Forschende initiierte dabei mittels Fragen die Diskussion, stelle dann jedoch keine weiteren Fragen oder Nachfragen, da die

Erschließung von gemeinsamen Erfahrungen zum Ausdruck kommt, wenn die Gruppe nicht durch die Moderation stark gesteuert wird (vgl. Przyborski/Riegler 2010: 440).

Die Auswertung des qualitativen Datenmaterials soll anhand der dokumentarischen Methode von Bohnsack i.S. rekonstruktiver Sozialforschung erfolgen. Das Kernanliegen dieser „praxeologischen, nicht- verdinglichenden Methodologie“ (Mey/Mruck 2010: 628) bildet einerseits die „Rekonstruktion der handlungspraktischen Herstellung von Realität“ (Bock/Miethe 2010: 248) und andererseits das „begrifflich explizierte Wissen“ (Mey/Mruck 2010: 629) der Forscher*innen. Anwendung findet diese Methode neben der interkulturellen Forschung insbesondere auch in der Milieu- und Migrationsforschung sowie in der Analyse sozialer Ungleichheiten (vgl. ebd.: 18). Die Auswertung der konjunktiven Erfahrungsräume geflüchteter Frauen wird zeigen, welche „Wissens- und Bedeutungsstrukturen“ (Przyborski 2004: 23) sie in ihrem Orientierungsrahmen teilen. Ziel bleibt dabei die Schaffung eines Zugangs zu den Handlungspraxen sowie zum milieuspezifischen Orientierungswissen (vgl. Bohnsack et al 2013: 15; Nohl 2013: 37-38) geflüchteter Frauen. Gegenstand der dokumentarischen Interpretation dieses Vorhabens bildet daher der „Orientierungsrahmen“ (Bohnsack et al 2013: 15) weiblicher Geflüchteter, den Bohnsack auch als „Habitus“ (ebd.) bezeichnet.

Im Zuge der Forschung wurden demnach Alltagsstrategien somalischer weiblicher Geflüchteter mit dem Fokus auf Empowermentprozesse und unter der Berücksichtigung von intersektionellen Ungleichheitserfahrungen im Aufnahmeland analysiert. Die untersuchungsleitende Fragestellung lautet: Wie gestalten geflüchtete Frauen unter Berücksichtigung von intersektionellen Ungleichheitserfahrungen und Empowermentstrategien ihren Alltag? Im Folgenden werden einige Ergebnisse der Studie hier einige Ergebnisse vorgetragen und auf die Frage nachhaltiger Partizipation bezogen.

3. Bewältigungsstrategien trotz intersektionalen Markern

3.1 Intersektionale Marker und soziale Ungleichheit im Alltag

Die befragten Frauen aus Somalia teilen zahlreiche Diskriminierungserfahrungen in den unterschiedlichsten Alltagssituationen, die nachstehend aus einer intersektionalen Perspektive beleuchtet werden. Die Zielgruppe stößt aufgrund von intersektionalen Markern wie der Hautfarbe oder dem Kopftuch im Alltag immer wieder auf Mehrfachdiskriminierung, beispielsweise bei der Wohnungssuche, bei Behörden- oder Arztgängen oder beim Erlernen der deutschen Sprache. Eingangs beschreiben einige Frauen ihr verinnerlichtes utopisches Bild von Europa, welches sich nach Ankunft in Deutschland ganz

anders darstellt. Dabei werden beispielsweise die Versorgung und der Umgang mit geflüchteten Menschen in den Notunterkünften als Abweichung von dem positiven „Deutschland-Bild“ beschrieben kritisiert, das anscheinend falsch ist. Die geflüchtete Frau Halima⁷ aus meiner Studie teilt ihre Erfahrungen nach der Ankunft in Deutschland. Sie klagt über sprachliche Schwierigkeiten und fühlt sich nicht ernstgenommen. Dabei erfolgt eine Generalisierung der Aufnahmegesellschaft und der Zugewanderten. Letztlich stellt sie für sich fest, dass es für sie besser gewesen wäre, in Somalia zu bleiben:

„Ich hatte hier in Deutschland viele Probleme, es wäre besser gewesen in Somalia zu bleiben, bei den Leuten, die mich verstehen – sprachlich. Deutschland hat viele Probleme, wegen der Art und Weise wie sie mit uns im Flüchtlingsheim umgehen und uns nicht ernst nehmen, ich finde Deutschland in keiner Hinsicht gut.“ (Einzelinterview H.: #00:14:40-8#)

Es zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Vorstellung von Deutschland als Zufluchtort und der erlebten Realität. Die Erfahrungen im Zielland wurden mit den Lebensumständen im Herkunftsland verglichen, welches mitunter ein „ganz anderes Bild von Europa“ umfasst. Darüber hinaus teilen die somalischen Frauen ihre Enttäuschungserfahrungen, verbunden mit einer gewissen Desillusionierung nach Ankunft in Deutschland, die sogar eine Rückkehr in das Heimatland nicht ausschließe:

„Ich wollte einfach mal nach Europa gehen. Ich war begeistert von Europa. Es gab damals kein Grund, Afrika zu verlassen. Ich hatte überhaupt keine Probleme gehabt. Sudan ist ein Land in Afrika, dort herrscht Frieden und ich habe mich dort gebildet. Ich bin damals nur aus Interesse gegangen. Außerdem hat man, wenn man noch in Afrika ist ein ganz anderes Bild von Europa. Wenn man hier in Europa angekommen ist, hat man wieder ein ganz anderes Bild von Europa. Ich glaube, wenn die Menschen wissen würden, wie es wirklich in Europa ist würde niemand kommen.“ (Einzelinterview Z.: #00:09:43-6#)

Aus diesem Zitat kristallisiert sich heraus, dass die geflüchtete Frau vor der Flucht eine klare Erwartungshaltung gegenüber dem unbekannten Europa hatte und nach Ankunft in Deutschland feststellen musste, dass die Gründe und Ziele, die sie dazu bewegt haben, nach Europa zu kommen, sich in der Realität nicht umsetzen lassen. Die Erwartungshaltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber geflüchteten Menschen übersetzen die Frauen als einen hohen Leistungsdruck:

„Ich denke, dass das Wort Integration vieles birgt und dass es auch mit vielen rassistischen Assoziierungen kommt. Man soll sich ständig integrieren, man soll die Sprache lernen, man soll sich den Kulturen anpassen, man soll sich den Werten anpassen, man soll einen Flucht-hintergrund haben, wenn man hier angenommen werden möchte, aber was ist denn, wenn man schaut, warum die Menschen flüchten?“ (GD 2: #00:15:11-5#)

7 Alle wurden anonymisiert.

Der Begriff „Integration“ wird hier mit rassistischen Assoziierungen verbunden, die aber nicht näher ausgeführt werden. Den Anforderungen der Anpassung bzw. der Assimilation sind sich die Frauen zum Teil zwar bewusst, jedoch fordern sie im Gegenzug auch ein Verständnis für ihre Fluchterfahrungen. In der Untersuchung wurde von den somalischen Frauen nicht nur eine große Dankbarkeit für die Aufnahme Deutschlands, sondern auch ein lang ersehntes Gefühl nach Sicherheit und Frieden unterstrichen. Dennoch lassen die Zustände und Lebensumstände in den Notunterkünften kaum ein Privatleben zu. Ferner berichten einige Frauen auch von Sanitäranlagen auf den Fluren, die nicht abgeschlossen werden können, so dass sie zugänglich für alle Bewohner sind und eine permanente Angst über mögliche, sexuelle Übergriffe auslösen. Die geflüchteten Frauen berichten darüber hinaus über eine hohe Frustration und Aussichtslosigkeit bei der Suche nach Mietwohnungen. Nach dem Statuswechsel aus dem Asylbewerberleistungsgesetz bleibt die Suche nach einer Privatwohnung bei den meisten befragten Frauen ohne Erfolg. Als Begründung für die Wohnungslosigkeit benennen die Frauen ihre schwarze Hautfarbe sowie ihren sozioökonomischen Status:

„Es gibt genug Wohnungen, aber die, die Sprache nicht sprechen, und Sozialleistungen kriegen, bekommen sie nicht. Auch größtenteils echt auch die nicht, die arbeiten. So wird es einem einfach schwer gemacht, so bekommen die schwarzen Menschen sie nicht.“ (GD 1: #00:24:29-2#)

Die Spaltung der Aufnahmegesellschaft in ein „Wir“ und „die Anderen“, die die Zielgruppe für ihre Ausgrenzungserfahrungen angibt, werden anhand ihrer Aussagen auch selbst reproduziert:

„Es ist vorgekommen, dass ich mich auf eine Wohnung gleichzeitig mit den Weißen bewerbe und der Weiße die Wohnung bekommt und zum Schwarzen gesagt wird, dass es diese nicht mehr zu haben gibt.“ (GD 1: #00:23:47-2#)

Die befragten Frauen identifizieren sich durch ihre schwarze Hautfarbe und ihr Kopftuch und kritisieren, dass „gelungene Integration“ an äußeren Merkmalen festgemacht wird. Dabei findet auch ein eigenständiger Abwertungsprozess statt, wobei unklar bleibt, ob sie in ihren Ausführungen dadurch einen Versuch unternehmen, die Abwertungen aus der Gesellschaft wiederzugeben:

„Weil, wir somalischen Frauen wie sind von der Hautfarbe schwarze, dunkle Frauen, zum Teil und auch viele haben ein Tuch an, ein Kopftuch, und das heißt man sieht im ersten Moment vielleicht keinen in Anführungsstrichen „Beispiel“ einer gelungenen Integration.“ (GD 2: #00:18:53-4#)

Anhand der intersektionalen Mehrfachdiskriminierungen im Alltag stellen die somalischen Frauen die Frage, ob Integration an äußerlichen Merkmalen festgemacht werde. Konkret beschreiben sie, dass sie frustriert darüber seien, dass das Tragen des Kopftuchs häufig einen Anlass für Diskriminierung im Alltag darstellt. Sie sind sich uneinig darüber, ob sie vorrangig aufgrund des Kopftuchs oder ihrer Hautfarbe diskriminiert werden und stellen die kritische Frage,

ob die Diskriminierungen sich durch das Ablegen des Kopftuchs mindern würden. Diese Annahme widerlegen sie jedoch selbst dadurch, dass aber die Hautfarbe dennoch die gleiche bleibe und diese Diskriminierung daher immer noch bedingen würde:

„[...] wie sieht Integration überhaupt aus? Also kann man Integration sehen? Also wenn ich jetzt das Kopftuch ablege, wenn ich mich jetzt in Anführungsstrichen „westlich“ kleide, ist ja immer noch meine Hautfarbe, die, die sie ist. Also ich bin eine schwarze Frau und das kann man ja nicht ändern und das [...], das ist kein Ausschlusskriterium für die Integration. [...] Aussehen, Hautfarbe, Kleidungsstil, das sollte erst gar nicht als Maßstab gelten und trotzdem habe ich das Gefühl, dass das als Maßstab gilt.“ (GD 2: #00:19:54-9#)

Kritik üben sie an der vermeintlichen Norm, die die gesellschaftliche Zugehörigkeit nicht von Merkmalen wie dem Aussehen oder der Hautfarbe abhängig machen sollte. Tatsächlich erleben sie jedoch Diskriminierung, die gerade aufgrund dieser Merkmale gesellschaftliche Exklusion verursachen.

Die Komplexität der deutschen Sprache fällt geflüchteten Frauen insbesondere bei Behördengängen auf. Dabei machen sie die Erfahrung, dass das Beherrschen der deutschen Sprache wichtig sei, um in Verwaltungsangelegenheiten ernst genommen zu werden. Was sich selbst für Muttersprachler als Herausforderung beschreiben lässt, benennen die interviewten Frauen als Diskriminierungserfahrung. Das Selbstverständnis der Behörden- bzw. Amtssprache spiegelt ein Deutschland wider, welches sich in Bezug auf institutionelle Diskriminierung auch als „Einwanderungsland wider Willen“ beschreiben lässt.

Das Primat der deutschen Sprache in der impliziten Annahme als einzig rechtsverbindliche Sprache lässt laut den befragten Frauen auch nicht zu, ihre Anliegen in anderen Sprachen auszudrücken:

„Außerdem ist es in Deutschland besonders schwer, wenn man z.B. die englische Sprache beherrscht, sprechen die Menschen hier mit einem kein Englisch, obwohl sie englisch sprechen können. Wenn man z.B. einen Arzttermin hat, einen Termin in der Ausländerbehörde oder woanders akzeptieren die Menschen dort kein Englisch, sie wollen das man nur deutsch spricht.“ (Einzelinterview Z.: #00:13:56-6#)

Als Grund dafür, dass sie erst geringe Deutschkenntnisse haben, geben die somalischen Frauen an, wegen der Kinderbetreuung dazu keine Zeit zu haben. Dabei zeigen die Ergebnisse eine klare Rollenverteilung, wenn es um das Thema „Kinderbetreuung“ geht. Aufgrund tradierter und bekannter Rollenverhältnisse aus dem Herkunftsland bleiben die befragten Frauen zuhause und überlassen die Teilnahme am Sprachkurs ihren Männern, bis sie ihre Kinder in pädagogische Einrichtungen geben können:

„Es ist so, dass die somalischen Frauen bei uns zum Teil auch viele Kinder haben und, dass das auch nochmal die Problemlage auch darstellt, weil sie dann halt zum Teil auch gesellschaftlich runterfallen, weil es dann darum geht, dass wenn es um Sprachkurse geht oder um die Teilnahme an Sprachkurse geht, dann ist das in der somalischen Familie so, dass die Frau

dann zuhause bleibt und die auf die Kinder aufpasst. Und der Mann dann an dem Sprachkurs teilnimmt.“ (GD 2: #00:02:27-6#)

3.2 *Bildung als Empowermentstrategie im Alltag*

Die Ergebnisse aus der Rückkoppelungsphase in Form von Gruppendiskussionen sowie aus der ersten Erhebungsphase der qualitativen Einzelinterviews mit den somalischen Frauen weisen darauf hin, dass geflüchteten Frauen Partizipationsprozesse im Herkunftsland verwehrt wurden, indem sie nach der klassischen Geschlechtertrennung für den Haushalt zuständig waren. In einem vom Krieg gezeichneten und politisch fragilen Land gelten somalische Frauen mit Beginn der ersten Regelblutung als heiratsfähig. Mit der Ehe wurden ihnen dann Zugänge zu Bildung verwehrt (vgl. Amnesty International 2013). Zwar gelten laut der Verfassung für Frauen in Somalia die gleichen Rechte wie für Männer, die Realität jedoch ist eine andere: Somalische Mädchen und Frauen leben nach wie unter Bedingungen von Armut und Benachteiligung (vgl. Terre des Femmes 2019: 1ff.). In Bezug auf sexuelle Gewalt hat Somalia die Internationale Konvention zur Abschaffung von Diskriminierung (CEDAW) nie unterzeichnet.

Dies hatte zur Folge, dass sie in ihrem Alltag aus den Mechanismen politischer, gesellschaftlicher, rechtlicher Teilhabe ausgeschlossen waren. Daher haben sie keine Erfahrungen mit politischen Prozessen oder eigener Erwerbstätigkeit, sind häufig gering gebildet und haben nur wenig ausgeprägte Kompetenzen in diesen Bereichen. Paradox-ambivalente Einstellungen gegenüber dem Hausfrauen-Status geflüchteter Frauen sind auf kulturelle und patriarchale Strukturen aus dem Herkunftskontext sowie auf gesellschaftliche Anforderungen im Zielland zurückzuführen. Die Fähigkeiten, die die Frauen als Hausfrau erlangen, stufen sie selbst nicht als Arbeit ein, allerdings als Beruf: Das Verständnis von Arbeit impliziert demnach eine Tätigkeit im Außen, die erst durch Vergütung Anerkennung findet. Die Untersuchungsergebnisse zeigen ein Bewusstsein für die versäumte formelle Bildung im Heimatland, das mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Zugehörigkeit und der Chance auf Bildung im Ankunftsland verbunden ist. So wünschen sie sich vorrangig eine bessere Zukunft für ihre Kinder und streben nach einem reziproken Bildungsprozess, indem sie ihre Bildung von der Bildung der Kinder abhängig machen. Auch betonen sie, dass ihnen formelle Bildung im Heimatland spätestens nach der Grundbildung schlichtweg verwehrt wurde. Darüber hinaus werten sie sich selbst ab, indem sie die versäumte Schulbildung in Somalia als ein „Nichts-Können“ übersetzen:

„Wenn wir dann zusammen losgehen, schickt er bei der Bank für mich die Dinge ab, für die Wohnung, die Miete ähm die Telefone, die Schulden. Das erledigt mein Sohn, weil er sich besser auskennt, da er vor mir in Deutschland ankam. Ich kann gar nichts, ich habe ja erst

mit der Schule gestartet, verstehst du? Irgendwann, irgendwann, wenn ich etwas gelernt habe, dann schicke ich die Dinge selbst weg.“ (Einzelinterview R.: #00:42:31-4#)

Nach Ankunft in Deutschland haben sie Hoffnung auf ein unabhängiges Leben und zeigen sich beschämt darüber, dass sie in vielen alltäglichen Dingen von ihren Kindern und ihren Männern abhängig sind. Die patriarchalen Unterdrückungsmechanismen im Heimatland wurden von den somalischen Frauen mit den Möglichkeiten auf Chancengleichheit im Ankunftsland verglichen. Rückblickend teilen die Frauen in der Reflexion, dass die Flucht aus Somalia und das erlebte Leid in ihrer Biografie nicht so schlimm ist wie die Tatsache, dass sie keine Zugänge zu formeller Bildung hatten:

„So ist das Leben: man macht ein Leid durch und dann vergisst man es. So ist es jetzt, was kann man sonst tun? Alles Leid, dass ich durchgemacht habe, wallahi (ich schwöre auf Allah) ich habe es vergessen. Aber eine Sache kann ich nicht vergessen: dass ich keine Bildung genossen habe, wallahi. Das kann ich nicht vergessen.“ (Einzelinterview R.: #00:46:18-8#)

Die Rolle von Bildung und Aufklärung als Bewältigungsstrategie spiegelt sich auch in Bezug auf die Praxis der Genitalverstümmelung wider:

„Deswegen ließen die Somalis die Beschneidung zu, aber jetzt jetzt, in der jetzigen Zeit, sind die Leute nicht mehr so ungebildet. Die meisten Menschen lassen ihre Kinder nicht mehr beschneiden.“ (GD 2: #00:17:49-7#)

Die betroffenen Frauen berichten aus einer mütterlichen Perspektive, dass sie durch die Flucht aus den patriarchalen Strukturen im Heimatland nun Entlastung verspüren, die eine allmähliche Haltungsveränderung gegenüber diesem Thema zulässt. Durch Aufklärungsangebote reflektieren die meisten befragten Frauen nun die Praktiken der Genitalverstümmelung und versuchen dieses Ritual nicht an den eigenen Kindern fortzusetzen. Die damalige Praktizierung der Verstümmelung rechtfertigen die Betroffenen durch die Unwissenheit ihrer Mütter und lehnen diese Praxis nun ab:

„Sie wissen jetzt über die Beschneidung von Somalis Bescheid. Über die Probleme, warum man sie beschneidet, was man ihnen abschneidet und was sie durchmachen, die Somalis. Die ganze Welt weiß nun Bescheid.“ (Einzelinterview R.: #00:32:16-3#)

Den befragten Frauen aus meiner Studie ist es wichtig, dass die Aufnahmegesellschaft über die Gründe und die Art und Weise der weiblichen Genitalverstümmelung informiert wird. Das eigene Leid soll darüber hinaus auch dazu ermutigen, weltweit ein Bewusstsein über die Folgen dieser Menschenrechtsverletzung zu schaffen – oder gar sich ein Beispiel an dem Leid der somalischen Frauen zu nehmen und dadurch andere zu empowern, sie davon abzuhalten.

3.3 *Das Ankommen nach dem Ankommen*

Mußinghof bezeichnet in ihrer Studie geflüchtete Frauen als „Motor im Integrationsprozess“ (Mußinghof 2017) und plädiert daher für die Investition in Wissenschaft, da sowohl bei der Aufnahmegesellschaft als auch bei den Zugewanderten Informationsdefizite und Wissenslücken bestehen. In der Rückkoppelungsdiskussion hat eine Teilnehmerin, die als Sozialbetreuerin einer Gemeinschaftsunterkunft tätig ist, den Prozess „des Ankommens nach dem Ankommen“ wie folgt beschrieben:

„Sie kommen dann hierher, und das erste ist das Ankommen. Man muss ja auch erstmal gucken, wie geht's mir? Wie geht's meinen Kindern? Was brauche ich? Wie komme ich zu einem legalen Status? Und natürlich habe ich den Fluchthintergrund, die Gründe, die ich mitgebracht habe, die sind immer noch schlimm.“ (GD 2: #00:08:38-6#)

Dieser Prozess gestaltet sich zunächst in einem ersten Ankommen, der die Ankunft in Deutschland bzw. in einer Notunterkunft darstellt. Das erste Ankommen ist demnach ein räumliches Ankommen, ein „Ankommen im Außen.“ Hier geht es um eine erste Orientierung nach Ankunft in einem fremden Land. Dazu zählen alltägliche Bedürfnisse wie ein Schlafplatz, die Versorgung der Kinder sowie das Bedürfnis nach Sicherheit und einem geschützten Raum. Im Anschluss folgt der „Prozess des inneren Ankommens“, der nicht zuletzt die Verarbeitung der „mitgebrachten Fluchtgründe“ inkludiert. Um ein inneres Ankommen zu erreichen, braucht es psychosoziale Anlaufstellen, insbesondere während der „Warteschleifen zum ggf. sicheren Status“:

„Aber das wird erst mal zurückgestellt und das ist das Gefährliche. Und das sagen wir auch immer wieder an der Arbeit, dass die Psychosoziale Betreuung auch innerhalb der Warteschleife bis zum sicheren Status, keine Abschiebung und was auch immer, das ist nicht gegeben [...]“ (GD 2: #00:08:56-3#)

Da „das erste Ankommen“ bereits mit der Ankunft in Deutschland vollzogen ist, benötigt es für den fortlaufenden Prozess der Integration auch Unterstützungssysteme, die auf die Bedarfe von geflüchteten Frauen sensibilisiert sind und ein zweites Ankommen in einer fremden Gesellschaft begleiten können.

3.4 *Integration als Haltung*

Die Frauen beschreiben Deutschland als einen Zufluchtsort, in welchem sie Ausgrenzungserfahrungen ausgesetzt sind und das einstige Willkommensgefühl nun als Ablehnungsgefühl empfinden. Denn sie stellen fest, dass „die deutsche Aufnahmegesellschaft jetzt auch nicht länger auf sie (in Bezug auf den Integrationsprozess) warte“. Darüber hinaus beschreiben die Frauen eine gewisse Bringschuld in Anlehnung an das deutsche Prinzip von Fördern und

Fordern, die sie durch einen möglichen Spracherwerb bzw. eine Erwerbsaufnahme leisten könnten. Dabei löst insbesondere der strukturelle Integrationsprozess in die „deutsche Leistungsgesellschaft“ sehr viel Druck bei den Betroffenen aus. Die kulturellen Unterschiede haben kulturelle Schocks zur Folge, da die Wahrnehmung und der Stellenwert von Leistung die Frauen z.T. überfordert:

„[I]n der Gesellschaft, in der wir leben, wird die Integration viel am Äußeren festgemacht, und ich finde Integration ist kein Prozess, den man den Menschen ansieht, sondern es ist eine Haltung, und wenn man in Deutschland lebt und die Sprache gelernt hat [...], meine ich, dann ist das kein Problem, also ich finde, wenn man hier arbeitet, wenn man verstanden hat, okay, um was es also geht.“ (GD 2: #00:15:55-6#)

Die Anforderungen, die an die Frauen gestellt werden, können sie akzeptieren, insofern die Aufnahmegesellschaft diesen Prozess nicht am Äußeren festmache, sondern eine Haltung der Achtung und Aufgeschlossenheit gegenüber der Zielgruppe einnehme.

4. Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe geflüchteter Frauen

In diesem Beitrag wurden intersektionale Ungleichheiten im Alltag geflüchteter Frauen aus Somalia und ihrem Umgang mit Mehrfachdiskriminierung im Sinne von Bewältigungsstrategien aufgezeigt. Die Analyse von Empowermentprozessen bezog sich in der vorliegenden Untersuchung oft auf die Frage nach Bildung und nach gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Aus der Perspektive der befragten Frauen sowie der somalischen Sozialbetreuerinnen wurde der Wunsch nach Selbstbestimmung und Austausch mit der Community deutlich. Das Bedürfnis nach Vernetzung und Zusammenkommen der Frauen kann als ein „Prozess der Selbstorganisation“ (Kleefeldt 2018: 49) verstanden werden, der für die Entwicklung von Empowermentprozessen⁸ notwendig ist und sich positiv auf das Selbstbild der geflüchteten Frauen auswirken könne. Empowerment als Prozess der Selbstermächtigung ist bei dieser Zielgruppe in vielen kleinen Schritten erkennbar, indem sie nach ihren Möglichkeiten versuchen, den Alltag eigenständig zu bewältigen (ebd.). Die Realisierung eines gelingenden Lebens in einer belastenden Situation aus eigener Kraft heraus und nach eigenen Maßstäben umfasst dabei das „Vermögen von Individuen, in der Textur ihrer Alltagsbeziehungen eine autonome Lebensform in Selbstorganisation zu leben“ (Herriger 2002:13). Die Frauen schildern immer wieder ein

8 Die deutsche Übersetzung von „Empowerment“ lautet Selbstermächtigung und Stärkung von Autonomie. Im Kontext der Sozialen Arbeit verwendet Herriger (2002) den Begriff „power“ im Sinne von Stärke, Kompetenz oder Durchsetzungsvermögen.

Gefühl des Ausgeliefertseins, die eine permanente Unsicherheit bezüglich der Zukunftsperspektiven verstärke. Die Unruhe im Alltag und ein möglicher Kontrollverlust, kann die Teilhabe in einer neuen, fremden Gesellschaft erschweren. Durch die Stärkung und die Sichtbarmachung ihrer Ressourcen können geflüchtete Frauen aus einer passiven Warteschleife, „einen aktiven Handlungszustand“ (ebd.) gestalten.

Die befragten Frauen sind stolz über die Bewältigung ihrer Flucht und teilen offen ihre Unterdrückungserfahrungen aus dem Heimatland. Das Bild der handlungssohnmächtigen Frauen wird in den Ergebnissen durch die zahlreichen Ressourcen der Frauen korrigiert. Die Frauen berichten, dass sie durch den Glauben an die eigenen Ressourcen, ihren Alltag zuversichtlich meistern. Auch führen sie aus, dass die Kindererziehung und ihre Fähigkeiten als Hausfrauen ihnen Sicherheit spenden, um sich im Alltag zu orientieren. Anders als der öffentliche Diskurs es suggeriert, betonen die somalischen Frauen, dass sie nicht nur Opfer ihrer Fluchtgeschichte sind, sondern sich eigenständig für die Flucht entschieden und diese bewältigt haben. Dabei sind sie sich einig, dass sich ihre Flucht trotz erster Enttäuschungen nach Ankunft in Deutschland gelohnt hat, da sie sich vor massiven Unterdrückungsmechanismen in Somalia retten konnten.

Die befragten Frauen zeigen ihre eigenen Emanzipationsschritte auf und verdeutlichen, wie sie ihre Ressourcen bisher genutzt haben, um die Flucht zu bewältigen und ihren Willen, sich gemeinsam für das Empowerment geflüchteter Frauen stark zu machen. Durch ihre Zustimmung, ihre Beschneidungserfahrungen zu thematisieren und zu veröffentlichen, werden erste Empowermentstrategien sichtbar. So fordern sie das Ende der weiblichen Genitalverstümmelung und machen deutlich, wieviel sie riskiert haben, um ihre Töchter davor zu schützen. Angekommen in Deutschland sind sie dankbar über die Chance auf Bildung, den Zugewinn an Autonomie und das Aufbrechen aufgezwungener Rollenbilder. Auch benennen sie den Wunsch nach Arbeit und zeigen sich bereits dadurch motiviert, dass sie ihre Kinder im Alltag begleiten. Ihr Ziel ist es, dass sie schnellstmöglich keine Unterstützung und keine Abhängigkeit von ihren Kindern mehr brauchen werden. Sie bringen Ressourcen wie die Bereitschaft mit, sich selbst und ihre Kinder zu bilden und sehnen sich nach Zugängen und Netzwerken, in denen sie ihre Zukunftsziele realisieren können. Der starke Wunsch nach Bildung inkludiert auch den Wunsch zu lernen, wie sie sich gegen Diskriminierungen wehren können. Sie betonen die Notwendigkeit sicherer Räume des Austausches und den Wunsch sich zu solidarisieren. Die somalischen Frauen nehmen sich als Vorbilder für ihre Familien wahr und wünschen sich mehr Aufklärungsarbeit und Anlaufstellen für Unterstützungsleistungen.

Im Kontext von Sozialer Arbeit wurde der Versuch unternommen, die Gründe für die Inanspruchnahme oder Ablehnung von Unterstützungen aufzu-

zeigen. In der vorliegenden Forschung wurden gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen in Kategorien wie Rassismus, Klassizismus oder Sexismus zusammengedacht (Bröse et al. 2017: 22). Dabei wurden Geschlechterkonstruktionen nicht nur in hierarchischen Ordnungen getrennt voneinander analysiert, vielmehr wurden im Sinne des Intersektionalitätskonzepts verschiedene Ungleichheitsdimensionen in ihren Verwobenheiten berücksichtigt (Ehlert 2012: 14). Kulturelle Prägungen aus dem somalischen Herkunftsland der befragten Frauen wurden benannt und als patriarchalisch charakterisiert. Frauenbilder geflüchteter Frauen wurden mit denen im Ankunftsland verglichen, aber vor allem bot die vorliegende Untersuchung einen Einblick in die Diskriminierungserfahrungen aus dem Alltag weiblicher Geflüchteter. Die „Flüchtigkeit eines sozialen Phänomens“ (Hentges et al. 2008: 142) fordere zunächst die Stabilisierung der sozialen Lebensbedingungen (ebd.). Die Erkenntnisse dieser Forschung zeigen die Notwendigkeit auf, Ausgrenzungserfahrungen sowie „Abwertungsprozesse“ (Ehlert et al. 2011: 167) geflüchteter Frauen in der Sozialen Arbeit aufzudecken, um im geschützte Räume für Diskussion und Reflexion zur Verfügung zu stellen (vgl. ebd.).

Die Integration der Gesellschaft bedeutet Partizipation. Dabei sind Strukturen zu schaffen, die einen Partizipation erleichtern und überhaupt Teilhabe zugänglich machen. Partizipation und Integration fordern jedoch auch die Veränderung von intersektionalen Machtstrukturen (vgl. Jäggi 2016: 88). Der intersektionale Ansatz diente in meiner Forschung der Analyse von sozialen Ungleichheiten, die durch „Macht-, Herrschafts- und Normierungsverhältnisse“ (Braun et al. 2017: 45) verursacht wurden. Dabei wurden auch Wirkzusammenhänge intersektionaler Kategorien wie Hautfarbe oder Religion im Alltag der somalischen Frauen rekonstruiert. Die Kritik an Polarisierungen und Spaltungsprozessen⁹ werden in dieser Forschung sowohl von der Aufnahmegesellschaft als auch von den befragten Frauen mit Fluchthintergrund reproduziert (vgl. Schlehe 2001: 14). Soziale Ungleichheit als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist in einer demokratisch strukturierten Gesellschaft abhängig von sozialem Wandel (Becker et al. 2010: 201). Vor diesem Hintergrund öffnen intersektionale Forschungen die Möglichkeit einer differenzsensiblen sozialen Arbeit. Herausfordernd bleibt die Frage, inwiefern die Soziale Arbeit, trotz eigener Verstrickungen in gesellschaftliche Abhängigkeits- und Machtstrukturen, die Ermächtigung ihrer Adressat*innen ermöglichen kann. Im Kontext von handlungsspezifischer Sozialer Arbeit bedeutet dies, der Reproduktion von „(De)Privilegierungen“ (Böllert/Karsunky 2008: 85f.) und Mehrfachdiskriminierung entgegenzuwirken. Nicht zuletzt sollte Soziale Arbeit als Profession ihren Adressat*innen mit dem Leitmotiv sozialer Gerechtigkeit zur Verfügung stehen – unabhängig von sozialstrukturellen Unterschieden (wie

9 Gemeint im Sinne von Othering-Prozessen und der Spaltung in ein „Wir und die Anderen“.

Klasse, Geschlecht und/oder kulturellen Normen (vgl. ebd.). Bezogen auf geflüchtete Frauen in Deutschland geht es hier vor allem um eine Soziale Arbeit, die die Frauen dabei unterstützt, ihre Bedürfnisse hervorzubringen und dafür offene Räume anbietet. Die Ergebnisse meiner Untersuchung stellen eine Chance dar, soziale Arbeit mit geflüchteten Frauen bedarfsspezifisch zu gestalten und die Frauen in diesen Gestaltungsprozess miteinzubinden. In Bezug auf soziale Nachhaltigkeit könnten dadurch Strukturen geschaffen werden, in denen die Potenziale geflüchteter Frauen gestärkt werden könnten, nicht zuletzt auch durch das Aufbrechen von Strukturen, in denen sie Diskriminierung erfahren.

Literatur

- Alisch, Monika/ May, Michael (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten: Rekonstruktion der Interessenorientierungen von Zuwanderern. Berlin: Budrich Verlag.
- Aced, Miriam/ Düzyol, Tamer/ Rüzgar, Arif (2014): Migration, Asyl und (post-) migrantische Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken. Studien zu Migration und Minderheiten.
- Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate/ Budrich, Barbara (2010): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Geschlecht & Gesellschaft, Band 35. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Binner, Kristina/ Scherschel, Karin (Hrsg.) (2020): Fluchtmigration und Gesellschaft. Von Nutzenkalkülen, Solidarität und Exklusion. 1. Auflage. Arbeitsgesellschaft im Wandel. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar (2020): Sozialpädagogik der Nachhaltigkeit. Eine Einführung. Weinheim: Beltz Verlag.
- Böllert, Karin/ Karsunky, Silke (Hrsg.) (2008): Genderkompetenz in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Braches-Chyrek, Rita/ Kallenbach, Tilmann/ Müller, Christina/ Stahl, Lena (Hrsg.) (2019): Bildungs- und Teilhabechancen geflüchteter Menschen. Kritische Diskussionen in der Sozialen Arbeit. 1. Auflage. Opladen, Berlin: Verlag Barbara Budrich.
- Braun, Angelika/ Schröder, Christina/ Kutzner, Edelgard/ Pieck, Nadine (Hrsg.) (2017): Gender in Arbeit und Gesundheit. Standortbestimmung & Perspektiven. 1. Auflage. Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Breitenbach, Eva/ Rieske, Thomas Viola/ Toppe, Sabine (Hrsg.) (2018): Migration, Geschlecht und Religion. Praktiken der Differenzierung. Schriftenreihe der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE).
- Brocchi, Davide (2019): Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit. Warum es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben kann. Wiesbaden: Springer VS.
- Bröse, Johanna/ Faas, Stefan/ Stauber, Barbara (Hrsg.) (2017): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.

- Degele, Nina/ Winkler, Gabriele (2007): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Arbeit-Gender-Technik. TU Hamburg.
- Dittmer, Cordula (Hrsg.) (2018): Dekoloniale und postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung. Verortungen in einem ambivalenten Diskursraum. 1. Auflage. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung Sonderband, Band 2. Baden-Baden: Nomos.
- Ehlert, Gudrun (2012): Gender in der sozialen Arbeit. Konzepte, Perspektiven, Basiswissen. Wochenschau Studium. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Ehlert, Gudrun/ Funk, Heide/ Stecklina, Gerd (Hrsg.) (2011): Wörterbuch Soziale Arbeit und Geschlecht. Weinheim, München: Juventa Verlag.
- Gardner, Judith (2004): Somalia - the untold story. The war through the eyes of Somali women. 1. publ.
- Geldbach, Luisa (2019): Lebenswelten geflüchteter Frauen in Weimar. Eine explorative Untersuchung zur Wahrnehmung und Nutzung städtischer Räume durch weibliche Geflüchtete. IfEU.OPEN, Band 1. Weimar: Bauhaus-Universität Weimar.
- Ghaderi, Cinur/ Eppenstein, Thomas (Hrsg.) (2017): Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge. Wiesbaden: Springer VS.
- Griese, Karin (Hrsg.) (2004): Sexualisierte Kriegsgewalt und ihre Folgen. Handbuch zur Unterstützung traumatisierter Frauen in verschiedenen Arbeitsfeldern. Frankfurt am Main: Mabuse-Verl.
- Hausbacher, Eva/ Klaus, Elisabeth/ Poole, Ralph J./ Brandl, Ulrike/ Schmutzhart, Ingrid (Hrsg.) (2012): Migration und Geschlechterverhältnisse. Kann die Migrantin sprechen? Research. Wiesbaden: Springer VS.
- Hebenstreit, Sabine (1986): Frauenräume und weibliche Identität. E. Beitr. zu e. ökolog. orientierten Perspektivenwechsel in d. sozialpädagog. Arbeit mit Migrantinnen. Zugl.: Diss. X-Publikationen. Berlin: Express-Ed.
- Hentges, Gudrun/ Hinnenkamp, Volker/ Zwengel, Almut (2008): Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion. Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte. Wiesbaden: Springer VS.
- Herriger, Norbert (2002): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 2., überarb. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Höppner, Miriam/ Sulimma, Stephen/ Muy, Sebastian/ Pieper, Tobias/ Kuebart, Philipp/ Giersemehl, Katja/ Mende, Christiane/ Pagenstecher, Cord/ Leitolf, Eva/ Georgi, Fabian (2012): Kritische Migrationsforschung? Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Jaggi, Christian J. (2016): Migration und Flucht. Wirtschaftliche Aspekte - regionale Hot Spots - Dynamiken - Lösungsansätze. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Kleefeldt, Esther (2018): Resilienz, Empowerment und Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Stärkenorientierte Ansätze und professionelle Unterstützung. 1. Aufl. Fluchtaspekte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Krause, Ulrike/ Scherschel, Karin (2018): Flucht - Asyl - Gender. Entwicklungen und Forschungsbedarfe. In: Gender Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 10, 2, S. 7-17.
- Krause, Ulrike/ Schmidt, Hannah (2018): Being beaten like a drum. Gewalt, Humanitarismus und Resilienz von Frauen in Flüchtlingslagern. Heft 2, S. 47-62

- Krause, Ulrike (2022): Flucht und Frauen. Reflexionen des Forschungsstandes. In: Farrokhzad/Scherschel/Schmitt (Hrsg.) (2022): Geflüchtete Frauen. Analysen - Lebenssituationen - Angebotsstrukturen. Wiesbaden: Springer VS.
- Liebig, Thorsten (2018): Dreifach benachteiligt? Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge. Paris: OECD- Publishing.
- Lightfoot - Klein, Hanny (2001): Das grausame Ritual. Sexuelle Verstümmelung afrikanischer Frauen. Frankfurt/Main: Fischer Verlag.
- Lutz, Helma/ Amelina, Anna (2017): Gender, Migration, Transnationalisierung. Eine intersektionelle Einführung. 1. Auflage. Sozialtheorie. Bielefeld: transcript.
- Mecheril, Paul/ Melter, Claus/ Messerschmidt, Astrid (2015): Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft. Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit. <https://www.aufruf-fuer-solidarische-bildung.de> [letzter Zugriff: 22.06.2023]
- Mußinghof, Hilde (2017): Voraussetzungen, Einstellungen und Ambitionen geflüchteter Frauen in Deutschland - Ergebnisse einer qualitativen Studie in NRW. Frechen: Institut für Innovation & Bildung GbR.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian (Hrsg.) (2018): Spezifische Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen. Erweiterte und überarbeitete Neuauflage der Ausgabe 2017. Profile der Neueinwanderung, Band 2018. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Rohr, Elisabeth/Jansen, Mechthild M. (2002): Grenzgängerinnen. Frauen auf der Flucht, im Exil und in der Migration. Psyche und Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verl.
- Rotino, Isabella S. (2018): Der Zugang zu Schutz für geflüchtete Menschen: eine feministische Analyse. *Femina Politica*, 2, S. 134-142.
- Rubin, Yvonne/ Alisch, Monika/ Ritter, Martina (2019): „Man muss auch mal zufrieden sein?!“ Die Anwendung partizipativer Methoden zur Rekonstruktion von Bedürfnissen älterer Menschen in ländlichen Räumen. Fulda: Österreichische Gesellschaft für Soziologie.
- Schiffauer, Werner/ Eilert, Anne/ Rudloff, Marlene (2017): So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. 1. Auflage. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Schlehe, Judith (2001): Interkulturelle Geschlechterforschung. Identitäten - Imaginationen - Repräsentationen. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schouler-Ocak, Meryam/ Kurmeyer, Christine (2017): Study on Female Refugees. Repräsentative Untersuchung von geflüchteten Frauen in unterschiedlichen Bundesländern in Deutschland. Berlin: Berlin: Psychiatrische Universitätsklinik Charité.
- Worbs, Susanne/ Baraulina, Tatjana (2017): BAMF-Kurzanalyse: Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Zwengel, Almut (2019): Die Separierung der Geschlechter: ihre Relevanz für Interaktionen zwischen Geflüchteten und ehrenamtlich für sie Engagierten. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 1-2019, S. 140-155.

Unpässlichkeiten – Netzwerke von Migrant*innen im biografischen Verlauf und die Zukunftsfähigkeit der Pflegeberatung

Peter Engert und Alexandra Zein

1. Gesellschaftliche Notwendigkeiten

Soziale Nachhaltigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften ist letztlich von ihrer Fähigkeit abhängig, zugewanderte Menschen mit ihren jeweiligen Migrationserfahrungen und -biografien aufzunehmen, mit und an ihren Erfahrungen und Kenntnissen zu wachsen. Dazu gehört auch, Unterstützung anzubieten, die ein würdevolles Leben und Älterwerden in der Aufnahmegesellschaft ermöglichen. In diesem Sinn ist Soziale Nachhaltigkeit ein gesellschaftlicher Zustand, der ‚noch nicht ist‘ oder „ein wünschenswerter Nicht-Ort, eine ‚Utopie‘, eine gegenwärtige ‚Imagination‘ der Zukunft, eine Intention und Hoffnung auf ‚kommende Nachhaltigkeit‘“ (Wendt 2021: 156). So verstandene Nachhaltigkeit stellt einen gesellschaftlichen Idealzustand dar, den es anzustreben gilt und auf den hingearbeitet werden soll. Auch mit Blick auf aktuelle Migrationsbewegungen sind deshalb Strategien und Mechanismen eines unterstützenden Miteinanders zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln und einzuüben: Unabhängig von Herkunfts- und Sozialisationserfahrungen, von Geschlechter- oder generationaler Zugehörigkeit.

Ein wichtiger Schritt dabei ist die offene und wertschätzende Auseinandersetzung mit den im biografischen Sinn doch erheblichen Veränderungen, die der Migrationsprozess auf die Vielfalt und Qualität sozialer Netzwerke bedeuten kann. Alisch/May (2013a) konnten zeigen, inwiefern soziale Netzwerke entscheidend die Lebenssituation von Menschen mit Wanderungserfahrungen in der Aufnahmegesellschaft beeinflussen.

Die Migrant*innen aus der Zeit der arbeitsmarkt- und fluchtbedingten Zuwanderung der 1960er, 1970er und 1980er Jahre stehen im Fokus dieses Beitrages. Sie sind es, die nun ein Alter erreichen, in welchem sie altersbedingte Unterstützung benötigen, die zu ihrer Lebensrealität passt und ihnen eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Alltags erleichtert bzw. ermöglicht. Solche Angebote sind derzeit allerdings nur vereinzelt und oft nicht zielgruppengerecht vorhanden – also im Wortsinn ‚unpässlich‘. Insbesondere in Bezug auf

die gesundheitliche und pflegerische Versorgung zeigen sich bereits seit Jahren Defizite in der Erreichbarkeit und Annahme der Angebote (Kohls 2012). „Ältere zugewanderte Personen sind eine zahlenmäßig stark anwachsende Gruppe mit vergleichsweise schlechtem Gesundheitszustand und möglicherweise großem Pflegebedarf. Für sie kann das Altern in Deutschland mit starken familiären, psychosozialen sowie ökonomischen Belastungen verbunden sein, da sie beispielsweise häufig nicht geplant hatten, den Lebensabend im Zuwanderungsland zu verbringen bzw. verbringen zu müssen“ (Köchling-Farahwan 2019: 59).

Anhand der Ergebnisse aus zwei Qualifikationsforschungsprojekten nähert sich der Beitrag den Passungsverhältnissen zwischen familiären Netzwerken und professionellen Angeboten im Themenfeld Versorgung und Pflege.

Zu Beginn nimmt der Artikel die Aufgabenstellung der Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte in den Blick und beschäftigt sich mit verschiedenen Hemmnissen der Inanspruchnahme durch Migrant*innen. Es wird auf die besondere Konstellation der Migrant*innen und ihrer Zu- und Angehörigen eingegangen, sowie die Bedürfnisse und Bedarfe in Bezug auf die pflegerische Versorgung thematisiert. Daneben wird auch das Potenzial des Beratungsangebotes herausgestellt, wenn sie Erreichbarkeit nachhaltig herstellen kann (könnte). Ein Versuch die Lücke der Erreichbarkeit zu begegnen ist ein fokussierter Blick auf die Wanderungserfahrungen der Migrant*innen, die oft gravierende Auswirkungen auf die Lebenssituation haben. Daher werden im Anschluss Netzwerkstrukturen von Migrant*innen im biographischen Verlauf in den Blick genommen und durch Wanderung verursachte Veränderungen herausgearbeitet. Es wird auf eine Analyse von vier Fallstudien rekurriert, in welcher soziale Netzwerkstrukturen der Vergangenheit (in den jeweiligen Herkunftsregionen) und der Gegenwart rekonstruiert wurden. Basierend auf den so gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich Hinweise auf Fehlstellen und strukturelle Unzulänglichkeiten, die das Zusammenfinden zweier einander in Teilen noch immer fremden Welten erschweren: Soziale Angebote auf der einen Seite, Lebensweisen einer älter werdenden Bevölkerung mit Zuwanderungsbiografie auf der anderen.

Der Beitrag schließt mit einem Vorschlag zur Überbrückung struktureller Fehlstellen zwischen sozialen Netzwerken von Migrant*innen und dem professionellen Angebotsnetzwerk der Pflegeberatung.

2. Die soziale Pflegeversicherung – ein Angebotsdschungel

Zunächst ist festzustellen, dass sich Unterstützungsstrukturen der Altenhilfe in unterschiedlichen Organisationsformen abbilden. Zum einen sind sie per

Definition grundlegender Bestandteil kommunaler Daseinsfürsorge, zum anderen hat sich ein florierender „Versorgungs- und Unterstützungsmarkt“ entwickelt. Auf dieser Basis konnte sich eine breite Palette von Hilfsangeboten etablieren und ausdifferenzieren.

Mit Einführung der Pflegeversicherung 1995, die diesen Boom von Pflege- und Versorgungsangeboten ausgelöst hat, ist auch die Erkenntnis gewachsen, dass es zur Erleichterung der Zugänge eines klugen Care-Managements bedarf. Berater*innen sollten, ab 2008 über dafür eingerichtete „Pflegestützpunkte“ und zumeist besetzt mit Fachkräften aus der Sozialen Arbeit, diesen Bedarf decken und mit ihren Beratungsangeboten als Lotsen und Begleitung durch den Dschungel der Angebote fungieren. Die angedeuteten Ausdifferenzierungen in den Angebotsstrukturen führen zu einer immer komplexer werdenden Angebotsvielfalt, die aber einfache Zugänge für ihre Adressat*innen erschwert. Grundsätzlich hat Pflegeberatung¹, als gesetzliche Leistung der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) die Aufgabe, die „im Einzelfall erforderlichen Sozialleistungen und gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen oder sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfen“ (§7a Abs. 1 S. 2 SGB XI) zu erfassen und bei der Inanspruchnahme zu unterstützen. Sie bietet informierende, unterstützende bis hin zu koordinierenden Tätigkeiten rund um das Thema Pflegebedürftigkeit an. Wir beziehen uns hier explizit auf die Pflegeberatung, die in Pflegestützpunkten, eigens für diese Tätigkeit eingerichtete Beratungsstellen, durchgeführt wird. Diese Beratungsstellen basieren grundlegend auf dem § 7c SGB XI und werden in den Bundesländern aber unterschiedlich implementiert, zum Teil sogar innerhalb der Bundesländer. Der Fokus liegt auf den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz, aus denen auch Pflegestützpunkte im Verbundforschungsprojekt OPEN (Interkulturelle Öffnung der Pflegeberatung) als Praxispartner beteiligt waren.²

Das Angebot der Pflegeberatung nehmen Migrant*innen allerdings bisher nur eingeschränkt wahr (Kohls 2012: 33f.). Dadurch deutet sich einerseits eine Unterversorgung für pflegebedürftige Menschen mit Migrationsgeschichte an, da sie auf „bislang nutzbaren familialen Solidar- und Unterstützungspotenziale“ auf längere Sicht nicht mehr vollumfänglich werden zugreifen können (Kohls 2012: 33). Andererseits entsteht eine Überforderung der Angehörigen, die die Pflege und Versorgung ihrer Angehörigen oft neben ihren anderen Verpflichtungen in deutlich größerem Umfang leisten, als dies in Familien ohne

- 1 Pflegeberatung ist explizit im §§7 -7c SGB XI geregelt und ein Angebot der Kranken- und Pflegekassen für Menschen, die pflegebedürftig im Sinne des §14 SGB XI sind und einen Antrag auf Pflegeleistungen gestellt haben, sowie deren Angehörige.
- 2 Der Praxisforschungsverbund OPEN wurde unter dem Förderkennzeichen 03FH008SA4 vom BMBF im Rahmen der Linie SILQUA-FH im Zeitraum vom 2014 bis 2017 gefördert. Die Autorin und der Autor haben an dem Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Michael May gearbeitet haben.

Migrationsgeschichte der Fall ist (BMFSFJ 2016: 212). Hier zeigt sich die Notwendigkeit, der sozialen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken und Teilhabe an den Angeboten der Pflegeversicherung für alle Anspruchsberechtigten zu ermöglichen. Die Pflegeberatung hat das Potential, hier unterstützend zur Verbesserung der Pflegesituationen beizutragen, wenn sie die Migrant*innen erreichen kann und auf deren Bedürfnisse eingeht.

2.1 Hemmnisse bei der Inanspruchnahme von Hilfe

Die soziale Pflegeversicherung und die im Umfeld entstandenen Angebote versprechen ein professionelles Netz, um die gesellschaftlichen Entwicklungen abzufedern. Die Zugangshürden zu den Versorgungsangeboten der Pflegeversicherung sind allerdings komplex und multifaktoriell. Die Angebote und ihre Inanspruchnahme-Modalitäten stellen durch ihre Komplexität Pflegebedürftige und ihre Familien vor Herausforderungen. Neben sprachlichen Barrieren, die zu Schamgefühlen oder Missverständnissen führen (Wingenfeld 2003: 52), ist der Leistungskatalog der Pflegeversicherung selbst für die autochthone Bevölkerung wenig zugänglich und nachvollziehbar. Die Feststellung „dass die Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung für einen Teil der Menschen mit Migrationshintergrund schwierig ist“ (Schneekloth/Schmidt 2011: 62), zeigt, dass Pflegeberatung mit unterstützenden Leistungen zur Verbesserung der Pflegesituationen beitragen könnte. Die Einrichtung von Pflegestützpunkten in kommunalen Institutionen, wie sie in manchen Bundesländern (z. B. in Hessen) praktiziert wird, erleichtert die Vernetzungsstrukturen der Mitarbeiter*innen mit Behörden, erschwert hingegen den Zugang zum Angebot für Migrant*innen. Sie haben häufig bereits diskriminierende Erfahrungen in Ämtern und Behörden erlebt, wodurch sich deutliches Misstrauen gegenüber den in kommunalen Institutionen befindlichen Angeboten entwickelt hat.

Ein weiteres Problem in der Inanspruchnahme der Pflegeberatung ist, dass spezifische Angebote für Migrant*innen kaum bekannt sind. Infolge der daraus resultierenden geringen Nachfrage werden auch weniger spezifische Angebote und Netzwerkbeziehungen aufgebaut (zum Beispiel zu Migrationsdiensten). Dadurch kann bei dennoch erfolgter einzelner Nachfrage kaum auf hilfreiche professionelle Netzwerkstrukturen zurückgegriffen werden, was zum Ausbleiben weiterer Kontakte (wie sie bei erneuten Anfragen oder durch Mundpropaganda ausgelöst würden) führt (May et al. 2017: 31). Wingenfeld verwies schon 2003 auf die kumulativen Hürden in Bezug auf die Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen: „Wo Informationsmangel, sprachliche Verständigungsprobleme und der Eindruck eines auf die eigenen Bedürfnisse nicht zugeschnittenen Leistungsangebotes vereint auftreten, bestehen kaum überwindliche Schwellen zur Inanspruchnahme professioneller Leistungen.“

Der Hinweis auf das Ideal der familiären Fürsorge und die stabilen Hilfenetzwerke von Migrantenfamilien darf daher nicht den Blick auf die Notwendigkeit der Anpassung des Informations-, Beratungs- und Leistungsangebotes auf die Belange dieser Bevölkerungsgruppe verstellen“ (Wingenfeld 2003: 59).

2.2 *Der Generationenvertrag ist instabil*

Auf der Seite der Betroffenen haben sich die einst als sicher geglaubten Strukturen eigener familiärer Netzwerke als weniger tragfähig erwiesen, da sie durch mehrere Entwicklungen destabilisiert werden, die einerseits migrationspezifisch, andererseits alterstypisch sind, wo sie unabhängig von Herkunft und Biografie auftreten. Bereits durch die Zäsur der Migration wurden vielfach über Generationen gewachsene familiäre Strukturen stark beeinträchtigt (migrationspezifisch). Durch das „Auseinanderdriften“ der Familien unter dem Druck der Anforderungen einer modernen Arbeitswelt sind sie dann oft vollends in Auflösung begriffen (alterstypisch). Einhergehend mit altersbedingten Einschränkungen in der Mobilität für die betroffene Elterngeneration führt dies nicht selten zum Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, was die Erreichbarkeit durch Angebote der Pflegeberatung weiter erschwert. Hier addieren sich die geschilderten Phänomene von Migration und Alter und führen zu erheblichen ungleichheitsgenerierenden Unpässlichkeiten in Bezug auf die Inanspruchnahme von Pflegeberatung.

Auch in Familien mit Migrationserfahrungen wird seitens der älteren Generation immer wieder der Wunsch formuliert, altersbedingt notwendige Hilfe innerhalb der Familie zu organisieren. Allerdings verweisen Schubert et al. in diesem Zusammenhang darauf, dass „die jeweilige Erfahrung der Migration zu individuell [sei], um verallgemeinernde Aussagen zu treffen, beispielsweise dass ein besonders starkes intergenerationales familiäres Hilfesystem informelle Leistungen bereitstellt“ (2014: 18). Deshalb sei „keinesfalls von einer Unabhängigkeit von staatlichen Hilfesystemen auszugehen“ (2014: 18).

Die Lebensrealität ist deshalb neben biografisch unterschiedlichen Migrations- und Integrationserfahrungen durch einen wachsenden öffentlich-professionellen Hilfe- und Unterstützungsbedarf gekennzeichnet – und das gilt auch für Migrant*innen. Durch arbeitsbedingte Umzüge der erwachsenen Kinder in andere Regionen und Städte und die Auslastung dieser jüngeren Generation mit Mehrfachbeschäftigung und den Sorgeleistungen für eigene Kinder, wird der Generationenvertrag destabilisiert, ja, er ist vielfach kaum mehr existent. Eine Ratsuchende (pflegende Tochter) drückt dies so aus:

„Diese Menschen verstehen mich nicht, wenn ich zu meiner Freundin sage, ich kann nicht meine Mutter in ein Heim geben. Weil sie sagt, du musst das machen, weil du gehst zu Grunde daran ja. Die versteht das nicht, dass das einfach diese ganze Mentalität dieses, wie man in Anführungszeichen mit dieser Familie, ja. Was das eigentlich war, das verstehen meine Kinder komischerweise auch - das habe ich verpasst ihnen richtig zu vermitteln - die

verstehen das nicht, dieses schlechte Gewissen, was hast du für ein schlechtes Gewissen? Kannst doch nichts dafür, du musst doch arbeiten gehen. Natürlich hat sie recht, ja“³

Dieses Zitat aus einem Beratungsgespräch in einem Pflegestützpunkt zeigt deutlich die starke Belastung der pflegenden Tochter und auch die Widersprüchlichkeit in ihrem Verhältnis zum Generationenvertrag, welcher hier über drei Generationen in seinem Wandel angedeutet wird.

Eine verlässliche Versorgung der Älteren ist für nachfolgende Generationen unter den gegebenen Bedingungen kaum aufrecht zu erhalten und bringt, wie das Beispiel eben zeigt, insbesondere die Frauen in Konfliktsituationen beim Versuch, den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden: „Mit zunehmender Anpassung von Migrant*innen an Entwicklungen in der Aufnahmegesellschaft wie etwa zunehmende Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit der Frauen, sinkende Fertilitäts- und steigende Scheidungsraten stehen Migrant*innenfamilien vor ähnlichen Herausforderungen wie die Einheimischen“ (Steinbach 2018: 329).

In der Auseinandersetzung wird deutlich, dass es bislang nicht gelungen ist, passende Angebote für ältere Migrant*innen und ihre An- und Zugehörigen bereitzuhalten, die zu einer Teilhabe an den bestehenden Strukturen der Pflegeversicherung verhelfen und so ein gelingendes Älterwerden ermöglichen.

2.3 *Bedürfnisse und Bedarfe von Migrant*innen in der Pflegeberatung*

Das Forschungsprojekt OPEN⁴ konnte in Bezug auf die Nutzung der Pflegeberatungsangebote zeigen, dass es zwei verschiedene Formen von Nutzungstypen gibt, welche die Beratungsangebote in Anspruch nehmen. Hier wurden über Zukunftswerkstätten zwei Idealtypen soziogenetisch rekonstruiert, zu der Frage, wie sie im Falle „von Gesundheit und Pflege informiert, beraten und versorgt werden wollen“ (May/Zein 2018: 128). Der erste Idealtypus A ließ sich mit den Begriffen „persönlich – emotional – ganzheitlich – verlässlich“ (May/Zein 2018: 128) beschreiben und war in den erhobenen Daten deutlich stärker vertreten, als der zweite Idealtypus B, welcher sich mit den Begriffen „professionell – sachlich – spezialisiert – verbindlich“ (ebd.) fassen ließ. Während der zweite Typus sich deutlich besser im „tayloristisch organisiert, sektoral gegliedert, vorwiegend insular und anbieterorientiert[en A.Z.]“ (Ewers/Schaeffer 2012: 51) Gesundheitswesen zurechtfindet, stößt der Typus

3 Im Rahmen des Dissertationsprojektes von Alexandra Zein (das die Daten aus dem Forschungsprojekt OPEN verwendet) wurden Pflegeberatungsgespräche aufgezeichnet und ausgewertet, (vgl. ausführlich May et. al 2017).

4 Die im Rahmen des Praxisforschungsprojektes OPEN entstandenen empirischen Daten sind Grundlage des Dissertationsprojektes von Alexandra Zein.

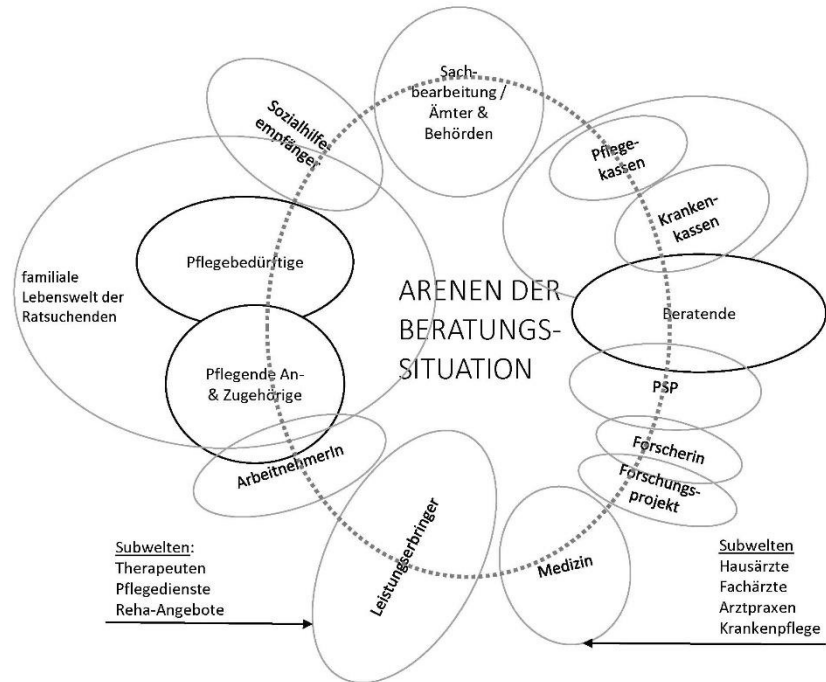
A mit dem Wunsch nach Ganzheitlichkeit und Verlässlichkeit (May/Zein 2018: 128) häufig auf Frustrationen. Hierbei wurden kaum ethnische oder kulturspezifische Zusammenhänge rekonstruiert. Die Unterscheidungen sind auf die soziokulturellen Hintergründe zurückzuführen (May/Zein 2018: 129). Dies entspricht auch Befunden aus qualitativen Studien, die deutlich machen, dass zwischen autochthoner Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte wenige grundsätzliche Unterschiede bestehen, wenn es um Wünsche und Bedürfnisse der Versorgung geht (Tezcan-Güntekin et al. 2015: 10).

Wenn also die Bedürfnisse wandelbar sind und es in der heterogenen Gruppe wenig verallgemeinerbare Bedürfnisse gibt, die diese Zielgruppe auszeichnen, braucht es neben einem sensiblen Blick auf Diskriminierungs- und Ethnisierungserfahrungen, eine Aushandlung in der konkreten Beratungssituation. Pflege und Versorgung stellen im Alltag der Betroffenen eine oft sehr komplexe Situation dar. Die Herausforderungen sind mit hohem Handlungsdruck verbunden. Pflegeberater*innen haben in einem ersten Schritt oft die Aufgabe, diese komplexe Situation mit den strukturellen und individuellen Bedingungen der Ratsuchenden zu rekonstruieren. Die Unterstützung der Ratsuchenden bei der Entwicklung von Entlastungen und Hilfen für die Alltagsbewältigung sind hierbei zentral. Wie das Forschungsprojekt OPEN zeigen konnte, gehen die Berater*innen hier sehr unterschiedlich vor und orientieren sich entweder an dem, was die Ratsuchenden aus ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen berichten oder an den Vorgaben der Sozialgesetzgebung (in Form beispielsweise eines Begutachtungsberichtes) (vgl. auch May/Zein 2018: 130ff.).

Die Darstellung der Pflegeberatung als Soziale Welten bzw. Arenen Map ermöglicht die Abbildung der Komplexität der Alltagssituationen von Pflegebedürftigen und ihren An- und Zugehörigen, sowie deren Verstrickungen.

Die Abbildung zeigt einen Analyseschritt der Pflegeberatungssituation. Diese Map von Sozialen Welten und Arenen der Forschungssituation der Pflegeberatung verdeutlicht die Komplexität der Einbindungen und Aushandlungen in der Arena. „Maps von Sozialen Welten/Arenen veranschaulichen kollektive Akteure, wichtige nichtmenschliche Elemente und die Arenen ihres Wirkens und Diskurses, innerhalb derer sie in fortgesetzte Aushandlungsprozesse eingebunden sind“ (Clarke 2012: 24). Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und der Zu- und Angehörigen können aus jeder dieser Sozialen Welten in die Beratungssituation hineingetragen werden oder sich auch auf mehrere Welten beziehen. Auch die Sozialen Welten ihrerseits stellen Anforderungen an die Ratsuchenden oder befinden sich mit diesen zu bestimmten Themen in Aushandlungen. Die Berater*innen haben hierbei oft eine Lotsenfunktion, um zwischen den sozialen Welten zu vermitteln.

Abb.1. Arena der Pflegeberatung



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Clarke 2012: 147–164

Wenn diese komplexen Sozialen Welten und Arenen Eingang in die Aushandlung der Bedürfnisse in der Pflegeberatung finden, stellt dies hohe Anforderungen an die Beratenden in diesem Feld. Die Pflegeversicherung selbst bietet hier bereits eine Vielzahl an Fallstricken der Beratung. Wingenfeld verweist auf die Schwierigkeit der Umsetzung in professionellen Settings, bei der Begegnung mit Bedürfnissen in der pflegerischen Versorgung: „Häufig ist die Versorgung auf ein vergleichsweise einfaches und oft genug somatisch verengtes Handlungsmodell festgelegt, das auf bestimmten Vorstellungen von Pflegebedarf (Patient X benötigt Hilfe bei ...) und daraus abgeleiteten Maßnahmen beruht“ (2003: 74). Hierfür scheint die Orientierung an der Nutzungsperspektive sinnvoll und wurde auch in der Pflege umgesetzt, im Sinne von Zufriedenheitsbefragungen (Wingenfeld 2003: 5). Zufriedenheitsbefragungen erweisen sich sowohl in der Pflege, als auch der Sozialen Arbeit als kritische Orientierungsmarke. Wenn es um die Fragen nach Bedürfnissen geht, sind Zufriedenheit und Wohlbefinden der Betroffenen keine verlässliche Orientierungsgröße. Ziegler weist darauf hin, dass Zielsetzungen und Bedürfnisse von Menschen „keinesfalls einfach ›subjektiv‹, sondern zu den objektiven Chancen

und sozialen Strukturen relationiert [sind A.Z.], die die Lebensführungspraktiken der Betroffenen strukturieren. Je länger sozial und materiell deprivierende Situationen andauern, desto stärker tendieren die Betroffenen dazu, ihre Aspirationen und Neigungen dieser Situation anzugleichen“ (2011: 126). So zeigt sich, dass die Lebensumstände relativierend auf Bedürfnisse wirken. Konkret nimmt Wingenfeld Bezug auf die besondere Situation pflegebedürftiger Menschen und hebt deren existenzielle Verunsicherung hervor, welche durch die Pflegebedürftigkeit und damit die Angewiesenheit auf Hilfe zusammenhängt (2003: 15). Neben der Frage, wie Zufriedenheit definiert und welche Kriterien festgelegt werden, stehen die durchaus gängigen (standardisierten) Abfragen von Kundenzufriedenheit in Bezug auf pflegerische Leistungen, in Abhängigkeit eben dieser existenziellen Angewiesenheit auf Hilfe, die auf Zufriedenheitsbefragungen einwirken und dazu führen, „dass das sog. Zufriedenheitsparadoxon zum Tragen kommt und Patienten Zufriedenheit äußern, obwohl sie allen Grund zu Kritik hätten“ (Wingenfeld 2003: 32).

Als eine weitere Hürde im Beratungsgespräch erweist sich auch die Fähigkeit von Bedürfnisäußerungen, im Sinne Negt und Kluges „Ausdrucksvermögen“ (Negt/Kluge 1992: 32). Neben der generellen nicht-muttersprachlichen Verständigung, kommt die oben bereits als Hürde formulierte Gesetzesprache. Selbst in Alltagssprache sind viele Menschen nicht in der Lage ihre Bedürfnisse auszudrücken. Hier kommt der Pflegeberatung neben der Lotsenfunktion auch eine Übersetzungsfunktion der lebensweltlichen Äußerungen von Bedürfnissen oder Bedürfnisteilen in verwaltbare Bedarfe hinzu, die durch die Sozialgesetzgebung vorinterpretiert sind. Diese Interpretationen sind für Beratungen von Migrant*innen häufig schwieriger, da diese „mehr oder weniger stark durch den sozio-kulturellen Hintergrund ihrer Herkunftsgesellschaften geprägt [sind A.Z.], was sich in verschiedenartigen familienbezogenen Werthaltungen, Erwartungen und schließlich Verhaltensmustern niederschlagen dürfte.“ (Steinbach 2018: 325)

Letztlich zeigt sich hier auch die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Biografie von Migrant*innen, insbesondere in Bezug auf die durch die Wanderungserfahrungen geprägten Lebensumstände. Denn die Lebenssituation wirkt sich direkt auch auf Bedürfnisse (und Bedürfnisäußerungen) einerseits und die Möglichkeit eines Rückgriffs auf Unterstützungsnetzwerke in Situationen eines auftretenden Hilfe- und Unterstützungsbedarfs andererseits aus. In der Abbildung oben ist diese Biographie in der „familialen Lebenswelt der Ratsuchenden“ verortet. Um die Bedürfnisäußerungen und -aushandlungen in der Pflegeberatung unterstützen zu können, braucht es auf Seiten der Berater*innen ein weitergehendes Verständnis dieser Lebenssituationen. Insbesondere mit der Migration verbundene Erfahrungen und daraus resultierende Lebensabschnitte können zur besseren Verständigung in den Beratungen beitragen. Es lohnt sich also einmal einen genaueren Blick auf

die Erfahrungen und Biographien zu werfen, um die aktuellen Herausforderungen der „familialen Lebenswelt der Ratsuchenden“ (Abb.) nachzuvollziehen und die daraus resultierenden Bedürfnisse besser u.a. in der Pflegeberatung integrieren zu können. Über diesen vertieften biografisch orientierten Blick auf die Wanderungserfahrungen und ihrer Wirkung auf Relationen in familiären Netzwerkstrukturen wird versucht, sich den Bedingungen zu nähern, die sich in der Situation der Pflegeberatung oft nur latent zeigen und denen in der Regel wenig bis kein Raum im Beratungsgeschehen eingeräumt wird (bzw. werden kann).

3. Die Netzwerke älterer Migrant*innen⁵

3.1 Migration und Biografie

Dass Wanderungserfahrungen einschneidende Ereignisse in der Biografie eines Menschen darstellen, ist unbestritten. Was fehlt, ist die Untersuchung der Folgen solcher Erfahrungen auf das individuelle soziale Umfeld, insbesondere auf den Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis. Dies erscheint besonders deshalb notwendig, weil eine wachsende Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein Alter erreicht, in dem sich der Gesundheitszustand verschlechtert und mehr Unterstützung im Alltag und damit gegebenenfalls eben auch Pflegeberatung erfordert (Kohls 2012: 75 ff).

Sehr häufig wird mit Blick auf die Organisation von Unterstützung für ältere und hilfsbedürftige Personen auch auf das individuelle soziale Netzwerk verwiesen – hier insbesondere auf das familiäre Netzwerk, aber auch auf die Selbstorganisationskräfte ethnischer Communities (vgl. Alisch/May 2013b: o.S.). Mit einem forschenden Blick auf Dynamiken und Veränderungen dieser Netzwerkstrukturen im biografischen Verlauf lassen sich Prozesse und Zäsuren rekonstruieren, die sich von der Vergangenheit über die Gegenwart in die jeweils nähere Zukunft weiterdenken lassen. Dieser Blick in die nähere Zukunft ermöglicht eine konkretere Abschätzung potentieller Pflege- und Unterstützungsbedarfe und wirkt sich so direkt auf die Gestaltung angemessener Informations- und Beratungsangebote für die Zielgruppe aus. Eine weitere Untersuchung der Struktur sozialer Netzwerke liegt also nahe und kann nicht nur Erkenntnisse für Soziale Arbeit und Pflegeberatung vermitteln, sondern

5 Den Netzwerkuntersuchungen liegen vier Fallstudien mit Familien mit Migrationserfahrungen aus unterschiedlichen Herkunftsregionen zugrunde (Iran, Afghanistan, Armenien, bulgarisch-türkisches Grenzgebiet). Der Ansatz war, mittels Bildmaterial aus Fotoalben und aktuellen Fotos, sowie Audio-Mitschnitten von ero-epischen Gesprächen soziale Netzwerkstrukturen vor und nach der Migration zu erheben (Girtler 1996: 378-379).

auch Fehlstellen und Defizite in vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufzeigen und Vorschläge für deren Überbrückung ableiten.

Der biografische Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stellt neben der Analyse aktueller Beratungssettings also eine weitere grundlegende Voraussetzung für eine gleichermaßen notwendige wie hilfreiche Entwicklung von Pflegeberatung in der Migrationsgesellschaft dar, der über Momentaufnahmen hinaus auch Entwicklungen aufzeigen kann und daraus entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen vermag.

3.2 *Strukturelle Auflösungsprozesse familiärer Netzwerke*

Die hier herangezogenen Netzwerkanalysen entstanden im Rahmen familienbezogener Fallstudien. Dem Entschluss der vier Familien aus unterschiedlichen Herkunftsregionen zum Umzug nach Deutschland lagen jeweils unterschiedliche Motive zugrunde. Er war aber in keinem Fall auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, sondern hatte immer mit mehr oder weniger problematischen politischen Rahmenbedingungen im Herkunftsland zu tun. In allen vier Fällen existiert eine jüngere Generation, die sich bis auf eine Ausnahme in Deutschland einen eigenen familiären und beruflichen Lebensmittelpunkt aufbauen konnte⁶.

Erste Ergebnisse zeigen, dass soziale Netzwerkstrukturen von Migrant*innen durch das Ereignis der Migration grundsätzlich stark beeinträchtigt werden. Dies geht oft mit einer deutlichen Abwertung des im Herkunftsland erreichten gesellschaftlichen Status einher und wird maßgeblich ausgelöst durch die fehlende Anerkennung beruflicher Erfahrungen und Abschlüsse in Deutschland. Das zeigt sich beispielhaft daran, dass der ehemalige Referatsleiter einer großen Behörde in Afghanistan in Deutschland nur noch aushilfsweise Hausmeistertätigkeiten verrichten konnte⁷.

Enttäuschung und Frustration über die eigene Lebenssituation im Aufnahmeland und den verlorenen Status, beschreibt eine Erfahrung, von der Mitglieder aller vier Familien berichten. Das geht manchmal so weit, dass die Wahl des Ziellandes bis heute bereut wird – trotz aller Dankbarkeit mit Blick auf die Möglichkeit, sich hier etwas aufzubauen.

Herr K.: „Unser Ziel war nach USA, aber durch S. [Ehefrau, P.E.] ihre Verwandtschaft wir sind halt hiergeblieben. Wir haben auch versucht nach USA, wir haben alle Dokumente, aber leider wir sind hiergeblieben.“

Ohnehin erschweren neben traumatischen Erlebnissen im Herkunftsland auch die Erfahrungen während der oft monatelangen Flucht oder Wanderung über

6 In einem Fall waren die Kinder aus beruflichen Gründen nach Großbritannien umgezogen.

7 Das gleiche berufliche Los der Hausmeistertätigkeit war einem leitenden Ingenieur aus dem Iran beschieden - immerhin in Festanstellung bei der örtlichen Kommunalverwaltung.

mehrere Landesgrenzen hinweg (mit teilweise lebensgefährlichen Reiseabschnitten) den Zugang zu Beratung und Leistungen. Ausschlaggebend ist dafür nicht nur das Wissen um und sondern auch das Vertrauen in das deutsche Sozialsystem, nicht selten einhergehend mit Scham über den Umstand, hier nun auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein⁸.

Für die Strukturen familiärer Netzwerke bedeutet das, dass sie von einem einst großen und verlässlichen Verwandtschafts-, Freundes- und Bekanntenkreis (häufig in der Nachbarschaft) im Herkunftsland ausgehend, auf vergleichsweise kleine, sich an den Rändern immer weiter ausdünnende, zum familiären Kern hin aber verdichtende Strukturen reduziert werden. Die Beeinträchtigung von Freundschaftsbeziehungen zeigt sich unter anderem daran, dass enge Freundschaften teilweise mühsam über Jahrzehnte und Kontinente hinweg aufrechterhalten werden.

So erzählt Herr K., er habe seinen besten Jugendfreund aus dem Iran, der heute in Oregon lebt, bis ins Jahr 1999 alle zwei Jahre in den USA besucht; dann war er 2015 noch einmal dort – insgesamt war er sieben Mal in den USA. Auch Gegenbesuche des Freundes in Deutschland bei Familie K. fanden mehrfach statt; in den letzten Jahren hätten allerdings keine gegenseitigen Besuche mehr stattgefunden.

Das Leben und der Austausch mit diesen Bekannten findet, wenn überhaupt nur noch via E-Mail oder über Online-Plattformen wie Facebook statt. Von den Betroffenen wird betont, dass diese Kontaktformen die ehemalige Nähe nicht aufwiegen können.

3.3 *Ausgedünnte Strukturen und Clusterbildung*

Wenn in der Netzwerkforschung von Clustern gesprochen wird, sind damit verdichtete Unterstrukturen (bisweilen auch „Sub-Netzwerke“) gemeint, die sich als dichtere Regionen innerhalb einer fokussierten Struktur bzw. durch eine höhere Akteursdichte im Netzwerk abheben. Im vorliegend untersuchten Forschungsfeld wurden so vorrangig Angebote oder Vereinigungen von ethnisch, sprachlich, kulturell oder religiös geprägten Gruppen identifiziert, die migrantische Communities auszeichnen (oder die Community als tragende Elemente sogar bilden oder mitgestalten).

Herr K: „Wir waren hergekommen, waren allein, bei jede Fest, jede Feier paar Leute haben sich gesammelt, waren da. Dann kam die Idee von ein paar andere Leute und mir wir haben

8 Die trennscharfe Unterscheidung zwischen Flucht und Migration ist problematisch und wird oft mit politisch-ideologischen Intentionen oder formal-juristischen Betrachtungen verknüpft; eine Diskussion dieser Thematik würde hier zu weit führen. Von den vier Fallstudien weisen die Migrationsvorgänge in zwei Fällen Fluchtcharakteristika und Traumatisierungen auf (die Familien aus dem Iran und Afghanistan), ein dritter Fall bewegt sich im definitonistischen Grenzbereich (Bulgarien/Türkei).

einen Verein gegründet [...] einen assyrischen Kulturverein. Am Anfang wir haben alles organisiert, dann entstand auch eine Tanzgruppe, die erste Idee des Vereins war einfach die assyrische Sprache zu unterrichten“

Neben dem Versuch, den Lücken und Ausdünnungen in der Netzwerkstruktur, die das Migrationsgeschehen gerissen hat, über das Engagement in Kulturvereinen und anderen Angeboten der Communities identitätsstiftend entgegenzuwirken (Clusterbildung), entwickeln sich parallel engere Bindungen zu Familienmitgliedern, die das gleiche geografische Ziel der Migration für sich gewählt hatten (Verdichtung in Netzwerk-Kernbereichen).

Allerdings handelt es sich bei diesen Bindungen nicht um generationenübergreifende, sondern in erster Linie um intragenerative Bindungen (Schwestern und Brüder, Cousins etc.). Die für Unterstützungsleistungen notwendigen Beziehungen zur jüngeren Generation erleiden zumeist das Schicksal einer Auflösung durch robuste arbeitsmarktspezifische Anforderungen an deren berufliche Mobilität.

Umso wichtiger für ein passgenaues Angebot von Pflegeberatung sind daher die über familiäre soziale Beziehungen hinausgehenden Strukturen, die sich in den jeweiligen Communities mehr oder weniger stark finden lassen. Innerhalb dieser Gruppen, die zumeist eigene Cluster im Netzwerk bilden, funktioniert der Informationsaustausch weitgehend wie Schubert et al. argumentieren (2014: 45) – ein Umstand, der essentiell ist, um einen Zugang zu bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten zu ermöglichen (und Informationen über Möglichkeiten der Unterstützung durch die Pflegeversicherung und entsprechender Hilfsangebote auszutauschen, soweit sie im Cluster vorhanden sind). Andererseits stellen diese Cluster aber vergleichsweise geschlossene Beziehungsstrukturen dar und stehen untereinander kaum im Austausch, weshalb der Informationsfluss über die Clustergrenzen hinweg eher erschwert ist bzw. kaum mehr stattfindet. Zwischen den unterschiedlichen Gruppen bilden sich so informationelle Leerstellen bzw. unverbundene Räume. Schubert et al. sprechen in Anlehnung an Ronald S. Burt von „strukturellen Löchern“ (2014: 45ff.). Diese gilt es, sinnvoll zu überbrücken. Das kann einerseits durch Entwicklung der Clusterstrukturen zur Geschlossenheit erfolgen – also der Bildung von Netzwerksegmenten, in denen alle Akteure miteinander in einem von Vertrauen geprägten Kontakt stehen (Schubert et al. 2014: 45ff.). Andererseits – und dieser Ansatz ist für die Pflegeberatung von großer Bedeutung – können strukturelle Löcher, wie sie zwischen Netzwerken der Zugewanderten und der professionellen Pflegeberatung bestehen, über sogenannte „Broker“ vermittelt werden. Diese Vermittlerfunktion und damit der entsprechende Informationsfluss lässt sich über Personen realisieren, die in beiden Beziehungskreisen als Akteur anerkannt sind (Schubert et al. 2014: 47f.). In diesem Zusammenhang sind auch Portaltechniken zu verorten, wie sie im Forschungsprojekt OPEN mit Erfolg eingesetzt wurden (May et al. 2017: 18f).

3.4 *Soziale Netzwerke und nachhaltige Pflegeberatung*

Bei der Untersuchung von Netzwerken geht es stets darum, welche Relationen zwischen den jeweiligen Akteuren im Netzwerk bestehen, welche Qualitäten diese Beziehungen aufweisen und welche Informationen innerhalb des Netzwerks oder seiner Teilstrukturen entlang der jeweiligen Beziehungen weitergegeben werden. Dennoch handelt es sich bei einer solchen Untersuchung analysebedingt stets um Momentaufnahmen. Um Aussagen über Dynamiken von Netzwerkstrukturen im biografischen Verlauf treffen zu können, die sowohl die Bedingungen vor der Migration als auch die Situation in der Gegenwart berücksichtigen, wurden im Rahmen von vier Fallstudien netzwerkrelevante Daten aus Bild- und Audiomaterial ausgewertet. Hierzu wurden ältere Fotografien aus Familienalben (oder auch von Online-Medien wie Facebook etc.) herangezogen und mit aktuellen Fotos aus der Gegenwart in Beziehung gesetzt. Die Rekonstruktion von Netzwerken erfolgte dann unter dem Einsatz klassisch text- bzw. audiobasierter sozialwissenschaftlicher Auswertungsverfahren, wobei die Fotos zwar jeweils bildanalytisch einbezogen, letztlich aber vorrangig als narrationsgenerierende Elemente und Impulse dienten. So war es möglich, sich verändernde Settings familiärer und nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme zu erfassen und einzuordnen. Vergleicht man die gegenwärtig vorhandenen Netzwerke mit denen, wie sie vor dem Verlassen des Herkunftslandes bestanden haben, so zeigen sich die jeweils zugrundeliegende Netzwerkdynamiken.

Aus der Netzwerkforschung ist bekannt, dass Informationsflüsse innerhalb von Netzwerkstrukturen spezifischen Regeln unterliegen. So bilden Clusterstrukturen verdichtete und weitgehend geschlossene Substrukturen, innerhalb derer eine Weitergabe von Informationen rasch und zielsicher erfolgt, die aber über vergleichsweise wenige Bezüge nach außen bzw. zu anderen Teilen des Netzwerks verfügen (Schubert et al. 2014: 45). Eine solche Weiterleitung von Informationen ist aber eine essentielle Grundlage für einen uneingeschränkten Zugang zu Pflegeberatung und Unterstützung.

Aus den Ergebnissen lässt sich deshalb ableiten, an welchen Stellen zielgerichtete Pflegeberatung ansetzen muss, um den Menschen für sie und ihre Situation relevante Informationen vermitteln zu können und so einen Zugang zu Leistungen und Unterstützungsangeboten vor dem Hintergrund der sich stetig weiterentwickelnden Pflegeversicherung zu ermöglichen. Auf dieser Basis können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Ausgrenzungen reduzieren, Teilhabe ermöglichen und Aushandlungsprozesse zulassen. Die Erkenntnisse lassen sich mit dem Wissen über spezifische Pflegeberatungssituationen zusammenführen und ermöglichen so die Herstellung progressiver Beratungszugänge, die zur Zielgruppe passen und den Menschen eine angemessene und nachhaltige Unterstützung auch im fortgeschrittenen Lebensalter ermöglichen.

4. Brücken bauen, Unpässlichkeiten beseitigen

Es will nicht recht zueinander passen, es bleiben „Unpässlichkeiten“: Das wohlmeinende Angebot der Pflegeberatung und die Bedürfnisse derer, die es erreichen soll. Zur Gestaltung eines passgenauen und damit nachhaltigen Angebots an Pflegeberatung jedoch, welches auch die Bedürfnisse von Migrant*innen einbezieht, bedarf es der Betrachtung und Beseitigung von Barrieren auf mehreren Ebenen. Einerseits müssen über entsprechende Strukturen Brücken geschaffen werden, die zwischen den Netzwerken der Professionellen und denen der Migrant*innen einen flüssigen Informationsaustausch vermitteln. Diese sogenannte „Broker-Funktion“ kann nicht lediglich durch übersetzte und sprachlich aufbereitete Flyer erfolgen. Das Informationsmaterial muss über vermittelnde intermediäre Strukturen seinen Weg in die migrantischen Communities finden. Hilfreich dabei könnte die Nutzung von Portaltechniken sein, deren Einsatz sich bereits in anderen Forschungsprojekten als erfolgreich erwiesen hat. Ganz besonders aber scheinen Menschen die Fehlstellen innerhalb der Strukturen überbrücken zu können, wenn sie sich in beiden Welten bewegen, wie dies bspw. sogenannte Integrationslots*innen tun, die als Broker in der Lage sind, Cluster Grenzen zu überwinden. Mit dem Rückgriff auf solche Modelle ließen sich nachweislich vorhandene strukturelle Lächer überbrücken. Allerdings genügt dies allein noch nicht, um alle Unpässlichkeiten zu beseitigen.

Auch die Pflegeberatung muss sich auf Migrant*innen stärker einlassen und sensibel in die Aushandlung über ihre Bedürfnisse treten, ohne vorschnell auf die Angebote der Pflegeversicherung zu verweisen und so die Komplexität der Lebensrealitäten und -anforderungen zu negieren. Auch hier braucht es Brücken. Darüber hinaus ist aus Sicht professioneller Helfer*innen stets zu berücksichtigen, dass sich migrantische Milieus als sehr heterogen darstellen (Alisch/May 2013b: o.S.). Dies gilt besonders für ihre Grundorientierung, die sich im Hinblick auf Wertvorstellungen, Lebensstile oder ästhetische Präferenzen auf einer enorm großen Bandbreite zwischen Tradition und Moderne verorten lassen (Schubert et al. 2014: 19). Um nachhaltig einen Zugang zu Migrant*innen zu erlangen, ist es notwendig deren Alltag zu verstehen, der auch durch die gemachten Wanderungserfahrungen geprägt ist.

Wesentlich in den Beratungen ist die ernst genommene Aushandlung mit den Ratsuchenden, im Sinne der Koproduktion (vgl. u.a. Schaarschuch/Oelerich 2020: 16). Erst in dieser gemeinsamen Aushandlung kann eine passgenaue Versorgung erarbeitet werden, die im Sinne der Nachhaltigkeit, sozialer Selektivität entgegenwirkt und so ein gelingendes Älterwerden in Deutschland sicherstellen kann. Wenn sich das Verständnis von Koproduktion in der Pflegeberatung etabliert, kann dies nachhaltig zu mehr Teilhabe führen. Eine zusätzliche Herausforderung dabei ist, kultursensibel zu

agieren ohne gleichzeitig zu ethnisieren oder diskriminieren. „Die Veränderung von einer Versorgungs- und Betreuungsperspektive, die sich wesentlich aus der Sicht der Experten speiste und durch diese definiert wurde, hin zu einer Beteiligungsperspektive, die Altenhilfe als Aushandlungsgeschehen zwischen den Bedürfnissen und Bedarfen alter Menschen, ihrer sozialen Netze und den Leistungserbringern definiert, ist weiterzuentwickeln“ (Hoppe 2021: 54). Auf der Basis von Erkenntnissen über zugrundeliegende Soziale Welten und ihrer Netzwerkstrukturen lässt sich die Weiterentwicklung nachhaltig begleiten und unterstützen.

Literatur

- Behrens, Britta (2011): Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen. Oldenburg: BIS-Verl. der Carl-von-Ossietzky-Univ (55). <http://oops.uni-oldenburg.de/volltexte/2011/1194/pdf/behint11.pdf> [letzter Zugriff: 25.04.2023]
- BMFSFJ (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 18/10210). <https://www.siebter-altenbericht.de/> [letzter Zugriff: 29.09.2022]
- Bohnsack, Ralf (2011): Qualitative Bild- und Videointerpretation. Die dokumentarische Methode. 2. Aufl. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Clarke, Adele E. (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: Springer VS (Interdisziplinäre Diskursforschung).
- Ewers, Michael/ Schaeffer, Doris (2012): Achilles-Ferse neuer Versorgungsformen: Gesundheitsprofessionen zwischen Subordination, Konkurrenz, Kooperation. In: Monitor Versorgungsforschung 5 (1), S. 51-56.
- Girtler, Roland (1996): Die zehn Gebote der Feldforschung. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 19 (4), S. 378-379. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-39754> [letzter Zugriff: 29.11.2021]
- Hoppe, Birgit (2021): Altenhilfe, Altenarbeit. In: Amthor, R.Ch./ Goldberg, B./ Hansbauer, P./ Landes, B./ Wintergerst, T. (Hrsg.) (2021): KrefT/Mielenz Wörterbuch Soziale Arbeit. 9. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa, S. 50-55.
- Köchling-Farahwaran, Juline (2019): Gesundheit und Migration. In: Dettmers, S./ Bischof, J./ Altenhöner, T. (Hrsg.) (2019): Handbuch gesundheitsbezogene Soziale Arbeit. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 57-64.
- Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Nürnberg. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb12-pflegebeduerftigkeit-pflegeleistungen.pdf> [letzter Zugriff: 25.03.2022]
- May, Michael/ Alisch, Monika (2013a): AMIQUUS - Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Opladen et al.: Barbara Budrich Verlag.
- May, Michael/ Alisch, Monika (2013b): Organisations- und Partizipationsformen älterer Zugewanderter. sozialraum.de (1/2013). <https://www.sozialraum.de/organisations-und-partizipationsformen-aelterer-zugewanderter.php> [letzter Zugriff: 14.11.2021]
- May, Michael/ Schulze, Ulrike/ Löcherbach, Peter/ Hermsen, Thomas (2017): Abschlussbericht OPEN. Interkulturelle Öffnung der Pflegeberatung. Wiesbaden.

- <http://www.projekt-open.de/zwischenenergebnisse-detailansicht/abschlussbericht.html?file=files/open/Weiterfuehrende%20Texte%20und%20Dokumente/OPEN%20Endbericht.pdf> [letzter Zugriff: 26.11.2021]
- May, Michael/ Zein, Alexandra (2018): (Pflege-)Beratung und Nutzungsorientierungen. In: DZI 67 (4), S. 128-134.
- Negt, Oskar/ Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Schaarschuch, Andreas/ Oelerich, Gertrud (2020): Sozialpädagogische Nutzerforschung: Subjekt, Aneignung, Kritik. In: van Rießen, A./ epkens, K. (Hrsg.) (2020): Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. 1. Auflage 2020, Wiesbaden: Springer VS, S. 13-25.
- Schirmany, Peter/ Rühl, Stefan/ Kohls, Martin (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten: Forschungsbericht 18. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb18-aelttere-migranten.pdf?__blob=publicationFile&v=15 [letzter Zugriff: 28.11.2021]
- Schneekloth, Ulrich/ Schmidt, Manuela (2011): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Hrsg. v. BMG. TNS Infratest Sozialforschung. München
- Schubert, Herbert/ Veil, Katja/ Leitner, Sigrid/ Vukoman, Marina (2014): Öffnung des Wohnquartiers für das Alter. Köln: Verlag Sozial, Raum, Management.
- Steinbach, Anja (2018): Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien in Europa. In: Bach, M./ Bach-Hönig, B. (Hrsg.) (2018): Europasozioologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos, S. 323-330.
- Tezcan-Güntekin, Hürrem/ Breckenkamp, Jürgen/ Razum, Oliver (2015): Pflege und Pflegeerwartungen in der Einwanderungsgesellschaft. Hrsg. vom Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Bielefeld. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997960/392728/4b9f196e32ba_9_3_0064ba_84c94f11e80f/2015-11-16-svr-studie-data.pdf [letzter Zugriff: 04.02.2022]
- Wendt, Björn (2021): Utopien, Dystopien und Soziologien der Nachhaltigkeit: Grundrisse eines Forschungsprogramms und Mehrebenenmodells. In: SONA - Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hrsg.) (2021): Soziologie der Nachhaltigkeit. Band 1. Bielefeld: Transcript, S. 155-183. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74922-9> [letzter Zugriff: 08.10.2022]
- Wingenfeld, Klaus (2003): Studien zur Nutzerperspektive in der Pflege. Bielefeld: Instituts für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld. <http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag6/ipw/ver%C3%B6ffentlichungsreihe.html> [letzter Zugriff: 25.04.2023]
- Ziegler, Holger (2011): Soziale Arbeit und das gute Leben - Capabilities als sozialpädagogische Kategorie. In: Sedmak, C./ Babic, B./ Bauer, R./ Posch, Ch. (Hrsg.) (2011): Der Capability-Approach in sozialwissenschaftlichen Kontexten. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 117-137.

Gender, Family and Emotional work – Building Sustainable Models via Experiences and Expectations of Highly Qualified Female Love Migrants in Germany

Saumya Pant

1. Overview

Ten out of seventeen goals in the United Nations Sustainability Agenda 2030 contain targets and indicators that directly pertain to migration. Empowerment of women and girls as well as gender equality is considered a crucial contributor across all goals. Therein, mainstreaming gender perspectives, political, social and economic participation and decision making at all levels by women will be critical to create a sustainable environment and benefit individuals, regions and nations (UN 2015). Highly qualified female love migrants¹ are important stakeholders towards these goals and this contribution will present their agency in creating a sustainable community. These are women have moved to Germany for familial reasons due to which their employment perspectives and skills have received less attention (Buettner & Stichs 2014). This article will highlight not just their skills to integrate professionally but their emotional work to create belonging ‘here’ and ‘there’ for themselves and their families. The challenges they face in their new chosen ‘home’ will indicate gaps in the sense of belonging whereas, the strategies applied by the women to overcome those gaps provides avenues to increase participation, access and parity. The results will suggest sustainable measures to leverage the potential of family migrants in receiving nations as well as describe transnational family as representative and essential for building resilient societies in a globalised world.

The article redirects the focus of family orientation as sole motive of migration by female family migrants, to their potential in changing their

1 Love Migrant is term borrowed from the definition provided by Riano (2003) as women who migrate to live permanently abroad for purpose of marriage and their partner is the main channel for migration.

futures and belonging. This will briefly be lead into how a reflective participatory inquiry is used to raise a 'multiple voice' and increase visibility of highly qualified female love migrants in Germany using group discussions and interviews. Next, three main results are presented to questions of who are these highly qualified love migrants, what limitations they face in their new homes and how they overcome those conditions. The outcomes will emphasise the role of participation, access and parity in encouraging belonging that help build valuable resources and overcome hurdles of integration for a future in Germany. The article concludes with prospects for developing sustainable models of participation and supportive programs to assist female migrants in their migration process.

2. Locating skilled female migrants in migration research

Knowledge-based societies require innovation and development to be successful in a globalised world. This links with demographical changes and labour shortages in developed economies, making the task of attracting highly skilled people critical (Burmam et al. 2018). Skilled migration, its nature and consequences for both sending and receiving countries has been discussed since the 1960s (Kofman 2000) and has become a major topic for governments, international organisations and researchers (Boucher & Cerna 2014). Many European countries depend on skilled labour from overseas and employ several programs to attract skilled workers from the Global South (Bailey & Mulder 2017). This race for talent has led to special labour migration policies such as the EU Blue Card (Cerna & Czaika 2016). Bailey and Mulder (2017) found a predominant research focus on the impacts of skilled migration on the economy, policy and regions. Most studies relate skilled migration to the economic goals of individuals and the imported benefits for receiving countries. Freitas et al. (2012) stress that while a policy-oriented discussion on skilled migration is positive, it often overlooks diversity attributes of skilled migrants, who may differ by country of origin, gender, class, or age. Such diversity aspects can impact their recognition as 'skilled' and thereby professional integration. To capture this diversity and complexity of skilled migration, several micro-level analyses have begun looking at motivations, experiences and trajectories of highly skilled migrants (Purkayastha 2005; Meares 2010; Riaño 2012; Ryan & Mulholland 2014; Kōu et al. 2017). Gender, for instance, has been 'often masked in the skilled migration literature' (Bailey & Mulder 2017). Gender relations and representation of women amongst skilled migration studies was recognised two decades ago by Kofman (2000), who emphasised the status of the female migrant – both as accompanying spouse or an independent migrant. She

brought attention to female family reunion migrants, often stigmatised as unskilled and confined to the home, even though they are skilled women with aspirations of achieving a higher education and career. Such women suffer from the dominant male image of the skilled migrant and are often seen as co-movers (Bailey & Mulder 2017). Consequently, the skills of women who enter as spouses are often not recognised (Kofman & Raghuram 2006). Therefore, personal attributes such as gender, country of origin or immigration status (e.g. accompanying spouse) determine whether these women are considered as skilled. Nevertheless, an increasing number of studies consider the effects of moving on 'tied-migrants' - a subset who are largely female (Cooke 2007) - and their employment outcomes (Raghuram 2004). Only few studies suggest that women are actively engaged in their family migration process or the labour market (Liversage 2009; Kõu et al. 2015) and challenge the perception of the passive 'trailing wife' (Ryan & Mulholland 2014). Studies in Germany shed light on control and governance of marriage migration and investigate transnational processes of family, work and education amongst women with the immigration status of family reunification (see. Jockenhövel-Schiecke 2017a; Gutekunst 2018). Nonetheless, reporting the experiences and migration processes of family migrants particularly of skilled women has received little attention in German migration discourse. Instead, the focus lies on internationally skilled workers, their experiences and potential to integrate into urban societies (Meijering & Van Hoven 2003; Burkert et al. 2008; Föbker et al. 2016; Föbker & Imani 2017). A larger discourse on the cultural capitals of highly qualified migrants in Germany compared to Canada and Turkey (Nohl et al. 2010) provides vital insight into favourable conditions for highly skilled migrants and successful assimilation of their skills. It does however, not specifically address family migration as a source of skilled migration or the impact of such migration on individuals. Even though the Federal Office for Migration and Refugees confirms that women form a large part of family migration in Germany, their skills and employment perspectives are not taken into account. They also recognise a need for specific integration assistance for the labour market for this group (Buettner & Stichs 2014). This once again confirms the narrow economic perspective on skilled migration and entry for family re-unification treated as secondary, with low implications for employment (Kofman & Raghuram 2005). Considering the forecasted skilled worker shortages in Germany, it becomes important to focus on the recruitment of skilled migrants and putting skilled domestic workforce to better use. In the case of migrants with foreign qualifications, Koppel and Plünnecke (2009) point out that 20% of immigrants in Germany, across all qualification groups, pursue under-qualified activities, particularly because they cannot overcome language and cultural barriers. Additionally, migrant women with foreign qualifications are disproportionately more affected by underemployment than their male

counterparts. In case of asylum-seeking women in Germany, Schmidtke and Volkert (2020) found that though women value employment for a good life, they find it difficult to realise their life goals due to household structures, insecurity related to their immigration status and a lack of qualifications. These studies suggest successful labour market integration may entail more than just official recognition of qualifications.

3. Conceptual Reflections

First and foremost in order to create favourable conditions for skilled migrant women tied to family migration, a critical perspective clarifying the position of this group within the migration discourse is necessary. A good start is at the conceptual reflection of the term *highly qualified female love migrant*. This term can be analytically broken down into two parts: highly qualified – love migrant. Two terms understood in varied ways by State administration or migration researchers.

On one hand, administrative institutions define people migrating for reasons of family reunification by placing requirements on their entry, differently from those who migrate for employment and so-called economic reasons. In general, family migrants are not considered for their economic contribution, and their credentials do not play a significant role in their entry to Germany. The emphasis for family migrants is on financial independence and language proficiency compared to employment-related visas, which assess individuals for their qualifications, achievements and applicability to the Skilled Workers Immigration Act (BGBI. I 2019, S. 1307) and labor market requirements for a smooth transition.

The State administrations primarily describe migrants on their intentions of entry; therefore, the rigidity of regulations and requirements based on that intention leave little space for an overlap of intentions and purpose of migration. This makes it difficult to find a combination of the term 'highly qualified female love migrant' in administrative reports. According to the Migration report 2019 issued by the German Department of Immigration and Asylum, there is an indication of an increase in migration by 5.3% compared to 2018 for family reunification from non EU States. And women make up the majority of persons using the visa for family reunification to join their spouses in Germany whereas men may use employment or job opportunities for migration (Babka von Gostomski 2010).

On the other hand, academic descriptions of highly qualified female love migrants are grounded in a variety of migration related studies, such as Nohl et al. (2006); Zaletel (2006); Kofman (2014), which addressed skilled migration, related socio-economic factors and policies impacting these

migrants. Key research has continuously highlighted gender inequalities in migration studies, the lack of attention on immigration policies which impact men and women differently, gendered nature of skills criteria and outcomes and the missing link of 'family' within skilled migration (see. Kofman 2000; 2004; 2014). Additionally, Kofman and Raghuram (2005) argue that skilled migration is based by skills shortages in male-dominated professions in science and technology. This dampens the appearance of women in skilled migration in addition to entering via family visas, with the latter considered secondary with limited implications for employment this leads to limited knowledge of this group and their capacity to enter the labour market. Several studies also point out the importance of professional integration (Kofman 2000; Salaff & Greve 2003; Behrensen & Westphal 2009; Liversage 2009; Riaño 2012) and move away from the rhetoric where migrant women's problems are cast as those of social exclusion, with the primary focus of policies for migrant women being social integration *rather than* professional integration. Professionally successful female migrants actively create a lifestyle where partnership and family relationships are in balance with their educational and professional competencies and complex social and structural factors determine their success or failure (Behrensen & Westphal 2012).

Similarly, Riaño (2003) avoids presenting female migration due to familial reasons simplistically 'as a survival strategy' allowing poor women from the South to improve their standard of living. She proposes an interim typology 'love migrants' to address women who migrate for purposes of marriage and stresses the need to better understand the role of binational marriages in female migration. Riano considers a combination of love, gender, and economic factors that convince 'love migrants' to leave their country and live permanently abroad. She classifies these women to have middle- to high -level professional skills/education, and their main migration channel was their partner, besides other factors such as study or travel. In contrast, an 'economic migrant' under marriage migrants, she categorises as someone who is prepared or constrained to leave the country of origin to improve their standard of living and their family situation by obtaining residency in a wealthy country by marrying an unknown individual. A marriage usually arranged by an international matchmaking agency. She also classifies these women to have lower professional skills, and the channel of migration is the matchmaking agency (Riaño 2003).

This description of a love migrant brings us closer to defining a 'highly qualified female love migrant'. This group is at an intersection of gender, family and professional integration. Women as part of a familial migration process cannot be considered as trailing spouses with lower aspirations for professional and social success. Therefore, it is important to investigate their migration stories in ways that display the complexity of their position as highly qualified women living in Germany for reasons of love. In that way,

we can mainstream a gender perspective and participation at all levels of society for these women in this stream of migration. Additionally, a focus on how to create sustainable migration communities will empower women and girls who are crucial contributors across the goals of the United Nations Sustainability Agenda 2030.

4. Methods

The following section will describe how participatory research has inspired the use of *reflective participatory work* in this inquiry and the methods used in order to gather the narratives highly qualified female love migrants.

4.1 *Participatory Research*

Participatory action research has been used to document such complex narratives of migrant groups. It aims to balance power dynamics between the inquirer and those inquired. Participatory research, as mentioned by Cornwall and Jewkes (1995), is a ‘bottom-up’ approach where perspectives and priorities of respondents are emphasised during the collection of data as respondents actively participate in planning and developing the research. At its heart lies the notion of carrying out research *with* the people and not for people or about the people (Bergold & Thomas 2020). It engages with the concept of power, as to who holds it and makes decisions about who gets heard, as well as the outcomes of the inquiry. It is democratic in nature and emphasises involvement of participants at various stages of the research process. Feminist participatory research methodology applied by Caretta and Riaño (2016); Riaño (2016), shows how this methodology can help produce greater scientific insight through equity and collaborative relationship with participants via extensive workshops and critical reflections. Such participatory research methods with a focus on equity and collective outcomes with the participants are sustainable research methods since they include the actual priorities, perspectives and voices of those concerned. They allow parity in topics of subjective experiences of migration and sources of alternative knowledge production (Lutz & Amelina 2021).

However, time is one of the major challenges of this approach since relationship building, trust and reflection towards an emancipated outcome takes time, which can be often exhausted due to external demands (e.g. work or care duties). Another hindrance is the demand placed on the researcher in the adoption of this methodology (Koirala-Azad & Fuentes 2009). The research process does not only require facilitation and organisation of a group

but also the responsibility of ‘transferring’ technical and analytical skills to participants. Nevertheless, it is an appropriate tool to study migration as it democratises research, demystifies science and allows ‘immigrants to shape the discourse about their lives at the scale of their local communities’ (Francisco 2014). A technique that may not produce immediate tangible changes but has the potential to “provoke ripples of social change” through commitment and diligence of like-minded people (Koirala-Azad & Fuentes 2009).

Thus, I used my relationship with the research topic, its participants and our shared biographies to pursue a middle course. By applying *reflective participatory research work* that runs alongside procedural nature of research i.e. my personal involvement and experiences as a ‘love migrant’ were included in the inquiry to interactively produce meaning and understanding of the lived experiences. My engagement with the women, reflection on their stories and comparison with my own experience was not the focus rather available to add context to their stories alongside data analysis and relevant literature (Ellis et al. 2011).

Group discussions were used as a ‘think tank’ that facilitated dialogue amongst participants and the inquirer. They resulted in themes that refined the research concepts represented by a ‘multiple voice’ founded in each participant’s social, cultural context, values and knowledge brought into the discussions. The participants used examples from their own experiences, empathised with others simultaneously generating themes deemed relevant for them and the inquiry. The shift of power gave participants more control over the interaction and an empowering experience due to an opportunity to share and network. Further, in-depth interviews were used to collect individual migration narratives. These stories were snippets of their lives relevant for their migration to Germany. These were a common ground for a dyadic relationship and reflective account of their narratives (Holmes 2020). My interaction with interviewees took place at an emotional as well as biographical level, thus provided layered accounts of their experiences. The interviews explored lived experiences plus focused on the relationship built between me and interviewees beyond our reference and commonalities of gender, ethnicity and other identifiers (Nowicka & Ryan 2015).

Concept of belonging was used overall to understand the position of these women in their social systems and practices. Belonging requires access, participation, and parity at all levels in society therefore, shifting the focus on a sense of belonging from only a cultural/ethnic identity towards pre-conditions for quality of life (Anthias 2018) was applied to the narratives. In addition, if belonging is perceived as full participation in the social system, it would also involve participation in the labour market. Thus, the concept of

cultural capital developed by Bourdieu (1986) was deemed to provide valuable insight. Concepts of cultural capital help understand resources held and bargained by qualified love migrants as active social actors upon migration.

4.2 *Methodological Approach*

A mixed method approach using three focus group discussions, a web-survey and twelve in-depth interviews were carried out alongside reflective participatory research work. The access to highly qualified female love migrants relied on the help of a nationwide non- government organisation (Verband binationaler Familien und Partnerschaften) to gain access to family migrants living in binational relationships. Plus, non-probability purposive sampling to concentrate on individuals with particular characteristics to provide rich information relevant to the research and who would otherwise be hard-to-find in the larger population (Etikan et al. 2016; Bernard 2017). The focus group discussions were used as an 'opening stage', used not only to generate relevant topics of concern with highly qualified female love migrants in regards to their lived experiences in Germany but also the group discussion contributors eventually become participants of the survey and interviews. Keeping the springboard nature of the focus group discussions, they were not empirically analysed however, were transcribed and preliminary themes generated in the discussions were converted into themes within the web survey.

The web survey was intended to give an overall picture of 'love migrants' regardless of their gender in contrast to the in-depth interviews which are conducted only with female migrants. More importantly, it aimed to provide a large overview of the types of integration challenges such a group faces at a social and professional level thereby, highlighting statistically whether there was a difference between the genders in terms of integration opportunities. It was designed to complement the qualitative method in this study which has a narrow and in-depth focus. Yet, due to a low response rate to the web survey, a common problem in such methods (Van Mol 2017), could not provide a quantitative unit that may help to compare and contrast the different findings to produce well-validated conclusions. That is why, the weightage of the inquiry lay with qualitative method of in-depth interviews to present the lived experiences and expectations of skilled female love migrants. These were largely narratives based on Rosenthal (2004) biographical narrative interview approach stimulated with the help of a narrative impulse. An initial semi-structured question which stated the topic and ensured that the interviewees speak about it, while still leaving enough room for relating other

biographical elements (Rosenthal 2004)². These narratives were analysed using thematic analysis as an inductive analysis, looking at *latent themes* that reside in the meanings attributed to their life events and experiences. These themes capture something important about the data in relation to the questions being asked in an inquiry as well as represent patterned response and meaning within the data (Braun & Clarke 2006). For the purpose of this inquiry, themes were considered that were “*key*” or *essential* to understanding the reality and meanings attached by the participants to their social and professional participation in Germany in context of their migration as a highly qualified love migrant. The themes *identified in the data inductively* answer three main questions regarding the position of highly qualified female love migrants in Germany. The subsequent sections present themes addressing *who* these highly qualified female love migrants are, *what* holds them back from full participation and *how* they overcome these inequalities.

5. Results - Positioning of highly qualified female love migrants

The following three major outcomes describe highly qualified female love migrants and their social position, help mainstream a gender perspective and emphasise need for structures for a sustainable future of diverse communities.

5.1 *Who is a highly qualified female love migrant?*

An idea founded on reasons of migration, credentials and transnational (family) lives. However, it also requires balancing expectations and restrictions placed upon them in Germany.

The women willingly negotiate their pre-migration lives with a career and education within established support networks for a shared life with their partners. Prior to their migration they enjoyed independence, careers, and support structures permitting full social and professional participation. This aligns with the fact that successful, qualified, migrant women look for ways to continue their professional ambitions directly after migration (Behrensen & Westphal 2012). Based on Bourdieu’s concept of different forms of capital

2 For further information on the methodological approach and details of mixed-methods followed in this inquiry, refer to the author’s doctoral thesis: Pant, Saumya (2022) *Home is where the Heart is? Experiences, Expectations and Struggles of Highly Qualified Female Love Migrants* (Unpublished doctoral dissertation). University of Kassel, Germany.

they refer to their embodied (e.g. value of education) and institutionalised capital (e.g. qualifications granted by an institution), which enabled their habitus (parameters of possibilities) and exerted their agency as highly qualified women. However, their parameters of possibilities and cultural capitals are compromised post-migration. Their self-efficacy and independence, are challenged in the realms of lacking social networks, absent professional networks, German language deficits and recognition of their credentials. Personal, social and institutional expectations push them to negotiate and reconstruct their self-image, hereby directly influencing their agency to pursue their ambitions.

“I was earning a good salary as them most of the time more, sometimes less, made me really confident and strong being independent, that's why today, even though I don't work I don't feel myself, that like...women like...you know I have to listen what my husband says because I'm dependent to him financially, I really don't care, because if something goes wrong, I know that I created this life for me, I worked hard, I did it, I can do it again” #01:13:38-7# (Zena, was unemployed at the time of the interview)

Under new social norms, the women prioritise family and childcare as a feasible option to progress in life after migration. But, this orientation often conflicts with their embodied long term socialisation outlook as independent qualified women in their recent past. One linked to valorisation of education and ‘investment’ in the (bright) future of children by their parents. This perhaps is a referral to Bourdieu’s assumption of embodied capital and the ‘labor of inculcation and assimilation, costs time, time which must be invested personally by the investor’ (Bourdieu 1986). The investors – are the parents of highly qualified love migrants - who spent money, time and values (such as of equality) to raise women capable of transforming embodied capital into independence via careers that guarantee a secure future. This mismatch of cultural capitals vis-à-vis their embodied career/educational aspirations and their post-migration social position leads to an emotional tug of war.

Prioritisation of family orientation over career can also be viewed from the perspective of belonging. Because highly qualified female love migrants experience exclusion from the labour market and devaluation of their cultural capital, they choose other avenues to belong; being *'like all German mothers'* brings them a bit closer to belonging to the dominant culture. Migrant mothers often negotiate child-raising practices in their changed material and social contexts via everyday practices of care and participation in livelihood strategies in order to construct belonging in their new homes (Dyck 2018). Highly qualified love migrants compare, orient and educate themselves for expectations of parents in the dominant culture and attempt to provide vital resources from two cultures for their children. These actions could be a ‘display’ of ‘doing family things’, what Finch (2007) describes as a process by which individuals or groups communicate with each other and with relevant

audiences about their family relationships and its meaning. However, for parents with a migration background in Germany there is a deficit in a deeper understanding of the task of displaying family and meeting competing expectations of parenting, making them more vulnerable to failure (Westphal et al. 2017).

"I'm thinking about his future about the...maybe he would have difficulties as his mother is not German...when I look at him, I'm counting the years and I say, ah! I have to make this and this and this before he goes to school because I have...when I...will have to go to the Elternabend (Parent Teacher evening), I have to understand all what they say, I have to...read about how to raise a child in Germany because it is not the same in Egypt or in India or anywhere, in the world..." #00:12:25-6# (Rina, mother of one child at time of the interview)

For love migrants, doing and displaying family also involves transnational caring roles linked to families they left behind. Despite a lot of work on the role of migrant women in domestic and global care, little attention has been paid to care provided by transnational families to older parents left behind (Kofman et al. 2011). On one hand, transnational migration can help fulfil the requirements and expectations of care provided due to better economic conditions, on the other, it can complicate responsibilities due to inflexibility of professional positions, immigration regulations, geographical distance and associated costs and time for travel (Coe 2016). Nonetheless, the women, acknowledged the importance of transnational care as vital to display family and to be negotiated alongside individual, institutional and border restrictions.

In addition to displaying (transnational) families, highly qualified female love migrants commit to *intensive emotional work*. They impart languages, ethnic identity and values in their multicultural families. This emotional work is an important part of generating emotional capital – an aspect less frequently considered in Bourdieu's theory of capitals. Bourdieu did not explicitly recognise the role of the mother in transforming cultural capital within the family however, more recent studies have shown that, within families, women engage in far more emotional labour than most men (Reay 2002; 2004). By using their emotional work such as investment of time, care, and cultural 'transmission' through mothering work and care they use their agency to transform capital to secure social, cultural and economic future for their family in the new society (Dyck 2018). For example, multilingualism is considered a transnational cultural capital in multilingual Europe and a valuable resource in the educational process and future working life of their children (Jockenhövel-Schiecke 2017b).

In sum, these women are active agents in their migration trajectory. They determine their post-migration fate and cannot be categorised alone as 'trailing spouses' with little agency. Their aspirations for a new life in Germany remain positive and include individual (career) goals, care, participation and

belonging. Lastly, in regards to Bourdieu's concept of capitals, we must incorporate how 'brought along' capitals are negotiated and extended to include emotional work undertaken to create valuable social, cultural and economic capital for self and others despite professional setbacks. Inclusion of cultural and emotional capital in context of their transnational life best informs the construct of a 'highly qualified love migrant' and how we understand these experiences.

5.2 *What are the limitations holding back highly qualified love migrants?*

Belonging forms a major post-migration limitation, which manifests to delay, degrade or decimate the women's aspirations.

While the women value their roles as mothers, they found themselves alone in achieving a functioning work-life balance. The construct of "stay at home mother", is emphasised through subject experiences of the 'dependent wife', constructed partly by the legal definition and regulations as a marriage migrant but also via experience of structural barriers in access to education and work (Motzek-Öz & Westphal 2021). Their professional integration depended on their partner's attitude on dividing paid employment and family work, cultural norms, support and lack of structures e.g. family and friends. Such gendered subjective experiences caused delay in labour market participation, and gender-related stereotypes (Baghdadi & Riaño 2014; Gewinner 2017) as employers and institutions further limited participation.

"I did something of course, this is society's pressure on us that you feel yourself more useful when you work in a job and nobody counts what you are doing at home, even though you are doing a lot. And that's another pressure on women in my view. #00:44:39-9#

"Because it's really hard, we stay at home mother, and when my child goes to KITA" #00:44:47-5#

"I send her to KITA at when she was one year old, even though I don't work, and for two years I have felt guilty myself about it" #00:44:59-2# (Zena, mother of one child at the time of interview)

Navigation of expectations also affected their work life. At work a few competed with colleagues, by overcompensating their shortcomings, like investing overtime on their language skills. These experiences are similar to those reported by Legrand et al. (2019) of skilled migrants, who tried to make up for lack of language skills and social networks by over-performing compared to other employees. A few relied on 'luck' or be recognised by chance; which has previously been recognised amongst successful female migrants who alongside intensive efforts to overcome barriers, relied on 'luck' to meet individuals, teachers or mentors to recognise their capabilities and give them a chance to succeed (Behrens & Westphal 2009). These navigations at an

individual and structural level had emotional costs. They required immense effort, limiting their agency to fully belong in their new home. Similarly, discrimination, stereotypes and prejudices in everyday life and work disadvantaged their social and professional mobility. Experiences of 'othering' for example due to their religious identities, last name or country of origin resulted in differential treatment and unequal outcomes. This sometimes caused the women to try hard being 'an exception' to stereotypes rather than realising their full potential. Loneliness and missing social networks further compounded their emotional, social and professional wellbeing.

This shows that a sense of belonging is crucial in the post-migration lives of skilled love migrants. The navigations are a consequence of their experiences in a gendered and ethnicised dominant culture with exclusion mechanisms that regulate access to (migrant) rights and resources, requiring them to play according to the rules and expectations set by such a society in order to be successful (Goel 2013). Hence, these conditions demand a willingness to perform as well as investment of enormous efforts to cope with detours of re-qualification or deskilling and a general trust in a 'lucky' encounter to turn their 'disadvantages' around towards progress and participation in their new homes.

5.3 *How do they overcome limitations of social and professional integration?*

The narratives demonstrated how their agency as qualified, independent women permitted creation of cultural capitals for successful futures. The women decided to further educate, reskill themselves and be proactive in forming networks that benefit their social and professional settlement. Such strategies are evident across various groups of migrants as they pursue their professional goals in receiving countries. For example, Riaño (2011) recognised that education and reskilling is a general strategy applied by qualified migrant women to rebuild their social and cultural capital. Or as Nohl (2017) argues that impact factors such as institutional (dis-) accreditation but also informal means of language proficiency and adjustment to the labour market via further education play a role in converting brought along 'cultural resources' into cultural credit which can be used to create cultural capital once one has employment matching their qualification. Volunteer work, in particular, was a strategy for empowerment and a sense of purpose that replaced employment. This engagement provided a chance to build social capital, improve emotional well-being and offer potential economic gains such as paid employment.

“...it's very important for me that the evolution, didn't stop, in the personal or that means I didn't I wanted that, other persons could profit from my personal evolution and then...I give them, I empower them but being part of their evolution, is a very good feedback to me, it also gives me also energy and power to carry on, so...yeah (Laughs) #00:09:58-4# - (Rina, volunteered at a refugee women program)

Several studies acknowledge that through commitment and associated involvement in volunteer work/networks skilled migrant women acquire valuable and strategically important social capital, e.g. expansion of social participation and chance to practice their professional abilities (Behrens & Westphal 2009; Riaño 2011; Wood et al. 2019).

6. Outlook – Building sustainable models of participation

Future analysis on the professional integration by skilled migrant women must take a holistic view of their efforts to entire social participation und belonging. That is, not just cultural capitals but also emotional work invested 'behind the scenes' to create belonging for self and others beyond the obvious institutional capital of educational titles and achievements. Therefore, when designing sustained participation strategies, institutions must consider (female) skilled migrants in light of institutionalised, embodied and emotional capitals in creating secure futures.

Most importantly, in creating an intersection between community, support services, and institutions' involvement of these women could be a successful step towards benefiting stakeholders such as State institutions and local communities. For example, the women can be involved to develop agendas for culturally and linguistically diverse communities, which institutions and professional agencies could incorporate in their practices or programs. There is a presence of programs aimed to improve employment opportunities, gain recognition of their credentials and network for people with a migration background in Germany, e.g. MigraNet of the IQ Netzwerk program, RKW Bremen and Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V. The focus of these programs however, lies mainly on the labour market integration of qualified individuals. Highly qualified love migrants do not by default enjoy the perks of experts with golden careers. They must find optimal solutions by constantly negotiating personal, familial, social and professional aspirations and responsibilities. Therefore, including programs that address realities of work alongside family life and commitments in a transnational household would foster participation of qualified migrant women. State employment agencies or migrant organisations offering programs oriented towards networking, exchange and internships that focus on multidimensional perspectives of participation could assist qualified women in building networks

and finding mentors with whom they share commonalities in life and work. A sustainable effort is required to create welcoming programs and platforms that discuss migration challenges. One such promising idea is to establish 'empowerment hubs' an inspiring idea borrowed from an Australian non-government organisation, which brings together ideas of learning – community – entrepreneurship under one roof. The Hubs are a source of comfort to the women as it provides them with a safe and nurturing space to learn, network, and build their own connections for emotional support (source: <https://sisterworks.org.au/empowerment-hubs>). Such centres would nurture new ways of participation and belonging by empowering and utilising skills of qualified migrant women.

The inquiry also implies that care arrangements and construct of family life require recognition and promotion within migration research. In line with Westphal et al. (2017), including multiple perspectives on family life at multiple locations will help diversify constructs of family and promote a mutual interaction about migration processes in a diverse society. Likewise, bi-national families, serve as an appropriate inquiry group to understand family commitments or intergenerational relationships negotiated in transnational as well as local social and cultural space - a potential research realm suggested by Kofman et al. (2011). Such forms of research would stimulate political practice, to overcome normatively-determined classification and categories of affiliation or belonging, like marriage migrants from third nation countries, which place legal and social constraints on people and often label a person as 'different' or not belonging to the dominant society (Lutz, 2020) hence, disempowering their abilities and restricting their actions to belong.

The reflective participatory research offers an alternative to a dominant discourse and encourages other migrant researchers to pursue such methods and contribute their knowledge to decolonise migration research. It allows us to reveal our social positions and provide context in contrast to migration research measured against the standpoint of the majority society and its views on integration and belonging (see. Lutz 2020). Inquiring topics of a diverse community this way is not just about 'giving voice' more so, the subjectivity empowers us to alter the dominant discourse and generate knowledge closer to lived realities.

Lastly, the narratives of challenges experienced by the skilled women, which they creatively overcame with individual strategies, suggest that they are willing to explore alternative options for enhancing their economic and social prospects. This willingness for progress could be an opportunity for communities and policymakers to facilitate dialogue and tap into the diverse potential of migrants to not just boost socio-economic conditions in the backdrop of a growing skills shortages but also prepare sustainable policies for an ever growing multicultural society in Germany.

Literature

- Anthias, Floya (2018): Identity and belonging: Conceptualizations and reframings through a translocational lens. Contested belonging: spaces, practices, biographies. Emerald Publishing Limited.
- Babka Von Gostomski, Christian (2010): Fortschritte der Integration: Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
- Baghdadi, Nadia/ Riaño, Yvonne (2014): Familie und Beruf vereinbaren? Vorstellungen und Strategien hochqualifizierter Migrant/innen. Vielfältig Alltätlich. Migration Und Geschlecht In Der Schweiz. Zürich: Seismo.
- Bailey, Ajay/ Mulder, Clara H (2017): Highly skilled migration between the Global North and South: gender, life courses and institutions. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 43, S. 2689-2703.
- Behrensen, Birgit/ Westphal, Manuela (2009): Beruflich erfolgreiche Migrantinnen: Rekonstruktion ihrer Wege und Handlungsstrategien: expertise im Rahmen des Nationalen Integrationsplans im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück.
- Behrensen, Birgit/ Westphal, Manuela (2012): „Ich wollte einen Mann, der meinen Beruf unterstützt“. Familie und Partnerschaft in Biographien beruflich erfolgreicher Migrantinnen. In: Bereswill, M./ Rieker, P./ Schnitzer, A. (Hrsg.) (2012): Migration und Geschlecht. Theoretische Annäherungen und empirische Befunde. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 64-84.
- Bergold, Jarg/ Thomas, Stefan (2020): Partizipative Forschung. Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Bernard, H. Russell (2017): Nonprobability Sampling and Choosing Informants. Research methods in anthropology: Qualitative and quantitative approaches. 4th ed.: Rowman & Littlefield.
- Boucher, Anna/ Cerna, Lucie (2014): Current policy trends in skilled immigration policy. In: International Migration, 52, S. 21-25.
- Bourdieu, Pierre (1986): The forms of capital. Handbook of theory and research for the sociology of education. JG Richardson. In: Richardson, J. (1986): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education. Westport, CT: Greenwood, S. 241-55.
- Braun, Virginia/ Clarke, Victoria (2006): Using thematic analysis in psychology. In: Qualitative research in psychology, 3, S. 77-101.
- Buettner, Tobias/ Stichs, Anja (2014): Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Burkert, Carola/ Niebuhr, Annekatrin/ Wapler, Rüdiger (2008): Regional disparities in employment of high-skilled foreigners-determinants and options for labour migration policy in Germany. In: Journal of International Migration and Integration/Revue de l'integration et de la migration internationale, 9, S. 383-400.

- Burmann, Martina/ Hofbauer Perez, Maria/ Hoffmann, Vanessa/ Rhode, Carla/ Schworm, Sebastian (2018): Highly Skilled Labour Migration in Europe. In: ifo DICE Report 16. Munich: Ifo Institute, S. 42-52.
- Caretta, Martina Angela/ Riaño, Yvonne (2016): Feminist participatory methodologies in geography: creating spaces of inclusion. In: Qualitative Research, 16, S. 258-266.
- Cerna, Lucie/ Czaika, Mathias (2016): European policies to attract talent: The crisis and highly skilled migration policy changes. High-skill migration and recession. Wiesbaden: Springer VS.
- Coe, Cati (2016): Orchestrating care in time: Ghanaian migrant women, family, and reciprocity. In: American Anthropologist, 118, S. 37-48.
- Cooke, Fang Lee (2007): 'Husband's career first' renegotiating career and family commitment among migrant Chinese academic couples in Britain. In: Work, employment and society, 21, S. 47-65.
- Cornwall, Andrea/ Jewkes, Rachel (1995): What is participatory research? In: Social science & medicine, 41, S. 1667-1676.
- Dyck, Isabel (2018): Migrant mothers, home and emotional capital – hidden citizenship practices. In: Ethnic and Racial Studies, 41, S. 98-113.
- Ellis, Carolyn/ Adams, Tony E/ Bochner, Arthur P. (2011): Autoethnography: an overview. In: Historical social research/ Historische sozialforschung, 36 (4), S. 273-290.
- Etikan, Ilker/ Musa, Sulaiman Abubakar/ Alkassim, Rukayya Sunusi (2016): Comparison of convenience sampling and purposive sampling. In: American journal of theoretical and applied statistics, 5, S. 1-4.
- Finch, Janet (2007): Displaying families. In: Sociology, 41, S. 65-81.
- Föbker, Stefanie/ Imani, Daniela (2017): The role of language skills in the settling-in process—Experiences of highly skilled migrants' accompanying partners in Germany and the UK. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 43, S. 2720-2737.
- Föbker, Stefanie/ Imani, Daniela/ Nipper, Josef/ Otto, Marius/ Pfaffenbach, Carmella (2016): Translocal life and integration of highly-skilled migrants in Germany. In: Erdkunde, 70 (2), S. 109-124.
- Francisco, Valerie (2014): "Ang Ating Iisang Kuwento" our collective story: Migrant Filipino workers and participatory action research. In: Action Research, 12, S. 78-93.
- Freitas, Any/ Levatino, Antonina/ Pécoud, Antoine (2012): Introduction: New Perspectives on Skilled Migration. In: Diversities, 14, S. 1-7.
- Gewinner, Irina (2017): Gendered Career Choices and Stereotypes: A Theoretical Approach. Discourses on Gender and Sexual Inequality. Emerald Publishing Limited.
- Goel, Urmila (2013): „Von unseren Familien finanziell unabhängig und weit weg von der Heimat “. Eine ethnographische Annäherung an Migration, Geschlecht und Familie. Migration, Familie und soziale Lage. Wiesbaden: Springer VS.
- Gutekunst, Miriam (2018): 1. Zwischen Migrationskontrolle und Schutz von Ehe und Familie. Grenzüberschreitungen-Migration, Heirat und staatliche Regulierung im europäischen Grenzregime. Bielefeld: transcript-Verlag.

- Holmes, Andrew Gary Darwin (2020): Researcher Positionality-A Consideration of Its Influence and Place in Qualitative Research-A New Researcher Guide. In: Shanlax International Journal of Education, 8, S. 1-10.
- Jockenhövel-Schiecke, Helga (2017a): Mittelosteuropäische Migrantinnen in Berlin: Transnationale Prozesse: Bildung, Erwerbstätigkeit, Familie. transcript Verlag.
- Jockenhövel-Schiecke, Helga (2017b): Mütterliche Strategien zur Zukunft ihrer Kinder. Mittelosteuropäische Migrantinnen in Berlin. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Kofman, Eleonore (2000): The invisibility of skilled female migrants and gender relations in studies of skilled migration in Europe. In: International Journal of Population Geography, 6, S. 45-59.
- Kofman, Eleonore (2004): Family-related migration: a critical review of European Studies. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30, S. 243-262.
- Kofman, Eleonore (2014): Towards a gendered evaluation of (highly) skilled immigration policies in Europe. In: International Migration, 52, S. 116-128.
- Kofman, Eleonore/ Kraler, Albert/ Kohli, Martin/ Schmoll, Camille (2011): Issues and debates on family-related migration and the migrant family: A European perspective. Gender, generations and the family in international migration. Amsterdam University Press, S. 13-54.
- Kofman, Eleonore/ Raghuram, Parvati (2005): Gender and skilled migrants: into and beyond the work place. In: Geoforum, 36, S. 149-154.
- Kofman, Eleonore/ Raghuram, Parvati (2006): Gender and Global Labour Migrations: Incorporating Skilled Workers. In: Antipode, 38, S. 282-303.
- Koirala-Azad, Shabnam/ Fuentes, Emma (2009): Introduction: Activist Scholarship — Possibilities and Constraints of Participatory Action Research. In: Social Justice, 36, S. 1-5.
- Koppel, Oliver/ Plünnecke, Axel (2009): Fachkräftemangel in Deutschland. Bildungsökonomische Analyse, politische Handlungsempfehlungen, Wachstums- und Fiskaleffekte. In: IW Analysen. Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 46, S. 1-134.
- Kōu, Anu/ Mulder, Clara H./ Bailey, Ajay (2017): 'For the sake of the family and future': the linked lives of highly skilled Indian migrants. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 43, S. 2788-2805.
- Kōu, Anu/ Van Wissen, Leo/ Van Dijk, Jouke/ Bailey, Ajay (2015): A life course approach to high-skilled migration: Lived experiences of Indians in the Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 41, S. 1644-1663.
- Legrand, Celine/ Al Ariss, Akram/ Bozionelos, Nikos (2019): Migrant CEOs: Barriers and strategies on the way to the top. In: European Management Review, 16, S. 597-615.
- Liversage, Anika (2009): Vital conjunctures, shifting horizons: high-skilled female immigrants looking for work. In: Work, Employment & Society, 23, S. 120-141.
- Lutz, Helma (2020): Rassismuskritische Perspektiven auf Gender und Migration. Eine intersektionelle Analyse. Migration, Religion, Gender und Bildung. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Lutz, Helma/ Amelina, Anna (2021): Gender in Migration Studies: From Feminist Legacies to Intersectional, Post-and Decolonial Prospects. In: Zeitschrift für Migrationsforschung, 1, S. 55-73.

- Meares, Carina (2010): A fine balance: Women, work and skilled migration. *Women's Studies International Forum*, 33, Elsevier, S.473-481.
- Meijering, Louise/ Van Hoven, Bettina (2003): Imagining difference: the experiences of 'transnational' Indian IT professionals in Germany. In: *Area*, 35, S. 174-182.
- Motzek-Öz, Sina/ Westphal, Manuela (2021): Migration und Geschlecht. Forschungsblick: Diskursive Kontinuitäten und neue empirische Felder. In: *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*. Weinheim: Beltz Juventa, S.1-18.
- Nohl, Arnd-Michael (2017): Die Relationalität kulturellen Kapitals. Pierre Bourdieu: Pädagogische Lektüren. Wiesbaden: Springer VS.
- Nohl, Arnd-Michael/ Ofner, Ulrike Selma/ Thomsen, Sarah (2010): Hochqualifizierte BildungsausländerInnen in Deutschland: Arbeitsmarkterfahrungen unter den Bedingungen formaler Gleichberechtigung. Kulturelles Kapital in der Migration. Wiesbaden: Springer VS.
- Nohl, Arnd-Michael/ Schittenhelm, Karin/ Schmidtke, Oliver/ Weiss, Anja (2006): Cultural capital during migration - a multi-level approach for the empirical analysis of the labor market integration of highly skilled migrants. *Forum Qualitative Sozialforschung Forum: Qualitative Social Research*, 7(3).
- Nowicka, Magdalena/ Ryan, Louise (2015): Beyond Insiders and Outsiders in Migration Research: Rejecting A Priori Commonalities. Introduction to the FQS Thematic Section on "Researcher, Migrant, Woman: Methodological Implications of Multiple Positionalities in Migration Studies". *Forum Qualitative Sozialforschung Forum: Qualitative Social Research*, 16(2), S. 1-15.
- Purkayastha, Bandana (2005): Skilled migration and cumulative disadvantage: the case of highly qualified Asian Indian immigrant women in the US. In: *Geoforum*, 36, S. 181-196.
- Raghuram, Parvati (2004): The difference that skills make: gender, family migration strategies and regulated labour markets. In: *Journal of ethnic and migration studies*, 30, S. 303-321.
- Reay, Diane (2002): Mothers' involvement in their children's schooling: Social reproduction in action? In: *Improving Schools*, 5, S. 23-33.
- Reay, Diane (2004): Gendering Bourdieu's concepts of capitals? Emotional capital, women and social class. In: *The sociological review*, 52, S. 57-74.
- Riaño, Yvonne (2003): Migration of skilled Latin American women to Switzerland and their struggle for integration. In: *Statistics*, 98.
- Riaño, Yvonne (2011): Drawing new boundaries of participation: experiences and strategies of economic citizenship among skilled migrant women in Switzerland. In: *Environment and Planning*, 43, S. 1530-1546.
- Riaño, Yvonne (2012): The Invisibility of Family in Studies of Skilled Migration and Brain Drain. In: *Diversities*, 14, S. 25-44.
- Riaño, Yvonne (2016): Minga biographic workshops with highly skilled migrant women: enhancing spaces of inclusion. In: *Qualitative research*, 16, S. 267-279.
- Rosenthal, Gabriele (2004): Biographical research. In: *Qualitative research practice*, S. 48-64.
- Ryan, Louise / Mulholland, Jon (2014): Trading places: French highly skilled migrants negotiating mobility and emplacement in London. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40, S. 584-600.

- Salaff, Janet/ Greve, Arent (2003): Gendered structural barriers to job attainment for skilled Chinese emigrants in Canada. In: *International Journal of Population Geography*, 9, S. 443-456.
- Schmidtke, Julia/ Volkert, Jürgen (2020): „Verwirklichungschancen und Integration Geflüchteter: Ergebnisüberblick, Erfahrungen und Schlussfolgerungen.“. In: Schirovsky, H./ Schmidtke, J./ Volkert, J. (Hrsg.) (2020): *Nicht nur über, auch mit Geflüchteten reden: Verwirklichungschancen, Einschränkungen und Integration aus der Sicht Geflüchteter*. Eberhardt Karls Universität Tübingen: Tübingen Library Publishing, S. 325-383.
- UN (2015): Resolution, A RES/70/1. Transforming our world: the 2030 agenda for sustainable development. New York: Seventieth United Nations General Assembly.
- Van Mol, Christof (2017): Improving web survey efficiency: the impact of an extra reminder and reminder content on web survey response. In: *International Journal of Social Research Methodology*, 20, S. 317-327.
- Westphal, Manuela/ Motzek-Öz, Sina/ Otyakmaz, Berrin Özlem (2017): Elternschaft unter Beobachtung. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 2, S. 142-157.
- Wood, Nina/ Charlwood, Grace/ Zecchin, Christopher/ Hansen, Vibeke/ Douglas, Michael/ Pit, Sabrina Winona (2019): Qualitative exploration of the impact of employment and volunteering upon the health and wellbeing of African refugees settled in regional Australia: a refugee perspective. In: *BMC Public Health*, 19, S. 143.
- Zaletel, Petra (2006): Competing for the highly skilled migrants: Implications for the EU common approach on temporary economic migration. In: *European Law Journal*, 12, S. 613-635.

II Erfordernisse institutioneller Transformation

Zwischenräume Sozialer Nachhaltigkeit in der migrationsbezogenen Praxis Sozialer Arbeit – Eine empirische Spurensuche

Jens Vogler

1. Einleitung

In der Sozialen Arbeit und insbesondere im Handlungsfeld Migration existiert eine Vielfalt an Angeboten für Menschen, die bspw. als ‚Migrant*innen‘ oder ‚Geflüchtete‘ adressiert werden (Alisch et al. 2020). Anhand dieser – z. T. sehr spezialisierten – Angebote lässt sich ableiten, dass Menschen mit Migrations- und/oder Fluchterfahrung nicht unmittelbar gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen partizipieren. Fragen der Sozialen Nachhaltigkeit sind in den migrationsbezogenen Angeboten (zum Überblick: Rehklau 2017) dabei stets inbegriffen, denn Soziale Arbeit ist (mehr oder weniger direkt) staatlich beauftragt, den sozialen Folgen von Migration professionell zu begegnen. In den „Dimensionen Teilhabe, Möglichkeiten der Lebensgestaltung, soziale Gerechtigkeit“ (Schirilla 2020: 138) ist sie gefordert, Benachteiligungen und Diskriminierung entgegenzuwirken bzw. Lösungen zu entwickeln.

Dieser Beitrag geht auf eine Spurensuche nach Momenten Sozialer Nachhaltigkeit in migrationsbezogenen Beratungssituationen und versteht für diesen Zweck – in Anlehnung an Mayer – Soziale Arbeit als eine beratende Profession im *Zwischen* (2020). Diese Auffassung begründet sich darin, dass sich Soziale Arbeit „sehr wesentlich durch Kommunikation und Kooperation mit den Adressat*innen wie auch deren lebensweltlich relevanten Institutionen und den darin agierenden anderen Akteur*innen“ (ebd.: 135) auszeichnet. So gefasst kann (beratende) Soziale Arbeit als eine Art „Aushandlungsarbeit zwischen Individuen und Institutionen“ (ebd.: 140) gesehen werden. Es wird „nicht nur mit den Nutzer*innen der sozialen Dienstleistungsangebote“ (ebd.) kommuniziert, sondern „auch Prozesse zur Lösungsfindung mit anderen Berufsgruppen bzw. Institutionen“ (ebd.) moderiert.

Ich gehe demnach davon aus, dass sich Soziale Nachhaltigkeit nicht einfach so in Gesprächen zwischen Sozialarbeiter*innen und ihren Adressat*innen zeigt, sondern, dass Spuren der sozialen Teilhabe und der Chancengleichheit im *Zwischen* zu suchen und zu finden sind.

Anhand von Interviews mit Fachkräften und auf der Basis aufgezeichneter Beratungssituationen werden Arbeitsbeziehungen beschrieben und untersucht, ob und wie sie zu weniger Ungleichheit und zur sozialen Teilhabe von als ‚Migrant*innen‘ adressierten Personen – als ein Aspekt Sozialer Nachhaltigkeit – beitragen.

Hierfür skizziere ich zunächst mein Verständnis sozialer Nachhaltigkeit im Kontext von Migration und Sozialer Arbeit (Abschnitt 2), um dann das erkenntnistheoretische Interesse einer beratenden Sozialen Arbeit im *Zwischen* und das Konzept von Arbeitsbeziehungen zu klären (Abschnitt 3). Darauf wird meine Vorgehensweise der Spurensuche (Abschnitt 4) sowie Arbeitsbeziehungen beschrieben und gezeigt, welche Zwischenräume im oben angedeuteten Verständnis in der Praxis Sozialer Arbeit entstehen, welche genutzt und welche nicht genutzt werden (Abschnitt 5). Der Beitrag schließt mit einer Diskussion der Erkenntnisse vor dem Hintergrund eines nachhaltigen professionellen Handelns in der Migrationsarbeit (Abschnitt 6).

2. Soziale Nachhaltigkeit im Handlungsfeld Migration?

Um Sozialer Nachhaltigkeit im Handlungsfeld Migration und damit in der Praxis Sozialer Arbeit nachzugehen, kann zunächst die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung herangezogen werden. Hier wird formuliert, dass die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland [...] für eine nachhaltige Entwicklung, zur Steigerung von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit, eine hohe Bedeutung“ (Die Bundesregierung 2021: 49) habe. Von daher gelte es, „soziale Ungleichheit auf ein Maß zu begrenzen, in dem soziale Teilhabe für *alle* [Hervorhebung durch den Autor] verbessert wird und ein stärkerer sozialer Zusammenhalt besteht“ (ebd.: 50). Mit dieser bundespolitischen Perspektive auf Soziale Nachhaltigkeit, die für *alle* gilt, wird deutlich, dass Sozialarbeiter*innen (eigentlich nicht nur im Handlungsfeld Migration) einen grundlegenden Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten. Denn wenn von den einleitend angedeuteten diversen migrationsbezogenen Angeboten ausgegangen wird, ist anzunehmen, dass Soziale Arbeit in vielfältiger Weise „auf die Ausgrenzungs- und Marginalisierungsdynamiken der entstehenden Modernisierungsrisiken aufmerksam macht und sie auf psycho-sozialer Ebene“ (Sohre 2020: 152), z. B. in Beratungssituationen, bearbeitet. Entsprechend lässt sich mit Böhnisch sagen, dass Soziale

Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit heißt einen – wie er es nennt – verlässlichen sozialstaatlichen Support – in dem Fall – für die adressierten Migrant*innen zu leisten, um so Zugangschancen zur gesellschaftlichen Teilhabe im Sinne sozialer Gerechtigkeit bzw. weniger sozialer Ungleichheit zu ermöglichen (2020: 66) oder wie Bartosch es hoffnungsvoll formuliert, dass Soziale Arbeit „als Profession für die Entwicklung der nachhaltigen Gesellschaft konkret [...], wie keine andere“ (2020: 20), wirken kann.

Mit einer migrationspädagogischen Perspektive (Mecheril 2004) jedoch wäre kritisch zu diskutieren, ob es zielführend – wenn nicht sogar widersprüchlich – ist, migrationsbezogene Soziale Arbeit unter der Überschrift „Soziale Nachhaltigkeit“ zu thematisieren. Denn aus dieser Betrachtungsweise wäre eine gezielte Adressierung von Menschen als „Migrant*in“, als „Flüchtling“, als „Asylbewerber*in“ usw. nicht besonders nachhaltig, denn damit wird eine (soziale) Unterscheidung pointiert und hervorgehoben. Die Bezeichnung „Migrant*in“ problematisiert zumeist „den rechtlichen Status und eine vermutete und zugeschriebene Abweichung von Normalitätsvorstellungen im Hinblick auf Biografie, Identität und Habitus“ (Khakpour/Mecheril 2018: 22). Insofern ist eine Ungleichheit in der Adressierung der Zielgruppe vorausgesetzt. Diese Ungleichheit schafft Ordnung „zwischen denen, die selbstverständlich dazugehören, und denen, die nicht selbstverständlich dazugehören“ (ebd.). Solche „Unterscheidungspraxen“ (ebd.: 26) haben ein- und ausschließende Wirkungen und wären dann wohl als eher nicht sozial nachhaltig anzusehen, denn damit steht die Unterscheidung und die Ungleichheit der sozialen Teilhabe und dem sozialen Zusammenhalt *aller* unvereinbar gegenüber.

Dementgegen gibt es Argumente, die für eine zielgerichtete Adressierung, wie „Migrant*innen“ – auch unter dem Leitziel Sozialer Nachhaltigkeit – sprechen. Denn diese Personen – wissend, dass sie keine homogene Gruppe darstellen – werden oft oder sind an den Rand der Gesellschaft gedrängt, benachteiligt oder diskriminiert (vgl. Schirilla 2020: 135); z. T. auch staatlich-politisch verursacht (vgl. Scherr 2002: 188)¹. Schirilla beschreibt, dass „allgemeine“ oder migrationsunspezifische Angebote der Sozialen Arbeit, die auf Problem- oder besondere Lebenslagen ausgerichtet sind, Migrant*innen gar nicht erreichen und daher eine mehr oder weniger spezifische migrationsbezogene Soziale Arbeit notwendig sei (vgl. 2020: 140). Auch die Fluchtzuwanderung ab 2015 zeigte, dass spezifische Angebote der Sozialen Arbeit für geflüchtete Menschen stellenweise geboten sind; man denke hier an die sehr spezifische Asylverfahrensberatung oder die vielen Beratungsangebote von kommunalen Trägern oder den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, die gezielt geflüchtete Personen adressieren.

1 Hier wäre zum Beispiel die zum Teil prekäre Unterbringungssituation in sog. Gemeinschaftsunterkünften von geflüchteten Menschen zu nennen, die sich während der Coronapandemie nochmals besonders drastisch darstellt(e) (s. z. B. MiGAZIN 2020).

Ohne den hier skizzierten Widerspruch aus den Augen zu verlieren, möchte ich mich für diesen Beitrag und die damit verbundene Intention auf das zweite Argument beziehen und insofern die Spuren Sozialer Nachhaltigkeit in der migrationsbezogenen Praxis Sozialer Arbeit suchen. Ich gehe davon aus, dass „Soziale Arbeit die jeweils zugrundeliegenden Differenzkategorien und -verhältnisse adressieren“ (Gahleitner et al. 2021: 43) muss, „um ihrer Aufgabe gerecht zu werden“ (ebd.). Auf diese Weise ist es – so die Hoffnung – möglich, Benachteiligungen abzubauen bzw. ihnen etwas entgegenzusetzen, ohne „machtvoll Ungleichheiten herstellenden Kategorien entgegen besserer Absicht bestätigend zu reproduzieren“ (ebd.).

König unternimmt mit Bezug auf die Jugendarbeit einen Konzeptionsversuch, der auch in diesem Kontext als erste Fährte aufgenommen werden kann, um die Frage zu beantworten „was denn [...] soziale Nachhaltigkeit für die Praxis in den vielen Feldern der Sozialen Arbeit konkret bedeuten könnte“ (2016: 7) und formuliert sodann drei Prinzipien: Es gilt erstens Personen als ganzheitlich zu verstehen und somit als Subjekte ernst zu nehmen, zweitens an gerechten Lebenswelten zu arbeiten und drittens sinnvolle sowie langfristige Entwicklungen anzustreben (ebd.: 11).

Mit diesem Verständnis sind bereits Aspekte des *Zwischen* angesprochen, die sich empirisch zu bewähren haben.

3. Analytisches Konzept zur Sensibilisierung gegenüber Zwischenräumen

Königs Prinzipien einer nachhaltigen Praxis Sozialer Arbeit verweisen darauf, dass sich Arbeitsbeziehungen nicht ausschließlich über die Dyade Sozialarbeiter*in und Adressat*in konstituieren. Mit Mayer ist damit eine zentrale Herausforderung für professionelle Soziale Arbeit angesprochen, nämlich den Blick von „der individuumszentrierten Fallarbeit“ (Mayer 2020: 139) auf „die darüberhinausgehende Perspektive“ (ebd.), sprich auf die Verhältnisse zu lenken, die eben diese Fallarbeit situieren.

Um beides – die „Fallarbeit“ und die jeweiligen „Verhältnisse“ analytisch zu berücksichtigen, greife ich im Folgenden auf die von Müller vorgeschlagene „praxisanalytische Methodologie zur Untersuchung von Arbeitsbündnissen“ (2015: 469) zurück und nehme an, „dass eine Struktur des professionellen Klient*innenbezugs nicht vorausgesetzt werden sollte, sondern ihre spezifische Gestalt vielmehr aus der jeweiligen Konstellation von variablen Bedingungen der Ko-Produktion von Nutzerinnen/Klienten und Professionellen resultiert“ (ebd.: 482).

Als methodologischer Rahmen dient Müller Reschs (1998) und Steinerts (1998) Verständnis von Arbeitsbündnissen, welches sie im Kontext der empirischen Sozialforschung formuliert haben. Steinert, auf den ich mich nachfolgend beziehe, unterscheidet in der Beschreibung von Arbeitsbündnissen *persönliche, organisatorische, institutionelle* und *gesellschaftliche* Schichten (vgl. ebd.: 76), die ein Arbeitsbündnis konstituieren, und für den Zusammenhang dieses Beitrages zu explizieren sind. Dieses Verständnis eignet sich, die von Mayer beschriebene Herausforderung zu begegnen, eben Verhältnisse, die eine Beratung rahmen, nicht zu vernachlässigen (vgl. 2020: 139). Auf der *persönlichen* Ebene können individuelle Einstellungen und Erfahrungen (z. B. gegenüber den Adressat*innen) deutlich werden. Mit dem *Organisatorischen* wäre die Rolle der Sozialarbeiter*innen innerhalb der Organisation und die damit verbundenen Arbeitsaufträge angesprochen. Die *institutionelle* Schicht bezieht sich auf das Verhältnis des jeweiligen Beratenden gegenüber Dritten (z. B. anderen Institutionen). Das *Gesellschaftliche* lenkt den Blick auf rechtliche Bedingungen, die die Tätigkeit rahmen sowie auf Diskurse um natio-ethno-kulturelle Ordnungen (vgl. Mecheril 2016: 15ff.).

Mit diesem praxisanalytischen Konzept werden *Arbeitsbeziehungen*, statt *-bündnisse* herausgearbeitet (s. Abschn. 5). Der Grund für die begriffliche Abweichung liegt im normativ aufgeladenen Professionsmodell, welches mit dem Begriff Arbeitsbündnis impliziert ist (vgl. Köngeter 2009: 57). Es gilt also im Folgenden, Arbeitsbeziehungen nicht nur *zwischen* den Sozialarbeiter*innen und ihren Adressat*innen im Handlungsfeld Migration zu beschreiben, sondern auch mögliche Zwischenräume. In diesen finden – so nehme ich an – Verständigungs- und Vermittlungsprozesse statt, welche die Arbeitsbeziehung der beteiligten Personen rahmen und als Spuren zur Sozialen Nachhaltigkeit in der Praxis Sozialer Arbeit zu lesen sind (vgl. Alisch 2019: 12).

4. Der forschungsmethodische Rahmen der Spurensuche

Um mögliche Arbeitsbeziehungen und ihre Zwischenräume in migrationsbezogenen Tätigkeitsfeldern zu rekonstruieren, wurden in der hier zugrundeliegenden Studie (Vogler 2022) zunächst neun leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews mit Sozialarbeiter*innen in unterschiedlichen Einrichtungen des Handlungsfelds Migration geführt und ausgewertet. Gemeinsam war den Interviewten, dass sie alle beratend tätig sind. Die Sozialarbeiter*innen waren in Beratungsangeboten der kommunalen Arbeitsförderung für geflüchtete Menschen, in der Flüchtlingsberatung, in der

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, in Projekten der Arbeitsvermittlung (speziell adressiert an „Migrant*innen“), in der Kinder- und Jugendhilfe oder in der Sozialberatung für geflüchtete Menschen tätig.

Die Interviews wurden in Anlehnung an die dokumentarische Methode untersucht, um zu rekonstruieren, woran die Sozialarbeiter*innen ihr Handeln in ihrer Beratungspraxis orientieren (vgl. Nohl 2017). Anhand dieser Handlungsorientierungen waren Rückschlüsse über die Konstituierung der Arbeitsbeziehungen und ihrer „Schichten“ (Steinert 1998: 76) möglich.

Neben den Interviews wurden acht Beratungen von Sozialarbeiter*innen 2019 aufgezeichnet und analysiert. Die Sozialarbeiter*innen, die ihre Beratungspraxis aufnehmen ließen, waren in der Flüchtlingsberatung, in der Arbeitsvermittlung für geflüchtete Menschen, in der Beratung für Bewohner*innen in einer Gemeinschaftsunterkunft, in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und in der Sozialberatung für geflüchtete Menschen tätig.

Die aufgezeichneten Beratungen wurden gesprächsanalytisch-orientiert untersucht (vgl. Deppermann 2008). Damit war das Ziel verbunden, sich die Handlungspraxis der Sozialarbeiter*innen nicht nur erzählen zu lassen, sondern direkt zu beobachten. Denn ähnlich wie es Thole im Zusammenhang mit Professionalität beschreibt, nehme ich an, dass das Wissen um die Konstituierung der Arbeitsbeziehung nicht ausschließlich über ein Interview abgefragt werden kann, sondern ebenso in den jeweiligen Handlungen zu suchen ist (vgl. 2016: 524).

5. Arbeitsbeziehungen und ihre Zwischenräume

Mit den Interview- und Gesprächsanalysen war es möglich, drei Formen von Arbeitsbeziehungen zu identifizieren, die die Sozialarbeiter*innen in ihren beratenden Tätigkeiten begründen: die *abhängige*, die *situative* und die *adressat*innen-orientierte Arbeitsbeziehung* (Vogler 2022). Weiterhin deuten sich in den Interviews noch d) *Zwischenräume außerhalb der Tätigkeit* an.

5.1 Die adressat*innen-orientierte Arbeitsbeziehung

Das Fundament der adressat*innen-orientierten Arbeitsbeziehung bilden die jeweiligen Themen der Ratsuchenden. Die Sozialarbeiter*innen orientieren sich unmittelbar an dem formulierten Anliegen ihres Gegenübers. Sie *„gucken, was brauchen die [...], warum brauchen sie Hilfe“* (I12P). Dabei

überlassen sie den Inhalt der Beratung „*weitgehend dem Klienten*“ (I8P), z. B. den Wunsch nach einer „*Vorbereitung für B2-Sprachkurs*“ (B10P). Dabei spielt es für die Sozialarbeiter*innen keine Rolle „*was für ein Problem die Leute haben*“ (I11P). Sie werden den Adressat*innen „*auf jeden Fall helfen*“ (I11P).

Die Sozialarbeiter*innen gestalten hierbei den Vermittlungsprozess und entsprechend die Arbeitsbeziehung. D. h. sie identifizieren potenzielle Zwischenräume und betreten selbige für die Zielgruppe. Dadurch werden Anliegen der Adressat*innen nicht nur auf einer *persönlichen* Ebene adressat*innen-orientiert aufgegriffen und ‚irgendwie‘ beraten, sondern die Beratung wird so gestaltet, dass die Anliegen im Sinne der Ratsuchenden bearbeitet werden. Denn diese: „*erzählen dann schon mal: Ist das und das richtig oder könnte das sein?*“ (I8P). Auf Grund des Wissens, das Sozialarbeiter*innen haben (z. B. über Fortbildung, über *organisatorische* und *institutionelle* Rahmenbedingungen, über das Studium usw.), kann entsprechend das Zwischen gezielt angesprochen und aufgesucht werden: „*Dann weiß ich natürlich, was dranhängt und dann frage ich nach*“ (I8P).

In den Beratungssituationen, die sich dieser Arbeitsbeziehung zuordnen lassen, werden dann auch die Verhältnisse sehr deutlich, die einerseits die Praxis Sozialer Arbeit und andererseits die Lebensbedingungen der Adressat*innen bestimmen. Die Sozialarbeiter*innen nutzen ihre intermediäre Rolle um diese Verhältnisse vorausschauend einzubeziehen, indem sie ihre Adressat*innen z. B. dazu beraten, andere Institutionen proaktiv aufzusuchen. In der Weise machen sie kenntlich, dass sie nicht nur das formulierte Anliegen der Ratsuchenden, sondern auch weitere Zusammenhänge erkennen und dann in einer Weise agieren, dass den Adressat*innen keine Nachteile (z. B. hinsichtlich der Entscheidungspraxis der Institutionen) entstehen können.

Des Weiteren werden in der adressat*innen-orientierten Arbeitsbeziehung auch Zwischenräume bearbeitet, die jenseits der Anliegen der Adressat*innen zu finden sind. Das heißt, Themen und Problemlagen werden in übergeordneten und damit auch *gesellschaftlichen* Verhältnissen gesehen bzw. in diese gesetzt. So ist zum Beispiel eine Sozialarbeiterin im Interviewsample bestrebt, in der Kommune, in der sie in der Arbeitsförderung für geflüchtete Menschen tätig ist, „*Praktikumsplätze in allen Bereichen zu akquirieren*“ (I3P), da sie sehen möchte, „*dass wir in drei, vier Jahren syrische junge Frauen haben, die halt bei uns in der [Kommune] sitzen*“ (ebd.). Ihr Ziel ist eine Vielfalt in der Beschäftigtenstruktur der entsprechenden Kommune und damit die interkulturelle Öffnung von öffentlichen Institutionen. Jedoch ist dieses Ziel schwer umzusetzen, denn sie bekommt „*da nur das Stoppschild hochgehalten*“ (ebd.). Sie moderiert also einen Prozess der Lösungsfindung (vgl. Mayer 2020: 140) – mit anderen Institutionen.

Allerdings gelingt ihr die Lösung – symbolisiert durch das „*Stoppschild*“ (I3P) – (noch) nicht.

Die Interviewte stellt zudem heraus, dass Anliegen der Adressat*innen nicht nur auf einer individuellen und migrationsbezogenen Ebene zu sehen, sondern auch auf davon unabhängigen Strukturen zu beziehen sind, denn ihrer Ansicht nach ist das Problem, dass „*man nur [...] über Flüchtlinge diskutiert und nicht über die allgemeinen Themen*“ (ebd.).

5.2 Die situative Arbeitsbeziehung

Diese Arbeitsbeziehung ist durch die jeweilige Situation, wie sie sich in der Beratung konkret darstellt, bedingt. Das heißt in der praktischen Konsequenz: Die Sozialarbeiter*innen berücksichtigen in den Beratungen nicht die (Rahmen-)Bedingungen – oder im Wording von Mayer die Verhältnisse (vgl. 2020: 139), die potenziell zu Problemlagen der ratsuchenden Personen führen bzw. mit diesen im Zusammenhang stehen. Sie fragen zwar „*Was kann ich für Sie tun?*“ (I7P) oder „*hast du sonst noch Fragen an uns?*“ (B7P). Sie beraten aber dann nur das, „*was die Leute [...] sagen*“ (I7P). (*Institutionelle*) Umstände oder Voraussetzungen, die das Beratungsanliegen möglicherweise bedingen können, werden nicht berücksichtigt. Genauso wenig werden alternative Handlungsmöglichkeiten thematisiert, um das jeweilige Anliegen zu lösen. Es wird „*nur das Thema, was offen besprochen wollen wird*“ (I7P) beraten. Damit wird dann auch nicht erörtert, was potenziell noch zu beraten wäre, sondern „*dem Klienten [wird, J.V.] dann selber überlassen, was er [...] so nennt*“ (I8P). Damit verschieben die Sozialarbeiter*innen die Verantwortung für den Beratungsprozess an die ratsuchende Person. Die Sozialarbeiter*innen sehen sich „*nur beratend*“ (I8P) und können entsprechend nur „*drauf antworten, was die Leute sagen*“ (I7P).

In dieser – auf einer eher *persönlichen* Ebene verorteten – Arbeitsbeziehung finden keine Verständigungs- und Vermittlungsprozesse im Sinne von Alisch (2019: 12) statt. Jedoch wird in dieser Arbeitsbeziehung ersichtlich, dass durchaus Zwischenräume ausgemacht werden. Aber sie zu betreten ist unter bestimmten Voraussetzungen – aus Sicht der Sozialarbeiter*innen – nicht förderlich. So schildert ein Sozialarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe:

„[...] Kind hatte schon bereits hier blaue Flecken [...] Also dann sage ich, das Kind auf keinen Fall zurück mitgeben nachher, ich komme nachher vorbei. Dann gucken wir, was dann passiert, ob das Kind zum Arzt muss.“ (I12P)

Hier wird deutlich, dass Vermittlungsprozesse (z. B. hier mutmaßlich mit den Eltern) – die auch rechtlich geboten sind – zunächst nicht initiiert werden bzw. aus Sicht des Interviewten nicht initiiert werden sollten. Argumentiert

wird hier mit situationsbedingten Notwendigkeiten, nämlich der körperlichen Unversehrtheit eines Kindes. Impliziert wird, dass die Einbeziehung anderer Personen dem wirksamen Schutz des Kindes im Wege stehen könnte.

5.3 Die abhängige Arbeitsbeziehung

In der abhängigen Arbeitsbeziehung zeigt sich, dass die Sozialarbeiter*innen ihr Handeln nicht unmittelbar vom Anliegen der Adressat*innen oder der vorgefundenen Situation bestimmen lassen.

In *persönlicher* Hinsicht werden individuelle Überzeugungen und Erfahrungen der Sozialarbeiter*innen in die Beratung mit eingebracht und auf diese Weise ein Wissen über (potenzielle) Probleme der Adressat*innen abgeleitet. So wird angenommen „*indem wir tatsächlich wirklich uns mit den Kulturen befassen haben*“ (I15P) zu wissen „*wie ticken die eigentlich*“ (ebd.). In der Folge kann dann „*relativ genau*“ (ebd.) gesagt werden „*dem geht es jetzt gerade so und so oder da liegt das Problem vor*“ (I15P).

Die *organisatorisch* zugewiesene Rolle steht in dieser Arbeitsbeziehung vielfach im Gegensatz zu den Erwartungen der Adressierten an die Sozialarbeiter*innen. Zwischenräume sind damit als Vermittlungsprozess zwischen Organisation, Sozialarbeiter*in und Adressat*in zu verstehen. So beschreibt eine Sozialarbeiterin, die geflüchtete Menschen in der Arbeitsförderung berät, dass sie mit Personen zu tun habe, „*die haben kein Interesse Deutsch zu lernen, denen serviert man einen Ausbildungsplatz auf dem Silbertablett, dann fällt ihnen kurzfristig ein, dass sie da doch keine Lust zu haben*“ (I3P). Unterstellt wird, dass diese Personen nicht interessiert daran sind, das (über die Organisation vermittelte) Ziel, die deutsche Sprache zu lernen oder einen Ausbildungsplatz anzunehmen, zu erreichen. Weiter wird dargelegt, dass „*die völlig unrealistische Vorstellungen haben, wo man halt viel Zeit braucht, um das nach und nach runterzubrechen*“ (ebd.). Die zwischen den Adressat*innen und der Sozialarbeiterin bzw. ihrer Organisation formulierten Erwartungen unterscheiden sich – aus Sicht der Interviewten. Sie bewertet die Erwartungen ihrer Adressat*innen und disqualifiziert sie, indem sie sie als unrealistisch deklariert und daher organisationsgerecht „*runterzubrechen*“ (ebd.) seien.

Die analysierten Beratungssituationen verweisen ebenso auf das Handeln in Zwischenräumen. Die Sozialarbeiter*innen sind in Beratungen mit „*Lebenslagen von Menschen, die Not leiden*“ (Ebert 2018: 93) konfrontiert. Jedoch wird oder kann das Zwischen in dieser Arbeitsbeziehung nicht bearbeitet und damit die Not weder aufgelöst noch gelindert werden. Die analysierten Gespräche zeigen eindrücklich, mit welchen existentiellen Verhältnissen die Sozialarbeiter*innen konfrontiert sind: Unsicherer Aufenthaltsstatus der ratsuchenden Personen oder die Berichte der

Adressat*innen über Familienangehörige, die sich unter lebensbedrohlichen Bedingungen in Kriegsgebieten aufhalten. Deutlich werden dabei die Zwischenpositionen, in denen die Sozialarbeiter*innen agieren (müssen): Zwischen dem Arbeitsauftrag ihrer Einrichtungen und den Ungewissheiten, die die Ratsuchenden aushalten, in den jeweiligen Gesprächen zum Ausdruck bringen und zum Anliegen machen. Die Sozialarbeiter*innen vermitteln in diesem Zwischen nicht bzw. ist eine Vermittlung in den hier angeführten Verhältnissen schwer vorstellbar. Zumeist wird der Gesprächsfokus durch die Sozialarbeiter*innen zum eigentlichen oder organisatorisch vorgegebenem Arbeitsauftrag verschoben, von dem das Beratungshandeln und damit die Arbeitsbeziehung abhängig gemacht wird.

Die Arbeitsbeziehungen sind weiter im Zusammenhang mit dritten Personen oder externen Instanzen zu sehen. Diese haben einen *institutionellen* Einfluss auf das Handeln einzelner Sozialarbeiter*innen. Es ist den Sozialarbeiter*innen somit gar nicht möglich, sich der Anliegen der Adressat*innen uneingeschränkt anzunehmen. Zum Beispiel schlägt „*der einzelne Fallmanager [...] Teilnehmer vor*“ (I6P) und sagt dann auch „*um welche Problemstellungen es geht*“ (I6P). Die hier genannten „*Problemstellungen*“ (ebd.) werden damit nicht von den Adressat*innen formuliert, sondern vom Jobcenter in Person der*des Fallmanager*in. Insofern kann auch angenommen werden, dass die Zusammenarbeit in dieser Konstellation nicht freiwillig ist.

Auf der *gesellschaftlichen* Ebene orientieren sich die Sozialarbeiter*innen an rechtlichen Voraussetzungen. So wird beispielsweise von den Interviewten geschildert „*Schwangerschaft bedeutet grundsätzlich SGB II*“ (I15P) oder, dass es für die Beratung einen Unterschied macht, „*ob man EU-Ausländer [...] oder ob man Flüchtling ist*“ (I7P). Subjektive Anliegen oder Bedürfnisse werden in dieser Hinsicht nicht berücksichtigt, sondern das rechtliche Verhältnis, welches gesellschaftliches Zusammenleben zu strukturieren scheint, wirkt vermittelnd *zwischen* den Sozialarbeiter*innen und ihren Adressat*innen.

Auf dieser Ebene auch zu nennen sind Vorstellungen von natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeitsordnungen. Die Interviewten beschreiben, dass es schwierig sei Menschen aus bestimmten Herkunftsländern („*Irak und Iran zum Beispiel*“, I6P) „*in Arbeit zu vermitteln*“ (ebd.). Denn „*sie leben ja gut*“ (ebd.) und warum „*sollen sie für das Geld [...] oder vielleicht sogar weniger, [...] arbeiten*“ (ebd.). Strukturelle Begebenheiten, die die Tätigkeit bedingen werden damit in ein Verhältnis zu solchen Zugehörigkeitsordnungen gesetzt, dadurch die Herausforderung der Beratung begründet und letztlich eine Differenz (re-)produziert.

5.4 Zwischenräume außerhalb der Tätigkeit

In der Analyse der Interviews deuten sich noch weitere Zwischenräume an, welche auch als Vermittlungsprozesse gefasst werden können. Jedoch betreffen diese weniger die Adressat*innen und die dazugehörigen Organisationen bzw. Institutionen, sondern eher die Beziehungen der Sozialarbeiter*innen außerhalb der konkreten Beratungsarbeit. Die Interviewten beschreiben implizit, dass sie durch ihre spezifische und migrationsbezogene Tätigkeit in Auseinandersetzungen mit Dritten (z. T. aus ihrem Freund*innenkreis) geraten (können). Denn „*es wissen ja fast alle, was ich mache, wo ich arbeite: Ach, bist du auch bei der Asylindustrie beschäftigt, kriegst du auch ein großes Stück vom Kuchen ab?*“ (I6P). Ob dieser – eher dem Privaten zu zuschreibenden – Zwischenraum genutzt wird, um Veränderungsprozesse nachhaltig zu etablieren, ist vermutlich zu verneinen, denn: „*ich dann denke: Hm, okay – so ist die Außenwahrnehmung.*“ (ebd.). Andere Aussagen bestätigen diese Vermutung. Die Interviewten haben Strategien entwickelt diese Art der Zwischenräume – die sie zwar erkennen – nicht anzusprechen und damit zu umgehen.

„Also ich überlege mir teilweise schon [...] wo ich wem erzähle, was ich arbeite und mit wem ich arbeite. [...] weil ich auch keine Lust habe auf irgendwelche Schwachsinnsdiskussionen und solche Stammtischparolen, [...] dass ich das im Vorfeld dann vermeide. Dann sage ich, ich arbeite bei [...] [Name der Kommune], vielleicht sage ich noch Sozialamt und vielleicht dann noch kommunale Arbeitsförderung. Aber da das ja kaum jemand kennt und kaum sich jemand was drunter vorstellen kann, kann ich danach aufhören und werde nicht weiter gefragt.“ (I3P)

6. Zwischenräume und ihr Potenzial für Soziale Nachhaltigkeit

Sozialarbeiter*innen in migrationsbezogenen Tätigkeiten gehen mit ihren Adressat*innen unterschiedliche Arbeitsbeziehungen ein. Diese habe ich als adressat*innen-orientiert, situativ oder abhängig bezeichnet. Es zeigt sich, dass diese Arbeitsbeziehungen *vielschichtig* sind. Zwischenräume werden deutlich und z. T. von Sozialarbeiter*innen (pro-)aktiv genutzt, z. B. um die Adressat*innen vor Folgeprobleme hinsichtlich ihres formulierten Anliegens zu „bewahren“. In diesen Zwischenräumen vermitteln die Sozialarbeiter*innen zwischen den einzelnen Adressat*innen und organisatorischen Vorgaben sowie Institutionen und stellen so gesellschaftliche Teilhabe her. Werden Zwischenräume erkannt und aktiv einbezogen, ist festzustellen, dass über die Dyade (Sozialarbeiter*in und Adressat*in) hinaus

agiert wird und insofern die Weichen für ein nachhaltiges Handeln, als verlässlicher Support (vgl. Böhnisch 2020: 66), gestellt sind.

Die Analyse macht aber auch darauf aufmerksam, dass das Handeln im Zwischen ebenso von persönlichen Einstellungen oder Erfahrungen bestimmt sein kann. So werden Kausalitäten zwischen als Migrant*innen adressierte Personen bzw. ihrer (vermeintlichen) Kultur und Problemlagen gesehen. Zudem werden Diskurse deutlich, die darauf verweisen, dass das professionelle Handeln entlang von Vorstellungen natio-ethno-kultureller Zugehörigkeiten ausgelegt wird. Es werden Ungleichheiten zwischen homogengedachten Personengruppen unreflektiert (re-)produziert. In dieser Hinsicht ist Soziale Nachhaltigkeit, verstanden als Chancengleichheit und Strategie sozialer Gerechtigkeit, schwer vorstellbar. Denn im Handeln werden Differenzen – es könnte gesagt werden ‚naturgemäß‘ – vorausgesetzt bzw. Unterscheidungspraxen verbalisiert, welche die Gefahr des Ein- und Ausschlusses in sich tragen. Es zeigt sich so die Notwendigkeit, dass nicht nur Forschende, sondern auch Sozialarbeiter*innen für eine migrationspädagogische Perspektive sensibilisiert sind bzw. werden.

Ausgangspunkt für eine nachhaltige Gestaltung der professionellen migrationsbezogenen Praxis Sozialer Arbeit ist es damit Zwischenräume zu identifizieren und selbige kritisch zu reflektieren. Es wäre geboten diese Zwischenräume gezielt zu nutzen, damit das formulierte Anliegen der Adressat*innen nicht nur aufgegriffen, sondern auch in ihren Sinne und mit Blick auf „sinnvolle Entwicklungen“ (König 2016: 11) aufgegriffen wird. Dafür sind die „Personen als Ganzes“ (ebd.) wahrzunehmen und so Ausgrenzungen und Marginalisierungsprozesse entgegenzuwirken.

Die vorgefundenen empirischen Spuren zeigen zudem, dass eine nachhaltige professionelle migrationsbezogene Soziale Arbeit neben dem Blick für die Zwischenräume, die sich in der jeweiligen Beratungspraxis konstituieren, auch ein sich positionieren gegenüber außen – im Privaten – liegenden Zwischenräumen erforderlich ist. Denn mit Böhnisch ist eine „konflikt- und sprachlose Gesellschaft [...] der Feind jedes ‚echten‘ Nachhaltigkeitsdiskurses“ (2020: 200). Je mehr Veränderungs- und Vermittlungsprozesse – auch abseits der eigenen professionellen Praxis – vorangetrieben werden, umso eher gelingt ein Transformationsprozess, der jenseits einer migrationsspezifischen Adressierung und Verbesonderung auf die soziale Gerechtigkeit für *alle* Menschen fokussiert.

Literatur

Alisch, Monika (2019): Sozialraumentwicklung und -organisation in Zwischenräumen der Migrationsgesellschaft. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): Zwischen-

- räume - Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation in der Einwanderungsgesellschaft. 1. Aufl. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 20. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 7-22.
- Alisch, Monika/ Westphal, Manuela/ Freuwört, Anke/Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird: Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit 167, 5, S. 177-179.
- Bartosch, Ulrich (2020): Nachhaltigkeit ohne Soziale Arbeit? Entdecke die Weltrettung als sozialpädagogisches Projekt. In: Birgmeier, B. /Mührel, E./ Winkler, M. (Hrsg.) (2020): Sozialpädagogische SeitenSprünge. Eichsichten von außen, Aussichten von innen: Befunde und Visionen zur Sozialpädagogik. Weinheim, Basel: BeltzJuventa, S. 19-32.
- Böhnisch, Lothar (2020): Sozialpädagogik der Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 1. Auflage. Zukünfte. Weinheim, Grünwald: Beltz Juventa; Preselect.media GmbH.
- Deppermann, Arnulf (2008): Gespräche analysieren. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Die Bundesregierung (2021): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021.
- Ebert, Jürgen (2018): Menschenrechtsbildung und Demokratiepädagogik als Voraussetzung für eine Kritische Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. In: Rohloff, S. A./ Martinez Calero, M./ Lange, D. (Hrsg.) (2018): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 93-103.
- Gahleitner, Silke Birgitta/ Hartmann, Jutta/ Verch, Johannes/ Walter, Uta M. (2021): Soziale Arbeit - Aufgaben, Herausforderungen und Professionsverständnisse. In: Soziale Arbeit SPEZIAL, S. 42-47.
- Khakpour, Natascha/ Mecheril, Paul (2018): Migration. In: Graßhoff, G./ Renker, A./ Schröder, W. (Hrsg.): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 19-29.
- Köngeter, Stefan (2009): Relationale Professionalität. Eine empirische Studie zu Arbeitsbeziehungen mit Eltern in den Erziehungshilfen. Grundlagen der Sozialen Arbeit, Band 22. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- König, Joachim (2016): Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit. Konzeptionelle, praktische und empirische Implikationen aus pädagogischer Sicht. Forschung • Entwicklung • Transfer. Nürnberg: Nürnberger Hochschulschriften.
- Mayer, Marion (2020): Soziale Arbeit als beratende Profession im „Zwischen“. In: Cornel, H./ Völter, B. /Gahleitner, S. B./ Voß, S. (Hrsg.) (2020): Professionsverständnisse in der Sozialen Arbeit. 1. Aufl. Weinheim, Grünwald: Beltz Juventa, S. 135-144.
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Beltz Studium Erziehung und Bildung. Weinheim, Basel: Beltz.
- Mecheril, Paul (2016): Migrationspädagogik - ein Projekt. In: Mecheril, P. (Hrsg.) (2016): Handbuch Migrationspädagogik. Pädagogik. Weinheim, Basel: Beltz, S. 8-30.
- MiGAZIN (2020): Hohe Ansteckungsgefahr in Flüchtlingsheimen. Studie. <https://www.migazin.de/2020/06/02/studie-hohe-ansteckungsgefahr-in-fluechtlingsheimen/> [letzter Zugriff: 30.06.2021]

- Müller, Falko (2015): Professionelles Handeln als organisierte und situierte Tätigkeit. In: *Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik* 45, 5, S. 469-487.
- Nohl, Arnd-Michael (2017): Interview und Dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 5., aktualisierte und erweiterte Auflage. Qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Rehklau, Christine (2017): Flüchtlinge als Adressat*innen Sozialer Arbeit? Sozialarbeitswissenschaftlicher Zugang. In: Ghaderi, C./ Eppenstein, T. (Hrsg.) (2017): *Flüchtlinge. Multiperspektivischer Zugang*. Wiesbaden: Springer VS, S. 305-322.
- Resch, Christine (1998): Arbeitsbündnisse in der Sozialforschung. In: Steinert, H. (Hrsg.) (1998): *Zur Kritik der empirischen Sozialforschung. Ein Methodengrundkurs. Studentexte zur Sozialwissenschaft*, Band 14. Frankfurt am Main: Johann Wolfgang von Goethe Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, S. 36-66.
- Scherr, Albert (2002): Abschied vom Paternalismus. Anforderungen an die Migrationssozialarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. In: Treichler, A. (Hrsg.) (2002): *Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten. Probleme, Entwicklungen, Perspektiven*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-198.
- Schirilla, Nausikaa (2020): Handlungsfeld Soziale Arbeit und Migration: Migration nach Deutschland und ihre Herausforderung für die Soziale Arbeit. In: Becker, M./ Kricheldorf, C./ Schwab, J. E. (Hrsg.) (2020): *Handlungsfeldorientierung in der Sozialen Arbeit*. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, S. 135-150.
- Sohre, Simon (2020): Soziale Arbeit und Nachhaltigkeit. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 167, 4, S. 149-152.
- Steinert, Heinz (1998): Genau hinsehen, geduldig nachdenken und sich nicht dumm machen lassen. In: Steinert, H. (Hrsg.) (1998): *Zur Kritik der empirischen Sozialforschung. Ein Methodengrundkurs. Studentexte zur Sozialwissenschaft*, Band 14. Frankfurt am Main: Johann Wolfgang von Goethe Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, S. 67-79.
- Thole, Werner (2016): Soziale Arbeit. In: Dick, M./ Marotzki, W./ Mieg, H. A. (Hrsg.) (2016): *Handbuch Professionsentwicklung*. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 521-527.
- Vogler, Jens (2022): Arbeitsbeziehungen im Handlungsfeld Migration. Eine empirische Untersuchung zum vielschichtigen Handeln von Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten. Wiesbaden: Springer VS.

Nachhaltigkeit ohne Wahlrechte? Wie sich Migrant*innen politisch artikulieren

Anke Freuwört

1. Nachhaltigkeit ohne Wahlrechte?

Bereits Anfang der 2000er Jahre galt Nachhaltigkeit als „das vielleicht anspruchsvollste Politikkonzept, das je als Leitlinie für staatliches Handeln formuliert wurde“ (Spangenberg 2003: 649). Dieses umfasst neben den drei Säulen der Ökonomie, des Sozialen und des Ökologischen auch „Fragen von Partizipation und Demokratie“ (ebd.). Nachhaltigkeit kann jedoch vielmehr in einem Zusammenwirken dieser Säulenstruktur erreicht werden: „Das Oberziel der sozialen Nachhaltigkeit ist die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (ebd.: 650). Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann somit nur gefördert werden, wenn es gelingt, alle Gesellschaftsmitglieder partizipieren und demokratisch mitbestimmen zu lassen bzw. politische Maßnahmen zu ergreifen, die dies für nachfolgende Generationen sicherstellen. Eben solche Maßnahmen stellen die von den Vereinten Nationen beschlossenen Nachhaltigkeitsziele, die *Sustainable Development Goals* (SDG) dar.

Die Einstellung zu Nachhaltigkeitszielen und -konzepten kann in der Politik über Wahlen zum Ausdruck gebracht werden. In Deutschland sind jedoch nicht alle Menschen wahlberechtigt und ein Großteil der Migrant*innen ist somit nicht in die Gestaltung der Politik eingebunden. Zur Bundestagswahl 2021 waren von den 21,9 Millionen Migrant*innen in Deutschland nur 36 Prozent wahlberechtigt (Statistisches Bundesamt 2021). Das Wahlrecht, gebunden an die Staatsbürgerschaft führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, indem es Menschen zu vollwertigen Bürger*innen erklärt, ausgestattet mit politischen Rechten, oder ihnen keine vollen politischen Rechte gewährt. Daraus ergibt sich die Frage danach, wie Nachhaltigkeitsziele umgesetzt werden können, wenn nicht alle darauf Einfluss nehmen können.

Die politische Artikulation umfasst politische Weltanschauungen, Handlungen, Formen der Teilhabe, Mitsprache und Partizipation, die über internationale wie nationale Rechtsdokumente abgesteckt wird (Abschnitt 2).

Nach einem kurzen Einblick in die rechtlichen Rahmenbedingungen wird die methodische Herangehensweise einer empirischen Forschung zur politischen Artikulation dargelegt, die ich mit meiner Promotion zur politischen Teilhabe von Zugewanderten verfolge (Abschnitt 3). Abschließend wird Nachhaltigkeit unter Bezugnahme auf die *Sustainable Development Goals* diskutiert (Abschnitt 4).

2. Die Bestimmungen politischer Artikulation auf unterschiedlichen politischen Ebenen

2.1 Die Vereinten Nationen und die SDGs

International ist die politische Artikulation als „political opinion“, gemeinhin als politische Anschauungen ins Deutsche übersetzt, verankert.

Laut der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer politischen Anschauungen diskriminiert werden: „Everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth in this Declaration, without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status“ (Art.2, United Nations 2015 [1948]). Auch darf die politische Anschauung nach dem *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (ICCPR) nicht als Differenzkategorie angewendet werden:

„Each State Party to the present Covenant undertakes to respect and to ensure to all individuals within its territory and subject to its jurisdiction the rights recognized in the present Covenant, without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status“ (Art. 2.1, United Nations 1966).

Menschen, die ihre politischen Anschauungen nicht frei äußern können und aufgrund dieser in ihren Heimatländern verfolgt werden, werden als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) anerkannt und können internationalen Schutz erhalten (Art. 1 A (2), UNHCR 2010 [1951; 1967]).

Die Verknüpfung der Themen Migration und Nachhaltigkeit läßt sich erstmals in der Anerkennung von klimabedingten Fluchtursachen und in dem Weg zur Erstellung des *Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration* (United Nations 2019) erkennen. Im UN-Migrationspakt wird der Schutz der Menschenwürde und Freiheitsrechte aller Migrant*innen aufgeführt, die Einräumung politischer Rechte steht jedoch nicht im Fokus.

Die Umsetzung von Entwicklungszielen wird dabei durch UN-Goals festgelegt. Begonnen hat dies mit den acht *Millenium goals*, die die

dringendsten Bedürfnisse der ärmsten Weltbevölkerung wie den Zugang zu einer grundlegenden Schulausbildung oder die Halbierung der Anzahl von Menschen, die unterhalb der extremen Armutsgrenze leben, vorsah (United Nations 2021). Politische Rechte wurden weltweit nicht als dringende Millenniumsziele eingestuft und finden in diesen keine Erwähnung.

Dies änderte sich bereits mit der Verabschiedung der *Sustainable Development Goals* 2015. Die UN-Generalversammlung erklärte, dass sie nicht nur die Menschenrechte und das Völkerrecht bekräftigt, sondern betonte diese „für alle ohne irgendeinen Unterschied nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt, Behinderung oder sonstigem Status zu achten, zu schützen und zu fördern“ (United Nations 2015: 6f.). Politische Anschauungen werden in die SDGs mit aufgenommen und als Einflussfaktoren auf Nachhaltigkeit bedeutend.

Während die Themen Flucht und Migration als Querschnittsthemen über alle SDGs verteilt sind, findet das Recht auf politische Mitbestimmung, hier in Form der politischen Teilhabe Erwähnung. Handlungsbezogen wird die politische Teilhabe in den Sustainable Development Goals als Unterziel von SDG 10 formuliert, dass auf die *Beseitigung von Ungleichheiten* in und zwischen Ländern abzielt. So gilt es „bis 2030 alle Menschen [...] zu Selbstbestimmung [zu] befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion [zu] fördern“ (ebd.: 22). Die politische Inklusion steht somit für die Eröffnung politischer Rechte und der Teilhabe von Menschen, die davon zuvor ausgeschlossen wurden.

Die politische Mitsprache wird auch indirekt in SDG 8 *Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum* aufgegriffen. Hierin wird als achties Unterziel formuliert: „Die Arbeitsrechte [zu] schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen [zu] fördern“ (United Nations 2015: 21). Braunsdorf schlussfolgert daraus, dass die politische Mitsprache von Migrant*innen beispielsweise über Gewerkschaften gefördert werden könne, als Bündelung politischer Interessenvertretung im Arbeitskontext (Braunsdorf 2019: 172).

Die UN hat zudem unterschiedliche Leitfäden und Handlungsempfehlungen entwickelt, die Menschen in ihrem Alltag unterstützen sollen, nachhaltiger zu leben. Das auch solche niederschweligen Maßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele immer wieder durch das Wahlrecht tangiert werden, wird in der Anleitung *Wie Faulpelze die Welt retten können* des Regionalen Informationszentrums der Vereinten Nationen (UNRIC) deutlich. Neben einem individuellen Beitrag „auf dem Sofa“ oder „im Haushalt“ zur Nachhaltigkeit wird als dritte Stufe zur Beeinflussung der Nachbarschaft und der unmittelbaren Umgebung angegeben: „Mache von Deinem

Wahlrecht Gebrauch, um die Politik mitzubestimmen“ (UNRIC 2021). Zugespochene Wahlrechte sollen somit genutzt werden, um auf eine nachhaltige Politik Einfluss zu nehmen. Wie eingangs angeführt, ist dies jedoch nur für einen geringen Teil der migrantischen Bevölkerung in Deutschland möglich.

2.2 *Die Europäische Union*

Das Pendant zur Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen stellt die europäische Menschenrechtskonvention dar, die ebenfalls das Diskriminierungsverbot aufgrund politischer Anschauungen in Artikel 14 aufgreift: „The enjoyment of the rights and freedoms set forth in this Convention shall be secured without discrimination on any ground such as sex, race, colour, language, religion, political or other opinion, national or social origin, association with a national minority, property, birth or other status“ (Europäischer Rat 1950).

Dass Vorkehrungen zur politischen Teilhabe auf internationaler Ebene entschieden werden können, hat bereits die Europäische Union in der Richtlinie 94/80/EG mit weiterführenden Regelungen zum Wahlrecht für EU-Bürger*innen aufgezeigt (Rat der Europäischen Union 1994). Während mit dem Vertrag von Maastricht 1992 die Unionsbürgerschaft für die Menschen innerhalb der EU eingeführt wurde, spezifiziert die EU-Richtlinie das Wahlrecht für EU-Bürger*innen auf kommunaler Ebene. Demnach dürfen EU-Bürger*innen das aktive und passive Kommunalwahlrecht im Wohnsitzmitgliedstaat seit 1994 ausüben. Anwendung findet die Regelung unter dem Grundsatz „der Gleichheit und Nichtdiskriminierung zwischen in- und ausländischen Unionsbürgern“ (ebd.).

2.3 *Deutschland – Politik auf nationaler Ebene*

Unter der Prämisse des demokratischen Einbezugs aller Gesellschaftsmitglieder in die Mitgestaltung der öffentlichen Politik, gilt es zu beachten, dass sich der Adressatenkreis in Bezug auf das Wahlrecht in Deutschland mehrfach gewandelt hat. Beginnend mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus 1849, bei dem allein Männer ab 25 Jahren ein aktives Wahlrecht hatten und ihre Stimmen nach Besitztum gewichtet wurden. Fürsorgeempfänger waren von dem Wahlrecht ausgenommen. Mit Gründung des Deutschen Reichs 1871 bestand ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren, welches eine aktive und passive Stimme umfasste (Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg 2021).

Im Jahr 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht auf ein Wahlalter von 21 Jahren gesenkt. Auch erhielten *alle* Bürger und Bürgerinnen das Wahlrecht, d.h. Frauen wurden Wahlberechtigte. Mit der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung wurde das Mehrheitswahlrecht durch ein dreistufiges Verhältniswahlssystem abgelöst. In der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) wurde das Wahlrecht zu einer Wahlpflicht, die jedoch nach einem Verbot und der Auflösung von anderen Parteien nur die Wahl der NSDAP zuließ (ebd.).

Mit der Verkündung des Grundgesetzes im Jahr 1949 wurde das allgemeine, freie, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht eingeführt, welches den deutschen Staatsbürger*innen das aktive Wahlrecht ab dem 21. Lebensjahr und das passive Wahlrecht ab dem 25. Lebensjahr zusprach. 1953 wurde das heute noch geltende Wahlverfahren über die Erst- und Zweitstimme eingeführt und bundesweit die sogenannte Sperrklausel (5-Prozent-Hürde) verabschiedet.

Die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht wurde für die Bundestagswahl 1972 von 21 auf 18 Jahre gesenkt. 1975 wurde wiederum die Volljährigkeit auf 18 Jahre gesenkt, die seitdem auch als Kriterium für das aktive und passive Wahlrecht gilt (ebd.).

Seit 2019 sind auch Menschen mit geistiger Behinderung oder mit schweren psychischen Erkrankungen, die eine Betreuung in allen Angelegenheiten erhalten sowie schuldunfähig untergebrachte Straftäter*innen zu Wahlen zugelassen. Ein pauschaler Wahlausschluss wurde durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes (2 BvC 62/14) aufgrund von Gleichheitswidrigkeit aufgehoben (Bundesverfassungsgericht 2019).

Dieser historische Abriss zeigt, dass das Wahlrecht als Einflussinstrument auf das politische System konstant an die jeweiligen (politischen) Gegebenheiten angepasst wurde. Ehemalige Beschränkungen wie Besitztum, Geschlecht oder Behinderung wurden aufgehoben und Altersbegrenzungen herabgesetzt. Die Zuwanderungssituation in Deutschland, politisch eingeleitet und reglementiert seit den 1950er Jahren mit den Anwerbeabkommen, fand in diesem Zusammenhang keine Berücksichtigung und die Staatsangehörigkeit blieb ein Zulassungskriterium zum Wahlrecht. Allein der Beschluss der EU-Richtlinie 94/80/EG bewirkte im Jahr 1994 eine Öffnung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger*innen.

Für Nachhaltigkeitspolitik bedeutet dies zweierlei: Zum einen können bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht formal für Nachhaltigkeitspolitik und die Einräumung von politischen Mitbestimmungsrechten eintreten. Denn, wer wählen darf – und damit Einfluss auf die Nachhaltigkeitspolitik nimmt – ist national reglementiert: In Deutschland dürfen auf Bundes- und Länderebene nur deutsche Staatsangehörige wählen, auf kommunaler Ebene sind Deutsche und EU-Staatsbürger*innen wahlberechtigt. Sogenannte Dritt-

staatsangehörige können formal keinen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Sie müssen somit Vertreter*innen ihrer Interessen finden. Zum anderen wird über die Parteiebene bereits die nationale Politik Deutschlands in Bezug auf Nachhaltigkeit bemessen. Je mehr Parteien sich auf nationaler, länder- und kommunaler Ebene für Nachhaltigkeit einsetzen und/oder diese in ihre Parteiprogramme aufnehmen, desto eher setzt sich Deutschland international auch dafür ein und kann zur Verwirklichung der SDGs und der darin geforderten politischen Mitspracherechte von Minderheiten beitragen.

Neben der formellen Gestaltung von Politik, stehen jedoch auch informelle Artikulations- und Einflussmöglichkeiten offen beispielsweise über Vereine, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Beiräte etc. Solche Institutionen setzen sich dafür ein, dass alle Bevölkerungsgruppen in der Politik Gehör finden. Obwohl politische Entscheidungen für die formal ausgeschlossenen Gruppen getroffen werden, wie zum Beispiel Migrant*innen und Geflüchtete, werden diese aufgrund ihres zivilgesellschaftlichen Engagements teilweise beratend in die Politikgestaltung einbezogen.

Die Gründung von Vereinen und Organisationen ist Ausländer*innen und EU-Angehörigen über die Paragraphen 14, 15 und 19 des Vereinsgesetzes rechtlich möglich (Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz 2021 [1964]). Die Beteiligung ist über das Grundgesetz (GG) gesichert. In Artikel 1 GG ist die Anerkennung der Menschenrechte vom internationalen in nationales Recht überführt worden. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) steht nichtdeutschen Staatsbürger*innen ebenso zu, wie die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Die Meinungsfreiheit wird in Art. 5 GG bestimmt und die Möglichkeit zur politischen Artikulation über das Petitionsrecht (Art. 17 GG) getragen.

3. Forschungsansatz zur politischen Artikulation

Um die Breite formaler und informeller politischer Artikulation empirisch abbilden zu können, nutze ich für meine Promotion zur politischen Teilhabe von Migrant*innen einen mehrperspektivischen Ansatz. Ziel der empirischen Vorgehensweise ist es, der Frage nachzugehen, wie politische Artikulationsmöglichkeiten von Migrant*innen genutzt werden und wie ihre politischen Anschauungen darauf Einfluss nehmen. Dazu wurden politische Artikulationsprozesse auf biografischer, zivilgesellschaftlicher und institutioneller Ebene betrachtet, miteinander in Verbindung gebracht und triangulativ analysiert. Die besondere Herausforderung besteht hierbei in der Fülle der unterschiedlichen Datentypen und des Erhebungsverfahrens (zu unterschiedlichen Triangulationsformen siehe Flick (2011)). Zum einen liegen selbst

durchgeführte narrative sowie leitfaden-gestützte Interviews vor, zum anderen offizielle Protokolle, die nicht durch mich als Forscherin beeinflusst wurden und die nicht für Forschungszwecke erstellt wurden. Die Veröffentlichung der umfassenden Ergebnisse aller drei Analyseebenen ist für 2023 zu erwarten.

3.1 *Die biografisch-subjektive Ebene*

Der sozial- und erziehungswissenschaftlichen Ausrichtung der Biografieforschung folgend, werden insbesondere Biografien betrachtet, die einen politischen Schwerpunkt aufweisen. Als zentrale Meilensteine der Biografieforschung lassen sich die Studien von Miethe zu sozialen Bewegungen am Beispiel einer Friedensgruppe von Frauen in der DDR (Miethe 1999) und von Höschele-Frank zum Politisierungsprozess von Frauen im Kontext westdeutscher neuer Sozialer Bewegungen (Höuschele-Frank 1990) anführen. Anknüpfungspunkte bieten auch aktuellere Studien wie die von Nell zu älteren Migrant*innen in Wien (Nell 2020), die die Alternativlosigkeit zur Migration als ein markantes Moment von Fluchtbiografien aufgrund politischer bzw. ethnischer Zugehörigkeit beschreiben.

Die Datengrundlage zur *biografisch-subjektiven Ebene* der politischen Artikulation bilden zwei narrative Interviews mit Menschen, die sich aus ihrer subjektiven Wahrnehmung heraus als politisch Geflüchtete bezeichnen bzw. dazu ein Asylverfahren durchlaufen haben. Da es nur eine geringe Fallzahl an Menschen gibt, die aufgrund einer politischen Verfolgung als Geflüchtete anerkannt wurden, wird über mein Vorgehen die Zahl der möglichen Interviewpartner*innen erhöht. Die subjektive Wahrnehmung wird in den Mittelpunkt der Forschung gestellt, um die Bestätigung einer politischen Verfolgung durch Externe zu umgehen und der individuellen Gewichtung mehr Ausdruck zu verleihen. Zu erwarten ist eine breitere Abbildung dessen, was die Befragten als politische Einflüsse auf ihr Leben beschreiben und deren formellen und informellen politischen Aktivitäten. Die Interviews werden angelehnt an die Auswertungsmethode von narrativen Interviews nach Schütze (Schütze 1983, 1987) und Rosenthal (Rosenthal 1995; 2014; Rosenthal/Fischer-Rosenthal 2019) ausgewertet.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Befragten diverse Umgänge mit ihren politischen Erfahrungen in Deutschland finden. Sie sind sowohl formell Mitglieder in Parteien, engagieren sich jedoch stärker in zivilgesellschaftlichen Institutionen mit einem Fokus auf gleichberechtigter Teilhabe und Mitbestimmung. Ob sich das Engagement in Deutschland im Vergleich zum Herkunftsland verstärkt oder nachlässt, ist von den jeweilig Befragten abhängig. Jedoch bleibt das politische Engagement weitestgehend erhalten,

woraus sich schließen lässt, dass die Erfahrung einer politischen Flucht keine Beendigung des politischen Engagements bedeutet.

3.2 *Die zivilgesellschaftliche Ebene*

Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) werden seit Mitte der 1980er Jahre erforscht. Die prominentesten Studien stammen von Thränhardt (Thränhardt 2013; Thränhardt/Dieregsweiler 1999) und Hunger (Hunger/Metzger 2013; Hunger 2002; 2005). Allgemein lassen sich die MSO als Netzwerke, Vereine und Initiativen von und für Migrant*innen fassen, die politische, soziale, kulturelle, sportliche oder religiöse Ziele verfolgen (Hunger 2005). Ihre Mitglieder bestehen zum Großteil aus Personen mit Migrationshintergrund (Pries 2013).

Die *zivilgesellschaftliche Ebene* wird in der Studie über elf leitfadengestützte Interviews mit Vertreter*innen von Migrant*innenselbstorganisationen abgebildet. Die Befragten sehen die Aufgaben und Angebote ihrer MSO in den Bereichen Sport, Kultur, Religion und Integrationshilfe, wodurch sie Kontakte und Zusammenhalt in der Gesellschaft nachhaltig fördern wollen. Die Interviews wurden im Rahmen des Forschungsprojektes ProZiS (Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext – Zum Wandel professioneller und zivilgesellschaftlicher Sozialer Arbeit durch Zuwanderung, vgl. Alisch/Westphal 2019) erhoben und angelehnt an die Grounded Theory (Flick 2018) ausgewertet. Unter dem Forschungsschwerpunkt, wie sich die Soziale Arbeit in ihren Strukturen und Aufgabenfeldern aufgrund von Migration verändert hat, verorten sich die MSO als Expert*innen für Zugewanderte, als Akteure einer offenen und demokratischen Gesellschaft sowie in der Ambivalenz von Förderpraxen (vgl. auch Freuwört et al. 2021).

In der Reanalyse der Interviews ergeben sich bereits vielfältige politische Stellungnahmen und politische Artikulationsfelder. Beispielsweise verorten sich die MSO in der Migrationsgesellschaft, kommentieren Gesetzeslagen und beraten Migrant*innen und Geflüchtete zum Arbeits-, Aufenthalts- und Asylrecht. Auch die Integrationspolitik bestimmt den Alltag der MSO. Die Befragten übernehmen selbstständig einen Bildungsauftrag, den sie in Aufgaben der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit transformieren. Der Informationsaustausch stellt hierfür ein zentrales Moment dar.

3.3 Institutionelle Ebene

Ausländer-, Integrations- oder auch Migrationsräte bzw. -kommissionen stellen „einen institutionalisierten Dialog zwischen der jeweiligen Landesregierung, den Verbänden, Gewerkschaften und weiteren nicht staatlichen Organisationen und Repräsentantinnen und Repräsentanten von Einwanderern dar“ (Befauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2019: 314). Sie werden je nach kommunaler und Landesgesetzgebung in unterschiedlichen Wahlverfahren gebildet. Eine bundeseinheitliche Gesetzgebung besteht nicht. Studien liegen zur *Repräsentanz von Ausländer- und Integrations(bei)räten* (Bausch 2014), der Gesetzes- und Verwaltungswirklichkeit von Ausländerbeiräten (Wagner 2000) oder auch zur Akzeptanz von Migrationsräten durch Bürger*innen und Ratsmitglieder (Kersting 2020) vor.

Im Fokus der Untersuchung, die diesem Beitrag zu Grunde liegt, sind Ausländerbeiräte, die spezifische Organe politischer Interessenvertretung von und für Ausländer*innen und Migrant*innen darstellen, welche aufgrund fehlender Wahlrechte im formellen politischen System nicht repräsentiert werden. Ausländerbeiräte bilden die gesellschaftliche und politische Pluralität ab, „die sich inhaltlich, strukturell sowie in ihren Zugangswegen zur politischen Teilhabe widerspiegeln“ (Freuwört 2022a). Desweiteren werden von der ausländischen Bevölkerung Strategien zur politischen Partizipation entwickelt, um weitere politische Teilhaberechte einzufordern (Freuwört 2022b).

Als Datenmaterial für die Untersuchung der *institutionellen Ebene* werden öffentlich zugängliche Plenarsitzungsprotokolle eines Ausländerbeirates in Hessen genutzt sowie zusätzliche Beobachtungsprotokolle. Die Protokolle werden mittels einer Dokumentenanalyse (Hoffmann 2018) und in Anlehnung an die Grounded Theory Methode ausgewertet. Spezifischer wird hierbei u.a. der Frage nachgegangen, welche Artikulationsmöglichkeiten Migrant*innen auf den politischen Ebenen haben und wie diese in politischen Prozessen berücksichtigt werden. Gesondert werden die Artikulationsmöglichkeiten in Bezug auf Flucht betrachtet.

Der zeitliche Bezugsrahmen der Analyse umfasst die Wahlperiode eines Beirates von 2015 bis 2021 und es ist besonders hervorzuheben, dass nicht nur die direkten Nachwirkungen der großen Anzahl an Geflüchteten im Sommer 2015 in Hessen mit in den Erhebungszeitraum fallen. Überraschend trat in dem Erhebungszeitraum die Ankündigung und Umsetzung einer Reform der Hessischen Gemeindeordnung auf, die die formale Zusammensetzung der Ausländerbeiräte im Sommer 2020 reformierte. Neben den klassischen, über Wahlen gewählte Ausländerbeiräten können fortan Integrationskommissionen gebildet werden, die als Optionsmodell eingeführt

worden sind. Die Kommissionen werden zum Teil aus der ausländischen Bevölkerung sowie zum Teil aus der Verwaltung benannt und werden eingesetzt, sofern eine Wahl zum Ausländerbeirat nicht zu Stande kommt oder eine Wahl aufgrund mangelnder Kandidat*innen nicht absehbar ist. Die Gesetzesänderung entfachte eine Debatte über die Tragweite und Zweckmäßigkeit der Reform, in der Sprecher*innen einen Verlust der demokratischen Legitimität von Ausländerbeiräten in Anbetracht der geringen politischen Mitsprachemöglichkeiten und fehlender formaler Wahlrechte fürchteten oder einen Mehrwert für besonders kleine und ländliche Kommunen sahen, die vielfach Schwierigkeiten hatten, Migrant*innen zu einer Kandidatur und Beiratsarbeit zu bewegen. Dies eröffnete während der Datenerhebung die Beobachtung einer Regionalkonferenz von Ausländerbeiräten zusammen mit ihrer Landesvereinigung zur Diskussion der Gesetzesreform.

Zudem umfasst der Erhebungszeitraum teils massive Einschränkungen der Arbeitsweise des Ausländerbeirates aufgrund der Covid 19-Pandemie, die Sitzungsausfälle aber auch Absagen geplanter Veranstaltungen nach sich zog sowie die Wahlvorbereitung für die folgende Wahlperiode negativ beeinflusste.

Eine erste Analyse zeigt, dass der untersuchte Beirat formale Bildungs- und Informationsaufgaben übernimmt, zum Beispiel in der Förderung und Unterstützung von Wahlkampagnen zur Bundes- und Landtagswahl sowie auch zur eigenen Beiratswahl. Zudem werden Kampagnen zur Einbürgerung beworben, um das formale Wahlrecht zu erhalten und an eben diesen Wahlen teilnehmen zu können. Gleichzeitig stellt der Beirat weiterhin Forderungen zur Öffnung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und Staatenlose, wozu er mit dem Landesverband zusammenarbeitet.

Zudem zeichnet sich die Beiratsarbeit durch eine dauerhafte ideelle wie finanzielle Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements von MSOen aus, sowie darin eingebettet der vermehrten Hilfe für Geflüchtete. Diese Unterstützung spiegelt sich sowohl in der Ersthilfe, sowie auch in einer dauerhaften Begleitung in Sammelunterkünften oder in der Einrichtung einer allgemeinen Sprechstunde wider. Die unmittelbare Unterstützung in der Gemeinschaft und die Forderungen der Öffnung des kommunalen Wahlrechts sind eben solche Aspekte der Nachhaltigkeit, wie sie das UNRIC beispielsweise als Maßnahmen zur Förderung und Erreichung der SDGs aus gibt.

4. Nachhaltigkeit politischer Artikulation

Betrachtet man die internationale Rechtslage, so wird der politischen Artikulation wenig Bedeutung beigemessen. In der GFK, dem UN-

Migrationspakt oder der Europäischen Menschenrechtskonvention geht es nur randständig um den Schutz und den Erhalt von bereits bestehenden (politischen) Rechten. Das Wahlrecht für EU-Bürger*innen, welches unter der Begründung der Gleichheit und Nichtdiskriminierung eingeführt wurde, stellt letztlich eine Grenzverschiebung der Diskriminierungslinien dar, welche sich von EU-Bürger*innen auf Nicht-EU-Bürger*innen verschob. In Deutschland wird bezüglich Menschen mit geistiger Behinderung, mit schweren psychischen Erkrankungen und gegenüber Straftäter*innen unter Berufung auf den Gleichheitsgrundsatz argumentiert, dass ein pauschaler Wahlausschluss nicht rechtskräftig sei. Gleichzeitig sind aber nicht-EU-Bürger*innen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft von den Wahlen ausgeschlossen, obwohl EU-Bürger*innen auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Somit wird einerseits durch die Trennung des Wahlrechts eine Spaltung der Gesellschaft politisch aufrechterhalten, während andererseits der gesellschaftliche Zusammenhalt bspw. über zivilgesellschaftliches Engagement aller politisch gefördert wird.

Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt lassen sich nur über die Beteiligung und gemeinsame Zielformulierung aller erreichen und umsetzen. Formell ist die politische Artikulation jedoch weiterhin über das europäische und nationale Wahlrecht reglementiert, und räumt einzelnen Staatsbürgerschaften mehr Rechte ein als anderen. Einer Chancengleichheit als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit oder die Gleichberechtigung in der Migrationsgesellschaft ist hierbei nicht erkennbar.

Während die rechtliche Lage durch vielfältige Widersprüche geprägt zu sein scheint, zielen die Vereinten Nationen mit den SDG erstmalig nicht nur auf den Schutz von (politischen) Rechten, sondern vielmehr auf die Förderung und den Aus- und Aufbau von bestehenden und (noch) nicht bestehenden Rechten, wenn in SDG 10 beispielsweise von der Förderung der politischen Inklusion gesprochen wird. Politische Artikulation als Rechtsgegenstand in der UN, ist unter Bezug auf Nachhaltigkeit ein sehr junger Verhandlungsgegenstand, da diese erstmals in den SDG 2015 aufgegriffen wird und bis 2030 durch die Mitgliedsstaaten erreicht werden soll. Die vorangegangenen Ausführungen stellen somit nur eine Momentaufnahme dar. Auch gilt es festzuhalten, dass die politische Artikulation weiterhin nur eine sehr geringe Rolle innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte einnimmt, da diese nur *versteckt* (als Unterziele zu den 16 Nachhaltigkeitszielen) in den SDGs aufgegriffen wird. Damit eröffnen sie zudem einen großen Interpretationsspielraum, ob Migrant*innen weltweit mehr politische Artikulationsrechte in Anbetracht von höchst unterschiedlichen nationalen Rechtsgebungen erhalten sollen. Positiv ist jedoch hervorzuheben, dass sich Migration über die SDGs als Querschnittsthema erstreckt und immer mehr

an Bedeutung gewinnt, nicht zuletzt aufgrund der weltweit jährlich zunehmenden Migrationsströme und Fluchtbewegungen, Klimakatastrophen etc. Die IOM zählt weltweit etwa 272 Millionen Migrant*innen (IOM 2019: 3). Ende 2020 befanden sich 82,4 Millionen Menschen auf der Flucht (UNHCR 2021: 2).

Solange nur eingeschränkte formale politische Rechte für Migrant*innen bestehen, benötigt es weitere Anstrengungen in der Praxis und Forschung über die Wege und Möglichkeiten, wie sich Migrant*innen unter den bestehenden rechtlichen Bedingungen politisch artikulieren, weitere politische Rechte einfordern und die Gesellschaft mitgestalten. Meine Forschung zeigt, dass auf biographischer, zivilgesellschaftlicher und institutioneller Ebene soziale Nachhaltigkeit bereits vertieft diskutiert und gefördert wird. Migrant*innen artikulieren sich im Rahmen ihrer zugesprochenen Möglichkeiten politisch und fordern weitere Artikulationsrechte ein. Wenn individuell von dem Wahlrecht kein Gebrauch gemacht werden kann, kann eine politische Artikulation über MSO oder den Ausländerbeirat erfolgen, da diese keine Einschränkungen in der Beteiligung aufgrund der Staatsbürgerschaft vorsehen. Darüber hinaus wurden die Beiräte etabliert, um die Interessen der nicht-Wahlberechtigten auf politischer Ebene zu vertreten und diese in die Gestaltung der Politik mit einzubinden. Die Interessen der Migrant*innen stellen jedoch keine rein migrantische Themen mehr da, wie die Beiratsbezeichnung vermuten lässt. Vielmehr spielen gesamtgesellschaftliche Themen eine zentrale Rolle, die alle Migrant*innen betreffen. Der hessische Landesausländerbeirat AGAH zeigt: „Wo immer die Interessen der ausländischen Bevölkerung berührt werden, setzen Ausländerbeiräte Akzente und gestalten mit“ (AGAH 2021). Für einen nachhaltigen Einbezug in die Kommunalpolitik jenseits des Wahlrechts ist somit informell gesorgt. Ungelöst bleibt jedoch der Widerspruch, wie sich Antidiskriminierung und Antirassismus als Themen für Nachhaltigkeit durchsetzen können, wenn Differenzkategorien innerhalb des Wahlrechts aktuell aufrechterhalten werden und dadurch wenig Mitspracherechte zur Nachhaltigkeit gegeben sind.

Die Forschung über diese informellen Artikulationswege kann die Debatten über die Qualität des politischen Engagements von Migrant*innen befördern und neue Argumente auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unter einer breiteren Einbindung aller Bevölkerungsteile liefern.

Literatur

agah (2021): Was ist der Ausländerbeirat? <https://www.agah-hessen.de/wahl2021/infos-fuer-waehlerinnen/was-ist-der-auslaenderbeirat/> [letzter Zugriff: 08.12.2021]

- Bausch, Christiane (2014): Inklusion durch politische Selbstvertretung? Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten. 1. Aufl. Schriftenreihe Studien zur politischen Soziologie, Band 30. Baden-Baden: Nomos.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019): 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.
- Braunsdorf, Felix (2019): Migration in der Agenda 2030. In: Vereinte Nationen 67, 4, S. 171-176.
- Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz (2021 [1964]): Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz). <https://www.gesetze-im-internet.de/vereinsg/BJNR005930964.html> [letzter Zugriff: 20.10.2021]
- Bundesverfassungsgericht (2019): Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter verfassungswidrig. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/bvg19-013.html> [letzter Zugriff: 10.11.2021].
- Europäischer Rat (1950): European Convention On Human Rights.
- Flick, Uwe (2011): Triangulation. Eine Einführung. 3., aktualisierte Aufl. Qualitative Sozialforschung, Bd. 12. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flick, Uwe (2018): Doing grounded theory. Qualitative Research Kit. London: SAGE Publications Ltd.
- Freuwört, Anke (2022a): Die demokratische Legitimität und politische Pluralität von Ausländerbeiräten. In: Leser, J. /Pates, R./ Stratenwerth, J. (Hrsg.) (2018): Deutsch ≠ Deutsch - Ein Bericht über die Multiplizität nationalen Denkens in Deutschland und die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (i.E.).
- Freuwört, Anke (2022b): Politische Teilhabe - eine kritische Beurteilung von Zugängen für Zugewanderte und Geflüchtete. In: Delic, A./ Kourtis, I./ Kytidou, O./ Sarkodie-Gyan, S./ Wagner, U./ Zölch, J. (Hrsg.) (2022): Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen? Kritische Positionierungen zu wissenschaftlichen und medialen Diskursen im Kontext von Flucht und Asyl. Wiesbaden: Springer VS, S. 85-97.
- Freuwört, Anke/ Westphal, Manuela/ Alisch, Monika/ Vogler, Jens (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda-neue Handlungsspielräume? In: Voluntaris-Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement 9, 1, S. 84-96.
- Hoffmann, Nicole (2018): Dokumentenanalyse in der Bildungs- und Sozialforschung. Überblick und Einführung. 1. Auflage. Grundlagentexte Methoden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Hörschele-Frank, Cornelia (1990): Biographie und Politik. Identitätsbildungs- und Politisierungsprozesse von Frauen in den neuen sozialen Bewegungen. Dissertation. Marburg: Philipps-Universität Marburg.
- Hunger, Uwe (2002): Von der Betreuung zur Eigenverantwortung: neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor. Münster.
- Hunger, Uwe (2005): Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters. In: Weiss, K. (Hrsg.) (2005):

- Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Migration und Integration. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 221-244.
- Hunger, Uwe /Metzger, Stefan (Hrsg.) (2013): Interkulturelle Öffnung auf dem Prüfstand. Neue Wege der Kooperation und Partizipation. Studien zu Migration und Minderheiten Studies in migration and minorities, Band 23. Berlin: Lit.
- International Organization for Migration (IOM) (2019): World Migration Report 2020. Geneva, Switzerland.
- Kersting, Norbert (2020): Politische Repräsentation, und Integration. Zur Akzeptanz von Migrationsbeiräten. In: Egner, B./ Sack, D. (Hrsg.) (2020): Neue Koalitionen – alte Probleme. Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel. Stadtforschung aktuell. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 181-198.
- Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (2021): Geschichte des Wahlrechts. <https://www.bundestagswahl-bw.de/geschichte-des-wahlrechts/#c71788> [letzter Zugriff: 10.11.2021]
- Miethe, Ingrid (1999): Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Forschung Politikwissenschaft, Band 36. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nell, Josepha (2020): Migrationserfahrung als Ressource? Biografische Selbstdarstellung älterer MigrantInnen in Wien. Weinheim: Beltz Juventa.
- Pries, Ludger (2013): Migrantenselbstorganisationen - Umfang, Strukturen, Bedeutung. Focus Migration. Universität Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS).
- Rat der Europäischen Union (1994): Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Richtlinie 94/80/EG.
- Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen (UNRIC) (2021): Ziele für Nachhaltige Entwicklung. <https://unric.org/de/17ziele/> [letzter Zugriff: 26.10.2021]
- Rosenthal, Gabriele (1995): Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. Zugl.: Kassel, Gesamthochsch., Habil.-Schr., 1993. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Rosenthal, Gabriele (2014): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. 4. Aufl. Grundlagentexte Soziologie. Weinheim: Juventa.
- Rosenthal, Gabriele/ Fischer-Rosenthal, Wolfram (2019): Analyse narrativ-biographischer Interviews. In: Flick, U./ Kardorff, E. von/ Steinke, I. (Hrsg.) (2019): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 13. Auflage. Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 456-468.
- Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis 3, S. 283-293.
- Schütze, Fritz (1987): Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien I. Studienbrief. Hagen: Fernuniversität.
- Spangenberg, Joachim H. (2003): Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland. In: Utopie kreativ, 153/154, S. 649-661.
- Statistisches Bundesamt (2021): Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt. <https://www.destatis.de/DE/Presse/>

- Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html;jsessionid=174BCD0FDDE29E19DF9829B52B488CE7.live731 [letzter Zugriff: 26.10.2021]
- Thränhardt, Dietrich (2013): Migrantenorganisationen. Engagement. Transnationalität und Integration. In: Schultze, G./ Thränhardt, D. (Hrsg.) (2013): Migrantenorganisationen: Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 5-20.
- Thränhardt, Dietrich/ Dieregswiler (1999): Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit Ausnahme der Selbstorganisationen türkischer, kurdischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- UNHCR (2010 [1951; 1967]): Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees.
- UNHCR (2021): Global Trends. Forced Displacement in 2020. Copenhagen, Denmark.
- United Nations (1966): International Covenant on Civil and Political Rights.
- United Nations (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. A/RES/70/1. New York.
- United Nations (2015 [1948]): Universal Declaration of Human Rights. <http://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/> [letzter Zugriff: 18.02.2019]
- United Nations (2019): Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration. A/RES/73/195.
- United Nations (2021): Millennium Development Goals. <https://www.un.org/millenniumgoals/> [letzter Zugriff: 11.11.2021]
- Wagner, Marc (2000): Der Ausländerbeirat. Zugl.: Bonn, Univ., Diss. Europäische Hochschulschriften Reihe 2, Rechtswissenschaft, Band 2954. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Integrationsprozesse in Kleinstädten nachhaltig gestalten – Eine Rekonstruktion handlungsleitender Orientierungen lokaler Akteur*innen

Jonas Huftisen

Angesichts der Fluchtmigration sind nicht nur große Städte in Metropolregionen, sondern auch kleine und mittlere Städte in ländlichen Räumen herausgefordert, Integrationsprozesse im Rahmen der lokalen Integrationspolitik nachhaltig zu gestalten. Seit dem sogenannten „Sommer der Migration“ 2015 „sehen sich [...] nahezu alle deutschen Kommunen, auch Kleinstädte und Landgemeinden [...] intensiv mit Flüchtlingshilfe und Integrationsaufgaben konfrontiert“ (Glorius et al. 2017: 126). Gerade kleine und mittlere Städte entwickelten sich zu „wichtigen Schnittstellen und Knotenpunkten“ (Egger 2018: 141). Wegen der Wohnsitzauflage im Integrationsgesetz 2016 steigt der Anteil der geflüchteten Menschen, die in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten bleiben (vgl. Glorius et al. 2017: 126). Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wird „[v]on einigen Kommunen und Landkreisen in ländlichen Regionen [...] die flüchtlingsbedingte Zuwanderung [...] auch als Entwicklungschance im Kontext von Abwanderung, Alterung und Fachkräftemangel gesehen“ (ebd.).

Zur Herstellung sozialer Nachhaltigkeit ist ein Zusammenspiel von Maßnahmen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene erforderlich. In diesem Beitrag liegt der Fokus auf der lokalen bzw. kommunalen Ebene einer ländlichen Kleinstadt. Am Beispiel der lokalen Integrationspolitik soll gezeigt werden, inwieweit die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher und politisch-administrativer Akteur*innen einer nachhaltigen Gestaltung von Integration entsprechen.

Als Grundlage für die Analyse wird im ersten Abschnitt erörtert, wie in Anbetracht der Fluchtmigration Integration unter den Gesichtspunkten sozialer Nachhaltigkeit gestaltet werden kann. Daraufhin wird im zweiten Abschnitt die Vorgehensweise der Governance- und Netzwerkanalyse einer ländlichen Kleinstadt in Hessen exemplarisch dargestellt, um im dritten Abschnitt handlungsleitende Orientierungen von kleinstädtischen Governanceakteur*innen bei der Gestaltung von Integration zu rekonstruieren und aus Perspektive sozialer Nachhaltigkeit zu analysieren.¹ Aus den Ergebnissen

1 Der Beitrag bezieht sich auf erste Erkenntnisse meines Dissertationsprojektes „Lokale

werden abschließend Schlussfolgerungen zur nachhaltigen Gestaltung von Integrationsprozessen in kleinen Städten gezogen.

1. Herausforderungen einer nachhaltigen Gestaltung von Integration in kleinen Städten

1.1 Auswirkungen der Fluchtmigration seit 2015 auf Kleinstädte

Die Fluchtmigration in 2015 und 2016 stellte in Deutschland einen Kristallisationspunkt in der Diskussion über Flucht, Migration und Integration dar. Die mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen verbundenen humanitären, administrativen und politischen Herausforderungen dominierten die öffentliche, politische und später auch wissenschaftliche Diskussion (vgl. BMFSFJ 2017: 177).

Für die Einordnung der Fluchtmigration in einen globalen Kontext gilt es zu beachten, dass größere Fluchtdistanzen aufgrund fehlender finanzieller Mittel und Hürden auf den Fluchtrouten relativ selten sind. Menschen auf der Flucht suchen überwiegend in den Nachbarländern oder als Binnenvertriebene im eigenen Land Schutz und Sicherheit, weil sie zum größten Teil eine rasche Rückkehr anstreben. Deshalb ist der globale Süden von der Zunahme der weltweiten Fluchtmigration deutlich stärker betroffen als Deutschland und die anderen Staaten der Europäischen Union (vgl. Oltmer 2018). Durch die russische Invasion in der Ukraine hat sich die Situation verändert. Nach Kriegsbeginn am 24.02.2022 sind nach Zahlen des UNHCR in den ersten drei Monaten über sechs Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet, die zum Großteil von Polen und anderen osteuropäischen Nachbarländern der Ukraine aufgenommen wurden (vgl. UNHCR 2022).

Während in Deutschland im Spätsommer 2015 ein positiver Konsens über eine Willkommenskultur und eine breite Offenheit gegenüber den Migrationsbewegungen vorherrschte, wurde kurz darauf in politischen Debatten und medialen Berichterstattungen eine „nationalistische moral panic“ kreiert, die mit der Angst vor einer ökonomischen und zivilisatorischen Überlastung und einer „Islamisierung“ einherging (Hess et al. 2017: 15). Die Reaktionen auf die Fluchtmigration seit 2015 reichten von Solidarität, Engagement und Hilfe bis hin zu Alltagsrassismen gegen geflüchtete Menschen und rassistischen Übergriffen gegen Unterkünfte für geflüchtete Menschen (vgl. Hoffmann 2018: 218; Glorius et al. 2018: 112).

Auch die Kleinstadtbewohner*innen der von mir untersuchten Kleinstadt haben dieses Spannungsverhältnis erlebt. So sagte eine Teilnehmende einer Zukunftswerkstatt im Jahr 2019, dass sie sich nicht mehr traue zu sagen, dass sie sich für Geflüchtete engagiere, weil acht von zehn Leuten in ihrem Umfeld negativ dazu eingestellt seien (vgl. ZW_E: 31). Hingegen berichteten andere Engagierte von überwiegend positiven Reaktionen aufgrund ihres Engagements für geflüchtete Menschen (vgl. ZW_E: 34). 2022 berichteten freiwillig Engagierte aus der Kleinstadt, dass viele Kleinstadtbewohner*innen gegenüber den Menschen aus der Ukraine offen und hilfsbereit seien. Allerdings seien die in den Vorjahren geflüchteten Menschen aus afrikanischen und muslimisch geprägten Ländern von dieser neuen Offenheit ausgenommen und es komme so zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Geflüchtetengruppen.

Diese Beobachtung spiegelt sich auch in einer Schnellbefragung des DeZIM.panels zu Reaktionen auf den Ukraine-Krieg vom März 2022 wieder. Demnach besteht bei der Mehrheit der Menschen in Deutschland eine „hohe Willkommens- und Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete aus der Ukraine. [...] Der Anteil derjenigen, die Geflüchtete aktiv unterstützen wollen, ist bei Personen am höchsten, die selbst geflohen sind“ (Mayer et al. 2022: 13). Die Autor*innen der Befragung mahnen jedoch an, dass „der Standard, der nun gegenüber den ukrainischen Flüchtenden angelegt wird, für den zivilgesellschaftlichen und politischen Umgang mit allen Flüchtenden leitend sein“ sollte, um keine ethnischen Hierarchen zu konstruieren oder zu verfestigen (ebd.: 15).

Die Aufnahme und Unterbringung der geflüchteten Menschen stellten die aufnehmenden Städte und Gemeinden in den letzten Jahren vor verschiedene Herausforderungen wie die „lagebedingten und baulichen Voraussetzungen für die Aufnahme von zusätzlicher Bevölkerung, [...] Fragen der sozialen Integration (z. B. Partizipation im Bildungswesen) bis hin zur Akzeptanz innerhalb der lokalen Bevölkerung“ (Glorius et al. 2018: 112). Diese Situation löste nicht nur bundesweites zivilgesellschaftliches Engagement zur Unterstützung der geflüchteten Menschen aus, sondern sorgte auch im politisch-administrativen System für kreative und unkonventionelle Lösungsansätze. In Kreisen und Kommunen bildeten sich überwiegend breite Koalitionen einer „aktiven und pragmatischen Aufnahmepolitik“ (Evers/Klie 2018: 514). Nicht nur in Kleinstädten entstanden ungeplant neue Strukturen des Zusammenwirkens von Politik und Verwaltung mit Akteur*innen aus der lokalen Zivilgesellschaft und der Sozialen Arbeit. Viele Initiativen und Einzelpersonen haben sich zivilgesellschaftlich engagiert und zunächst auch Aufgaben der Verwaltung übernommen. Das Engagement vieler Bürger*innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen stellte einen „Schlüsselfaktor bei der Bewältigung der dringlichsten Anforderungen“ (BMFSFJ 2017: 178) dar. Die Handlungskompetenz verlagerte sich im Laufe

der Zeit tendenziell von der Zivilgesellschaft zur Verwaltung (vgl. Speth/Bojarra-Becker 2017: 6).

Diese Entwicklung zeigte sich auch in der von mir untersuchten Kleinstadt. Freiwillig engagierte „Integrationslotsen“ vermissten 2015 eine umfassende Koordination des ehrenamtlichen Engagements seitens der Verwaltung der Stadt und des Landkreises oder eines sozialen Trägers und gründeten daraufhin mit ihrer Flüchtlingsinitiative einen Integrationsverein. Nach 2015 wurden vom Landkreis Strukturen zur Koordination der Angebote für geflüchtete Menschen sowie zur Vernetzung und Fortbildung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen geschaffen. In den Folgejahren haben die Themen Migration und Integration an Priorität verloren und die Strukturen wurden sukzessive abgebaut. Durch das Ankommen von geflüchteten Menschen aus der Ukraine seit Februar 2022 wurden nach Auskunft von freiwillig Engagierten Angebote, die wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt werden mussten, reaktiviert und neue Angebote für Menschen aus der Ukraine entwickelt. Ähnlich wie 2015 fühlten sich die Engagierten von der Verwaltung alleingelassen und forderten beispielsweise eine Wiederaufnahme der zurückgefahrenen Aktivitäten des Landkreises ein.

1.2 Zunehmende Bedeutung der lokalen Integrationspolitik

Bislang lag der Fokus der Migrations- und Integrationsforschung sowie der Stadtforschung auf Großstädten (vgl. Glorius et al. 2017: 126; ARL 2019). „Stadtforschung ist in Deutschland traditionell großstadtorientiert. Kleinstädte werden weder in wissenschaftlichen noch in politischen Auseinandersetzungen in ihren Strukturen, Bedeutungen und Funktionen hinreichend wahrgenommen und differenziert betrachtet“ (ARL 2019: 1). Mittlerweile wird die Integration von Geflüchteten auch in Bezug auf ländliche Räume als gesellschaftliche Herausforderung diskutiert, Kleinstädte werden dabei allerdings selten gesondert berücksichtigt (vgl. Glorius et al. 2017: 126; Alisch et al. 2022a, Alisch et al. 2022b: 128).

Durch die Entwicklung der Fluchtmigration seit 2015 hat die lokale Integrationspolitik in Kleinstädten stark an Bedeutung gewonnen. Lokale Integrationspolitik erscheint bis heute als sehr fragiles Handlungsfeld, das trotz der unterschiedlichen Migrationsgeschehnisse der letzten Jahrzehnte, Migration nach Deutschland noch immer als vorübergehendes Phänomen behandelt (vgl. Vogler et al. 2022). Obwohl sich seit den 1990er Jahren Integrationspolitik in vielen kommunalen Verwaltungen als strategisch geplante Querschnittsaufgabe entwickelte, mussten Gesemann und Roth (2009: 12) in ihrem ersten Sammelband zu lokaler Integrationspolitik die zunehmende Bedeutung des „neuen kommunalen Politikfeldes“ noch begrün-

den. Mittlerweile scheint so etwas wie eine lokale Integrationspolitik zunehmend im „Zentrum des politischen Interesses“ (Gesemann/Roth 2018: 1) zu stehen – zumindest sehen sich nahezu alle deutschen Kommunen, Kleinstädte und Landgemeinden intensiv über die Hilfe für Geflüchtete mit Integrationsaufgaben konfrontiert (vgl. Glorius et al. 2017: 126). Dies steht auch mit der 2016 im Integrationsgesetz eingeführten Wohnsitzauflage im Zusammenhang, wodurch der Wegzug auch von anerkannten Flüchtlingen erheblich erschwert wird (vgl. Alisch et al. 2022b: 128), wenngleich viele geflüchtete Menschen, die in ländlichen Räumen untergebracht werden, diese Orte als Durchgangsstationen betrachteten (vgl. Kordel/Weidinger 2020: 6).

Im Sinne einer Aufgabenteilung kommen „Bund, Ländern und Gemeinden [...] in der Migrations- und Integrationspolitik unterschiedliche Kompetenzen zu, wobei beim Bund die Gesetzgebungs-, bei Ländern und Gemeinden die Ausführungskompetenz der Verwaltung dominiert“ (Hoesch 2018: 302). Die Länder können nicht nur die autonomen Handlungsfelder Bildungs-, Engagement-, Kultur- und Religionspolitik gestalten, sondern sie prägen auch die Gestalt der Kommunen und Möglichkeiten kommunaler Integrationsarbeit (vgl. Gesemann/Roth 2015: 22), in Hessen z.B. durch die Verpflichtung von Gemeinden mit mehr als 1.000 Ausländer*innen, einen Ausländerbeirat oder eine Integrationskommission einzurichten² (siehe auch den Beitrag von Anke Freuwört in diesem Band).

Kommunen werden in der Migrationsforschung lediglich als „Ort von Integrationspolitik“ (Schammann 2015: 28) bezeichnet, weil sie zwar migrationssteuernd agieren, aber in erster Linie den Vollzug des Aufenthaltsrechts und die Umsetzung des AsylbLG mit der Unterbringung von geflüchteten Menschen als Pflichtaufgaben umzusetzen haben. Die Verteilung von Asylbewerber*innen sowie weitere zentrale Bereiche der Migrations- und Integrationspolitik wie Einbürgerungen können die Kommunen nicht direkt beeinflussen, obwohl sie von den Folgen unmittelbar betroffen sind (vgl. Hoesch 2018: 308). Dennoch spricht Gesemann (2016: 282) der lokalen Ebene eine „Schlüsselbedeutung“ für die soziale Integration von Migrant*innen zu, da hier die Einbeziehung in die zentralen Funktionssysteme der Gesellschaft, in Arbeitsmarkt und Bildung erfolge und die alltäglichen Begegnungen von Alteingesessenen und Migrant*innen stattfinden. Neben der Ausgestaltung von freiwilligen Leistungen wie Sprachkursen, Beratungsstellen, Begegnungsprojekten, Vernetzung zentraler Akteur*innen oder

2 Durch die vermehrte Aufnahme von geflüchteten Menschen seit 2015 wurde in Hessen in 40 Kommunen – darunter viele Kleinstädte – der Schwellenwert erstmalig überschritten, sodass dort im Nachgang der hessischen Kommunalwahlen 2021 zum ersten Mal eine Integrationskommission oder ein Ausländerbeirat nach §§ 84, 89 HGO eingerichtet wurde, um die politische Teilhabe von ausländischen Einwohner*innen zu verbessern (vgl. HMSI 2021).

Koordinierungsstellen für freiwilliges Engagement haben Kommunen auch bei der Auslegung des Aufenthaltsrechts und der Form der Unterbringung Gestaltungsräume (vgl. Schammann 2015: 28). „Bei den Zuständigkeiten auf kommunaler Ebene ist zu unterscheiden zwischen kreisfreien und meist kleineren kreisangehörigen Städten, in denen einzelne Aufgaben der kommunalen Verwaltung von den Landkreisen übernommen werden“ (Adam et al. 2019: 52). In der Verwaltung einer Kleinstadt gibt es im Vergleich zu einer Groß- oder Mittelstadt tendenziell weniger hauptamtliche Strukturen und Ressourcen für die Integrationspolitik (vgl. Hessische Staatskanzlei 2018: 72f; Adam et al. 2019; Alisch et al. 2020), sodass Netzwerke und freiwilliges Engagement eine besondere Bedeutung haben.

1.3 Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen kleinstädtischen Integrationspolitik

Soziale Nachhaltigkeit geht über die „Befriedigung von Grundbedürfnissen zur Reduzierung von (globaler) Armut“ (Alisch et al. 2019: 7) hinaus und beinhaltet im Kontext der Migrationsgesellschaft auch Chancengleichheit und Partizipation. Für eine nachhaltige Gestaltung von Integration sind Maßnahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene erforderlich, weil viele Entscheidungen und Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene unmittelbare Auswirkungen auf die Situation in Kommunen und Kleinstädten vor Ort haben. Beispielsweise hängt der Zuzug von geflüchteten Menschen auf lokaler Ebene sowohl mit weltweiten Kriegen und Konflikten als auch mit nationaler und europäischer Migrationspolitik zusammen. Deshalb sollte auf internationaler Ebene der Minderung der Ursachen für Flucht und Vertreibung höchste Priorität beigemessen werden, wie es die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nahelegt (vgl. Braunsdorf 2019).

Aus Perspektive sozialer Nachhaltigkeit kommt der lokalen Integrationspolitik eine entscheidende Bedeutung zu, weil soziale Integrationsprozesse im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld der Menschen erfolgen (vgl. Alisch/Westphal 2019: 99). Dabei geht es nicht nur um die im Abschnitt 1.2 dargestellten rechtlich eng umrissenen Handlungsmöglichkeiten von Kommunalpolitik und -verwaltung zur Gestaltung von Integration, sondern auch um Integrationsstrategien unterschiedlicher lokaler Akteur*innen und um die Vernetzung zwischen ihnen. Neben Politik und Verwaltung als rahmensetzende, die Kommunen strukturierende Akteur*innen gestalten auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie Trägern Sozialer Arbeit, Kirchengemeinden, Migrant*innenorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Vereinen und Initiativen sowie lokalen Unternehmen lokale

Integrationsprozesse mit (vgl. Hoesch 2018: 315ff; Bendel/Borkowski 2016: 112).

Für soziale Integration bedarf es eines wechselseitigen Annäherungs- und Kommunikationsprozesses, bei dem sich sowohl die Einheimischen als auch die Zugewanderten verändern und voneinander lernen (vgl. Iben 2007: 490). Einerseits sind in Kleinstädten freiwilliges Engagement und Netzwerke zur Unterstützung von Geflüchteten Menschen vorzufinden und Bekundungen von Solidarität und Toleranz gegenüber den neu Zugewanderten in unterschiedlichem Maß vorhanden. Andererseits stellt sich die Frage, inwieweit geflüchtete Menschen selbst an den Netzwerken, Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben und sich selbstorganisiert oder gemeinsam mit Einheimischen freiwillig engagieren.

Empacher/Wehling (2002: 46) haben Schlüsselemente für ein Konzept sozialer Nachhaltigkeit entwickelt, die sich zum Teil auf die Situation in der kleinstädtischen Migrationsgesellschaft übertragen lassen. Anhand dessen lassen sich Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung von Integration auf kleinstädtischer Ebene aufzeigen:

(1) *„Existenzsicherung aller Gesellschaftsmitglieder“* (ebd.): Die Zuständigkeit für die Unterbringung Asylsuchender und die Gewährung existenzsichernder Leistungen liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder und Kommunen (vgl. Aumüller 2018: 179). Für die einzelnen Menschen findet die Befriedigung von Grundbedürfnissen auf lokaler Ebene statt. Dort gibt es Angebote von ehrenamtlichen Initiativen und Sozialer Arbeit, die geflüchtete Menschen in Bezug auf Bildung, Existenzsicherung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit unterstützen. Hingegen haben die Kleinstädte keinen Einfluss auf das Aufenthaltsrecht oder das AsylbLG, die für die Bereiche Existenzsicherung, Wohnen, Gesundheit, Arbeit und Bildung entscheidend sind.

(2) *„Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen“* (Empacher/Wehling 2002: 46): Nach Bommers (2018: 102) liegt der „Fokus einer Integrationspolitik [...] meist auf der Beförderung der Chancen von Migranten in den Bereichen von Bildung und Arbeit sowie der Stabilisierung und Mobilisierung der Familien“. Die Chancengleichheit von geflüchteten und neu zugewanderten Menschen in Bezug auf Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ist abhängig vom Aufenthaltsstatus und der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen. Doch auch der kommunale Wohnungsmarkt sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote beeinflussen die Chancen von geflüchteten Menschen. Unabhängig von der Flucht- und Migrationserfahrung hängt die Chancengleichheit von der Lebenslage ab. „Wer Zugang zu Bildung, regelmäßiger Beschäftigung und Einkommen hat und zudem in stabilen Familien lebt, hat auch bessere Chancen seine Rechte wahrzunehmen, politisch Einfluss zu nehmen, weniger krank zu sein und in befriedigenden sozialen Alltagsbeziehungen zu leben“ (ebd.).

(3) „*Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen*“ (Empacher/Wehling 2002: 46): Roth (2018: 630) stellt die These auf, dass „Zugewanderte erst dann als vollständig integriert gelten [können], wenn sie auch am politischen Leben des Aufnahmelandes gleichberechtigt teilhaben“. Auf lokaler Ebene ist es bedeutsam, inwiefern Zugewanderte und geflüchtete Menschen bei kommunalen Entscheidungsprozessen miteinbezogen werden bzw. inwiefern sie sich selbst organisieren oder zivilgesellschaftlich engagieren. Dabei können „assoziative, zivilgesellschaftliche und beratende Formen politischer Beteiligung [...] auf kommunaler Ebene [...] vorerhaltene politische Bürgerrechte nicht kompensieren“ (ebd.: 629). Die Partizipationsmöglichkeiten hängen nicht nur vom rechtlichen Status, sondern auch vom Zugang zu Bildung, Wohnraum, Erwerbsarbeit und den sozialen Sicherungssystemen ab. Diese „Parameter der Integration“ lassen sich auf lokaler Ebene nur eingeschränkt beeinflussen, ihre Folgen werden allerdings dort bearbeitet (vgl. Filsinger 2018: 316).

2. Forschungsdesign der Governance- und Netzwerkanalyse

Lokale Netzwerke und Integrationsstrategien am Beispiel der Integrationspolitik einer ländlichen Kleinstadt zu rekonstruieren, ist das Ziel der Governance- und Netzwerkanalyse im Rahmen des zugrundeliegenden Disserationsprojekts. Die untersuchte hessische Kleinstadt ist seit ihrer Entstehung, also lange vor der aktuellen Fluchtmigration, durch Migration und Zuwanderung geprägt, ohne dass dies allen Akteur*innen bewusst ist. Die Stadt lag bis ins 19. Jahrhundert hinein an einer Handelsstraße, hat in historischen Flucht- und Migrationsbewegungen Zuwanderung erfahren und war in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg Zentrum der Textilindustrie (vgl. I_09_PAS: 26-33). Bereits vor 2015 gab es in dieser Kleinstadt Gemeinschaftsunterkünfte für geflüchtete Menschen. Die Gestaltung der Integrationsangebote war bis 2015 kaum sichtbar und wurde im Wesentlichen von einem sozialen Träger geleistet. Seit 2015 kamen vermehrt geflüchtete Menschen in der Kleinstadt an, Fluchtfolgen wurden sichtbarer und das Thema Integration bestimmte die lokalen öffentlichen Diskurse.

Gegenstand der Untersuchung sind Netzwerke und Interaktionen zwischen lokalen Governanceakteur*innen. Neben Politik und Verwaltung als rahmensetzende Akteur*innen wird die Integrationspolitik der Kleinstadt von Trägern der Sozialen Arbeit und zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen mitgestaltet. Im Vergleich zu größeren Städten steht in der Verwaltung der Kleinstadt kein hauptamtliches Personal mit dem Schwerpunkt auf Integrationspolitik zur Verfügung. Die Ziele, Maßnahmen und Strategien

zur Gestaltung von Integration werden in Netzwerken und Arbeitsgruppen sowie in informellen Strukturen zwischen politischen, professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ausgehandelt.

Der Analyse lokaler Governanceprozesse zur Gestaltung lokaler Integrationspolitik liegt ein deskriptiv-analytisches Verständnis von Governance zugrunde. Demnach geht es darum, „den Gesamtzusammenhang in den Blick zu nehmen, also nicht nur die Institutionen und die Akteure, sondern auch die Art und Weise der Kooperation zu erklären“ (Schwalb/Walk 2007: 8). Bei der Untersuchung werden deshalb auch historisch gewachsene und im Zuge der jüngeren Fluchtmigration entstandene Strukturen, Netzwerke und Interaktionen zwischen den Akteur*innen im Bereich Migration und Integration miteinbezogen. Um Governanceprozesse, Netzwerke und Orientierungen bei der Gestaltung von Integration zu erheben, erfolgte ein multimethodischer Zugang zum Forschungsfeld, bei dem unterschiedliche qualitative Forschungsmethoden kombiniert wurden:³

(1) *Zukunftswerkstätten als Gruppendiskussionsverfahren*: Im Rahmen des Praxisforschungsprojektes DIWAN⁴ wurden von 2018 bis 2019 16 Zukunftswerkstätten zum Thema „Zusammenleben gestalten“ durchgeführt und sowohl als Partizipations- als auch als Erhebungsmethode eingesetzt (vgl. Jungk/Müllert 1991; May/Alisch 2011: 36). Das transkribierte Material von drei Zukunftswerkstätten in der untersuchten Kleinstadt wurde im Rahmen des Dissertationsprojekts als Sonderform einer Gruppendiskussion neu ausgewertet und reinterpretiert. In diesen moderierten Dialogformaten haben geflüchtete und freiwillig engagierte Menschen sowie weitere Einheimische getrennt voneinander Kritik und negative Erfahrungen im Miteinander formuliert, Utopien für ein gelingendes Zusammenleben entwickelt und Ideen ausgetauscht, wie diese realisiert werden können.

(2) *Qualitative Interviews*: Mit dem Fokus auf Aushandlungsprozesse und Netzwerke wurden im Sommer 2020 12 leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen, die im Bereich Fluchtmigration und Integration tätig waren, geführt. Für das Erkenntnisinteresse sind sowohl Prozesswissen über Strategien, Aushandlungsprozesse

3 Durch die Kombination von qualitativen Interviewverfahren, Gruppendiskussionsverfahren in Form von Zukunftswerkstätten sowie Netzwerkkarten sollen sowohl konjunktives Wissen und kollektive Orientierungsrahmen als auch der subjektive Sinn erhoben werden (vgl. Kruse 2015: 147).

4 Die Forschungsfrage des Dissertationsprojekts ist innerhalb des Forschungs- und Transferprojekts „DIWAN – Dialogprozesse und Wanderausstellung für ein gelingendes Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“, in dem der Autor als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist, entstanden. „Als Praxisforschungsprojekt zielt DIWAN auf die Initiierung, Begleitung und Analyse gemeinschafts- bzw. gemeinwesenbezogener Lern- und Teilhabeprozesse und ist so angelegt, dass der Transfer von Erkenntnissen in die gesellschaftliche Praxis immanent ist im Arbeitsprozess“ (Alisch/Ritter 2019: 195).

und Interaktionen bei der Gestaltung der lokalen Integrationspolitik als auch Kontextwissen über Rahmenbedingungen und Interessenstrukturen, in die die Akteur*innen eingebunden sind, von Bedeutung (vgl. Kaiser 2014: 41f; Meuser/Nagel 2002: 75f.). Bei der Auswertung der Interviews wurden Ansätze der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2010; 2018) mit Aspekten der Dokumentarischen Methode nach Bohnsack (2014) und Nohl (2017) kombiniert.

(3) *Qualitative Netzwerkanalyse mittels Netzwerkkarten*: Im Rahmen der qualitativen Interviews wurden in einem kommunikativen Prozess egozentrierte Netzwerkkarten von den befragten Personen manuell erstellt und kommentiert, um Netzwerke und Interaktionen zwischen den Akteur*innen mit einer qualitativen Netzwerkanalyse visualisieren und analysieren zu können. Ausgehend von der eigenen Rolle (Ego) haben die Befragten andere Akteur*innen (Alteri) benannt und entsprechend der Relevanz im Zentrum oder am Rand einer vorbereiteten Netzwerkkarte mit konzentrischen Kreisen positioniert (vgl. Straus 2010; Wolf 2010). Die Interpretation der Netzwerkkarten erfolgte in Anlehnung an die qualitative strukturelle Analyse nach Herz et al. (2015) in Forschungsteams. Dabei wurden bei den Netzwerkkarten Cluster und strukturelle Löcher identifiziert, die Anhaltspunkte über die Repräsentation unterschiedlicher Akteursgruppen in den lokalen Netzwerken gaben. Die qualitative Form der Netzwerkanalyse stellt eine Ergänzung zur Interpretation der Interviews dar und ermöglicht – im Gegensatz zu einer rein standardisierten quantitativen Form – Zugänge zu unterschiedlichen Wissensformen in Bezug auf Netzwerk- und Interaktionsbeziehungen (vgl. Bernhard 2012: 122). Für die Rekonstruktion der Netzwerke, Interaktionen und Integrationsstrategien sind die Interviews mit den Governanceakteur*innen sowie die von ihnen erstellten Netzwerkkarten zentral.

3. Orientierungen von Akteur*innen bei der lokalen Gestaltung von Integration

Die Orientierungen von Governanceakteur*innen der lokalen Integrationspolitik beeinflussen, inwieweit deren Aktivitäten Kriterien sozialer Nachhaltigkeit entsprechen, so lautet die zugrundeliegende Annahme dieses Beitrags. Bei der lokalen Gestaltung von Integration seitens der zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteur*innen lassen sich in Bezug auf handlungsleitende Orientierungen vier Typen rekonstruieren: Beim ersten Typus steht das Funktionieren des Gemeinwesens im Fokus, beim zweiten die Vernetzung von Akteur*innen, beim dritten Fürsorge und soziales Engagement und beim vierten Aktivierung und Förderung von

Eigeninitiative. Im Folgendem werden die handlungsleitenden Orientierungen der vier Typen vorgestellt und die jeweiligen Aktivitäten zur Gestaltung von Integration im kleinstädtischen Kontext aus Perspektive sozialer Nachhaltigkeit beleuchtet.

3.1 *Funktionieren des Gemeinwesens*

Insbesondere bei Vertreter*innen des politisch-administrativen Systems auf Ebene der Kleinstadt und des Landkreises ist eine Orientierung am Funktionieren des Gemeinwesens vorzufinden, allerdings ließ sie sich auch bei Repräsentant*innen eines Wohlfahrtsverbands und eines Integrationsvereins rekonstruieren. Entsprechend dieser Orientierung liegt das Augenmerk nicht auf den Sorgen der Einzelnen, sondern auf der Entwicklung und dem Funktionieren der gesamten Kleinstadt. Integration wird als eine Aufgabe verstanden, die durch den Zuzug bzw. die Zuweisung von geflüchteten Menschen bewältigt werden muss. Seitens der politisch-administrativen Akteur*innen wurden nur wenige eigene Impulse gesetzt und keine expliziten Integrationskonzepte und -strategien formuliert. Hingegen wurden seit 2016 zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte im Bereich Integration von der Stadt unterstützt und ein Budget für den Bereich Integration zur Verfügung gestellt, wie das folgende Zitat einer ehrenamtlichen Stadträtin verdeutlicht:

„Ja, einfach, dass wir mit den unterschiedlichen Gruppen, die hier vor Ort sind [...] immer unterstützend von der Stadt / die Stadt muss nicht bei allem Veranstalter und Initiator sein, aber die kann auch mithelfen, die Rahmenbedingungen, wenn es um Räumlichkeiten geht, oder um irgendwelche Genehmigungen oder so, dass das einfach möglich ist“ (I_02_PAS: 88).

Das Engagement für die geflüchteten Menschen vor Ort ist unabhängig von der eigenen politischen Einstellung gegenüber der Aufnahme von geflüchteten Menschen im Allgemeinen. Die geflüchteten Menschen, die der Kleinstadt zugewiesen wurden und in Gemeinschaftsunterkünften oder Privatwohnungen untergebracht sind, werden als Teil des Gemeinwesens akzeptiert und sollen so gut wie möglich „integriert“ werden. Bei Integration geht es aus dieser Perspektive in erster Linie um eine strukturelle Integration. Die Grundbedürfnisse sowohl der länger Ansässigen als auch der geflüchteten Menschen in Bezug auf Existenzsicherung, Wohnen Bildung, Arbeit und Gesundheit sollen so gut wie möglich erfüllt werden. Zudem sollen Konflikte im sozialen Miteinander vermieden werden. Die geflüchteten Menschen sollen sich den Gepflogenheiten anpassen und nicht stören. In der Außendarstellung – und in den Interviews – werden die Erfolge der eigenen Integrationspolitik und der guten Vernetzung in der Kleinstadt benannt und

betont, dass es dadurch erstaunlich wenig nennenswerte Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten gebe.

Existenzsicherung und die Erfüllung von Grundbedürfnisse wird gefördert und als Voraussetzung für ein konfliktarmes Funktionieren des Gemeinwesens betrachtet. Insofern es der Vermeidung von Konflikten im Gemeinwesen dienlich ist, wird sich für Chancengleichheit eingesetzt. Soziale Gerechtigkeit ist hier nicht das eigentliche Ziel, sondern wird als Mittel zum Zweck betrachtet. Netzwerke zur Unterstützung von geflüchteten Menschen werden zwar unterstützt, jedoch werden die geflüchteten Menschen dabei in erster Linie als Objekte der Integrationsmaßnahmen und weniger als mitgestaltende Subjekte verstanden. An politischen Entscheidungsprozessen werden geflüchtete Menschen nicht direkt beteiligt. Um Informationen über die Bedarfe von geflüchteten Menschen zu erhalten, befragen die städtischen Vertreter*innen der Kommunalpolitik nicht die Geflüchteten direkt, sondern freiwillig engagierte Vertreter*innen eines Integrationsvereins oder Sozialarbeiter*innen, die als Sprachrohr für die Interessen der geflüchteten Menschen betrachtet werden.

3.2 *Vernetzung von Akteur*innen*

Bei Mitgliedern eines Integrationsvereins sowie bei Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit ließ sich eine Orientierung rekonstruieren, die sich primär an der Vernetzung von politisch-administrativen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen orientiert. Die freiwillig Engagierten einer Flüchtlingsinitiative haben im Herbst 2016 einen Verein gegründet, der sich selbst als Netzwerk versteht, um noch stärker als Selbstorganisation mit klaren Strukturen wahrgenommen zu werden.

„Uns war wichtig, dass wir nicht eine lose Initiative bleiben, die quasi auch nicht ansprechbar ist oder selber ansprechen kann. Ein Verein hat mit seinen klaren Strukturen auch eine klare Rechtsposition. [...] Man ist in allen Rechtsgeschäften ein Gegenüber und das war uns so wichtig, in der Form auch wahrgenommen zu werden“ (I_01_ZG: 69).

Das Netzwerk stellt ein Engagementfeld dar, um freiwilliges Engagement zu koordinieren, Angebote im Bereich Integration zu ermöglichen, Räumlichkeiten durch Kooperationen zur Verfügung zu stellen und die Interessen der Akteur*innen innerhalb der Stadt und gegenüber dem Landkreis zu vertreten. Das Netzwerk hat den Anspruch, alle Aktivitäten im Bereich Integration innerhalb der Kleinstadt zu bündeln und dabei alle handelnden Akteur*innen miteinzubeziehen. Durch die Vernetzung wird der Rahmen für Angebote gelegt, die die Lebenslage der geflüchteten Menschen verbessern und Unterstützung bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen bieten. Gegenüber der Stadt und dem Landkreis erfolgt politisches Engagement mit dem Ziel, eigene Angebote im Bereich Integration zu fördern und Chancengleichheit

herzustellen. Es geht dem Netzwerk auch darum, als zivilgesellschaftliche Initiative mit der eigenen Expertise mehr gehört zu werden. So sorgt es für Frustration, wenn die Vertreter*innen des Netzwerks bei konzeptionellen Entscheidungen des Landkreises oder anderer Träger nicht einbezogen werden bzw. wenn „Zusammenarbeiten [...] aneinander vorbeilaufen oder auf verschiedenen Ebenen laufen“ (I_01_ZG: 329). Durch die Einrichtung eines „Integrationstreffs“ in zentraler Lage der Kleinstadt sowie durch die Unterstützung von Begegnungscafés und Festen wird das Thema Integration in der Stadt sichtbar gemacht, um einen Beitrag zur Solidarität und Toleranz im Sinne sozialer Nachhaltigkeit in der Kleinstadtgesellschaft zu leisten. Die geflüchteten Menschen selbst haben in dem Netzwerk jedoch überwiegend eine empfangende Rolle. Sie werden an Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen kaum beteiligt und nehmen an den Koordinierungstreffen in der Regel nicht teil.

3.3 *Fürsorge und soziales Engagement*

Sowohl bei freiwillig Engagierten in der Flüchtlingshilfe als auch bei ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen, die sich dem Thema Integration angenommen haben, orientiert sich das soziale Engagement an der Fürsorge für geflüchtete Menschen. Es geht darum, etwas für Andere zu machen und Menschen in Notlagen vor Ort zu helfen. Viele Einzelpersonen und Engagierte aus bestehenden Vereinen und Kirchengemeinden sind in der Flüchtlingshilfe engagiert. Dabei steht die praktische Unterstützung von geflüchteten Menschen, die Organisation von Begegnungscafés und Festen sowie die Vermittlung von Informationen im Mittelpunkt. Der Blick auf die geflüchteten Menschen ist dabei tendenziell fürsorglich und teilweise paternalistisch und weniger emanzipatorisch. Beispielsweise wird in Patenschaften, einer Kleiderkammer oder Begegnungscafés in erster Linie etwas *für* Geflüchtete statt mit ihnen getan. Auch wenn der Wunsch geäußert wird, dass sich die geflüchteten Menschen selbst mehr einbringen, gelingt dies nur in Einzelfällen:

„Mir wärs jetzt auch mal wichtig, ich denk jetzt einfach mal an die an die Geflüchteten, die sind ja sehr oft gut miteinander vernetzt. Und da würd' ich mir auch mal wünschen, dass von dieser Seite da auch mal so ein paar Initiativen ergriffen werden und man auf die Einheimische in diesem Fall hier Stadtbevölkerung zugeht“ (ZW_E: 158).

Durch konkrete Hilfe auf individueller Ebene sowie durch unbürokratisches Bereitstellen von Geldern für Angebote im Bereich Integration durch die Stadt wird ein Beitrag zur Verbesserung der Lebenslage und Existenzsicherung geleistet. Individuelle Hilfe und Unterstützungsmaßnahmen verhelfen einzelnen Menschen oder Familien in Notsituationen zu mehr sozialer

Gerechtigkeit und vergrößern ihre Chancen auf eine Wohnung, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz. Die konkrete Ausgestaltung von Patenschaften, Gruppenangeboten und Begegnungscafés fördert soziale Kontakte und leistet einen Beitrag zur sozialen Integration. Durch die Gestaltung von Festen, beispielsweise einen multikulturellem Zuckerfest, soll Solidarität und Toleranz gefördert werden. Entsprechend der fürsorglichen Orientierung geht es bei Integration vor allem darum, dass die Geflüchteten die „deutsche Kultur“ mit ihren Festen, Bräuchen und Gepflogenheiten durch Begegnungen, gemeinsame Feste und Kontakte kennenlernen. Es geht weniger um wechselseitiges Lernen und Veränderungsbereitschaft seitens der Helfenden. Die Möglichkeiten für geflüchteten Menschen, an Entscheidungen zu partizipieren und sich zu beteiligen, begrenzen sich auf die Ausgestaltung der Angebote auf individueller Ebene. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit entgegenstehen, spielen entsprechend dieser Orientierung eine untergeordnete Rolle.

3.4 *Aktivierung und Förderung von Eigeninitiative*

Bei Akteur*innen der Sozialen Arbeit (z.B. Anlauf- und Beratungsstellen für geflüchtete Menschen, Sozialbetreuung der Gemeinschaftsunterkünfte, Gemeinwesenarbeits-Projekte) sowie bei einigen Vertreter*innen des Integrationsvereins ließ sich die Aktivierung der geflüchteten Menschen und die Förderung von Eigeninitiative als handlungsleitende Orientierung rekonstruieren. Integration entsprechend dieser Orientierung bedeutet, dass die geflüchteten Menschen selbstständig ihren Alltag bewältigen können, indem sie eigenständig Anträge stellen und mit der Verwaltung interagieren können:

„[A]lso im Prinzip sind wir Integrationshelfer. Also [...] Ziel ist es wirklich, nicht alles für die Leute zu machen, sondern erklären, wie es funktioniert, die Leute befähigen, dass sie sich selber mit/, dass sie selber mit ihren ganzen Unterlagen und allem zurechtkommen“ (I_05_SA: 68).

Die geflüchteten Menschen sollen aktiviert werden, sich in der Kleinstadt zu bewegen und Angebote im Gemeinwesen außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte anzunehmen. Durch die Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie waren sowohl der Behördenkontakt als auch das Wahrnehmen von Angeboten im Gemeinwesen zeitweise nur eingeschränkt möglich:

„Also eigentlich war immer unser Ziel, möglichst nicht so viele Angebote direkt in der Unterkunft zu machen, sondern außerhalb, damit die Leute nicht irgendwie das Rundum-Sorglos-Paket alles im eigenen Haus haben, sondern, dass sie sich auch daran gewöhnen, rauszugehen und Angebote zu nutzen, die von Externen angeboten werden und durch Corona ist das halt alles zum Stillstand gekommen und hat uns eigentlich, was Integration angeht, echt zurückgeworfen“ (I_05_SA: 61).

In den professionellen Beratungsangeboten erfolgt eine Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen und Bildungsangeboten. Auch bei der Orientierung an der Förderung der Eigeninitiative liegt der Fokus auf der individuellen Ebene, sodass gesellschaftliche Rahmenbedingungen zwar wahrgenommen, aber nicht verändert werden. Die Konzepte der Angebote werden in der Regel durch die öffentliche Förderung bestimmt, sodass politisches Handeln zur Verbesserung von Chancengleichheit und der Teilhabemöglichkeiten von geflüchteten Menschen in der Regel nicht zum Auftrag der Fachkräfte gehört. So gibt es auch seitens der Fachkräfte der Sozialen Arbeit keine systematischen Bemühungen, Plattformen für Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren oder dem niedrigen Organisationsgrad der neu und schon länger Zugewanderten im Sinne von politischem Empowerment etwas entgegenzusetzen (vgl. Gleitz 2017). In Hinblick auf soziale Integration wird auf die Eigeninitiative der geflüchteten Menschen gesetzt. Es wird über Beratungs- und Freizeitangebote von anderen Trägern und Vereinen außerhalb der Unterkunft informiert. Die Verantwortung, die Angebote zu nutzen, wird den betroffenen Menschen überlassen.

4. Schlussfolgerungen zur nachhaltigen Gestaltung von Integrationsprozessen in Kleinstädten

Die Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 sowie die aktuellen Fluchtbewegungen aus der Ukraine stellen auch ländliche Kleinstädte vor organisatorische und soziale Herausforderungen, die nicht allein von der Verwaltung der Kommunen bewältigt werden können. Zur Gestaltung von Integration in kleinen Städten ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher und politisch-administrativer Akteur*innen erforderlich. Da viele Entscheidungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene unmittelbaren Einfluss auf die Situation vor Ort haben, sind den Handlungsmöglichkeiten der lokalen Akteur*innen begrenzt, aber dennoch von entscheidender Bedeutung für die soziale Nachhaltigkeit der lokalen Integrationspolitik.

An den Ergebnissen der Governance- und Netzwerkanalyse einer ländlichen Kleinstadt lässt sich aufzeigen, dass die handlungsleitenden Orientierungen der zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Governanceakteur*innen einen Einfluss auf die soziale Nachhaltigkeit der lokalen Integrationspolitik haben. Dazu wird im Folgenden der Zusammenhang zwischen den jeweiligen Aktivitäten zur Gestaltung von Integration mit den Schlüsselementen sozialer Nachhaltigkeit, wie sie im Abschnitt 1.3 erläutert wurden, diskutiert.

Dem ersten Schlüsselement sozialer Nachhaltigkeit, welches sich auf *Existenzsicherung und die Befriedigung von Grundbedürfnissen* bezieht, wurde von allen Akteur*innen in der Kleinstadt – unabhängig von deren Orientierung – eine große Bedeutung beigemessen. Sowohl von Trägern Sozialer Arbeit als auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen gibt es unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungsangebote, die geflüchtete Menschen in Bezug auf Bildung, Existenzsicherung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit unterstützen. Von den politisch-administrativen Akteur*innen wird die Erfüllung von Grundbedürfnissen als Voraussetzung für ein konfliktarmes Funktionieren des Gemeinwesens betrachtet.

Das zweite Schlüsselement, bei dem es um *Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen* geht, wird je nach Orientierung unterschiedlich fokussiert. Bei der Gewährung von Chancengleichheit geht es entsprechend der Orientierung am Funktionieren des Gemeinwesens in erster Linie um die Vermeidung von Konflikten. Bei der Orientierung der Fürsorge und Aktivierung liegt der Fokus auf der Unterstützung von einzelnen Menschen, um ihre Chancen in Bezug auf Wohnen, Bildung und Arbeit zu verbessern. Den Akteur*innen ist gemein, dass sich deren Förderung der Chancengleichheit in erster Linie auf individuelle Hilfearrangements bezieht und die Veränderung von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur in Ansätzen angestrebt wird.

Dem dritte Schlüsselement – *Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen* – werden die Akteur*innen nur in Ansätzen gerecht. Die Analyse der kommentierten egozentrierten Netzwerkkarten hat ergeben, dass die geflüchteten Menschen weder von politisch-administrativen noch von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als zentrale Governanceakteur*innen im Bereich Integrationspolitik betrachtet werden. An Entscheidungsprozessen in der Kleinstadt werden geflüchtete Menschen – mit Ausnahme der 2021 eingerichteten Integrationskommission – nicht systematisch beteiligt. Die angenommenen Bedürfnisse der geflüchteten Menschen werden im Rahmen der Vernetzung von freiwillig Engagierten oder Sozialarbeiter*innen an die politischen Entscheidungsträger*innen weitergegeben. Lediglich bei der konkreten Ausgestaltung von Angeboten werden geflüchtete Menschen beteiligt oder als Sprachmittler*innen eingesetzt.

Soziale Integrationsprozesse werden von den Akteur*innen entsprechend ihrer Orientierung in unterschiedlicher Weise gestaltet und gefördert. Insbesondere die Akteur*innen, die ihr Handeln an Vernetzung und Fürsorge orientieren, darunter viele freiwillig Engagierte, legen ein besonderes Augenmerk auf Begegnungen und soziale Integration. Jedoch gibt es bei den Netzwerken zur Förderung von Integration weiterhin weitestgehend eine Trennung zwischen einheimischen und geflüchteten Menschen. Erstrebenswert ist ein wechselseitigen Annäherungs- und Kommunikationsprozesses,

bei dem sich sowohl die Einheimischen als auch die Zugewanderten verändern und voneinander lernen (vgl. Iben 2007: 490), so wie es auch von einer geflüchteten Person in einer Zukunftswerkstatt in der untersuchten Kleinstadt gefordert wurde:

„[D]ie Leute, die hier kommen, die haben ihre Vergangenheit, ihre Kultur, ihre Werte und ihre Identität. Und ihrer Identität muss auch irgendwie respektiert und anerkannt werden, dann können sie integrieren. Und das muss beide Seiten machen, nicht eine Seite“ (ZW_G: 141).

Um den Schlüsselementen sozialer Nachhaltigkeit in der Migrationsgesellschaft zu entsprechen, sollten Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Sozialer Arbeit ermöglichen, dass einheimische und neu zugewanderte Menschen gleichermaßen an den Netzwerken sowie Lebensbereichen wie Wohnen, Arbeit und Bildung teilhaben können.

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2019): Kleinstadtforschung. Positionspapier aus der ARL. Band 113. Hannover: Verlag der ARL.
- Alisch, Monika/ Hagspihl, Stephanie/ Kreipl, Claudia/ Ritter, Martina (2019): Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung: Soziale Innovationen zum Alter(n) in ländlichen Räumen. In: Alisch, M. /Hagspihl, S./ Kreipl, C. / Ritter, M. (Hrsg.) (2019): Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen. Perspektiven von Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung. Kassel: kassel university press, S. 7-17.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina (2019): DIWAN – Versammlungsorte für ein gelingendes Zusammenleben in der ländlichen Einwanderungsgesellschaft. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): Zwischenräume. Sozialraumentwicklung in der Migrationsgesellschaft. Beiträge zur Sozialraumforschung. Band 20. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 179-202.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Hille, Catharina/ Hufeisen, Jonas/ Mamajanyan, Tatevik (2022a): Soziale Öffentlichkeiten kleinstädtischer Urbanität im Kontext der Migrationsgesellschaft. In: Gribat, N. / Ülker, B./ Weidner, S./ Weyrauch, B. / Ribbeck-Lampel, J. (Hrsg.) (2022): Interdisziplinäre Kleinstadtforschung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 147-169.
- Alisch, Monika /Ritter, Martina/ Hille, Catharina/ Hufeisen, Jonas/ Mamajanyan, Tatevik (2022b): Zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft. Spannungsfelder, Differenzenerfahrungen und das Potenzial des Gemeinsamen. In: Baier, F./ Borrmann, S./ Hefel, J.M./ Thiessen, B. (Hrsg.) (2022): Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit. Band 25. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 126-138.
- Alisch, Monika/ Westphal, Manuela (2019): Zwischenräume professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit mit Zugewanderten. In: Alisch, M.

- (Hrsg.) (2019): Zwischenräume. Sozialraumentwicklung in der Migrationsgesellschaft. Beiträge zur Sozialraumforschung. Band 20. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 99-114.
- Alisch, Monika /Westphal, Manuela/ Freuwört, Anke/ Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird. Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 5/2020, S. 177-179.
- Aumüller, Jutta (2018): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hrsg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 173-198.
- Bendel, Petra/ Borkowski, Andrea (2016): Entwicklung der Integrationspolitik. In: Brinkmann, H.U./ Sauer, M. (Hrsg.) (2016): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 99-116.
- Bernhard, Stefan (2012): Forschungspragmatische Überlegungen zu einer feldtheoretischen Netzwerkanalyse. In: Hennig, M./ Stegbauer, C. (Hrsg.) (2012): Die Integration von Theorie und Methode in der Netzwerkforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 116-132.
- Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 9. Aufl. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Bommes, Michael (2018): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann, F./ Roth, R. (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 99-123.
- Braunsdorf, Felix (2019): Migration in der Agenda 2030. In: Vereinte Nationen: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, 4/2019, S. 171-176.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. <https://www.bmfsfj.de/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementbericht-und-stellungnahme-br-data.pdf> [letzter Zugriff: 08.11.2021].
- Egger, Christine (2018): Neues aus der Mittelstadt. Flucht und Migration in Passau. In: Goebel, S./ Fischer, T./ Kießling, F./ Treiber, A. (Hrsg.) (2018): Flucht-Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 141-164.
- Empacher, Claudia/ Wehling, Peter (2002): Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren. ISOE-Studientexte. Band 11. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).
- Evers, Adalbert/ Klie, Anna Wiebke (2018): Flüchtlinge und Engagement. In: Klie, T. / Klie, A.W. (Hrsg.) (2018): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS, S. 513-546.
- Filsinger, Dieter (2018): Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann, F./ Roth, R. (Hrsg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 315-344.

- Gesemann, Frank (2016): Kommunale Integrationspolitik. In: Brinkmann, H.U./ Sauer, M. (Hrsg.) (2016): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 281-309.
- Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2009): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – einleitende Bemerkungen. In: Gesemann, F./ Roth, R. (Hrsg.) (2009): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-29.
- Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2015): Integration ist (auch) Ländersache. Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin. 2. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Einleitung. In: Gesemann, F./ Roth, R. (Hrsg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-7.
- Gleitz, Johannes (2017): Politisches Empowerment von Geflüchteten – Ein Arbeitsfeld für die Soziale Arbeit? In: Migration und Soziale Arbeit 39/4, S. 339-345.
- Glorius, Birgit/ Kordel, Stefan/ Mehl, Peter/ Schammann, Hannes/ Weidinger, Tobias (2017): Forschungsausblick. Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands als Forschungsgegenstand: konzeptionelle Überlegungen im Nachgang des Workshops. In: Mehl, P. (Hrsg.) (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Thünen Report. Band 53. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume, S. 125-139.
- Glorius, Birgit/ Schondelmayer, Anne-Christin/ Dörfel, Robinson (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Goebel, S./ Fischer, T./ Kießling, F./ Treiber, A. (Hrsg.) (2018): FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 111-139.
- Herz, Andreas/ Peters, Luisa/ Truschkat, Inga (2015): How to do qualitative strukturelle Analyse? Die qualitative Interpretation von Netzwerkkarten und erzählgenerierenden Interviews. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 16/01.
- Hess, Sabine/ Kasperek, Bernd/ Kron, Stefanie/ Rodatz, Mathias/ Schwertl, Maria/ Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Hess, S./ Kasperek, B./ Kron, S./ Rodatz, M./ Schwertl, M./ Sontowski, S. (Hrsg.) (2017): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. 2. Aufl. Berlin/Hamburg: Assoziation A., S. 6–24.
- Hessische Staatskanzlei (2018): Modellvorhaben. Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Abschlussdokumentation. https://staatskanzlei.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/abschluss_laendldraum_0218_final_ds.pdf [letzter Zugriff: 16.03.2020].
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) (2021): Kommunaler Ausländerbeirat & Integrationskommission. <https://integrationskompass.hmsi.hessen.de/>

- hessen.de/integration/kommunaler-ausl%C3%A4nderbeirat-integrationskommission [letzter Zugriff: 28.03.2022].
- Hoesch, Kirsten (2018): Migration und Integration. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Hoffmann, Sabine (2018): Refugees Welcome? Eine rassismuskritische Perspektive auf Forschungsprozesse im Zuge von FluchtMigration. In: Goebel, S./ Fischer, T./ Kießling, F./ Treiber, A. (Hrsg.) (2018): FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 217-237.
- Iben, Gerd (2007): Integration. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2007): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 6. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 490-491.
- Jungk, Robert/ Müllert, Norbert R. (1991): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München: Heyne Verlag.
- Kaiser, Robert (2014): Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kruse, Jan (2015): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Mit Gastkapiteln von Christian Schmieder, Kristina Maria Weber sowie Thorsten Dresing und Thorsten Pehl. 2. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- May, Michael/ Alisch, Monika (2011): Methodologische und forschungsmethodische Überlegungen zur Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern. Beiträge zur Sozialraumforschung. Band 6. Opladen/Berlin/Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, S. 29-41.
- Mayer, Sabrina Jasmin/ Lietz, Almuth/ Dollmann, Jörg/ Siegel, Madeleine/ Köhler, Jonas (2022): Reaktionen auf den Ukraine-Krieg. Eine Schnellbefragung des DeZIM.panels. DeZIM.insights + Working Papers #01/22. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM.
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, A./ Littig, B./ Menz, W. (Hrsg.) (2002): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 71-93.
- Nohl, Arnd-Michael (2017): Interview und Dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 5. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Oltmer, Jochen (2018): Globale Migration: Geschichte, Gegenwart, Zukunft. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/252254/globale-migration> [letzter Zugriff: 07.11.2019].
- Roth, Roland (2018): Integration durch politische Partizipation. In: Gesemann, F./ Roth, R. (Hrsg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 629-658.
- Schammann, Hannes (2015): Rette sich, wer kann? Flüchtlingspolitik im Föderalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/2015, S. 26-31.

- Schwalb, Lilian/ Walk, Heike (2007): Blackbox Governance – Lokales Engagement im Aufwind? In: Schwalb, L./ Walk, H. (Hrsg.) (2007): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Bürgergesellschaft und Demokratie. Band 24. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-20.
- Speth, Rudolf/ Bojarra-Becker, Elke (2017): Zivilgesellschaft und Kommunen. Lerneffekte aus dem Zuzug Geflüchteter für das Engagement in Krisen. Opuscula, Band 107. Berlin: Maecenata Institut.
- Straus, Florian (2010): Netzwerkkarten – Netzwerke sichtbar machen. In: Stegbauer, C./ Häußling, R. (Hrsg.) (2010): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 527–538.
- UNHCR (2022): Ukraine Refugee Situation. <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine> [letzter Zugriff: 18.05.2022].
- Vogler, Jens/ Alisch, Monika/ F reuwört, Anke/ Westphal, Manuela (2022): Freundschaftliche Beziehungen als Kohäsion in der Migrationsgesellschaft. In: Baier, F. /Borrmann, S./ Hefel, J.M./ Thiessen, B. (Hrsg.) (2022): Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 25. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 139-150.
- Wolf, Christof (2010): Egozentrierte Netzwerke: Datenerhebung und Datenanalyse. In: Stegbauer, C./Häußling, R. (Hrsg.) (2010): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 471-484.

Hate Speech, (in)tolerance and social cohesion: from the incrimination of refugee and migrants in Greek and German newspapers to sustainable journalism

Olga Kytidou

1. Introduction

Hate and incitement have increased in the digital newspaper space and threaten the growing coexistence. Even when there is no direct incitement, the manipulation or evoke of political stance and emotions through the news towards specific social and national groups creates conflict and impedes social cohesion. The connection with the Social Development Goals (SDGs) the UN introduced with the Agenda 2030 for social sustainability and media lies in the relevant projects and initiatives taken on European, national and local level.

Not only hate speech, but also verbal exclusion mechanisms through the news can disturb social cohesion and integration of specific social and ethnic groups. Mental models introduced by the media with narratives that incriminate migrants and refugees inflict complications to social integration, participation and lack of tolerance. My research on the media construction of delinquency and criminality of migrants and refugees in selected migration societies reconstructs the media discourse on young refugees and migrants in the "perpetrator role" in two migration societies, Germany and Greece. This discussion seeks to highlight the prevailing narratives shaping the national discourse in relation to intersectional, social, and cultural aspects of the perpetrator's profile that do not only apply to juvenile offenders, but also refer to any foreigner being framed in the news.

Incrimination and criminalisation of young migrants is a challenge for social workers to deal with. With a critical look on this challenge, I scrutinise the intensified social control policies, the repression of integrative measures, and the pitfalls of the institutional orientation of social work.

2. Social sustainability and media: global, national and local agendas

2.1 How the UN and the EU engage media in social sustainability

Hate speech targeting vulnerable people like refugees and migrants, people with disabilities, children, elderly, and indigenous peoples is growing as inequalities are also increasing for people in precarious work and life conditions or facing humanitarian and health crises. The UN are working to abolish not only poverty, but also discrimination and exclusion by diminishing inequalities and vulnerabilities under the principle “Leave No One Behind (LNOB)” and through the SDG 10 “Reducing inequalities”. These fragilities also occur due to conflict, war and persecutions, insecurity, weak and corrupted institutions, and limited access as human rights defenders. Journalists and trade unionists are being killed or disappear while trying to “promote just, peaceful and inclusive societies” (Goal 16). The UN work under a Human Rights-Based Approach (HRBA) according to the standards constituted by international law for all civil, cultural, economic, political and social rights in order to address any biased, violent and corrupted practises.

The action taken to achieve the SDGs brings reforms on three levels: a. global- intergovernmental, b. local- institutional and c. civil societal including the academia, youth, the private sector, social work, unions, and the media. The commitment of the media to promote the SDGs is of major importance as they raise awareness and influence the public opinion through their editorial content or through corporate initiatives that align with the SDGs. Hence, the UN Department of Global Communications established in 2016 the SDG Media Zone to open a public discourse with world leaders, influencers, activists, experts, media partners and associated with the PUBLIC Foundation to highlight actions and solutions in support of the SDGs. A deeper formal collaboration among television and radio broadcasters, print and digital media was launched in September 2018 with the SDG Media Compact to support the public dialogue, share the appropriate information and motivate more action for the success of the SDGs, and underline the governments’ accountability for the Agenda 2030. The UN share “multilingual media content and opportunities relating to the SDGs through a monthly editorial package, and facilitate the contact of media with senior UN leaders, content experts, and UN Goodwill Ambassadors” (ibid.).

The European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) initiated the “No Hate Speech Movement” in 2015 to promote peaceful, inclusive and just societies¹. The ECRI defines hate speech (ECRI declaration, p.2):

“...as any kind of communication in speech, writing or behaviour, that attacks or uses pejorative or discriminatory language with reference to a person or a group on the basis of who they are, in other words, based on their religion, ethnicity, nationality, “race”, colour, descent, gender or other identity factor. [...] Rather than prohibiting hate speech as such, international law prohibits the incitement to discrimination, hostility and violence”.

This movement aims to address the roots as well as the impact of hate speech on traditional communication as well on the digital world. The actions respect the principles of freedom of opinion and expression, and expect actors from all levels to be employed in the strategy: the government, the private market, the civil society, social work and individuals.

The quality of the news should be aligned not only with the goals of the Agenda 2030, but also with the Media Code of Ethics. The journalistic standards in each country follow the international principles. To turn sustainable journalism into practice, there are various concepts about the quality of the news developed, like the conflict-sensitive/ peace journalism (Kempf, 2008: 118ff.). The journalistic responsibility for impartiality and objectivity are indispensable tools of good journalism, especially in the occasion of a crisis (Kempf 2007: 2). The model of peace journalism as updated by Kempf (2021: 1) is

“a constructive model of reporting on inter- and intra-societal conflicts of any degree of escalation up to everyday conflicts of interest, as they are also indispensable in a democratic society and on negotiations for the purpose of constructive dispute resolution”.

2.2 *How Greece and Germany engage media in social sustainability*

2.2.1 Social Sustainability and Media in Greece

For Greece, years of economic and fiscal crisis, unrelenting unemployment, increasing poverty, the migration crisis, and finally the coronavirus pandemic have affected the economy and society to such an extent that the priorities for transformation and intervention of the state have been replaced by the provision of basic needs. The national plan of actions towards sustainability for 2020 called Sustainable Greece 2020 set equally economic and social aims in its agenda. It is addressed to government and institutions, social workers, businesses, the civil society, the academia and the school

1 The same action plan against hate speech was first launched in 2013 by the Council of Europe (CoE) as a youth campaign on a national and a local level in all European countries.

community. The number of practices in the Greek society (compared to the economic and environmental practices) and the number of NGOs and civil society actors participating and volunteering is particularly striking. A local initiative in frames of the Sustainable Greece 2020 agenda comes from the Department of Social Services of the Municipality of Agioi Anargiroi in Kamatero (Athens) with the “Coalition² of Positive Messengers to Counter Online Hate Speech”.

The Association of Internet Publishers (Ένωση Εκδοτών Διαδικτύου-ΕΝΕΔ)³ has conducted a Self-Binding Framework of Editorial Ethics, the Greek Media Code of Ethics, which is founded on the duty of the press towards the public. the press is accounted for the truth, validity, and accuracy of the information it publishes, to keep balance, impartiality, and respect to the privacy of the concerned people as well as the protection of children while publishing any coverage, pictures and interviews (pp. 4-12). The neutrality of the news is assured through the principles of non-discrimination based on race, colour, religion, gender and sexual orientation (p. 25 of the English version of the Greek Media Code of Ethics) and not naming suspects of criminal offenses and crimes (p. 32). It is also explicitly instructed to avoid creating panic to the public for a threat that could be proven false in relation to terrorist attacks, bombing and other threats (p. 35). Hate speech and acts of violence (p. 40) are approaches and attitudes towards “sensitive material and extreme conditions”. To balance and moderate such attitudes there are suggested practises in editing news, such as the journalist’s duty to criticise and classify the speaker’s profile, approach and intention, as well as take the economic, social, and political context of the statement into account (ibid). A critical point on this is though that the journalists would construct the reality to their understanding if they decide to evaluate the impetus and the claims of those who promote hate speech.

The Greek Media Code of Ethics follow the international principles and allows the possibility to the audience and the recipients to complain, but there are no other associations to promote ethics in the Greek media. The long economic and credibility crisis as well as the Covid crisis created a spillover effect that media should take as an opportunity to modernise, digitalise and create new structures towards a sustainable media model (Leandros/Papadopoulou 2020).

2 Parts of this coalition are the EU, the Greek State, the citizens of the Municipality of Agioi Anargiroi in Kamatero, the Cyber Crime Unit of the Greek Police, the Greek Center of Safe Internet, the NGO "ASANTE, NGO Praxis, NGO ARSIS, the Youthnet Hellas Network, as well as workers’ participation from the Intersectoral Collaboration of Social Policy staff – a Psychologist, Sociologists, Social Workers, the staff of Culture and Sport Department (experts on Pedagogical Theater), the Financial Department and the Press Office of the Municipality of Agioi Anargiroi of Kamatero.

3 For more on the Greek Media Code of Ethics: Ένωση Εκδοτών Διαδικτύου- ΕΝΕΔ <http://www.ened.gr/i-enosi/kodikas-deodologias/> [letzter Zugriff: 25.04.2023].

2.2.2 Social Sustainability and Media in Germany

According to the German Strategy for Sustainable Development for 2021 (DNS – Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland 2021) there are ten central initiatives of the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ) related to the UN Agenda 2030 involving the press and assuring its freedom (pp. 35-36, in the long version of DNS 2021). Culture and media professionals are important social actors involved in the Monitoring Management of the application of the national Strategy (Nachhaltigkeitsmanagementsystem, abridged version 2021: 18f.). The role of the media is to communicate the work on the fulfilment of the SDGs by the federal ministries, the press and the Information Office of The Federal Government (BPA) (p. 87), to raise awareness, enhance participation and motivation of the public, to inform about the progress of the actions taken according to the sustainability strategy, and to enhance communication between the press agencies of all departments. Furthermore, there is a "sustainability" newsletter published every six weeks, as well as other informational print products, and a dialogue forum established with citizens at the Federal Government's Open Day (p. 108).

Media are also viewed in the DNS as a tool for political and cultural education and for inspiring new narratives on prevailing social processes such as migration (pp. 120f.). They are employed to advance media literacy and effective cultural integration in non-formal or informal education initiatives, such as the program of BMBF "Culture makes us strong. Alliances for Education" („Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“). They are also viewed as a tool for social integration, meaning participation of everyone "regardless of their origin, gender, religious and sexual orientation, physical impairment or social status" (2021, DNS long version, p. 172). Gender equality is also empowered by the mentoring program "Women in Culture and Media" („Frauen in Kultur und Medien“ beim Deutschen Kulturrat) that is run by the German Cultural Council (p. 185).

Social sustainability in media is monitored by the German Press Council (Presserat) and the News Ombudsman. The Press Council preserves the freedom of print and online media in Germany and the compliance of the press editors to the ethical standards of journalism. The ethical standards of journalism are defined in the Media Code of Ethics, officially named the German Press Code, in 16 paragraphs under the principles of respect for human dignity (§1 and §9), and the respect for private life, and limits to publishing personal information of perpetrators in crime reports (§8.1 and §8.2). Journalists should also avoid inappropriate representation while reporting acts of violence (§11.2) and ensure that no discrimination occurs due to gender, disability or membership to an ethnic, religious, social or national group of the perpetrator (§12.1, valid since 22.03.2017). In case of

offences committed by juveniles, the press should restrain from giving any information that could obstruct the future of the persons concerned (§13.3) and apply the principle of presumption of innocence (avoid prejudice according to §13).

3. Media discourse on the incrimination of young migrants and refugees in Greek and German newspapers: the results of a content analysis

After connecting social sustainability and the engagement of media to achieve the goals set by the Agenda 2030 of the UN, I present a content analysis of media discourse that relates to the integrating or scandalising role of media in the Greek and German society. The investigated topic is crime reporting in context migration and flight. The starting point of this study is the resulted narratives from a quantitative and qualitative content analysis of 1,794 news articles from eight Greek and German local and national mainstream newspapers. The relative analysis between the four dominating narratives and intersectional and social features form the profile of the perpetrators⁴ reveal how the narratives including the profile of the perpetrators are constructed and whether there are any framing mechanisms underlying the narration.

3.1 The four dominating narratives in crime reporting

With the method of a Latent Class Analysis (LCA), it has been scrutinised how four national and four regional mainstream quality newspapers from Greece and Germany report on migration and illegality (Kytidou 2022)⁵. The reconstruction of the media discourse on the *incrimination* of refugees and migrants in the two countries is guided by the following questions: 1. How do different mental models of migration and asylum shape national discourses and the prevailing structure of norms and values in both countries? 2. How are verbal exclusion mechanisms clarified by the media through categorisation and discrimination? The selected newspaper articles were

4 The variables- features of the suspect's profile are religion, ethnicity, gender, age, legal status of the perpetrator and their connection to IS.

5 For a detailed description of the research process, the method and the results of this research, read my article "Localizing the Global: comparing the national and local migration coverage- the example of incriminating migrants and refugees through German and Greek press" (2022).

published from June until December of the years 2015, 2016 and 2018, meaning that the context of migration and flight is marked by the *long summer of migration 2015* and the flight due to the war in Syria. The content of the articles was analysed with 39 binary coded variables divided into three dimensions: emotions, the politicisation of the topic, and criminal and non-criminal offences involving suspected migrants as perpetrators, regardless of whether the offence could be resolved. The analysis concluded in four narratives of migration and crime, which implies that the sample of 1,794 newspaper articles is finally divided into four groups according to their text patterns⁶. The incrimination of migrants and refugees is escalating from one narrative to the other. A brief description of the four narratives follows.

Narrative 1, identified in the 41.3% of the research sample appears mostly in Greek national newspapers, and has the most subtle presentation of migrant perpetrators compared to the other narratives. In this narrative, migrants and refugees are scandalised through references to delinquency and the criminalisation of everyday life, meaning mostly minor and petty crimes, like drugs, organised crime, illicit weapons possession, property and forgery crimes, theft, and irregular migration. The narrative that appears next in intensity is the narrative 3, as it covers the third biggest group of the sample that is 17.3%. It appears in all of the newspapers used in the analysis, meaning local as well as national, and German as well as Greek newspapers. Illegal migration is in the spotlight of this narrative, with migrants responsible for various forms of illegality. A vicious circle of illegality is described, as the smugglers who promote illegal migration also “reclaim” the responsibility. Narrative 4, written mostly in German regional newspapers, covering 12.2% of the sample, escalates the text pattern to a more dramatic description. The negative effects of illegal migration for the host society through various forms of illegal actions are described with a variety of emotions and metaphors. The public institutions of the host country are being criticised and the living conditions of migrants and refugees are described with empathy. The scandalisation reaches its peak in narrative 2, represented particularly by German national newspapers and covers 27% of the sample. The narrative of this style emphasises on the criminalisation of migrants in the host society on the level of terrorism (politically motivated violence) and danger to life, implies a fraud or misuse of the provided asylum, and questions the right to asylum through an emotional emphasis. This connotation tries to legitimise an opposition to the right to asylum. The four narratives according to the range of the sample they represent are displayed in titles with their prevailing features:

6 It is shorter to refer to the texts written in the styles of each narrative as just “narrative”. The equivalent would be “texts written in style 1, 2, 3, or 4” or “(latent) style 1, 2, 3, or 4” or “texts of the latent class 1, 2, 3, or 4”.

- Narrative 1 (41.3 %): Factual reporting in Greek national newspapers of “everyday life criminalisation”.
- Narrative 2 (27.06%): Reporting in German national newspapers about Politically Motivated Crime (PMC) for religious reasons and crimes against life articulated with negative expectations.
- Narrative 3 (17.32%): Factual reporting in all newspapers, often about trafficking, linked to a vicious circle of illegality.
- Narrative 4 (12.2%): Factual reporting in German regional newspapers about various criminal offences.

3.2 *Additional narratives involving the profile of the perpetrator*

In an additional analysis the four narratives were related separately to features of the profile of the perpetrator. The interpretation of the results focuses only on the prevailing narratives displayed in Greek national (narrative 1) and German national (narrative 2) newspapers as they are the most representative, and ignores the other two narratives (narrative 3 and 4) as they represent much smaller parts of the sample.

The first feature from the perpetrators profile is their religion. Religion is viewed as an ideological motive for political violence. The tendency not to mention the religion of the perpetrator is clearly a feature of narrative 1. The narrative 2 refers to texts that mention either alleged or actual Muslim perpetrators or a conflict with them because of a different faith⁷. This is sometimes related to the connection of the offender with the Islamic State (IS). The texts written in this style are the most scandalous texts, and they address the IS as the main background of the criminal activity related to cultural and religious ideology, and as a threat to life.

Before referring to the gender of the perpetrator, it is essential to recognise that gendering in the media is clearly binary: male or female. It is not surprising that texts in narrative 1 mention whether the alleged perpetrators are male or female. What is surprising, however, is that women are 20% more likely to be mentioned than men are. This detail gives an idea of an everyday dimension to crime due to the illegal but not criminal actions reported and due to group action (not only individuals) with a high participation rate of women. Contrarily, narrative 2 seems to mention only sometimes the gender of the actor, who is relatively often male. The limited prominence of the male gender in any of these four narratives of crime reporting

7 I.e. the reference to Christian perpetrator(s) appears to be in only one article in the entire sample of this study written in the style of narrative 4: it is the article 157 of the Greek national newspaper “Kathimerini” from the research material of 2016. This article refers to another article in the British “Guardian” about an attempt by Christians to convert Muslims. The case where belief in another religion or dogma is mentioned by the perpetrator is mostly in narrative 4 (75 %).

is not expected given the theory of the masculinity of crime. Instead, the female projection in the offender's profile is very strong in narrative 1, which attempts to give an everyday dimension to crime with a foreign perpetrator.

The legal status of the perpetrator is divided into "regular" migrants, meaning financial migrants or foreigners who live in the country and are not related to the asylum process, and into those who seek protection in the host country and are related to the asylum process or live under the protection or tolerance of the foreign state. In the mitigated narrative 1 the depiction of the perpetrator as *just* a migrant is consistent with the writing style's tendency to report *everyday* crime and with the desire to maintain a moderate attitude towards the criminalisation of foreigners. The acute narrative 2 on the other hand portrays people who are subject to the protection of the state and have a status related to asylum. The tendency of narrative 2 to incriminate asylum and delegitimise it is evident in this parameter as well.

The same tendency is maintained in reference to the age of the perpetrator, which is ascending for every age group in the narrative 1; the older the age of the perpetrator the more texts are written in this constructed narrative of everyday criminalisation. On the contrary, narrative 2 frames increasingly younger people, and thus there are fewer and fewer texts written in narrative 2 for perpetrators older than 30 years of age.

The origin of perpetrator(s) is extensively mentioned in narrative 1. The more frequent stories written for perpetrators in the narrative 1, meaning mostly texts in Greek newspapers, are Greeks themselves and their neighbours in Eastern Europe: Turks, Albanians, Romanians, Georgians and organised groups that are mixed, most usually Greeks together with Albanians. Arabs and Africans are rarely present in the narrative of style 1. On the other hand, texts of narrative 2 often focus on perpetrators from the Arab world (Arab, Kurdish and Mashrek, African and Maghreb, Syrian).

It is therefore evident that all four narratives, especially the first two, maintain a directed tactic served by each variable of this analysis. The profile of the perpetrator seems explicitly constructed for political and emotional guiding of the readers and for targeting specific social and national groups; in narrative 1 every migrant is a potential perpetrator, even women, especially mature citizens coming from neighbouring countries. In narrative 2, younger people, especially of Arab origin and refugees, are depicted as trespassers on the asylum they have been granted and are suspected, if not accused guilty, of endangering the lives of the citizens granting them asylum.

4. Social sustainability, medial incrimination and social work

The relation commented below is between social work and the incriminating impact of the media due to biased reporting. The impact of these narratives on the public opinion and the resulting disruption of social cohesion are briefly described in the next section with reflections on the counteraction to this disintegrating tactic by social workers, who support marginalised as well as criminalised young people. Social work is critically approached to underline the institutional challenges it faces with the state of justice, and the incrimination of young and foreign migrants.

4.1 *The impact of medial incrimination on the social cohesion*

The described medial practices move from criminalisation to incrimination of migrants and are connected to their social disintegration and exclusion. Although journalists commit themselves to non-discriminatory reporting through the Media Code of Ethics, an association of negative events with information about the ethnicity or origin of the participants remains at the discretion of journalists and occurs repeatedly (Moeller 2009).

Mass media is considered a tool that transfers knowledge, builds images, intercultural learning, communication processes, as well as the integration of migrants in a host society (Eggert 2010; Theunert et al. 2007). According to Butterwegge (2006) there are semantic exclusion mechanisms dominating the German migration discourse in the media. The idea that migrants abuse “the German right of hospitality” incriminates asylum seekers as fraudsters as expressed with conventional metaphors from the fields of war, like “invasion”, “smuggling”, and “wave”. Migrants are predominantly referred to as “foreigners” in German media, hence the term “Ausländerkriminalität”. This use of language already manifests the trend to exclude or marginalise people who appear “foreign” to the natives. In the way journalists report on foreigners, refugees and migrants, they reinforce a hierarchy that has developed in the minds of German citizens, and associate the “foreigner problem” with an alleged threat to domestic security (pp. 190).

The most important consequence of the fabricated reality of the media is considered to be the increase of a fear of crime even when it does not correspond with the real risk of victimisation. The fear of victimisation is linked to public perceptions of a rising crime rate and views on the need for a tougher sanction system, but it differs significantly under the influence of various factors, like overemphasis on violent crimes by the newspapers. The medial construction of threat and fear of crime leads to labelling and to moral

panic (for moral panic, see Cohen, 1973)⁸. The fear of crime is exploited as a tool of social and political control that seeks the consensus of the citizens. Such an attitude drives an individual into changing its everyday habits, influencing its choices about crucial elements of social availability such as the place of residence, the mode of travelling and transporting, forms of entertainment, leisure time activities, and social interaction.

“Collectively, the magnitude and intensity of the phenomenon poisons the society with suspicion, manifests itself with morbidity and is crystallized in the collective social consciousness as a lack of public security. Ultimately, a social problem transforms into the construction of negative stereotypes and exclusion channelling the social hostility into ‘friendly enemies’, such as the immigrant and the refugee asylum seeker” (Zarafonitou, 2011, p. 50).

This is mostly relevant for social workers, who engage to the support of disadvantaged, marginalised and/or criminalised young people.

4.2 *Social sustainability and social work globally*

As demonstrated above, crime reporting in context of flight and migration in Germany and Greece threatens social cohesion, as young migrants and refugees are incriminated through four different narratives, and promote exclusion. According to the international definition of social work, the profession works to strengthen social cohesion (International Federation of Social Workers 2022)⁹. Social work has always addressed people that live in crisis, below the poverty line, and with less power and security in society than the rest of the population.

Consequently, social work is challenged to become active against such processes of division. This challenge relates to the skills of social workers and the way that social justice and the connection between criminalisation and social exclusion are defined (Lutz 2017: 284ff.). Basic as well as political education can be a solution for people of the “underclasses”, who actually learn to live according to the norms of the “upper-class” (Freire 2022). The social pedagogical orientation of the intervention of social work to crime is defined according to the law regarding the corresponding authorities. The support a criminalised person receives is at best a limited support in the

8 A crime can also be interpreted by media as moral panic, especially if the offender is a minor. Its nature is presented in a stereotypical fashion by the mass media. The wave of juvenile delinquency is viewed as an element of authoritarian, probably state-driven and punitive moral panics. Because of their “deviant behaviour”, “majority society” perceives people or groups as a threat to social values and interests.

9 International Federation of Social Workers (2022): Global Definition of Social Work. Available at: <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/> [letzter Zugriff: 25.04.2023].

prison system, as the culprit is already in detention, unless the action committed is interpreted as a consequence of social disadvantage, then education or resocialisation measures can be taken by social workers before an actual incarceration occurs (Dollinger 2015: 15). This institutional dependence on the definition of deviance and crime limits the intervention possibilities of social workers and emphasises social control policies (Dollinger 2015: 16). In welfare state philosophy, there are programmes for education, decriminalisation and rehabilitation of young delinquents to spare young people consequences or exclusion, and give preference to integrative measures. Socially integrative measures are being discredited in public discourse and social work is increasingly being denied expert status in dealing with crime (Stehr 2005: 280).

4.2.1 Social sustainability and social work in Greece

In view of the fact that the Media Code of Ethics is mentioned in this article, it is relevant to mention the corresponding code of conduct for social work according to the Hellenic Association of Social Workers (SKLE)¹⁰. Social Workers carry the responsibility towards their beneficiaries to not practice, allow, facilitate or cooperate any form of discrimination based on race, colour, sex, sexual orientation, age, religion, ethnic origin, marital status, political beliefs, mental or physical disability, or any other preference or individual characteristic, or status. Finally, the social worker is active in paying particular attention to disadvantaged, socially excluded or oppressed people and groups and promote conditions that encourage respect for a multicultural society.

In the period of deep economic and social crisis that Greece has been experiencing the last decade, the role of social work is more important than ever, because extreme poverty and social exclusion are shattering the foundations of the Greek society. The driving force for the promotion of social work is the training of young social workers, so that they are better prepared to stand by the people affected by the austerity measures. However, instead of being reinforced, as one would expect, social work is being downgraded and marginalised, apparently because it is not linked to the markets and the achievement of the accounting surplus. The economic crisis that led to parsimony, has burdened social work in the practice of the profession, i.e. social workers had to be accompanied by a sociologist during their work in

10 Σύνδεσμος Κοινωνικών Λειτουργών Ελλάδος (ΣΚΛΕ), <https://skle.gr/index.php/en/2015-01-27-08-31-26/2015-01-27-08-33-01/item/243-2014-12-29-12-16-21> [letzter Zugriff: 25.04.2023].

prisons, but also their studies, i.e. some departments have been abolished or merged with others¹¹.

4.2.2 Social sustainability and social work in Germany

Austerity policies have also taken place in Germany, and increased the contradictions in the justice system (Stehr 2005: 280). The contradictions in the justice system as well as the “inclusion of the excluded” make the conditions for social workers to help and care more problematic as the offenders are distinguished into “good”, better integrated, and “bad”, less integrated. The first are expected to commit bagatelles¹² and receive alternative sanctions, like community service, while the latter are expected to serve increasingly long prison sentences. This distinction between good and bad delinquents and the policy of their imprisonment affects especially young people and people without German citizenship (ibid: 281). Also problematic seems to be the prevention of violence with increasing control and surveillance (Stehr 2005: 282; Lutz 2017: 287). The control and security discourse that dominates the social work practice in context crime has to be readjusted, so that the social worker can serve the individual that needs support and rehabilitation and not only the society as a system that demands order and discipline (Lutz, 2017: 284). The new tendencies in social work intervention have a pedagogic orientation, especially in cases of delinquency or any behaviour that is socially defined as deviant, problematic or criminal (ibid), because social work and other welfare state assistance are distinguished from criminal sanctions (Lutz 2017: 285; Stehr 2005: 283). At the same time, the participation of social workers in the public debate on social and security policies is important to reflect and criticise the intervention of pedagogic rehabilitation and punishment processes, so that they do not further marginalise the disadvantaged people of the society (Stehr: 2005: 283).

11 Σύνδεσμος Κοινωνικών Λειτουργιών Ελλάδος (ΣΚΛΕ)/go petition/ about the abolition of the Department of Social Work in the Technical University (TEI) of Patra in: stop-the-abolition-of-social-work-department-patras.

12 Minor and petty crimes.

5. Conclusion

Social sustainability is more than a fight against hate speech and social exclusion. The UN have defined it in their Agenda 2030, among other goals, as reducing inequalities (SDG 10) and creating more just, peaceful and inclusive societies (SDG 16). These are respected principles and goals also set by the Media Code of Ethics and the Social Work Code of Conduct. To achieve an impact from mass media that leads to social sustainability there have been relevant concepts of journalism developed, like peace journalism. This is important, because the media contribute to exclusion mechanisms and interfere in social inclusion through labelling and provoking a fear of crime. My study on the medial discourse on crime in German and Greek newspapers has showed how the dominant crime narratives in the context of migration and flight are constructed and how they escalate dramatisation and incrimination. The alleged perpetrators in these narratives are profiled to imply the foreign perpetrators' responsibility for social commotion in everyday life, in a vicious circle of illegality, in various forms of illegality and in misuse of the provided asylum by terrorising and threatening the life of others. The impact these narratives have on the public opinion and the quality of life especially for young and foreign people is professionally counteracted by social workers. Social workers support the marginalised, the criminalised and the incriminated due to suspicion and exclusion, too. Social work faces a conflict between its punitive and authoritative character that "helps" young people conform to the prevailing social guidelines and norms and its mission to help individuals improve their lives, socially integrate, and avoid framing and exclusion.

Literature

- Butterwegge, Claus (2006): Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung. In: Butterwegge, C. /Hentges, G. (Hrsg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden: VS Verlag, S. 187-238.
- Cohen, Stanley (1973): Folk Devils and Moral Panics: The Creation of the Mods and Rockers. London: Paladin.
- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (2021): Weiterentwicklung 2021– Kurzfassung, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA). Berlin: Die Bundesregierung.
- Dollinger, Bernd/ Oelkers, Nina (Hrsg.) (2015): Sozialpädagogische Perspektiven auf Devianz. Weinheim Basel: Beltz Verlag.
- Eggert, Susanne (2010): Medien im Integrationsprozess: Motor oder Bremse? Die Rolle der Medien bei der Integration von Heranwachsenden aus der ehemaligen Sowjetunion. München: kopaed.

- Ένωση Εκδοτών Διαδικτύου- ENEΔ. <http://www.ened.gr/i-enosi/kodikas-deodologias/> [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- Freire, Paulo (2022): Pädagogik der Unterdrückten. In: Bauer U./ Bittlingmayer U.H./Scherr A. (Hrsg.) (2022): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- German Press Code: Guidelines for journalistic work as recommended by the German Press Council. Version of 22.03.2017. [https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Press % 20 Code.pdf](https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Press%20Code.pdf) [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- Hellenic Republic (2018): General Secretariat of the Government, Office of Co-ordination, Institutional, International and European Affairs, Voluntary National Review on the Implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development. Work Number: 139/2018. [https://sustainabledevelopment.un.org/resources /index.php?page=view&type=6&nr=172&menu=139](https://sustainabledevelopment.un.org/resources/index.php?page=view&type=6&nr=172&menu=139) [letzter Zugriff: 15.03.2022].
- International federation of social workers (2022): Global Definition of Social Work. <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/> [letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Kempf, Wilhelm (2007): Peace journalism: A tightrope walk between advocacy journalism and constructive conflict coverage. In: conflict & communication online, 6/2.
- Kempf, Wilhelm (2008): Medien und Umsetzung der Friedenspolitik. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.) (2008): Europäische Friedenspolitik. Münster: Lit Verlag, S. 114-132.
- Kempf, Wilhelm (2021): Friedensjournalismus. Grundlagen, Forschungsergebnisse und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Kytidou, Olga (2022): Localizing the Global: comparing the national and local migration coverage - the example of incriminating migrants and refugees through German and Greek press. In: Delic A./ Kourtis I./ Kytidou O./ Sarkodie S./ Wagner U./ Zölch J.M. (Hrsg.): Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen? Kritische Positionierungen zu wissenschaftlichen und medialen Diskursen im Kontext von Flucht und Asyl. Wiesbaden: Springer VS, S. 251-267.
- Leandros, Nikos/ Papadopoulou, Lambrini (2020): Strategic Business Models in Times of Transformational Change and Crisis: A New Typology for Sustainable Media. In: Journal of Media Management and Entrepreneurship (JMME). 2020/2, S. 28-41.
- Lutz, Tilman (2017): Sicherheit und Kriminalität aus Sicht der Sozialen Arbeit: Neujustierungen im Risiko- und Kontrolldiskurs. In: Soziale Passagen 9, S. 283-297.
- Moeller, Susan (2009): Media Literacy: Citizen Journalists. Washington: Center for International Media Assistance (CIMA).
- Stehr, Johannes (2005): Soziale Ausschließung durch Kriminalisierung: Anforderungen an eine kritische Soziale Arbeit. In: Anhorn, R./ Bettinger F. (Hrsg.) (2005): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 273-288
- Sustainable Greece 2020: <https://www.sustainablegreece2020.com/?lang=en> [letzter Zugriff: 15.03.2022].

- Theunert, Helga/ Wagner, Ulrike/ Demmler, Kathrin (Hrsg.) (2007): Expertise Integrationspotenziale neuer Medien für Jugendliche mit Migrationshintergrund. München: JFF- Institut für Medienpädagogik.
- Zarafonitou, Christina (2011): Fear of crime in Contemporary Greece: Research evidence. In: Criminology, Special Issue, S. 50-63.

Humanitäre Aufnahme als nachhaltiges Schutzprogramm für Geflüchtete: Bedingungen und Auswirkungen von Vulnerabilität als Kategorie im Resettlementprozess

Martha Kleist

1. Einführung

Humanitäre Aufnahmeprogramme wie Resettlement werden von zwei Schlagworten bestimmt: Nachhaltigkeit und Vulnerabilität. Hinter beiden Begriffen verbergen sich jedoch Widersprüchlichkeiten. Dieser Beitrag will die konzeptionellen Hintergründe der humanitären Aufnahmeprogramme, wie sie inzwischen auch in Deutschland praktiziert werden, näher beleuchten. Zum einen stellt sich die Frage, wie und für wen Programme der regulären Flucht*Migration tatsächlich nachhaltig sind. Zum anderen sollen die Voraussetzungen – namentlich die besondere Vulnerabilität – die Personen erbringen müssen, kritisch hinterfragt werden, auch vor dem Hintergrund der Implementation des Resettlement in den deutschen Kommunen. Unter Resettlement und anderen humanitären Aufnahmeprogrammen versteht man die geplante, dauerhafte Ansiedlung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus überlasteten Erstzufluchtsstaaten (wie z.B. Türkei, Libanon) in dritte Länder wie z.B. Deutschland und Kanada.

Dieser Beitrag wird zunächst das in Deutschland vor elf Jahren eingeführte Resettlement und Humanitäre Aufnahmeprogramme (HAP) in Hinblick auf Nachhaltigkeit und die Vulnerabilitätskategorien kurz vorstellen und dabei insbesondere auf die Teilhabemöglichkeiten von neuangesiedelten Menschen schauen. Unterstützt wird die Analyse mit Daten einer Befragung von 51 in Deutschland angesiedelten Menschen. Abschließend wird ein Ausblick auf meine, vertiefende, intersektional orientierte Forschung gewährt, die insbesondere die Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen hervorhebt.

2. Resettlement als nachhaltiges Instrument des Flüchtlingsschutzes

Resettlement wird vom UNHCR als eine von drei „dauerhaften Lösungen für die Notlage von Flüchtlingen“ beschrieben (UNHCR 2022a). Dazu zählen neben der Option, ausgewählte Menschen in Drittstaaten anzusiedeln, die freiwillige Rückkehr in das Herkunftsland in Sicherheit und Würde, sowie die lokale Integration im Erstzufluchtsland. Welche der drei Möglichkeiten in Frage kommt, soll durch den UNHCR unter Aspekten der Dauerhaftigkeit (durability) und Nachhaltigkeit (sustainability) der jeweiligen Maßnahme beurteilt werden (UNHCR 2011). Resettlement soll Flüchtlingen in den Erstzufluchtsländern die Möglichkeit der dauerhaften Ansiedlung in einem Drittstaat bieten – mit der Aussicht auf eine spätere Einbürgerung. Dabei ist zu beachten, dass es kein Recht auf Neuansiedlung gibt und die Ansiedlung nur in Kooperation mit den aufnehmenden Staaten geschehen kann. Kein Staat kann zur Teilnahme an Resettlement oder zur Aufnahme von Individuen oder Gruppen verpflichtet werden; auch die Anwendung weiterer nationaler Aufnahme- oder auch Ausschlusskriterien liegt im Ermessen der aufnehmenden Staaten.

Unter einem nachhaltigen Resettlement Programm versteht der UNHCR, dass das Programm in nationaler Gesetzgebung und Policies fest verankert ist, dass ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt wird, aber auch, dass angemessene integrationsfördernde Programme und eine willkommen heiße Umgebung anzutreffen sind (UNHCR 2013b).

Die Verstärkung des Resettlement in Deutschland in Form einer auf mehrere Jahre festgelegten Quote scheint ein erster Schritt in Richtung Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit zu sein. Während die Aufnahme aus humanitären Gründen nicht nur hierzulande die längste Zeit auf Grundlage von *ad hoc* Aufnahmen geschah, gibt es eine rechtliche Regelung im Sinne der heute praktizierten Aufnahmen in seiner jetzigen Form erst seit 2005.¹ Eine festgesetzte Quote für Neuansiedlungen wurde erstmals in Form eines Pilotprojekts im Jahr 2012 bis 2014 mit jährlich 300 Personen umgesetzt. Seitdem steigen die Zahlen kontinuierlich. Für das Jahr 2022 sollten bis zu 6.000 Plätze für Neuansiedlungen zur Verfügung gestellt werden (BMI 2022). Der UNHCR zählte 4.787 Einreisen nach Deutschland (UNHCR 2023).

1 Die Neuansiedlung von Schutzsuchenden ist in § 23 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) festgelegt. Im Gegensatz zu anderen Aufnahmeländern vergibt Deutschland verschiedene Aufenthaltstitel für die Neuansiedlung. Neben dem klassischen Resettlement (§ 23 Abs. 4 AufenthG) gibt es noch die humanitären Aufnahmeprogramme (HAP) des Bundes (§ 23 Abs. 2 AufenthG) und die der Länder (§ 23 Abs. 1 AufenthG). Sie unterscheiden sich nur geringfügig, z.B. in Bezug auf die Länge der ausgestellten Aufenthaltserlaubnisse.

Die Zahl der Einreisen zu betrachten, ist auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit von Interesse. Die weltweite Corona Pandemie ließ die tatsächlichen Einreisen in den letzten zwei bis drei Jahren drastisch einbrechen. Während 2019 über 4.800 Personen über Resettlement und andere humanitäre Aufnahmen einreisen konnten, erhielten im Jahr 2020 nur 1.700 und 2021 immerhin wieder 2.900 die Möglichkeit, nach Deutschland einzureisen. Von April bis Ende September 2021 gab es einen Einreise-Stopp (Caritasverband 2023). Auch wenn versucht wurde, die Dauerhaftigkeit durch festgelegte Quoten zu stärken, ist anhand der Corona Pandemie zu sehen, wie fragil dieses Konzept ist und in welchem Ausmaß es politischen Entscheidungen unterworfen ist.

Auch hinsichtlich der Verstetigung der zunächst auf zwei bis drei Jahre ausgestellten Aufenthaltstitel ist die Nachhaltigkeit anzuzweifeln und genügt nicht der Forderung des UNHCR nach einer sofortigen dauerhaften Aufenthaltsgewährung (UNHCR 2013b). Während Staaten wie Kanada und Australien neuangesiedelten Personen ab Einreise eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zusprechen, wird dies in Deutschland über keinen der humanitären Aufenthaltstitel praktiziert (Cellini 2018), wenngleich dies rechtlich gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG möglich wäre. Es besteht zwar die Option, nach mehreren Jahren unter bestimmten Voraussetzungen einen unbefristeten Aufenthaltstitel und später auch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen; Zahlen zeigen jedoch, dass dies in einem äußerst geringen Umfang geschieht.²

3. Strategic Use of Resettlement – Mehrwert für die Aufnahmeländer

Auch kann man die Stärkung von Resettlement und humanitären Aufnahmen in (Kontinental)Europa generell in ihrer Sinnhaftigkeit in Frage stellen. Neuansiedlungsprogramme sind mit einem enormen personellen, Verwaltungs- und finanziellen Aufwand verbunden. Die Erhöhung der Aufnahmezahlen geht mit einer zunehmenden Restriktion des europäischen Grenzregimes einher. Die europäische Grenzüberwachungsbehörde Frontex hat im Jahr 2023 ein Budget von 845 Millionen Euro zur Verfügung und spielt eine maßgebliche Rolle dabei, die Außengrenzen Europas undurchlässig gegenüber

2 Zum Stichtag 31.05.2020 zählte das Ausländerzentralregister über 78.000 Personen, die in den Jahren 2010-2020 einen Aufenthaltstitel nach §23 Abs. 2 und 4 AufenthG erteilt bekamen; lediglich 744 konnten bis zu dem Stichtag eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis erlangen Bundesregierung 2020. Die Aufenthaltsverstetigung gelang also noch nicht mal einem Prozent der beschriebenen Personengruppe.

Flüchtenden zu machen (Statista Research Department 2023). Hier stellt sich die Frage, inwiefern die Programme der regulären Flucht*Migration genutzt werden, um die Unterbindung inoffizieller Grenzüberschreitungen von Flüchtenden zu rechtfertigen und Flucht*Migration zu steuern. In diesem Zusammenhang ist besonders das sogenannte EU-Türkei-Abkommen zu nennen (van Selm 2018; Engler und Kleist 2021). Durch die zunehmende Kriminalisierung und damit einhergehende Letalität der Fluchtrouten von Afrika und Asien nach Europa werden eben die „protracted refugee situations“, die Resettlement adressieren will, erst geschaffen bzw. aufrechterhalten (Pisani et al. 2016). Nachhaltiger wäre es hingegen, sichere Fluchtwege zu ermöglichen und Resettlement tatsächlich als zusätzlichen statt als einzigen sicheren Weg zu ermöglichen.

Reguläre Flucht*Migrationsprogramme bieten den Nationalstaaten jedoch die Möglichkeit, bereits im Vorfeld diejenigen auszuwählen, die ihnen als wünschenswert erscheinen und Gruppen auszuschließen, die als unerwünscht klassifiziert werden. Diese Praxis wird auch mit dem sogenannten „Strategic Use of Resettlement“ (SUR) in Verbindung gebracht. Der SUR zielt auf den Nutzen des Resettlement, der nicht ausschließlich den angesiedelten Menschen zugute kommt, sondern z.B. dem Aufnahmeland (UNHCR 2003).³ Das kann beispielsweise bedeuten, dass Staaten bestimmte Gruppen von Flüchtlingen bevorzugt aufnehmen oder ablehnen. Ein für die deutschen Behörden bestimmender Faktor ist die potenzielle „Integrationsfähigkeit“, die Gruppen zugeschrieben oder auch abgesprochen wird (Durable Solutions Platform 2020). Auch die Aufnahmeanordnungen des Bundesministeriums des Inneren, die nicht nur spezifische Staatsangehörigkeiten zur Aufnahme nennen, sondern auch Indikatoren einer Integrationsfähigkeit wie z.B. (Aus-)Bildung oder ein geringes Alter (BMI 2023), weisen auf einen möglichen angestrebten Zusatznutzen hin, den Aufnahmestaaten aus dieser Form des Flüchtlingsschutzes ziehen können. Mit der Bevorzugung bestimmter Personen aufgrund solcher Merkmale, werden andere Gruppen folglich benachteiligt.

4. Resettlement Kategorien: Behinderung als Aspekt besonderer Vulnerabilität?

Solche zusätzlichen nationalen Auswahl- bzw. Ausschlusskriterien führen dazu, dass Vulnerabilität, also die besondere Schutzbedürftigkeit, allein nicht

3 Aber auch Erstzufluchtsstaaten und die dort verbleibenden Flüchtlingsspopulationen sollen einen strategischen Nutzen aus dem Resettlement ziehen, indem dort begrenzt vorhandene Ressourcen entlastet werden.

ausreichend ist, um für ein Resettlement ausgewählt zu werden. Vulnerabilität ist eine elementare Bezugsgröße, die nicht nur durch die vom UNHCR vorangestellten Auswahlkriterien konstruiert wird, sondern während des gesamten Prozesses von UNHCR Mitarbeitenden vor Ort und anderen involvierten Akteuren sowie den infrage kommenden Personen durch Kategorisierungspraxen zugeschrieben bzw. dargestellt wird (Sandvik 2012). Die für Resettlement notwendige Vulnerabilität kann dabei im Widerspruch zur vielerorts verlangten – aber in unterschiedlichem Ausmaß interpretierten und durchgesetzten – Voraussetzung einer sogenannten Integrationsfähigkeit stehen (Garnier et al. 2018). Die Schwierigkeit scheint nun darin zu liegen, dass zwar eine Vulnerabilität vorzuliegen hat, diese aber so dargeboten werden muss, dass sie den Aufnahmestaat, also Deutschland, davon überzeugt, dass die anzusiedelnden Personen zwar gefährdet, nicht jedoch gefährlich sind (Welfens 2023: 10) und das Potenzial haben, sich in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren.⁴

Um für Aufnahmeprogramme in Frage zu kommen, ist also die Flüchtlingseigenschaft nicht ausreichend. Im Auswahlprozess des UNHCR für diejenigen, die sich potenziell für Resettlement qualifizieren, werden neben der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft und des Aufenthalts in einem sogenannten Erstzufluchtsland, verschiedene Faktoren festgelegt, die sich auf die Vulnerabilität der bereits als Flüchtlinge kategorisierten Menschen beziehen sollen. Der UNHCR begründet die besondere Vulnerabilität anhand auf sieben Kategorien sozialer Ungleichheit (UNHCR 2011). Als besonders gefährdet werden Frauen und Mädchen, Kinder und Heranwachsende, ältere Flüchtlinge, Flüchtlinge mit Behinderungen, LGBTI* Zugehörigkeit, Minderheiten und indigene Gruppenangehörige und weitere Risikogruppen eingestuft. Auf diesen Merkmalen aufbauend hat der UNHCR „Resettlement Submission Categories“ entwickelt, aufgrund derer er Menschen für Resettlement vorschlägt (UNHCR 2011). Diese umfassen:

1. Besondere rechtliche und physische Schutzbedürfnisse,
2. Folter- oder Gewalterfahrung,
3. Medizinische Bedürfnisse,
4. Frauen und Mädchen mit besonderer Risikoexposition,
5. Familiäre Bindungen im Resettlement-Aufnahmestaat,
6. Kinder und Heranwachsende mit besonderer Risikoexposition,
7. Menschen, die aus anderen Gründen keine Perspektive auf eine Eingliederung im Erstzufluchtsland haben.

4 Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nicht auf Integration in ihren unterschiedlichen Konzeptualisierungen eingegangen werden. Für einen Überblick zur Bedeutung des Integrationsbegriffs in Bezug auf Flucht*Migration siehe Korntheuer et al. 2021.

Menschen können sich dementsprechend in verschiedenen Kategorien qualifizieren. Erst wenn beispielsweise eine Beeinträchtigung oder eine Behinderung einen dringenden medizinischen Bedarf mit sich bringt, dem im Erstzufluchtsland nicht entsprochen werden kann, würde eine Person in die Kategorie „medizinische Bedürfnisse“ fallen. Ebenso ist es möglich, dass aufgrund einer auf der Beeinträchtigung fußenden Vulnerabilität besondere rechtliche und physische Schutzbedürfnisse oder eine andere Schutzkategorie geltend gemacht werden können.⁵ Das *Resettlement Assessment Tool: Refugees with Disabilities* (UNHCR 2013a) soll den Mitarbeitenden des UNHCR vor Ort helfen, Menschen mit Beeinträchtigungen zu identifizieren und für einen gleichberechtigten Zugang sensibilisieren, auch hinsichtlich einer diskriminierungsfreien Interviewführung. Dieses Hilfsmittel wird jedoch nicht flächendeckend vor Ort in den Erstzufluchtsländern genutzt (Crock 2017). Der UNHCR beruft sich in seinem *Resettlement Handbook* auf die Behindertenrechtskonvention der UN und macht auf Schwierigkeiten im Zugang zu Resettlement aufmerksam, aber auch auf exkludierende Aufnahmekriterien von Staaten für Resettlement (UNHCR 2011: 198).

Insgesamt gibt es kaum verlässliche Zahlen zum Vorliegen von Beeinträchtigungen bei den Flüchtlingspopulationen in den Erstzufluchtsstaaten. Allerdings werden ein akuter medizinischer Handlungsbedarf sowie sichtbare bzw. bekannte Einschränkungen vor der Abreise dokumentiert und sollen bei der Verteilung innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden (Korntheuer et al. 2021: 6). Auch Informationen darüber, wie viele (geflüchtete) Menschen mit Beeinträchtigungen einreisen, werden jedoch nicht erhoben bzw. sind (öffentlich) nicht zugänglich (Leisering 2018). Der Anteil der Schwerstkranken beträgt bei der Gesamtheit der Vorschläge des UNHCR für das Jahr 2021 lediglich 2,84 % (Tab. 1). Zusätzlich zu diesem niedrigen Wert wurden fast 14 % der vorgeschlagenen Fälle in dieser Kategorie von den Staaten abgelehnt; diese Zahl liegt deutlich über den Ablehnungsquoten in den übrigen Kategorien (UNHCR 2022b). Dies kann auf eine Priorisierung bzw. Vernachlässigung bestimmter Kategorien hindeuten, aber auch auf die erschwerten Zugangsvoraussetzungen zu den Instrumenten des Flüchtlings-schutzes für Menschen mit behandlungswürdigen körperlichen Beschwerden. Es lässt sich vermuten, dass Menschen, die aus verschiedenen Gründen als weniger integrationsfähig gesehen werden – z.B. aufgrund des Alters, Geschlechts oder ihrer Leistungsfähigkeit – weitere Barrieren bei der Aufnahme in Schutzprogramme erfahren.

5 Wenn ein Flüchtling jedoch – um beim Beispiel der Behinderungen zu bleiben – „well-adjusted to their disability“ (UNHCR 2011: 258) ist, stellt die Beeinträchtigung an sich keinen Grund für Resettlement dar. Dies ist analog zu dem Umstand, dass Behinderung in der Regel keinen Grund für die Anerkennung eines Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention darstellt.

Tabelle 1: Resettlement Vorschläge nach Kategorien

Kategorie	Vorgeschlagene Personen
Besondere rechtliche und physische Schutzbedürfnisse	22.821 (36,11 %)
Folter- oder Gewalterfahrung	19.630 (31,07 %)
Menschen, die aus anderen Gründen keine Perspektive auf eine Eingliederung im EZL haben	3.876 (6,13 %)
Frauen und Mädchen mit besonderer Risikoexposition	8.109 (12,83 %)
Kinder und Heranwachsende mit besonderer Risikoexposition	6.836 (10,82 %)
Medizinische Bedürfnisse	1.795 (2,84 %)
Familiäre Bindungen im Resettlement-Aufnahmestaat	115 (0,18 %)
Sonstige/Undefiniert	8 (0,01 %)
INSGESAMT	63.190 (99,99 %) ⁶

Quelle: (UNHCR 2022b)

Nachdem der UNHCR Menschen anhand der oben beschriebenen Kriterien ausgewählt hat, werden diese den jeweiligen Nationalstaaten zur Neuansiedlung vorgeschlagen. Der Vorschlag allein bedeutet nicht, dass eine Ansiedlung tatsächlich stattfinden wird. Die nationalstaatlichen Auswahlprozesse sind oft intransparent und außerhalb des Einflussbereichs des UNHCR (Welfens 2023). Untersuchungen deuten darauf hin, dass durch die nationalen Auswahlkriterien bestimmte Kategorien von vornherein vernachlässigt werden und somit Menschen, die als zu vulnerabel oder aus sonstigen Gründen – wie z.B. ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder ihres Alters – als nicht erfolgsversprechend im Auswahlverfahren angesehen werden, vernachlässigt werden (Welfens 2023).

Der UNHCR nutzt also die Kategorie der Vulnerabilität, um Menschen als hilfsbedürftig zu klassifizieren und für Resettlement auszuwählen. Dieses Vorgehen unterstreicht, dass Geflüchtete und insbesondere jene mit Behinderungen oder medizinischen Bedürfnissen in einem Duktus der Hilfsbedürftigkeit, der Abhängigkeit oder auch der Last wahrgenommen werden. Sie werden dabei oft als wenig beitragend zum gesellschaftlichen Miteinander gesehen (Domańska 2018). Vulnerabilität wird somit als zugeschriebenes Gruppenmerkmal genutzt, das zur Differenzherstellung und -etablierung innerhalb einer Gesellschaft dient und soziale Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppen von Schutzsuchenden verstärkt (Kleist et al. 2022). Der Begriff wird teilweise synonym mit einer besonderen und auch in Verbindung mit den Zielgruppen sozialer Interventionen – und deren Rechtfertigung – verwendet. Er ist somit eng mit „symbolischen Ordnungen [und] etablierten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern“ (Bünger 2022) verstrickt. In den Sozial- und Erziehungswissenschaften, aber auch in Medizin, Politik und Sozialer Arbeit wird die Bezeichnung der Vulnerabilität genutzt,

6 Abweichung von 100 Prozent aufgrund von Rundung.

um Gruppen oder Gruppen zugeordnete Individuen als hilfsbedürftig, hilfe-würdig und hilfeberechtigt zu beschreiben (Virokannas et al. 2020). Jedoch sind Zugänge zu Ressourcen ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung, Auf-rechterhaltung oder auch Überwindung einer vulnerablen Exposition. Der Gebrauch des Konzepts der Vulnerabilität kann Gefahr laufen, Menschen auf eine Anhäufung verschiedener Risikofaktoren zu reduzieren und Schwächen gegenüber Stärken zu betonen, damit diese aufgrund der vordefinierten Defizite Zugang zu Leistungen oder Programmen erhalten (Fawcett 2009). Gleichzeitig kann hinterfragt werden, warum bestimmte Merkmale – wie z.B. das Vorliegen einer Beeinträchtigung – mit Vulnerabilität assoziiert werden und andere nicht, oder auch, welche Faktoren dazu beitragen, dass Menschen, obwohl diese Merkmale auf sie zuträfen, von Leistungen oder Schutzmaßnahmen ausgeschlossen werden bzw. keinen Zugang zu ihnen finden (Bünger 2022: 42). Vulnerabilität als Differenzierungsmerkmal kann die angenommene Bedrohlichkeit eines anderen Merkmals auch reduzieren (Friese 2017). Analysen zeigen, dass Vulnerabilität in direkter Abhängigkeit mit anderen Ungleichheitskategorien wie Geschlecht, Religion etc. steht (Welfens 2023). Die Ergebnisse unserer Befragung (Korntheuer et al. 2022) sowie erste Vertiefungsinterviews unterstützen diese Beobachtung. Allein-stehende Männer scheinen kaum für Resettlement in Frage zu kommen. Einzig durch die Zugehörigkeit zu der Kategorie Behinderung gelang es zwei Männern, ohne weitere Angehörige einzureisen. Die Kategorie Behinderung scheint die Bedrohlichkeit der Geschlechtszugehörigkeit aufzuwiegen, was darauf hindeutet, dass vor Ort in den Erstzufluchtsländern „security practices rely on gendered assumptions, associating men with violence“ (Welfens 2023: 11).

5. Ankommensbedingungen in Deutschland bilden die besondere Vulnerabilität nicht ab

Um die Implementation der Aufnahmeprogramme und die Lebenswirklichkeit der eingereisten Menschen zu evaluieren, wurde das Projekt *InclusiveRE* im Jahr 2019 als Verbundprojekt von Forschung und Praxis ins Leben ge-rufen. In drei Schritten wurde und wird erhoben, wie sich die Ankommensbedingungen von neuangesiedelten Menschen in Deutschland (und Kanada) gestalten. Der erste Schritt erfolgte als internationales Literature Review (Korntheuer et al. 2021), das in Kooperation von deutschen und kanadischen Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen entstanden ist. Der zweite Schritt ist ein Survey mit 51 in Deutschland neuangesiedelten Menschen. Sie wurden während des Jahres 2021 zu ihren Erfahrungen in den ersten Mona-ten in Deutschland – genauer: in den jeweiligen Kommunen – befragt (Kleist

et al. 2022; Korntheuer et al. 2022). In einem dritten Schritt werden die Subjektkonstruktionen von angesiedelten Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in einem internationalen Vergleich zwischen Deutschland und Kanada analysiert. Der Fokus dieses Projektabschnitts, der den Kern meiner Dissertation⁷ bildet, liegt darauf, inwiefern die Eingliederungs- und Integrationserfahrungen von Neuangesiedelten mit Beeinträchtigungen und ihren Familienangehörigen in den unterschiedlichen Aufnahmekontexten variieren und wie diese ihr Selbstbild und ihre Handlungsfähigkeit prägen.

Bereits bei der quantitativen Befragung wurde deutlich, dass ein Widerspruch zwischen der angenommenen Vulnerabilität der Zielgruppe und der tatsächlichen Umsetzung des Programms in Deutschland besteht. Der ursprünglichen Voraussetzung für die Aufnahme über Resettlement – der besonderen Vulnerabilität – wird kaum noch Rechnung getragen, wenn die Personen in den Kommunen angekommen sind. Dies äußert sich u.a. durch nicht bedarfsgerechte Unterbringung – oftmals in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften – was besonders für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen Zugänge und Teilhabemöglichkeiten erschwert. Fehlende barrierefreie Sprachkurse und fehlende zielgruppenspezifische Beratungsangebote, sowie allgemein erschwerte Zugänge zu Unterstützungsnetzwerken behindern die Integration in den Kommunen (Korntheuer et al. 2022).

Erste Vertiefungsinterviews, die im Rahmen des Dissertationsprojekts ausgewertet werden, geben Hinweise auf die Auswirkungen, die diese fehlende Unterstützung auf Familien in Deutschland hat, die mit Beeinträchtigungen leben. Hier wird insbesondere deutlich, dass einzelne Familienmitglieder eigene Ressourcen für die Betreuung und Begleitung aktivieren müssen und in diesem Zusammenhang von Erschöpfung und Stress berichten. Auch stellen mangelnde Teilhabemöglichkeiten eine psychische Belastung dar – für Menschen mit Behinderung, aber auch für deren Familienmitglieder (Korntheuer et al. 2022). Sowohl im quantitativen Befragungsteil als auch in den Vertiefungsinterviews zeigt sich, dass Menschen mit Beeinträchtigungen, die auf barrierefreie Kurse angewiesen sind, aber auch betreuende Familienangehörige teilweise durch eine nicht bedarfsgerechte Wohnortzuweisung und ein damit einhergehendes fehlendes Angebot auch nach mehreren Jahren keine Möglichkeit haben, die deutsche (Gebärdensprache) zu erlernen. Alleinstehende Menschen mit Beeinträchtigungen ohne familiäre Bindungen werden im besonderen Maße durch fehlende Unterstützungsstrukturen benachteiligt. Eine fehlende intersektionale Verknüpfung von Beratungs- Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen, wird in den ersten Vertiefungsinterviews bereits deutlich. Neuangesiedelte

7 Die Autorin ist Stipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung und promoviert in Anbindung an das Projekt InclusiveRE.

Menschen mit besonderen Bedarfen haben oft keine Kenntnis von Beratungsdienstleistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen.⁸ Auch auf der subjektiven Ebene zeigt sich, dass Kategorisierungspraxen von Behinderung und Vulnerabilität kritisch zu hinterfragen sind, da die Interviewpartner*innen diese auch selbst immer wieder in Frage stellen. Gerade die Selbstwahrnehmung als hilfsbedürftig oder vulnerabel kann im internationalen Vergleich zwischen Deutschland als jungem Resettlement Zielstaat und Kanada als etablierten Aufnahmeland fruchtbar sein und Impulse für eine inklusivere Gestaltung des Resettlement Programmes liefern.

6. Fazit

In Bezug auf Resettlement und andere humanitäre Aufnahmeprogramme von Nachhaltigkeit, auch im Sinne sozialer Teilhabe, zu sprechen, ist also nur begrenzt möglich. Vor allem für Länder, die an und für sich gut auf dem Landweg zu erreichen sind, wie die Länder Europas, scheint Resettlement momentan vielmehr nur ein Feigenblatt einer restriktiven Grenzpolitik zu sein, die Menschen mit Beeinträchtigungen in besonderem Maße benachteiligt. Länder wie Deutschland, die einen eigenen (personenbezogenen) Selektionsprozess für die vorgeschlagenen Personen und Fälle durchführen, wenden zusätzliche Kriterien an, die es vulnerablen Menschen weiterhin erschweren, sich für Resettlement in den entsprechenden Zielstaat zu qualifizieren. Es zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, durch Resettlement den am meisten gefährdeten Menschen zu helfen und den tatsächlich erwarteten Voraussetzungen.

Auch die Teilhabemöglichkeiten scheinen in Deutschland begrenzt und in starker Abhängigkeit von den eigenen Ressourcen zu stehen. Organisierte professionelle Unterstützungssysteme sind für Neuangesiedelte kaum zugänglich; spezifische auf ihre Bedarfe ausgerichtete Beratungs- und Betreuungsangebote scheinen nicht oder nur vereinzelt zu existieren. Die geografische Ansiedlung ist in vielen Fällen nicht bedarfsgerecht, wie die Ergebnisse unserer Studie *InclusiveRE*.

Insbesondere mit steigenden Aufnahmezahlen muss Deutschland nach nun über zehn Jahren eine inklusive Implementation der humanitären Aufnahmeprogramme gewährleisten und intersektionelle Bedarfe bei der Integration in den Kommunen berücksichtigen. Die Ankommensbedingungen

8 Diese Barrieren, die auch Menschen mit Migrationserfahrung betreffen, die schon lange in Deutschland leben, werden auch durch andere Studien bestätigt (vgl. Westphal/Boga 2022: 29ff.).

stellen für alle Geflüchteten, insbesondere aber für jene mit Einschränkungen, eine große Hürde bei der Partizipation am sozialen Leben, aber auch beim Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten, dar.

Die an diese ersten Erkenntnisse anschließende international vergleichende Forschung soll Gemeinsamkeiten und Unterschiede strukturell-institutioneller Inklusionspraxen und individueller Inklusionserfahrungen identifizieren, sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen ermöglichen, um eine verbesserte Inklusionspraxis auf der Basis des internationalen Vergleichs und Austauschs ermöglichen.

Literatur

- BMI (2022): Resettlement und humanitäre Aufnahmen. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme-node.html> [letzter Zugriff: 14.03.2023].
- BMI (2023): Aufnahmearrangement für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge im Wege des Resettlements 2023 vom 15. Februar 2023. <https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/humanitaere-aufnahmeprogramme/resettlement/aufnahmearrangement-bes-2023-02-15.html> [letzter Zugriff: 29.03.2023].
- Bundesregierung (2020): Resettlement und andere humanitäre Aufnahmeprogramme 2010 bis 2020. Drucksache 19/20694. Berlin: Deutscher Bundestag. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/206/1920694.pdf> [letzter Zugriff: 22.03.2023].
- Bünger, Carsten (2022): Vulnerabilität als Grenzbegriff. In: Zeitschrift für Pädagogik 2022/1, S. 42-49.
- Caritasverband (2023): Aktuelle Aufnahmen. <https://resettlement.de/aktuelle-aufnahmen/> [letzter Zugriff: 13.03.2023].
- Cellini, Amanda (2018): Annex. Current Refugee Resettlement Program Profiles. In: Garnier, A./ Jubilut, L.L./ Bergtora Sandvik, K. (Hrsg.) (2018): Refugee Resettlement. Power, Politics, and Humanitarian Governance. New York, Oxford: Berghahn Books, S. 253-305.
- Crock, Mary (2017): The legal protection of refugees with disabilities. Forgotten and invisible? Northampton, MA: Edward Elgar Publishing.
- Degele, Nina/ Winker, Gabriele (2010): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. 2., unveränderte Auflage. Bielefeld: transcript.
- Domańska, Monika (2018): People with Disabilities as a Vulnerable Group. The Concept of Protection of the Rights of Vulnerable Groups. In: Białost. Stud. Prawnicze 23/4, S. 25–34. DOI: 10.15290/bsp.2018.23.04.02.
- Durable Solutions Platform (2020): The strategic use of resettlement: Lessons from the Syria context. Kopenhagen: Durable Solutions Platform, Danish Refugee Council und International Rescue Committee. <https://dsp-syria.org/strategic-use-resettlement-lessons-syria-context>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].

- Engler, Marcus/ Kleist, Olaf (2021): Wege aus der Sackgasse. In: IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/tuerkei-deal-5083/> [letzter Zugriff: 14.03.2023].
- Fawcett, Barbara (2009): Vulnerability. In: *International Social Work* 52/4, S. 473-484.
- Friese, Heidrun (2017): Flüchtlinge: Opfer - Bedrohung - Helden. Zur politischen Imagination des Fremden. Bielefeld: transcript.
- Garnier, Adèle/ Sandvik, Kristin Bergtora/ Jubilut, Liliana Lyra (2018): Introduction. Refugee Resettlement as Humanitarian Governance: Power Dynamics. In: Garnier, A./ Jubilut, L.L./ Bergtora Sandvik, K. (Hrsg.) (2018): *Refugee Resettlement. Power, Politics, and Humanitarian Governance*. New York, Oxford: Berghahn Books, S. 1-27.
- Kleist, Martha/ Korntheuer, Annette/ Lutter, Eva/ Westphal, Manuela (2022): Inklusives Resettlement? In: DeliĆ, A./ Kourtis, I./ Kytidou, O./ Sarkodie-Gyan, S./ Wagner, U./ Zölch, J. (Hrsg.) (2022): *Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 115-128.
- Korntheuer, Annette/ Hynie, Michaela/ Kleist, Martha/ Farooqui, Safwathullah/ Lutter, Eva/ Westphal, Manuela (2021): Inclusive Resettlement? Integration Pathways of Resettled Refugees With Disabilities in Germany and Canada. In: *Front. Hum. Dyn.* 3/ Artikel 668264. DOI: 10.3389/fhumd.2021.668264.
- Korntheuer, Annette/ Kleist, Martha/ Westphal, Manuela (2022): InclusiveRE. Teilhabebedingungen von Resettlementgeflüchteten mit Behinderungserfahrungen. In: *Behinderungs und Internationale Entwicklung* 33/2, S. 24-29. <https://www.bezev.de/de/institut-fuer-inklusive-entwicklung/zeitschrift/aktuelle-ausgabe/> [letzter Zugriff: 22.03.2023].
- Leisering, Britta (2018): Geflüchtete Menschen mit Behinderungen: Handlungsnotwendigkeiten für eine bedarfsgerechte Aufnahme in Deutschland. Positionspapier. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/56407/1/ssoar-2018-leisering-Gefluechtete_Menschen_mit_Behinderungen_.pdf. [Letzter Zugriff: 25.04.2023].
- Pisani, Maria/ Grech, Shaun/ Mostafa, Ayman (2016): Disability and Forced Migration: Intersections and Critical Debates. In: Grech, S./ Soldatic, K. (Hrsg.) (2016): *Disability in the global South. The critical handbook*. Cham: Springer, S. 285-301.
- Sandvik, Kristin Bergtora (2012): The Politics and Possibilities of Victim-Making in International Law. In: *Revista a Faculdade de Direito do Sul de Minas*, 27/2, S. 237-258.
- Statista Research Department (2023): Budget der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1172183/umfrage/budget-der-europaeischen-agentur-fuer-die-grenz-und-kuestenwache-frontex/>. [letzter Zugriff: 14.03.2023].
- UNHCR (2003): The Strategic Use of Resettlement. A Discussion Paper Prepared by the Working Group on Resettlement. EC/53/SC/CRP.10/Add.1. <https://www.ref.world.org/docid/41597a824.html>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- UNHCR (2011): *UNHCR Resettlement Handbook*. Genf. <https://www.unhcr.org/46f7c0ee2.pdf>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].

- UNHCR (2013a): Resettlement Assessment Tool: Refugees with Disabilities. <https://disabledrefugeeswelcome.se/wp-content/uploads/2018/09/resettlement-assessment-tool-Refugees-with-disabilities-2013.pdf>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- UNHCR (2013b): The Integration of Resettled Refugees. <http://www.refworld.org/docid/51b81d9f4.html>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- UNHCR (2022a): Resettlement und humanitäre Aufnahme. <https://www.unhcr.org/dach/de/was-wir-tun/resettlement-und-humanitaere-aufnahme>. [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- UNHCR (2022b): UNHCR Projected Global Resettlement Needs 2023. <https://www.unhcr.org/publications/brochures/62b18e714/2023-projected-global-resettlement-needs.html> [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- UNHCR (2023): Resettlement Data Finder. Departures 2022, Germany. <https://rsq.unhcr.org/en/#V4nU> [letzter Zugriff: 13.03.2023].
- van Selm, Joanne (2018): Strategic Use of Resettlement: Enhancing Solutions for Greater Protection? In: Garnier, A./ Jubilut, L.L./ Bergtora Sandvik, K. (Hrsg.) (2018): Refugee Resettlement. Power, Politics, and Humanitarian Governance. New York, Oxford: Berghahn Books, S. 31-45.
- Virokannas, Elina/ Liiski, Suvi/ Kuronen, Marjo (2020): The contested concept of vulnerability – a literature review. In: European Journal of Social Work, 23/2, S. 327-339. DOI: 10.1080/13691457.2018.1508001.
- Welfens, Natalie (2023): ‘Promising victimhood’: contrasting deservingness requirements in refugee resettlement. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 49/5, S. 1103-1124. DOI: 10.1080/1369183X.2022.2117686.
- Westphal, Manuela/ Boga, Olezia (2023): „Ich könnte mit normalen Leuten leben“. Barrieren, Ressourcen und Wünsche an der Schnittstelle von Flucht, Migration und Behinderung. Kassel: Kassel University Press.

III Ansätze transformativer Bildungsforschung

Transnationalität in institutionalisierten Bildungskontexten

Franziska Korn

1. Einleitung

Durch die fluchtbedingte Zuwanderung von Familien mit minderjährigen Kindern nach Deutschland haben auch transnationale soziale Verflechtungen und Praktiken in der Forschung (wieder) eine besondere Aufmerksamkeit erfahren. Dabei sind aus einer historischen Perspektive transnationale Praktiken und Lebenskonzepte kein neues Phänomen. Sowohl im Rahmen der Arbeitsmigration der späten 1950er bis frühen 1970er Jahre nach Deutschland als auch im Rahmen der Emigration von Europäer*innen in die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten in unterschiedlichem Ausmaß Ideen von Transnationalität und der grenzüberschreitenden Produktion von Familie und Gemeinschaft eine bedeutende Rolle (Faist et al., 2014: 55ff.). Sie waren bereits in der Vergangenheit bedeutsam und sind durch technologische Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation umso einfacher und umfassender geworden. Unter Transnationalität werden in diesem Beitrag Aktivitäten, Praktiken, Interaktionen und Lebenswelten verstanden, die Grenzen überschreiten und die das Leben der Menschen dauerhaft beeinflussen.

In (früh-)pädagogischen Bildungsinstitutionen, die durch lokale und nationale Rahmenbedingungen bestimmt werden, spielen transnationale Lebenspraktiken und Verflechtungen der Kinder und Familien, die diese Einrichtungen besuchen, jedoch bisher scheinbar kaum eine Rolle. Daher soll dieser Beitrag insbesondere der Frage nachgehen, inwiefern transnationale Aktivitäten und Lebenswelten von Kindern und Familien in institutionalisierten Bildungssettings Berücksichtigung finden. Mit Blick auf eine globalisierte und sich immer dichter vernetzende Welt, erscheint es eine bedeutsame Aufgabe zur Sicherung einer nachhaltigen Zukunft zu sein, allen Kindern chancengerechtes Aufwachsen unter Berücksichtigung globaler transnationaler Verflechtungen zu ermöglichen. Dabei kommt insbesondere pädagogischen Fachkräften und Sozialarbeiter*innen eine bedeutsame Rolle zu. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung können in diesem

Zusammenhang eine hilfreiche Brücke sein, um das Bewusstsein für Transnationalität in institutionalisierten Bildungskontexten zu schärfen.

2. Nachhaltige Bildung und gesellschaftliche Transformationen

Die Agenda 2030, in der die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) festgeschrieben sind, trägt den markanten Titel „Transformation unserer Welt“ (Vereinte Nationen 2015). Sie hebt die drängenden Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hervor und zeigt gleichzeitig globale Ziele auf, die die Weltgemeinschaft vereinbart hat, um diese Transformationen zu gestalten. In Ziel 4 wird vereinbart, „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung [zu] gewährleisten [...]“ (Vereinte Nationen 2015: 18). Dabei werden alle Bildungsphasen von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung berücksichtigt. Außerdem wird die Bedeutung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) betont (Ziel 4.7). Bildung für nachhaltige Entwicklung gehört bereits seit dem Jahr 2005, also seit Beginn der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ zu einer maßgeblichen Strategie der Vereinten Nationen. Auf Bundesebene werden die verschiedenen Ziele und Maßnahmen zur Verankerung und Umsetzung von BNE im Nationalen Aktionsplan aus dem Jahr 2017 festgehalten. Dieser sieht vor, Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule zu verankern (Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung 2017). Ziel ist es laut Präambel „umfassende und tiefgreifende [sic!] gesellschaftliche Transformationen an[zu]stoßen und um[zu]setzen“ sowie „Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln [zu befähigen]“ (ebd.: 7). In den Erziehungswissenschaften gibt es eine intensive Auseinandersetzung mit Theorien und der Praxis transformativen Lernens und Lehrens (z.B. Singer-Brodowski 2016; Lang-Wojtasik 2019). BNE kann als wesentlicher Aspekt des transformativen Bildungsgedankens angesehen werden, der sowohl kritische Reflexion anregt als auch praktische Umsetzung im Alltag befördert.

Dieser Beitrag nimmt besonders Migration als ein Querschnittsthema der Agenda 2030 in den Blick und damit zusammenhängend auch BNE in Bildungsinstitutionen. Der Schwerpunkt wird auf der Bedeutung migrationsbedingter transnationaler Verflechtungen für institutionalisierte Bildungskontexte, insbesondere Kindertageseinrichtungen, liegen. Migration spielt in der Agenda 2030 eine wichtige Rolle, allerdings nicht in Form eines eigens formulierten Nachhaltigkeitsziels, sondern als übergreifendes Thema, das in mehreren der 169 Unterziele Erwähnung findet. Felix Braunsdorf (2019)

weist in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die damit einhergehende Gefahr hin, „dass Migration nicht genügend Aufmerksamkeit bei der Umsetzung erfährt“ (ebd.: 173). Diese Befürchtung scheint sich auch im BNE-Bereich widerzuspiegeln. So wird das Thema „Migration“ im Aktionsplan der Bundesregierung nur an sehr wenigen Stellen erwähnt (Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung 2017). Ähnliches gilt für den gesamten BNE-Gedanken in den Bildungsplänen der Länder, wenngleich zu konstatieren ist, dass dieser in immer mehr Bildungsplänen Eingang findet (Arnold et al. 2016; Holst/Singer-Brodowski 2020). Um hochwertige und umfassende Bildung jedoch für alle Kinder zu ermöglichen und eine auf die Zukunft ausgerichtete und nachhaltige Perspektive einzunehmen, müssen die Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien, die von Migration und transnationalen familiären Alltagspraktiken geprägt werden, auch in der Organisation von Bildungsinstitutionen berücksichtigt werden (Koch 2019/Heidrich et al. 2021: 16).

3. Transnationale Lebenswelten geflüchteter und neuzugewanderter Familien

Ein erster theoretischer Rahmen hin zu einer transnationalen Perspektive wurde Anfang der 1990er Jahre von Nina Glick Schiller, Linda Basch und Cristina Blanc-Szanton (1992) entwickelt. Dabei werden unter Transnationalität „die sozialen Aktivitäten von Akteuren – Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinschaften und Organisationen – über nationalstaatliche Grenzen hinweg“ verstanden, die „ein Spektrum grenzübergreifender Transaktionen in verschiedenen Sphären des sozialen Lebens – familiäre, sozio-kulturelle, wirtschaftliche und politische [...]“ abbilden (Faist et al. 2014: 26). Demzufolge ist Transnationalität eine sehr umfangreiche Perspektive, die sich auf eine Vielzahl an Aktivitäten von politischer Mobilisierung von Diaspora-Communities über die Entsendung von Fachkräften durch Wirtschaftsunternehmen oder internationale Organisationen bis hin zu grenzübergreifenden Bildungsangeboten beziehen kann. Diese Perspektive setzt sich in der Wissenschaft, teilweise auch in der erziehungs- und familienwissenschaftlichen Forschung, immer mehr durch. In der pädagogischen Praxis findet dieses jedoch bisher kaum Berücksichtigung.

Der Schwerpunkt des folgenden Abschnitts liegt auf transnationalen familiären Praktiken und Aktivitäten. Daran anschließend werden deren Bedeutung und Auswirkung für institutionalisierte Bildungskontexte genauer betrachtet. Transnationale Aktivitäten von Familien und Einzelpersonen können in sehr unterschiedlichen Formen zum Ausdruck kommen. Sei es durch Besuche, (Video-)Telefonate, dem Versenden von Text- und

Sprachnachrichten über Messenger-Dienste, in Form von monetären Rücküberweisungen oder emotional-moralischer Unterstützung (Sauer et al. 2018). Die Kontakte können digital kontinuierlich und alltagsbegleitend oder sporadisch und situativ sein, aber auch durch physische Besuche, Stellvertreter*innen oder imaginiert (Baldassar 2008; Nedelcu/Wyss 2016). Auch die Entstehung transnationaler Familien selbst ist mannigfaltig: Erzwungen durch Flucht und Vertreibung, freiwillig durch Arbeits-, Bildungs- und Heiratsmigration, aber auch durch den Verbleib am Herkunftsort und die Wanderung anderer Familienmitglieder. Temporäre oder dauerhafte Migration eines oder beider Elternteile (transnational motherhood oder transnational parenthood) (Hondagneu-Sotelo/Avila 1997; Carling et al. 2012), eines Kindes oder ganzer Familienverbünde, die dann Beziehungen zu weiteren Familienangehörigen im Herkunfts- oder in Drittländern pflegen und aufrechterhalten, sind einige Beispiele für Formen der Entstehung transnationaler familiärer Lebenswelten. Maßgeblich ist, dass die Aktivitäten, die damit verbunden sind, über nationalstaatliche Grenzen hinweg geschehen.

In einer umfassenden Definition fassen Deborah Bryceson und Ulla Vuorela transnationale Familien als „families that live some or most of the time separated from each other, yet hold together and create something that can be seen as a feeling of collective welfare and unity, i.e. ‚familyhood‘, even across national borders“ (Bryceson/Vuorela 2002: 3). Dieses Gefühl einer gemeinsamen familiären Verantwortung und Fürsorge füreinander über nationalstaatliche Grenzen hinweg geht oft einher mit unterschiedlichen Formen der Care-Arbeit für Kinder oder (Groß-)Eltern. Im Hinblick auf Kinder kann dies auch mit Bildungs- und Erziehungsaufgaben über nationalstaatliche Ländergrenzen hinweg verbunden sein. So können zum Beispiel (Video-)Telefonate mit Großeltern oder weiteren Verwandten im Herkunftsland der Familie verbunden sein mit dem Erwerb oder der Verfestigung der Familiensprache(n); oder Familienbesuche können mit der intergenerationalen Transmission von Wert- und Glaubensvorstellungen einhergehen (Westphal 2018). Darüber hinaus erwerben Kinder und Jugendliche durch transnationale Aktivitäten und Praktiken Wissen und Fähigkeiten, die als Bildungserfahrung an sich gelesen werden können. In Anlehnung an Pierre Bourdieu wird hier auch von transnationalem Bildungskapital (Küppers et al., 2016: 6) gesprochen.

Solche und andere familiäre Alltagspraktiken und -aktivitäten werden zunehmend unter dem Begriff des „doing family“ (Jurczyk 2020; Jurczyk et al. 2014) erforscht. Familie und Gemeinschaft werden dabei als „Herstellungsleistung“ und kontinuierlicher sozialer Prozess im Wandel verstanden. Dabei wird der Blick auch auf das transnationale „doing family“ gerichtet, also die Herstellung und Aufrechterhaltung von Familie und gegenseitiger Fürsorge über nationalstaatliche Grenzen hinweg (z.B. Sauer et al. 2018; Westphal et al. 2019; Westphal/Aden, 2020; Reisenauer 2020, Aden/Westphal 2021).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Herstellung und Aufrechterhaltung von transnationalen Familienstrukturen und familiären Praktiken einerseits besondere Anstrengungen und Herangehensweisen erfordern und andererseits neue Formen der familiären Bildung und des familiären Alltags überhaupt erst hervorbringt und ermöglicht.

4. Familienaktivitäten und Bildungsinstitutionen

Alltägliche Familienaktivitäten und Vorstellungen von Zusammenleben wirken häufig in Bildungsinstitutionen hinein und beeinflussen deren pädagogische Praxis. Das kann sich beispielsweise auf die Bedeutung gemeinsamer Mahlzeiten am Tisch oder die Partizipation der Kinder am Aufstellen von Alltagsregeln beziehen. Gleichzeitig beeinflussen Bildungsinstitutionen und die Personen, die darin arbeiten, auch stark familiäre Praktiken und Vorstellungen von „guter“ Bildung und Erziehung. So kann ein wechselseitiger Aushandlungsprozess zwischen den Bildungsorten Familie und (früh-)pädagogischen Institutionen angenommen werden. Obwohl in der (früh-)pädagogischen Arbeit eine Auseinandersetzung mit transnationalen Familienaktivitäten und familiären Alltagspraktiken bisher kaum stattfindet, wirken diese dennoch in Bildungsinstitutionen hinein und sind gelebter Alltag vieler Kinder und Jugendlicher (Kämpfe 2019). Eltern passen ihre Erziehung entlang der Erfahrungen in Kindertageseinrichtungen und Schule an. Sie verstärken zum Beispiel ihre Bemühungen, dem eigenen Kind die Familiensprache(n) beizubringen, wenn dies in Kindertagesstätte oder Schule wenig bis gar nicht berücksichtigt wird (Uçan, 2022). Wie diese Vermittlungen und Aushandlungsprozesse über Bildung und Erziehung zwischen Kindertageseinrichtungen und geflüchteten Familien stattfinden ist bisher noch eine weitgehend offene Forschungslücke.

Sabine Bollig und Florian Eßer konstatieren in ihrer kindheitssoziologischen Analyse, dass „Transnationalität [...] manche Kindheiten – etwa im Kontext von Flucht, Migration oder transnationaler Adoption – in besonderer Weise [charakterisiert], [...] aber zugleich auch ein *allgemeines Merkmal* gegenwärtiger Kindheiten [ist]“ (2019: 3, Hervorh. i.O.). Demzufolge sind Erfahrungen von Transnationalität nicht ausschließlich auf bestimmte Kinder und ihre Familien beschränkt, sondern betreffen in der einen oder anderen Weise alle. Somit betreffen sie unausweichlich auch alle Bildungsinstitutionen, insbesondere in der frühen Kindheit, wenn die Zusammenarbeit zwischen Fachpersonal und Eltern konzeptionell von besonderer Bedeutung ist. Trotzdem findet man sich auch in der Forschung häufig in einer „diskursiven Unterteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ transnationale Kindheiten“ wieder (ebd.: 4). Ähnliches lässt sich auch in der

gesellschaftlichen Debatte der konzeptionellen Ausrichtung von „guten“ internationalen meist englisch- oder mehrsprachigen Kindertageseinrichtungen oder Schulen im Gegensatz zu jenen Einrichtungen in vermeintlich benachteiligten Wohngebieten feststellen. Ein an sozialer Nachhaltigkeit orientiertes Bildungsangebot, in dem transnationale Lebenswelten und Aktivitäten für alle Kinder von Bedeutung sind, sollte sich deshalb in allen zukunftsorientierten Bildungssettings widerspiegeln und Anerkennung erfahren. Im Folgenden wird auf diese genauer eingegangen, um den aktuellen Forschungsstand zu Transnationalität in institutionalisierten, besonders frühkindlichen Bildungssettings, zu verdeutlichen.

5. Nationale und transnationale Bildungsräume

Institutionelle Bildungsorte wie Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen sind in der Regel geprägt von nationalstaatlichen und lokalen Rahmenbedingungen, aber auch nationalstaatlich orientierten Handlungsleitlinien und -normen des darin agierenden pädagogischen Personals. Zurückgehend auf die Etablierung des staatlichen Pflichtschulsystems Ende des 19. Jahrhunderts, geht es hier nicht nur um einen Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen zusammentreffen, sondern auch um die Bildung zu Bürger*innen einer Nation mit gemeinsam geteilten Werten und Normen (Adick 2005). Das „nationalstaatliche Paradigma“ (ebd.: 244ff.) bildet die Basis, auf der alles Weitere aufbaut. Angelehnt an Benedict Andersons Konzept von Nationen als „imagined communities“ (2016), geht es auch in Bildungsinstitutionen um die Etablierung des Zugehörens bzw. Nicht-Zugehörens zu einer vorgestellten (nationalen) Gemeinschaft. So ist Schule zum Beispiel eine „institution of unification due to their reinforcing of the natio-racial-cultural ‚We‘ that refers to national principles and interests shared by the society“ (Heidrich et al., 2021: 9). Demzufolge wird in der Schule ein „natio-ethno-kulturelles Wir“ hergestellt, das gesellschaftlich akzeptierte Prinzipien und Leitlinien festigt und für kommende Generationen reproduziert und gleichzeitig gegenüber „den Anderen“ abgrenzt. Auch Kindertageseinrichtungen sind nationalstaatlich und in der Regel einsprachig organisierte Bildungsorte (Westphal 2018: 165), wenn auch nicht ganz so explizit wie Schulen. Sie gehören zwar nicht zum Pflichtsystem des Bildungssektors, werden aber dennoch staatlich reguliert und erfüllen einen Bildungsauftrag. Dieser wird in den unterschiedlichen Bildungs- und Lehrplänen der Bundesländer festgehalten und zumindest in Bezug auf Schule durch die Kultusministerkonferenz gerahmt. Die frühkindliche Bildung hat in den vergangenen Jahren von bildungspolitischer Seite eine enorme Aufwertung erfahren, zum Beispiel durch die Einführung des Rechtsanspruches

auf eine Kindertagesbetreuung für Kinder ab dem Alter von einem Jahr sowie durch verschiedene Bundesförderprogramme (z.B. die voraussichtlich Ende 2022 auslaufenden Programme „Sprach-Kitas“ und „Kita-Einstieg“). Dadurch wird die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Kindertageseinrichtungen und frühkindlicher Bildung gestärkt, gleichzeitig aber eine „top-down“-Struktur verfestigt, in der die Finanzierung und damit meist auch die Existenz von frühkindlichen Bildungseinrichtungen immer stärker an entsprechende Bildungspläne oder Förderrichtlinien gebunden werden. Dennoch lässt sich argumentieren, dass Kindertageseinrichtungen in ihrer individuellen Ausgestaltung des Bildungsangebots nach wie vor deutlich mehr Freiheiten genießen als Schulen.

Die Bedeutung einer nationalstaatlichen bildungspolitischen Rahmgebung und Strukturierung soll nicht abgetan werden, allerdings spiegelt sie in ihrer aktuellen Ausgestaltung häufig nicht die Lebenswelten aller Kinder und Jugendlichen wider und kann mit Blick auf zukünftige gesellschaftliche Transformationen auch nur bedingt nachhaltig und chancengerecht wirken. BNE und die Agenda 2030 sehen jedoch als ein zentrales Ziel, die Erziehung zum „global citizen“, zum Weltbürgertum, vor, wofür der Fokus auf eine ausschließlich am Nationalstaat orientierte Bildung zumindest teilweise überdacht und überarbeitet werden müsste.

Ludger Pries hat mit seinen Ausführungen zu transnationalen sozialen Räumen (1997) die Grundlagen für eine weitere Spezifizierung hin zu transnationalen Bildungsräumen gelegt (Fürstenau 2004; Adick 2005). Sara Fürstenau untersucht in dem Zusammenhang transnationale Orientierungen von Hamburger Jugendlichen im deutsch-portugiesischen transnationalen Raum (2004). Darauf bezugnehmend entwickelt Christel Adick einen Vorschlag für ein Gesamtkonzept transnationaler Bildungsräume (2005). Dabei arbeitet sie zunächst drei Themenfelder heraus: Transnationale Konvergenzen im Bildungswesen, Transnational Education (TE) und Transnationale Bildungsräume (ebd.: 246ff.), um anschließend „Transnationale Bildungsräume“ als Überbegriff für alle zukünftigen Forschungen zu Transnationalität und Bildung vorzuschlagen (ebd.). Dabei soll darunter sowohl Transnationalität „von oben“ zum Beispiel durch privat(-wirtschaftliche) transnationale Bildungsabschlüsse wie dem Internationalen Bakkalaureat als auch Transnationalität „von unten“, das heißt aus den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen heraus, gefasst werden (Adick, 2005). Küppers et al. (2016) und Fürstenau (2016) zeigen dies für den deutsch-türkischen transnationalen Bildungsraum auf, wobei die divergenten Entwicklungen von Transnationalität „von unten“ und „von oben“ weiterhin Relevanz besitzen.

Mit Blick auf den Bildungsraum öffentlicher Institutionen, in dem sich die meisten Kinder und Jugendlichen bewegen, ist Transnationalität insbesondere „von unten“ zu finden als gelebter Alltag unter anderem durch

muttersprachlichen Unterricht (vgl. Li-Gottwald in diesem Band), transnationale Zukunftsorientierungen oder innerfamiliäre Bildung und Erziehung. Der Fokus liegt dabei häufig auf Spracherwerb und Sprachbildung (vgl. Küppers et al. 2016). Aktuelle Forschungen zu Transnationalität und Sprache oder weiteren (institutionellen) Bildungsfeldern beziehen sich zudem meist nur auf die schulische Bildung. So beschäftigt sich ein umfangreiches Sammelwerk, das Ergebnis der internationalen Konferenz „Failing Identities, Schools and Migrations. Teaching in (Trans)National Constellations“, mit dem Thema aus unterschiedlichen internationalen Blickwinkeln und Schwerpunkten (Heidrich et al. 2021). Darin wird auch die Rolle von Lehrkräften und weiterem pädagogischen Schulpersonal in der Ausbildung betrachtet. Anknüpfend an das „natio-racial-cultural ‚We‘ to the pupils“ (ebd.: 13f.) betrachten Heidrich und Kolleg*innen verschiedene Herangehensweisen, wie Schule in der Migrationsgesellschaft Transformationsprozessen wie Transnationalität begegnen kann. Die Veränderung von über Jahren und Jahrzehnten etablierten Strukturen und Praktiken ist allerdings ein langer, umfangreicher und oft auch schmerzhafter Prozess, der auf gesellschaftlicher, politischer, institutioneller und individueller Ebene anzusiedeln ist. In der Praxis kommt dabei insbesondere Pädagog*innen eine entscheidende Rolle zu.

Forschungen zu Transnationalität in frühkindlichen Bildungsinstitutionen selbst lassen sich jedoch kaum finden. Der Forschungsschwerpunkt in Bezug auf die Institution Kindertageseinrichtungen liegt hierbei eher auf sozialer Ungleichheit und Differenz (z.B. Machold 2015; Thon et al. 2018) oder auf Professionalität pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen der Migrationsgesellschaft (Kuhn 2013). Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Transnationalität in der frühen Bildung ist jedoch bisher kaum vorhanden. Majella Kilkey und Laura Merla (2014) untersuchten institutionelle Betreuungsarrangements transnationaler Familien in Belgien und Großbritannien, allerdings nicht speziell für den frühpädagogischen Kontext. Für den deutschsprachigen Raum bilden die ethnografischen Forschungen von Ursina Jaeger in einer Schweizer Kindergartenklasse und darauf aufbauend an verschiedenen weiteren Orten weltweit (2020; 2021) sowie von Sabine Bollig und Kolleg*innen, die mit Bezug auf Bildungs- und Betreuungsarrangements der frühkindlichen Bildung grenzüberschreitende Mobilitäten in einer europäischen Grenzregion untersuchen (Bollig et al. 2016; 2019; 2022), erste Ausnahmen. Daher bedarf es weiterer Forschungen zu transnationalen Lebenswelten von Kindern und Familien in nationalstaatlich orientierten Kindertageseinrichtungen

6. Transnationalität in der Praxis der frühkindlichen Bildung

Im abschließenden Teil dieses Beitrags soll der Blick nun auf die pädagogische Praxis gerichtet werden, genauer auf pädagogisches Fachpersonal in der frühkindlichen Bildung sowie besonders auf Praxismaterialien, die diese Zielgruppe zur Weiterbildung nutzt. Insbesondere seit der starken Fluchtzuwanderung ab Mitte der 2010er Jahre, haben geflüchtete Kinder oder Kinder geflüchteter Eltern auch in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege verstärkt Aufmerksamkeit erfahren. Aufgrund bundes- und landesspezifischer Verteilungsschlüssel wurde geflüchteten Familien sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum eine Unterbringung zugewiesen. Dementsprechend sehen sich auch solche Bildungseinrichtungen mit Themen von Flucht und Migration konfrontiert, für die dies bis dahin eher von untergeordneter Bedeutung war. Es ließe sich vermuten, dass diese Entwicklung ein Anlass sein könnte, um transnationale Aktivitäten und Lebenswelten der Kinder, die Kindertageseinrichtungen neu oder auch schon länger besuchen, im Betreuungsalltag als wichtige familiäre Bildungserfahrungen aufzugreifen. Dabei bleibt die pädagogische Auseinandersetzung mit dieser „Transnationalität von unten“ jedoch häufig weitestgehend offen. In dem Kontext sind jedoch auch die hohen Anforderungen an pädagogische Fachkräfte und personellen Ressourcen in Kindertageseinrichtungen insgesamt zu berücksichtigen, deren Bildungsauftrag bisher nicht explizit eine Auseinandersetzung mit diesem Thema vorsieht. Hierfür müssen pädagogische Ansätze und Methoden entwickelt werden, um das Transnationale am Bildungsort Kindertageseinrichtung überhaupt herauszuarbeiten. So könnten beispielsweise anstatt von Weltkarten im Eingangsbereich vieler Kindertageseinrichtung, die die Herkunftsländer von Familien markieren, jene Orte weltweit hervorgehoben werden, die für die Familien der Einrichtung wichtig sind.

Einzelne Aspekte wie Mehrsprachigkeit werden im Betreuungsalltag und in den Bildungsplänen bereits aufgegriffen. In vielen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen steht jedoch sowohl von Seiten der Institutionen als auch von Seiten der Eltern der Deutschspracherwerb im Zentrum der Aufmerksamkeit. Während im Zuge mehrsprachiger Aktivitäten auch transnationale Lebenswelten erfahrbar gemacht werden können, ist dies bei einer überwiegenden Konzentration auf die deutsche Sprache tendenziell eher nicht möglich. Hier wird deutlich, dass der „monolinguale Habitus“ (Gogolin 2008) in Bildungseinrichtungen nach wie vor dominiert und nicht nur Sprachen, sondern auch Erfahrungsräume dadurch an diesen Bildungsorten nur wenig Raum zur Entfaltung finden.

Eine Vielzahl an praxisorientierten Publikationen für pädagogisches Personal in der frühkindlichen Bildung beschäftigen sich in den vergangenen Jahren mit Flucht, Migration, Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und Integration bzw. Inklusion neuzugewanderter Kinder und Familien in der frühkindlichen Bildung (z.B. Correll et al. 2017; Hendrich 2016; Hofbauer 2017; Korn 2019). Transnationale Lebenswelten spielen darin selten explizit eine Rolle. Falls sie doch relevant werden, geht es eher implizit um Bildungs- und Erziehungsvorstellungen, Bildungserfahrungen der Eltern im Herkunftsland oder Erfahrungen der Flucht. Darüber wie Familie, Bildung und Erziehung zwischen geflüchteten Familien und Kindertageseinrichtungen im Rahmen der geforderten, sogenannten „Bildungs- und Erziehungspartnerschaften“ ausgehandelt und besprochen werden, ist bisher wenig bekannt. Die alltägliche Bedeutung von Großeltern, Tanten, Onkeln, Cousinen und Cousins oder Familienfreunden für das transnationale „doing family“ im Hier und Jetzt nach der Flucht oder Migration wird in den Praxispublikationen von Autor*innen aus der (Fortbildungs-)Praxis der frühkindlichen Bildung, Wohlfahrtsverbänden oder Ministerien in der Regel nicht explizit aufgegriffen. Dies ist insbesondere damit zu erklären, dass Transnationalität in frühpädagogischen Praxisdiskursen bisher noch kaum Zugang gefunden hat. So regen Annette Korntheuer und Rayan Korri in ihrer Evaluation von Familienbildungsprogrammen beispielsweise dazu an, Transnationalität in Programmmaterialien bewusst als Thema zu verankern (2021: 335f.). An diesen Stellen gilt es anzuknüpfen und Transnationale Bildungsräume aus dem wissenschaftlichen Diskurs in die Debatten der Fachpraxis und darauf aufbauend in den (früh-)pädagogischen Alltag zu übersetzen. Gleichzeitig müssen aber insbesondere für die Kindertagesbetreuung jene Momente erst noch wissenschaftlich identifiziert werden, an denen transnationale Aktivitäten im Betreuungsalltag möglicherweise bereits stattfinden und gemeinsam mit Familien praktiziert werden. Zunächst ist es jedoch mit Blick auf die Praxis der frühkindlichen Bildung nötig, das Konzept Transnationaler Bildungsräume überhaupt einer breiteren Zielgruppe bekannt zu machen und auf die praktische Arbeit zu übertragen

7. Fazit und Ausblick

Transnationalität ist bewusst oder unbewusst ein relevanter Teil des Alltags vieler geflüchteter und neuzugewanderter Kinder und ihrer Familien. Dabei ist das Konzept des „doing family“ auch transnational zu fassen. Transnationalität ist jedoch nicht nur für geflüchtete und neuzugewanderte Kinder von Bedeutung, sondern in einer globalisierten Welt eine bedeutende Bildungserfahrung für alle Kinder und Jugendlichen. Meist spielt dies in

institutionalisierten Bildungskontexten wie Kindertageseinrichtungen oder Schule, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Für Kinder und Jugendliche spielt Transnationalität aus dem Alltag der Familien heraus, also „von unten“, die entscheidende Rolle. Diese wird aber kaum explizit in institutionalisierten Bildungskontexten aufgegriffen. Wenn eine Auseinandersetzung damit stattfindet, dann oft mit dem Fokus auf Sprache. In der Forschung hingegen hat das Konzept der Transnationalität bereits eine hohe Aufmerksamkeit erfahren. Für Kinder und Jugendliche wird dies insbesondere durch Transnationale Bildungsräume gerahmt. Dabei steht der nationalstaatlich geprägte Bildungsort Schule bisher im Fokus der Forschung. Für die frühkindliche Bildung und den Bildungsort Kindertageseinrichtungen sind hier zunächst grundlegende Untersuchungen nötig. Mein Promotionsprojekt greift daher die Interdependenzen und Aushandlungen über Bildung und Erziehung zwischen geflüchteten (transnationalen) Familien und Kindertageseinrichtungen auf. Dabei wird insbesondere das familiäre Binnenverhältnis im Kontext von Flucht und Asyl in Beziehung zum institutionellen Außenverhältnis Kita untersucht. Zur Umsetzung dieses Vorhabens werden mehrstufige qualitativ-ethnografische Fallstudien mit geflüchteten Familien und Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Aktuell befindet sich das Projekt in der Erhebungsphase. Es gibt bereits einige Studien zu Differenz und Ungleichheit in der frühen Bildung sowie wenige Forschungen zu transnationalen Kindheiten. Mit Blick auf die Bedeutung von transnationalen Familienleben in institutionellen Settings ist hier jedoch noch eine größere Forschungslücke erkennbar. In der Praxis, besonders in der Praxis der frühkindlichen Bildung, ist Transnationalität bisher kaum bekannt. Hier braucht es Konzepte und Ideen, um dies stärker zu verbreiten und nachhaltig zu verankern, sodass ein Bewusstsein für die gelebten transnationalen Aktivitäten und deren Bildungswert geschaffen und dieses in praktische Handlungskonzepte übertragen wird. Betrachtet man die angestrebte flächendeckende Verankerung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Bildungseinrichtungen durch BNE, sollten deshalb in diesem Bereich auch Migration und transnationale Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen konsequent in allen Zielen mitgedacht werden. Hier zeichnet sich ein an der Lebensrealität vieler Kinder und Jugendlicher orientiertes Forschungs- und Praxisfeld ab, das zukünftig einer noch stärkeren Forschung und Umsetzung bedarf.

Literatur

Aden, Samia/ Westphal, Manuela (2021): Undoing und Not Doing Family in der Fluchtmigration. In: Migration und Soziale Arbeit, 2021/4, S. 321-328.

- Adick, Christel (2005): Transnationalisierung als Herausforderung für die International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft. *Tertium Comparationis*, 11/2, S. 243-269.
- Anderson, Benedict (2016): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Revised Edition. London/New York: Verso.
- Arnold, Marie-Therese/ Carnap, Anna/Bormann, Inka (2016): Bestandsaufnahme zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bildungs- und Lehrplänen. Berlin: Stiftung Haus der kleinen Forscher.
- Baldassar, Loretta (2008): Missing Kin and Longing to be Together: Emotions and the Construction of Co-presence in Transnational Relationships. In: *Journal of Intercultural Studies*, 29/3, S. 247-266.
- Bollig, Sabine/ Honig, Michael-Sebastian/ Nienhaus, Sylvia (2016): Vielfalt betreuter Kindheiten. Ethnographische Fallstudien zu den Bildungs- und Betreuungsarrangements 2-4-jähriger Kinder. Belval: Université du Luxembourg
- Bollig, Sabine/ Eßer, Florian (2019): Transnationale Kindheiten. Transnationalität als Perspektive zur Erforschung der Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen in kindheitssoziologischer Perspektive. In: Burzan, N. (Hrsg.) (2019): *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, S. 1-9.
- Bollig, Sabine/ Behnke, Selina/ Jutz, Jonas/ Mootz, Anne (2022): Diverse Mobilitäten, multiple Grenzen. Zu den Bildungs- und Betreuungsarrangements grenzpendelnder Familien in der Großregion SaarLorLux. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 42/2, S. 149-165.
- Braunsdorf, Felix (2019): Migration in der Agenda 2030. In: *Vereinte Nationen*, 2019/4, S. 171-176.
- Bryceson, Deborah/ Vuorela, Ulla (2002): Transnational Families in the 21st Century. In: Bryceson, D./Vuorela, U. (Hrsg.) (2002): *The Transnational Family: New European Frontiers and Global Networks*. Oxford: Berg Publishers, S. 3-30.
- Carling, Jørgen/ Menjivar, Cecilia/ Schmalzbauer, Leah (2012): Central Themes in the Study of Transnational Parenthood. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 38/2, S. 191-217.
- Correll, Lena/ Kassner, Karsten/ Lepperhoff, Julia (2017): *Integration von geflüchteten Familien. Handlungsleitfaden für Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter*. 2. Überarbeitete Auflage. Berlin: Evangelischen Hochschule.
- Faist, Thomas/ Fauser, Margit/ Reisenauer, Eveline (2014): *Das Transnationale in der Migration. Eine Einführung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Fürstenau, Sara (2004): Transnationale (Aus-)Bildungs- und Zukunftsorientierungen. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 7/1, S. 33-57.
- Fürstenau, Sara (2016): Multilingualism and School Development in Transnational Educational Spaces. Insights from an Intervention Study at German Elementary Schools. In: Küppers, A./ Pusch, B./ Uyan-Semerici, P. (Hrsg.) (2016): *Bildung in transnationalen Räumen. Education in Transnational Spaces*. Wiesbaden: Springer VS, S. 71-90.
- Glick Schiller, Nina/ Basch, Linda/ Blanc-Szanton, Christina (1992): Towards a Definition of Transnationalism. Introductory Remarks and Research Questions. In: *Annals of the New York Academy of Sciences*, 645 (1), S. ix-xiv.

- Gogolin, Ingrid (2008): *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*. 2. Auflage. Münster: Waxmann Verlag.
- Heidrich, Lydia/ Karakaşoğlu, Yasemin/ Mecheril, Paul/ Shure, Saphira (2021): Schools and teacher education challenged by transnational constellations. An introduction. In: Heidrich, L. et al. (Hrsg.) (2021): *Regimes of Belonging – Schools – Migrations. Teaching in (Trans)National Constellations*. Preprint. Bremen: Universität Bremen, S. 6-23.
- Hendrich, Andrea (2016): *Kinder mit Migrations- und Fluchterfahrung in der Kita*. München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Hofbauer, Christiane (2017): *Kinder mit Fluchterfahrung in der Kita. Leitfaden für die pädagogische Praxis*. 2. Ergänzte Auflage. Freiburg i. Br.: Herder Verlag.
- Holst, Jorrit/ Singer-Brodowski, Mandy (2020): *Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Frühkindlichen Bildung. Strukturelle Verankerung in Bildungsplänen, Rahmendokumenten und der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften*. Berlin: Freie Universität Berlin, Institut Futur.
- Hondagneu-Sotelo, Pierrette/ Avila, Ernestine (1997): „I’m here, but I’m there“. The Meanings of Latina Transnational Motherhood. In: *Gender & Society*, 11/5, S. 548-571.
- Jaeger, Ursina (2020): Trumpfkarte Smartphone. Konfigurationen sozialer Ordnung im Alltag einer transnationalen Kindergartenklasse und die Ent-Pädagogisierung der Kindergarten-Ethnografin. In: Wiesemann, J./ Eisenmann, C./ Fürtig, I./ Lange, J./ Mohn, B. (Hrsg.) (2020): *Digitale Kindheiten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 149-165.
- Jaeger, Ursina (2021): Vom Schweizer Kindergarten ins Außerschulische, nach Ghana, und wieder zurück: Wenn Kinder und eine Ethnografin gemeinsam ‚Grenzen‘ überschreiten. In: Hedderich, I./ Reppin, J./ Butschi C. (Hrsg.) (2021): *Perspektive auf Vielfalt in der frühen Kindheit. Mit Kindern Diversität erforschen*. 2. Durchgesehene Auflage. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 334-347.
- Jurczyk, Karin/ Lange, Andreas/ Thiessen, Barbara (2014): *Doing Family als neue Perspektive auf Familie*. In: Jurczyk, K. et al. (Hrsg.) (2014): *Doing Family. Warum Familienleben heute nicht mehr selbstverständlich ist*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 7-48.
- Jurczyk, Karin (2020): *UnDoing Family: Zentrale konzeptuelle Annahmen, Feinjustierungen und Erweiterungen*. In: Jurczyk, K. (Hrsg.): *Doing und Undoing Family. Konzeptionelle und empirische Entwicklungen*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 26-54.
- Kämpfe, Karin (2019): *Kindheiten in europäischen Migrationsgesellschaften. Orientierungen von Kindern im Kontext von Migration und Differenz*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kilkey, Majella/ Merla, Laura (2014): *Situating transnational families’ care-giving arrangements: the role of institutional contexts*. In: *Global Networks* 14/2, S. 210-247.
- Koch, Bernhard (2019): *Bildung für nachhaltige Entwicklung in Österreichs Kindergärten: Überblick und Forschungsdesiderate*. In: *Transfer. Forschung – Schule*, Heft 5, S. 29-39.
- Korn, Franziska (2019): *Kinder mit Fluchthintergrund in der Kindertagesbetreuung*. 2. Auflage. Wiesbaden: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration.

- Korntheuer, Annette/ Korri, Rayan (2021): Familienbildung im Kontext von Flucht-migration. In: Migration und Soziale Arbeit, 43/4, S. 329-337.
- Kuhn, Melanie (2013): Professionalität im Kindergarten. Eine ethnographische Studie zur Elementarpädagogik in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Küppers, Almut/ Pusch, Barbara/ Uyan-Semerci, Pinar (2016): Mapping Out the Transnational Educational Space Between Germany and Turkey. In: Küppers, A./ Pusch, B./ Uyan-Semerci, P. (Hrsg.) (2016): Bildung in transnationalen Räumen. Education in Transnational Spaces. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-34.
- Lang-Wojtasik, Gregor (Hrsg.) (2019): Bildung für eine Welt in Transformation. Global Citizenship Education als Chance für die Weltgesellschaft. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Machold, Claudia (2015): Kinder und Differenz. Eine ethnografische Studie im elementarpädagogischen Kontext. Wiesbaden: Springer VS.
- Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2017): Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der deutsche Beitrag zum UNESCO-Weltaktionsprogramm. Berlin.
- Nedelcu, Mihaela/ Wyss, Malika (2016): ‚Doing Family‘ through ICT-mediated ordinary co-presence: transnational communication practices of Romanian migrants in Switzerland. In: Global Networks, 16/2, S. 202-218.
- Pries, Ludger (1997): Internationale Migration und die Emergenz Transnationaler Sozialer Räume. In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.) (1997): Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden. Bd. 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 313-318.
- Reisenauer, Eveline (2020): Multilokales und transnationales Familienleben: UnDoing Family bei räumlicher Distanz. In: Jurczyk, K. (Hrsg.) (2020): Doing und Undoing Family. Konzeptionelle und empirische Entwicklungen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 296-310.
- Sauer, Lenore/ Diabaté, Sabine/ Gabel, Sabrina/ Halfar, Yvonne/ Kraus, Elisabeth/ Wenzel, Laura (2018): Doing transnational family im Kontext von Flucht und Krisenmigration: Stand der Forschung. BiB Working Paper 3/2018. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Singer-Brodowski, Mandy (2016): Transformative Bildung durch transformatives Lernen. Zur Notwendigkeit der erziehungswissenschaftlichen Fundierung einer neuen Idee. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 39/1, S. 13-17.
- Thon, Christine/ Menz, Margarete/ Mai, Miriam/ Abdessadok, Luisa (Hrsg.) (2018): Kindheiten zwischen Familie und Kindertagesstätte. Differenzdiskurse und Positionierungen von Eltern und pädagogischen Fachkräften. Wiesbaden: Springer VS.
- Uçan, Yasemin (2022): Erziehungsziel Mehrsprachigkeit. Eine qualitative Studie zu Erziehung und Elternschaft im Kontext von Migration. Wiesbaden: Springer VS.
- Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. A/RES/70/1.
- Westphal, Manuela (2018): Transnationaler Bildungsort Familie: Elterliche Erziehung und Bildung in der Migration. In: Glaser, E./Koller, H.-C./Thole,

- W./Krumme, S. (Hrsg.) (2018): Räume für Bildung – Räume der Bildung. Beiträge zum 25. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 161-171.
- Westphal, Manuela/ Motzek-Öz, Sina/ Aden, Samia (2019): Transnational Doing family im Kontext von Fluchtmigration. Konturen eines Forschungsansatzes. In: Behrens, B./ Westphal, M. (Hrsg.) (2019): Flucht migrationsforschung im Aufbruch. Wiesbaden: Springer VS, S. 251-272.
- Westphal, Manuela/ Aden, Samia (2020): Familie, Flucht und Asyl. In: Ecarius, J./ Schierbaum, A. (Hrsg.) (2020): Handbuch Familie. Gesellschaft, Familienbeziehungen und differentielle Felder. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-18.

Social sustainable development: A case of the Chinese complementary schooling in Berlin

Jiayin Li-Gottwald

1. Introduction

Sustainable development refers to ‘development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs’ (Strange/Bayley 2008: 24). When looking at the idea of global sustainability, the economic and ecological dimensions have received far more attention than the social dimension of sustainable development (Dobson 1999; Agyeman et al. 2003). Economic growth and ecological crises have been dominating the major political debates and academic discussions throughout the second half of the last century. Since the end of the 20th century, there has been a shift in the attention given to the social and cultural aspects of global sustainable development (Hediger 2000). This raises the overt consideration of the interconnectedness and interdependency of the ‘three pillars’ of sustainable development – society, the economy and the environment (Strange/Bayley 2008: 27) – suggesting comparable and mutually supportive relationships between these three dimensions (Littig/Grießler 2005). More recently, the 17 Sustainable Development Goals (SDGs) adopted by the United Nations in the 2030 Agenda clearly acknowledge that in order to ‘end poverty and hunger’, ‘protect the planet’, ‘ensure prosperity’ and ‘foster peace’ for all, ‘development must balance the social, economic and environmental sustainability’ (UN 2015: 1-2). Before this work was developed, there was an emerging body of work on the social and cultural aspects of sustainable development (Vallance et al. 2011). While seven targets of the SDGs are related to migration issues (Piper 2017), promoting studies focusing on migration management and governance at a global and national level, little discussion has been conducted in terms of migrant self-organisations (MSOs), migrant agency and solidarity (see Freuwört in this Book).

In this article, I seek to do this by examining the experiences of Chinese migrants from different socio-economic backgrounds, assessing their

sustainable development within the specific setting of a MSO: a complementary school. Complementary schools are often founded by and for minority ethnic communities so as to preserve their own culture, religion and linguistic heritage. Such schooling is a global phenomenon and occurs when migrant minority groups settle in different countries (Martin et al. 2006). In the current paper, I examine the lived experiences of a group Chinese migrant parents in a Chinese complementary school in relation to the topics of social mobility, social cohesion, community participation, empowerment and cultural identity. My aim is to develop a more finely grained understanding of diverse social sustainable experiences within the Chinese parental migrant population. To do so, I draw on data from an ethnographic study conducted in a Chinese complementary school in Berlin (Li-Gottwald 2020; 2022). Based on the experiences of these parents, a picture emerges of ways in which their interactions in the school create opportunities for upwards or downwards social mobility, provide a platform for the negotiation of their ethnic and cultural identity, and finally offer the possibility to engage with the host society and enhance their children's education. To explore these issues, I start with a brief overview of social and cultural sustainable development in migrant society and the idea of migrant self-reliant and self-support organisations in the process of social sustainable development. Then I present a short introduction to the Chinese migrant community in Germany and Chinese complementary schooling. After that, I turn to the methodology for the study and present data illustrating the socio-economic backgrounds of the participants and their experiences of social interactions in the school. I discuss what the participants' experiences suggest about the role that complementary schooling plays in the social sustainable development process. Finally, I argue that while migrant self-organisations, such as Chinese complementary schools, are a way forward, external support from local government and the larger host society is needed, particularly for those who are left out of the process of accumulating social capital (Bourdieu 1986; Putnam 1995, 2000).

2. Social sustainability, social development and the role of migrant self-organisations

One key feature of social sustainability is its enormous conceptual complexity. During the last 20 years, a body of literature has emerged with the focus on various theoretical and conceptual frameworks of social sustainable development (Agyeman/Evans 2004; Cuthill 2009; Magis/Shinn 2009; Casula Vifell/Soneryd 2012). Cuthill (2009) concludes that social sus-

tainability is seen in terms of: 1) social justice and equity; 2) social infrastructure; 3) engaged governance; and 4) social capital. At the same time, Magis and Shinn (2009) identify four general ideas of social sustainability: human well-being, equity, democratic government and democratic civil society. Complementing these scholars, Boström (2012) provides a more comprehensive outline of the social goals of sustainable development, referring to possible improvements that might be made to the living conditions of current and future generations. These include, but are not limited to, the following: basic living needs; inter- and intra-generational justice; equality of rights; access to resources; employment; opportunity for self-development; community capacity for the development of civil society and social capital; economic and environmental security; social cohesion, inclusion and interaction; cultural diversity and traditions; sense of community attachment, belonging and identity; social recognition and happiness.

According to the Brundtland Report (1987) which highlights the guiding principles for general understandings towards sustainable development, features of social sustainable development include tangible and less tangible necessities for life. The former is often related to meeting essential tangible needs for jobs, food, energy, water and sanitation (ibid, p.49), whereas freedom, justice, access to influential decision-making, education, and equity are significant and less-tangible measures of the sustainable development paradigm (Foladori 2005; Reed 2007; Budd et al. 2008; Bram/Power 2009, etc). There is a considerable amount of literature looking at these different aspects of social sustainability. One dominant discourse arising from current studies is the debate on whether the 'developing' and 'developed' nations have different sustainable approaches regarding tangible and intangible needs. Some scholars, such as Bramley and Power (2009), emphasise that the less tangible needs such as social capital, social cohesion and social exclusion are the focus of social sustainable development in the Global North. Others (Emas 2006; Boone/Modarres 2006) argue that the basic needs of access to goods, health services and housing exist everywhere. In the latter case, the direction of the argument is that, across the Global South and North, social sustainable development includes a broad spectrum of issues, beginning with the fulfilment of basic living needs and culminating in contributions to the needs of a prosperous social life. Crucial to this understanding is that, only when the basic requirements of food, water, health care and living space have been met can the less tangible needs of justice, education, inclusion and equity be considered.

The idea of the co-existence of both basic and less tangible needs in 'developed' countries seems to apply to established migrant communities residing there. This is due to the rapid increase of inequality in terms of 'unequal access and possessions of material resources (e.g. property, possessions and wealth) and symbolic resources (e.g. culture, education, prestige,

legitimacy, social networks)’ that has been taking place in the industrialized societies over the last two decades (Block, 2018, p.139). When a vast proportion of the population encounters society-wide decrease of access to resources, special consideration also needs to be given to migrant communities in relation to their social sustainable development. One way of establishing the social and cultural features of sustainable development in migrant society is to foreground matters of the social and cultural role of migrant self-organisations. MSOs refer to any formal and informal types of migrant self-support and self-help (Huth, 2004). MSOs vary in structure and purpose for different ethnic/migrant groups. Hunger (2004) concludes that in Germany migrant self-organisations include various cultural associations, meeting centers, religious associations, sport and leisure associations, political associations, family and parents’ associations and economic associations, with the majority of them having Turkish and Polish origins (Amelina/Faist 2008; Diehl 2002).

3. A general picture of Chinese migrant society and its ethnic networks in Germany

Since the very early settlement of Chinese migrants in Germany from 1822 (Gütinger 2004) until recently, the community has been defined as a dispersed, low-profile and self-reliant ethnic group in Germany (Giese 2003; Yu-Dembski 2011). In particular, it is considered as a heterogeneous migrant group regarding its social, cultural, language and economic status in the German host society (Li-Gottwald 2022). While the majority of them are business owners, professionals and students in high-education, the rest came to Germany as labour and underground migrants with a small number of Asylum seekers (Giese 2003; Leung 2005; Li-Gottwald 2022). The Chinese migrant community heavily relies on its own ethnic support systems in order to survive in host countries (*ibid*). Self-support systems are often based on various community cultural associations, business associations and religious groups. Survival strategies are needed in a number of ways, from running a business to dealing with legal status, and including accessing family and financial help. For instance, Leung’s series of studies (2003; 2005; 2009) highlights the significant roles of ethnic networks in Chinese-owned IT and catering businesses, as well as tourist-related industries. It is noteworthy that traditional places for community social space such as Chinatown do not exist in Germany (Giese 2003; Ziegert 2007). Festivals, celebrations, and other gatherings are normally held in Chinese restaurants in bigger cities (Giese 2003), or in rented buildings of local schools, universities, and other institutions (Ziegert 2007). Thus, some well-known local Chinese restaurants,

Chinese complementary schools, and Chinese churches have become the centers of ethnic communities and link private and business matters for their own ethnic communities. As noted earlier, in this article I intend to focus on a Chinese complementary school and reveal how such a school fosters and promotes social cultural sustainability for the local Chinese community in ways that are beyond the mere education of their children.

4. Complementary schooling

Complementary schools are also called supplementary schools, mother-tongue schools, community schools, heritage schools, Saturday schools, or Sunday schools. The ideology embedded in the term ‘complementary schooling’ promotes a non-hierarchical and complementary relationship to mainstream schooling (Creese/Martin 2006). It is claimed that the reason behind the continuing development and expansion of complementary schools lies in the desire to maintain linguistic and cultural resources and cross-generational communication (Li 2006; Barradas/Chen 2008). The existence of complementary schooling is actually a response to the historical monolingual ideology (Creese/Martin 2006) and ‘monolingual habitus’ in many language-teaching classrooms in mainstream schools (Gogolin 2013) and a self-support system for the excluded migrant ethnic communities. Often complementary schools do not receive financial support from local government, as seen in many countries.

Various types of complementary schools exist in the German context. Some work towards providing knowledge of heritage, language and culture, such as Russian, Polish and Chinese schools, while others are religion-based, such as Koran schools. Chinese complementary schools in Germany, also known as Chinese School (Chinesische Schule), are voluntary institutions set up by local Chinese migrant communities, often with the aim of teaching the Mandarin or Cantonese language to the German-born generations of Chinese ethnic children (Li-Gottwald 2020). Such Chinese Schools are a phenomenon resulting from Chinese migrant individuals and communities organising themselves to promote their history, tradition, language and culture, which are rarely available to their children in German host education institutions.

Current research of complementary schooling in Germany mainly focuses on linguistic ideology, the negotiation of identity, or to some extent, religious development. Little research has focused on parental interactions within the school setting and the benefits that they provide to the parents. In particular, complementary schools remain unexamined as a site for social

inclusion and exclusion, the generation of social capital, and ethnic networking. As a result, the Chinese language school is often perceived as a Chinese language centre for German-born Chinese ethnic children. These schools have drawn little attention from education and social sciences/ intercultural education research in terms of their community function and contribution to migrant social and cultural sustainability.

4.1 the local context of Hua Hua School

In this section I set the scene for the local context within which the ethnographic fieldwork for this study took place. Hua Hua School is a Chinese complementary school located in Berlin, Germany. Its main focus is to teach ethnic Chinese children the official Chinese language – Mandarin – with an emphasis on sharing and imparting Chinese culture. At the time the fieldwork was being conducted, a small number of classes were being offered for children from different ethnic backgrounds. The origin of the school was based on ‘home schooling’, namely a group of children taught by their parents and others as at home. Set up by the newly arrived Chinese families in the late 1980s and early 1990s, most of the parents were PhD students studying at German universities. The very first iteration of Hua Hua School emerged on the basis of a collective of young families providing private Mandarin language education to their children. The school was then officially founded in 1992 by the same group of parents and was later handed over to the local Chinese community with the support of the Education Section of the Chinese Embassy. Hua Hua School operates in a local mainstream school and is allowed to use most of the school facilities, such as classrooms in three different school buildings, car parks, a playground and the school auditorium.

When I conducted the fieldwork, the school had nearly 500 children attending 36 different classes. It ran each Saturday during term time. Classes were divided into two sessions: morning classes from 9am to 12:45pm and afternoon classes from 1:15pm to 3pm. The children were able to attend either of the sessions according to the availability of the classes and their own Saturday schedules. There was a break from 12:45 to 13:15, which enabled the afternoon classes to get ready and allowed the teachers to have a lunch break. All the teachers were volunteers who were receiving a moderate allowance to cover their class preparation materials and many of them were parents of the children in the school. The director’s office in one of the three school buildings was shared by the school management and teach staffs. However, at the time of study, it also functioned as a gathering room for some of the parents during their children’s lessons. The children were grouped in various classes according to their Mandarin proficiency and age. In addition to Mandarin and literacy sessions, there were lessons in traditional Chinese

dance, arts, sports, as well as mathematics and English language sessions. It also provided German and Mandarin lessons as well as Taiji sessions for the parents.

4.2 *The case of a forward social cultural sustainable development process*

4.2.1 A space for performing migrant multilingual identity

One crucial finding was that the Chinese complementary school promoted a sense of multilingual identity amongst the first-generation Chinese migrant parents. The parental spoken interactions captured at the school setting were often translingual. Extract 1 provides an example:

Extract 1: ‘we went to the ‘X Restaurant’’¹

X = Xue, L = Lucy, G = Guo, R = River, H = Hu

X: 昨天你知道什么, 昨天我们去哪了吗, 昨天去了个 X Restaurant?

Yesterday, you know what, where we went yesterday, yesterday (we) went to the ‘X Restaurant’

L: Was bedeutet X Restaurant, wo ist es denn?

What does the ‘X restaurant’ mean, where is it?

X: 听说了吗

Have you heard about it?

G: 没听说过,

never heard about it, erzähl mehr have not heard about it, tell more

Extract 1 is a scenario in which the participants shared their local dining experiences through their constructions of multilingualism. The fluent translanguaging between three languages - German, English, and Mandarin (*普通话* - *Putonghua*) – and the discussion about a restaurant visit. The fluid translanguaging seems to be a way for the participants to display their multilingual competences in terms of the linguistic capital they possess (Bourdieu, 1984; 1991). Such examples suggest that the Chinese complementary school offers a space in which particular multilingual identities were privileged and encouraged in the parental endorsement of flexible multilingualism. Identity is “our sense of who we are and our relationship to the world” (Kanno 2003: 3), and in voicing their multilingual identity the participants of this parental spoken interaction were able to creatively construct an episode of multilingual social meanings. This indicates that the complementary schools provided the first-generation migrant parents a safe place for exploring their

1 Pseudonym

linguistic identities while producing opportunities for performing linguistic-capable migrant identity.

4.2.2 A platform for the engagement with community schooling

The second finding emerging from the study is that the Chinese complementary school offers a platform for community school engagement. This is particularly evident in case of parental involvement in the Chinese complementary school. The following extract illustrates a situation in which a parent volunteered to teach a class when the teacher needed some temporary leave.

Extract 2: 'What class, see if I can help'

Vivian = V, Yan = Y

V: 我这要去出差, 这可怎么办

I need to travel for business, what shall I do (with the class)

Y: 什么班, 看看我行不行

What class, see if I can help

V: 真的?

really?

Y: 哈哈, 几点的课, 让我看看教材

Hahaha, what time is the class and let me see the teaching material

The extract above illustrates an interaction between a volunteer teacher, Vivian (who is also a parent), and a parent, Yan, in which Yan offered help in teaching Vivian's class while she was on a business trip. As mentioned earlier, the parents were founders of the school. At the time of the study the data suggested that many parents were actively supporting the school; they were helping with school administration, editing the school newsletter and organising summer trips, resonating the self-reliant nature of complementary schools (Li 2006, Martin et al 2003).

4.2.3 A space for getting together and supporting each other

It is apparent in the study that the Chinese complementary school offers a site for the first-generation parents' gatherings where they support one another and external community members in various aspects. The following are two typical examples of conversations which reveal the school's role as a community site:

Extract 3: 'at least we have a place to get together'

F: 平时每个人都是忙得不得了

everyone is normally very busy

C: 每个人都有事, 各忙各的, 就星期六过来聚会一下

everyone has own business to do, only Saturdays (we can) get together (in the school)

A: 多好啊, 还有个聚会的地方 (笑)

what an opportunity, as least we have a place to get together (smile)

D: 还有茶水供应

there is always tea service

A: 对呀 对呀 还是免费的上等好茶 (大笑)

right, right, free best quality tea (laughing)

When asked why they all stayed in the school during their children's lessons, four of the parents expressed their desire to get together on Saturdays as their schedule for the rest of the week was busy. This suggests that the school is a shared regular social place for the Chinese migrant parents. The phrases 'at least we have a place to get together', 'there is always tea service' and 'best quality tea' seem to indicate their gratitude to have such a space at all.

In Extract 4, I was caught in an exchange between two parents on a Saturday morning right after I arrived at the school.

Extract 4: 'right, it is fixed'

W: 早!

morning

L: 石凯找你, 那个你跟他说过他女儿的事啊, 他女儿做 praktikum 的事, 说的怎么样

Shi is looking for you, that, you have talked about his daughter's staff with her, (a place for) his daughter's internship

W: 对呀, 说好了呀

right, it is fixed

L: 那我让他电话你

then I will ask him to call you

The above conversation is an example of one parent helping another community member's daughter to find an internship position in Berlin. This is mediated by the second participant. Such examples of supporting other members of the local Chinese community were often recorded during the study, suggesting the school offering a space for ethnic networking and access to different resources. Whilst such direct individual support for each other can materialise as job or career opportunities, their engagement with the Chinese complementary school and local associations can boost their sense of community belonging and self-esteem. Both are discussed in the next section.

4.2.4 A space for self-recognition and sense of community attachment

In an interview, one of my participants, Lucy, highlights her engagement with various local Chinese communities in Berlin, including the Chinese complementary school, the Chinese women's association and Oversea Chinese Association.

Extract 5 '...I spend the rest of it engaging with the community'

L = Lucy

L: ..首先在这儿, 当经济有了保障以后, 我为什么做了那么多社团工作, 就是因为, 我觉得我有这个精力, 我在这没什么事情可做, 我有足够的精力参加去社团的工作。那除掉孩子的, 个, 个, 哦, 除掉孩子的一些, 一些时间, 给孩子的时间, 我就是, 多余的时间我就是到外面的社团上, 包括中文学校, 中国妇女社团, 海外华侨联合, 样人生有些意义 ...

firstly here, when the finance is secured, (the reason) why I have done so much work for the [Chinese] community, is that I feel that I have the energy...I have nothing else to do, I have enough energy to participate in [Chinese] community work. Except for (the time for) the children, then, then, except for some, some time for the children. I then, I spend the rest of the time engaging in the [Chinese] community, including the Chinese school, Chinese women's associations, oversee Chinese associations, so that life has meaning...

In the above interview, not only did Lucy reveal her active volunteer engagement with various local Chinese associations and the Chinese complementary school, but she also emphasised the three aspects of life in which she invests most of her time in Germany, namely her children and the Chinese complementary school as well as other community work, indicating the significance of such community involvement for her. Her final comment 'so that life has meaning' highlights the fact that such engagement provides valuable satisfaction in her life. This narration of her experiences highlights her longing for 'social recognition' and 'a sense of community attachment' (Boström, 2012), which are two important factors in the process of social sustainable development emphasised in various studies (Boström 2012; Cai/Zhou 2014; Zhu et al. 2017; Lee/Park 2019; Lin et al. 2021).

The following interview illustrates how a sense of community attachment is built through the parents' experiences of participating in the Chinese school activities:

Extract 6: 'the Chinese school needs all of us'

K= the researcher, F = Fanny

K: 为什么会邀请你呢?

why were you invited (to the Embassy event)?

F: 因为我们主要在中文学校帮它忙嘛, 每次收学费啊给它帮忙...他们也是免费的, 想想, 其实不容易些人 ... 所以所以, 中文学校就靠大家在这, 靠理解, 我觉得, 靠理解, 你要不理解的话, 不接受她们的话, 就觉得好像很容易的一件事, 以为到学校里, 你们中文学校收学费的, 其实你们真是不知道这些人什么都不图

because we mainly (provide) help in the Chinese school, every time we help to collect tuition fees, they (the director and school manager) are (working here) for free, just think (about it), it is indeed not easy for these people, so, so, the Chinese school needs all of us, needs (our) understanding, I think, needs (our) understanding, if you do not understand, do not accept them, it seems an easy thing to do, coming to the school and thinking you guys are collecting money for it, actually, you don't know these people, (the director and the management) are expecting nothing in return.

In the interview, when asked why she was invited to an embassy event on behalf of the school, Fanny's explanation not only reveals her active engagement in supporting the school but also her empathy with the volunteering Chinese community members. Fanny's narration resonates with a sense of

community attachment to the Chinese complementary school. Community attachment generally refers to the individual's feelings for and commitment to a place and include a sense of belonging to the community, one's participation in the community and confidence in the individual's impact on the community (Hummon 1990; 1992; McMillan/Chavis 1986). While Fanny's use of 'we' and 'they' seems to identify that two groups of people were involved in helping the school, namely the supporting parents and the volunteering school management, her use of 'all of us' in turn unifies the two groups as one, suggesting a strong sense of attachment to the Chinese complementary school.

4.2.5 a space for engaging with the German host society

Whilst the Chinese complementary school provides a social space for the parents to participate in the community school and ethnic networks, it also offers a place for the parents to engage with the German host society. Extract 8 is a typical instance in which the parents invited each other to cross-cultural activities within the host German society:

Extract 8: 'many German cultural and business experts will attend, the mayor will join'

A: 这是什么?

what is this?

Y: 我那今年举办的新年活动, 你们来吧, 很多德国文化和商界人士回来, 市长也来

my activity for the New Year celebration, you should come, many German cultural and business experts will attend, the mayor will join

A: 好丰富的餐盘, 我们俩儿一定来, 你们呢

the menu looks very hearty, we both will definitely join, what about you?

Z: 我看看时间, 去年不是老市长和新市长都去了, 去年活动搞得真好哟

Let me double check the time, last year both old mayor and new mayor were there, it was such a great event

Y: 来吧, 时间地点都在上面

come, time and location are both on (the invitation)

The conversation reveals that Parent Y handed over some of her New Year's invitations to other members. While Parent A immediately decided to join the event with her husband, Parent Z's response reveals that he had attended the previous New Year event. The nature of this event is displayed as an elite social and cultural celebration that important politicians often attend, serving as a bridge for the migrant Chinese parents to engage with the elite German host society.

Extract 9: 'this year, (I will) make pumpkin soup and pumpkin lanterns'

H = Hoo, I = Inger, N = Nancy, F = Fanny

H: 我要早走, 过两天万圣节, 我要带孩子买costume
 I must leave earlier, Halloween is in two days, I need to buy a costume with the children
 I: 对呀, 我一会儿也要去买糖果, 巧克力
 that is right, I need to buy sweets and chocolate later too
 N: 对呀
 that's right,
 F: 对对对, 现在马上Halloween
 right, right, right, it's Halloween soon
 L: 我准备买几个南瓜, 今年做 Kürbissuppe und Kürbislaterne
 I want to buy a couple of pumpkins, this year, [I will] make pumpkin soup and pumpkin lanterns.

In Extract 9 the upcoming tradition of Halloween is discussed. Although it is not a traditional German festival, in recent years Halloween has been adapted by many German families with small children. In particular, the custom of guising – children going from house to house at Halloween and putting on a small performance to be rewarded with food and treats, while disguised in costume – is rather welcome in urban German households. Like their German counterparts, the Chinese parents have also adapted to such a custom. The development of the conversation suggests that performing Halloween traditions such as buying costumes for the children, preparing sweets and chocolates as well as making pumpkin soup and lanterns are extremely significant for the participants. Performing such a non-Chinese tradition without elements of ‘Othering’ and ‘us versus them’ languages (Sartre 1965) in the conversation suggests an example of adapting to and engaging with the host society activities, displaying their ownership of a mainstream social space.

4.3 *A space witnesses social exclusion*

Although, as discussed earlier, the Chinese complementary school provides space for shared multilingual identity, a sense of community attachment, group belonging and engagement with the host society, I could not help noticing that there was a group of parents who were left out from such social interaction and inclusion. This particular group normally gathered in different physical locations away from the other parents in the school setting, such as the school admin car park and stairways, and hardly ever had interactions with the others. It is important to note that before coming to Germany, most of the parents participated in section 4.2 lived in metropolitan cities in China, such as Beijing and Shanghai. The majority of them were brought up in comfortable urban families and received an outstanding school education in China. Many have ‘intellectual elite’ (Block 2006) family backgrounds in which elite educational qualifications were highly valued and they were able to pursue higher education opportunities in the United States or Germany. Whereas the parents at the car park and stairways were all born in peasant families in poor rural areas in China, had limited educational opportunities

both in their country of origin and in Germany. Many contributed to the 'underground economy' (ibid), working in restaurants/take away businesses, and were invisible in many areas of mainstream life. At the time of the study, they were housewives whose husbands worked as chefs and waiters in Chinese restaurants and takeaways in Germany. Many of them lived in council houses and received unemployment benefits from the government (Hartz IV). It is plausible that their different places of origin, linguistic capabilities, educational backgrounds and socio-economic status caused their marginalisation in the school setting. Arguably, the Chinese complementary school did not open up opportunities for parents from a lower socio-economic background and constrained their access to resources which were available for other groups of parents. Thus, the school creates a space which generates social exclusion for the Marginalised. The following is an interview response from one member of that group, when asked if she would like to engage in supporting the school:

Extract 10: 'nothing I have'

K= Kan

K: '...我不行, 什么都不会, 什么都没有, 怎么帮, 学校不会需要我的, 能让我的三个孩子在这学中文就很好了...'

I cannot (help), nothing I can really do, nothing I have, how to help, the school will not need me, I'm grateful that my three children are allowed to learn Chinese here...'

Kan's response indicates very low confidence in her ability to support the school. This is expressed through her repeated use of negatives and the word 'nothing', suggesting her low ownership of skills, knowledge and other resources. Although showing gratitude, Kan's answer seems to reveal her low sense of attachment to the community school and to reinforce her insignificant position in the school. Such 'sense of one's place' (Goffman 1951: 297) suggests her acceptance of social differences and leads to her 'self-exclusion' in which one 'exclude oneself from goods, persons, places and so forth from which one is excluded' (Bourdieu 1984: 471).

5. Conclusion

In summary, the focus of this article is not to measure how much Chinese complementary schools contribute to the community's social and cultural sustainable development. Rather, its intention is to reveal the under-studied parental social interactions in the school related to social sustainability. The aim of this paper is to build an awareness of how a complementary school, as a migrant self-organisation, serves the local Chinese communities. In this

chapter I have deconstructed the informal parental practice in the school setting, focusing on the aspects of social inclusion and exclusion, social networking, mutual support and social capital.

The Chinese complementary school as a site of MSOs plays an important role in realising social cultural sustainability for the local first generation Chinese parental community. The school offers a powerful space where first-generation individual migrant parents exercise active participation in the cultural, political, and economic life of the local community and the host society, increasing opportunities and uplifting the lives of first-generation Chinese migrants. Considering the ways in which social sustainable development is achieved by some in the current study, one may argue that emphasis shall be given to the aforementioned 'higher-order' needs (Vallance et al. 2011) in a social sustainable development process. However, the existence of a marginalised parental group also draws our attention to both their basic and higher requirements, despite the local context of a developed world, stressing the idea of the co-existence of both needs in developed countries (Emas 2006; Boone/ Modarres 2006). One significant finding is that the parental social interaction in the school setting reinforced intra-social barriers between parents of less privileged social backgrounds and those who are more affluent. Addressing such issues would require a redistribution of resources and the cooperation of the educational institution. As stated in the WCED 1987, 'the distribution of power and influence within society lies at the heart of most development challenges' in the process of social sustainable development (p. 37). Thus, this paper advocates the redistribution of institutional resources and power. Both governmental and community institutions need to become more involved in finding ways to improve vulnerable migrant groups' access to both tangible and less tangible resources, especially in consideration of the current immigration and refugee movement in Germany.

Literature

- Agyeman, Julian/ Bullard, Robert/ Evans, Bob (Hrsg.) (2003): Just Sustainabilities: Development in an Unequal World. London: Earthscan.
- Agyeman, Julian/ Evans, Bob (2004): Just sustainability: the emerging discourse of environmental justice in Britain? In: *The Geographical Journal* 170/2, S. 155-164.
- Amelina, Anna/ Faist, Thomas (2008): Turkish migrant associations in Germany: between integration pressure and transnational linkages. In: *Revue Européenne des Migrations Internationales*, 24/2, S. 91-120.
- Barradas, Olga/ Chen, Yang Guang (2008): How Portuguese and Chinese community schools support educational achievement. In: Kenner, C./ Hickey, T. (Hrsg.) (2008): *Multilingual Europe: Diversity and Learning*. Stoke on Trent, UK: Trentham Books.

- Block, David (2006): *Multilingual identities in a global city: London stories*. New York: Palgrave Macmillan.
- Block, David (2018): *Political economy and sociolinguistics: neoliberalism, inequality and social class*. London: Bloomsbury.
- Boone, Christopher/ Modarres, Ali (2006): *City and Environment*. Philadelphia: Temple University Press.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Distinction: A Social Critique of the Judgement of Taste*. Harvard: Harvard University Press.
- Bourdieu, Pierre (1986): *The Forms of Capital*. In: Richardson, J. (Hrsg.) (1986), *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*. New York: Greenwood. S. 241-258.
- Bourdieu, Pierre (1991): *language and symbolic power*. Cambridge: Polity Press.
- Boström, Magnus (2012): *A Missing Pillar? Challenges in theorizing and practicing social sustainability*. In: *Sustainability: Science, Practice, and Policy*, 8 /1, S. 3-14.
- Bramley, Glen/ Power, Sinéad (2009): *Urban form and social sustainability: the role of density and housing type*. In: *Environment and Planning B*, 36/1, S. 30-48.
- Brundtland Report (1987): *Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development*.
- Budd, William/ Lovrich, Nicholas/ Pierce, John/ Chamberlain, Barbara (2008): *Cultural sources of variations in US urban sustainability attributes*. In: *Cities*, 25, S. 257-267.
- Cai, Wu-gan/ Zhou, Xiao-liang (2014): *On the drivers of eco-innovation: empirical evidence from China*. In: *Journal of Cleaner Production*, 79, S. 239-248.
- Casula Vifel, Åsa/ Soneryd, Linda (2012): *Organizing matters: how the “social dimension” gets lost in sustainability projects*. In: *Sustainable Development*, 20/1, S. 18–27.
- Cuthill, Michael (2009): *Strengthening the “social” in sustainable development: developing a conceptual framework for social sustainability in a rapid urban growth region in Australia*. In: *Sustainable Development*, 18/6, S. 362-373.
- Creese, Angela/ Martin, Peter (2006): *Interaction in Complementary School Contexts: Developing Identities of Choice – An Introduction*. In: *Language and Education*, 20/1, S. 1-4.
- Diehl, Claudia (2002): *Die Partizipation von Migranten in Deutschland: Rückzug oder Mobilisierung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Dobson, Andrew (1999): *Fairness and Futurity: Essays on Environmental Sustainability and Social Justice*. New York: Oxford University Press.
- Eames, Malcom (2006): *Reconciling Environmental and Social Concerns: Findings from the JRF Research Programme*. York: The Joseph Rowntree Foundation.
- Foladori, Guillermo, (2005): *Advances and limits of social sustainability as an evolving concept*. In: *Canadian Journal of Development Studies – Revue Canadienne D Etudes Du Development*, 26/3, S. 501-510.
- Giese, Karsten (2003): *New Chinese Migration to Germany: Historical Consistencies and New Patterns of Diversification within a Globalized Migration Regime*. In: *International Migration*, 41/3, S. 155-185.
- Goffman, Erving (1951): *Symbols of Class Status*. In: *The British Journal of Sociology*, 2/4, S. 294-304.

- Gogolin, Ingrid (2013): The 'monolingual Habitus' as the common feature in teaching in the language of the majority in different countries. In: *Sociology*, 1/1.
- Güttinger, Erich (2004): *Die Geschichte der Chinesen in Deutschland: Ein Überblick über die ersten 100 Jahre ab 1822*. Münster: Waxmann.
- Hediger, Werner (2000): Sustainable development and social welfare. In: *Ecol. Econ.*, 32, S. 481-492.
- Hummon, David (1992): Community attachment: Local sentiment and sense of place. In: Altman, I./ Low, S. (Hrsg.) (1992): *Place attachment*. New York: Plenum Press. S. 253-278.
- Hummon, David (1990): *Commonplaces: Community Ideology and Identity in American Culture*. New York: State University of New York Press.
- Hunger, Uwe (2004): Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten i.A. des SVR für Zuwanderung und Integration und des Bundesinnenministeriums. Münster/ Osnabrück: Universität Osnabrück.
- Huth, Susanne (2004): Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen. Impulsreferat auf der Tagung des Zentrums für Kurdische Studien e.V. „Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen“ im Februar 2004 in Wiesbaden.
- Kanno, Yasuko (2003): *Negotiating Bilingual and Bicultural Identities: Japanese Returnees betwixt two worlds*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates, Inc.
- Lee, Sungwook/ Park, Do-Hyung (2019): Community attachment formation and its influence on sustainable participation in a digitalized community: focusing on content and social capital of an online community. In: *Sustainability*, 11/10, S. 2935.
- Leung, Maggi (2003): Beyond Chinese, Beyond food: Unpacking the regulated Chinese restaurant business in Germany. In: *Entrepreneurship & Regional Development*, 15/2, S. 103-118.
- Leung, Maggi (2005): Keeping Compatriots on the Move: A study of ethnic Chinese owned travel agencies in Germany. In: *Asian and Pacific Migration Journal*, 14/1-2, S. 193-224.
- Leung, Maggi (2009): Power of Borders and Spatiality of Transnationalism: a study of Chinese-operated tourism businesses in Europe. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 100/5, S. 646-661.
- Li-Gottwald, Jiayin (2020): *The Negotiation of Chinese Migrant Parents' Social Relations and their Social Status in a Chinese Complementary School in Germany*. (PhD.). London: University College London.
- Li-Gottwald, Jiayin (2022): *Chinese Migrant Parents and Complementary Schooling in Germany: A Sociolinguistic Ethnography*. Berlin/ Toronto: Budrich Academic Press.
- Li, Wei (2006): Complementary schools, past, present and future. In: *Language and Education*, 20/1, S. 76-83.
- Lin, Yi-Hsien/ Lee, Tsung-Hung/ Wang, Chiu-Kuang (2021): Influence analysis of sustainability perceptions on sense of community and support for sustainable community development in relocated communities. In: *international Journal of Environmental Research and Public Health*, 18, S. 12223.

- Littig, Beate/ Griefßler, Erich (2005): Social sustainability: a catchword between political pragmatism and social theory. In: *International Journal of Sustainable Development*, 8/1-2, S. 65-79.
- Magis, Kristen/ Shinn, Craig (2009): Emergent principles of social sustainability. In: Dillard, J./ Dujon, V./ King M. (Hrsg.) (2009): *Understanding the Social Dimension of Sustainability*. New York: Routledge, S. 15-44.
- Martin, Peter/ Bhatt, Arvind/ Bhojani, Nirmala/ Creese, Angela (2006): Managing Bilingual Interaction in a Gujarati Complementary School in Leicester. In: *Language and Education*, 20/1, S. 5-22.
- McMillan, David/ Chavis, David (1986): Sense of community: a definition and theory. In: *Journal of Community Psychology*, 14, S. 6-23.
- Piper, Nicola (2017): Migration and the SDGs. In: *Global Social Policy*, 17/2, S. 231-238.
- Putnam, Robert (1993): The Prosperous Community: Social Capital and Public Life. In: *The American Prospect*, 13, S. 35-42.
- Putnam, Robert (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy*, 6/1, S. 65-78.
- Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert (2016): *Our Kids: The American Dream in Crisis*. New York: Simon & Schuster.
- Reed, Maureen (2007): Seeking red herrings in the wood: tending the shared spaces of environmental and feminist geographies. In: *Canadian Geographer-Geographe Canadien*, 51/1, S. 1-21.
- Piper, Nicola (2017): Migration and the SDGs. In: *Global Social Policy*, 17/2, S. 231-238.
- Sartre, Jean-Paul (1965): *The philosophy of Jean-Paul Sartre*. New York: Random House.
- Strange, Tracey/ Bayley, Anne (2008): *Sustainable Development: Linking Economy, Society, Environment*. Paris: OECD Publishing.
- UN (2015): Resolution adopted by the general assembly on 25 September 2015: Transforming our world: the 2030 Agenda for sustainable development. Retrieved from <https://sdgs.un.org/2030agenda> [letzter Zugriff: 25.04.2023].
- Vallance, Suzanne/ Perkins, Harvey/ Dixon, Jennifer (2011): What is social sustainability? A clarification of concepts. In: *Geoforum*, 42, S. 342-348.
- Yu-Dembski, Dagmar (2011): Cosmopolitan lifestyles and "Yellow Quarters": Traces of Chinese Life in Germany, 1921-1941. In: Künnemann, V./ Mayer, R. (Hrsg.) (2011): *Chinatowns in a Transnational World: Myths and Realities of an Urban Phenomenon*. New York: Routledge. S. 62-80.
- Zhu, Yuemei/ Ding, Junxiang/ Zhu, Qing/ Cheng, Yang/ Ma, Qiuchen/ Ji, Xuze (2017): The impact of green open space on community attachment – A case study of three communities in Beijing. In: *Sustainability*, 9/4, S. 560.
- Ziegert, Sylvia Van (2007): *Global Spaces of Chinese Culture: Diasporic Chinese communities in the United States and Germany*. New York: Routledge.

Soziale Nachhaltigkeit und Übergänge von Menschen mit Fluchterfahrung im Kontext beruflicher Qualifizierung: Eine qualitative Verlaufsstudie

Vanessa Probst

1. Einleitung

Die schulische und berufliche Qualifizierung spielt für eine nachhaltige soziale Integration von Menschen mit Fluchterfahrung eine zentrale Rolle. In dem Beitrag wird gefragt, wie sich die durch die Flucht bedingten diskontinuierlichen Bildungsverläufe auf die Gestaltung der Übergänge von Menschen mit Fluchterfahrung im Kontext beruflicher Qualifizierung auswirken. Dabei wird untersucht, inwieweit außerschulische Bildungsprojekte zur Erlangung eines in Deutschland anerkannten Schulabschlusses, die zu meist von Wohlfahrtsverbänden oder Vereinen angeboten werden, diese Übergänge unterstützen, zumal Angebote an Regelschulen für (junge) Erwachsene mit Fluchterfahrung begrenzt und teilweise nicht bedarfsgerecht sind (Motzek-Öz/Westphal 2019). Diese Übergänge umfassen nicht nur Schule-Erwerbsarbeit, sondern auch die Übergänge zwischen Jugend und Erwachsenenalter und in die aufnehmende Gesellschaft. Die Möglichkeiten der Gestaltung der Übergänge von jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung möchte ich im Kontext sozialer Nachhaltigkeit diskutieren. Soziale Nachhaltigkeit in der Migrationsgesellschaft steht im Zusammenhang mit „d[er] Gewährleistung sozialer Sicherheit, d[er] Umsetzung von Chancengleichheit und d[er] Förderung von sozialer Gerechtigkeit“ (Spangenberg 2003: 651), worauf sich auf gesellschaftlicher Ebene Fragen des Zusammenhalts und auf individueller Ebene Fragen zur Partizipation und Entwicklung ergeben (ebd: 650). Auch die „transformativen Kraft von Menschen, die migrieren“ (Braunsdorf 2019: 171) sowie (intergenerationale) Gerechtigkeit beispielsweise durch Bildungsaufstiege gehen damit einher (vgl. Fuchs/Sixt 2007; Zimmermann 2016: 13).

Der Beitrag stützt sich auf Ergebnisse einer empirischen Untersuchung¹, die im qualitativen Längsschnitt die Übergänge Schule-Beruf untersucht hat (Probst 2021). Dazu wurden 18 problemzentrierte Interviews mit sechs Interviewten zu drei Erhebungszeitpunkten über einen Zeitraum von ungefähr zweieinhalb Jahren geführt und ausgewertet.

Im Folgenden wird der Forschungsstand zu Übergängen und jungen Erwachsenen im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration vorgestellt. Anschließend werden das Forschungsdesign und das methodische Vorgehen dargelegt, bevor die Ergebnisse der Forschung präsentiert werden. Dabei wird gezeigt, welche Rolle außerschulische Bildungsprojekte für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und für die weiteren Übergänge als junge Erwachsene und in die Gesellschaft haben. Darüber hinaus wird erörtert, welche Bedeutung der Qualifizierung von jungen Erwachsenen im Kontext von Fluchtmigration im Sinne des Postulats gesellschaftlicher Chancengleichheit zukommt. Abschließend werden die Erkenntnisse sowie die Relevanz qualitativer Verlaufsstudien für die soziale Nachhaltigkeit in einem Fazit zusammengefasst.

2. Übergänge von Menschen mit Fluchterfahrung

Der Forschungsstand zu Übergängen und jungen Erwachsenen im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration kann hier nur zusammenfassend skizziert werden. Dabei wird zunächst die Altersphase junger Erwachsener in den Blick genommen und statistische Daten zu diesen im Hinblick auf schulische und berufliche Erfahrungen sowie Aspirationen insbesondere basierend auf der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten² vorgestellt (Kapitel 2.1). Darüber hinaus werden zentrale Erkenntnisse zur Bildungs- und beruflichen Teilhabe und diese beeinflussenden Faktoren beschrieben (Kapitel 2.2). Zuletzt wird darauf aufbauend die Bedeutung mehrfacher Übergänge im Lebensverlauf der jungen Erwachsenen im Kontext Fluchtmigration und beruflicher Qualifizierung betrachtet (Kapitel 2.3).

- 1 Der Text basiert auf meiner Masterarbeit „Übergänge im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration. Eine qualitative Verlaufsstudie am Beispiel eines außerschulischen Bildungsprojektes für junge Erwachsene mit Fluchterfahrung“ an der Universität Kassel, Institut für Soziale Arbeit (Probst 2021).
- 2 Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten ist eine seit 2016 jährlich stattfindende quantitative Längsschnittuntersuchung, bei der Geflüchtete und ihre Haushaltsmitglieder zu ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation sowie Situation und darüber hinausgehenden Aspekten wie Sprachkenntnissen, Wohnsituation, Einstellungen, Werten und zum sozialen Umfeld befragt werden.

2.1 *Junge Erwachsene mit Fluchterfahrung*

Unter jungen Erwachsenen werden Personen verstanden, die sich in der Entwicklungsphase ‚emerging adulthood‘ (Arnett 2000) befinden. Die „offene und widersprüchliche Lebenssituation“ (Hurrelmann/Quenzel 2016: 35) sowie der Übergangscharakter hinsichtlich Bildung und Erwerbsarbeit, persönlichen Beziehungen und ökonomischer Unabhängigkeit kennzeichnen sie. Die jungen Erwachsenen stehen dadurch in dem Spannungsverhältnis, Gestaltungsmöglichkeiten und -freiheiten zu haben, aber auch Entscheidungszwänge und entsprechende Unsicherheiten zu erleben. Hurrelmann und Quenzel (2016: 35f.) sprechen von „Suchhandlungen und Identitätserkundungen“, die diese Lebensphase in einer von Individualisierung, Entstandardisierung und Enttraditionalisierung geprägten Gesellschaft und Lebensverläufen kennzeichnen (vgl. Hurrelmann/Quenzel 2016: 18f.; Stauber/Walther 2013: 272).

Diese Entwicklungen wirken sich auch auf die Situation von Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, aus. Am Ende des Jahres 2020 wurden 1,86 Millionen Schutzsuchende gezählt, die Hauptherkunftsländer waren neben Syrien, dem Irak und der Türkei auch Eritrea und Somalia (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2021: 24). 60 Prozent der Schutzsuchenden sind männlich, die Gruppe der nach Deutschland geflüchteten Menschen ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung relativ jung, der Anteil der 18- bis 30-Jährigen lag im Zeitraum der Jahre 2013 bis 2020 bei 30 Prozent der Asylersantragsstellenden und das durchschnittliche Ersteinreisalter aller Schutzsuchenden liegt bei 21,8 Jahren (Statistisches Bundesamt 2021). Anhand der Altersstruktur und der Bedingungen der Fluchtmigration ist „unter ihnen ein deutlich höherer Anteil in einem Alter, in dem die Bildungsbiographien noch nicht abgeschlossen sind“ (Brücker et al. 2020a: 21). Dies zeigt sich des Weiteren anhand der Bildungsaspirationen, die im Rahmen von der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 erhoben wurden. 47 Prozent der Befragten möchten einen Schulabschluss in Deutschland erlangen, wobei der Anteil bei Personen ohne schulische Vorerfahrungen und Personen mit schulischen Vorerfahrungen bis zum Sekundarbereich I bei über 50 Prozent liegt (Brücker et al. 2018: 52). Nicht nur die Bildungsaspirationen sind hoch, auch zeigt sich eine hohe Berufsorientierung bei Menschen mit Fluchterfahrung (Brücker et al. 2018: 52; Granato 2017: 25; Wehking 2020b: 170). Aber auch die bisherigen Bildungsabschlüsse und beruflichen Erfahrungen geben Aufschluss über die Relevanz von Bildung und beruflichen Qualifikationen und stützen die Erkenntnisse hinsichtlich der Bildungsaspirationen. Die Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2018 zeigen, dass 31 Prozent der Personen zwischen 18 und 64 Jahren keinen Schulabschluss haben, weitere 31 Prozent haben eine Mittel-, Haupt- oder Realschule besucht, wovon 21 Prozent diese abgeschlossen

haben. Insgesamt gaben zudem 84 Prozent der geflüchteten Menschen an, keinen Berufs- oder Hochschulabschluss absolviert zu haben (Brücker et al. 2020b: 4). Bildungs- und arbeitsbezogene Themen sind daher in Anbetracht der vorgestellten Daten in besonderer Weise relevant für junge Erwachsene mit Fluchterfahrung. Aus der quantitativen Datenlage ergeben sich somit ebenfalls Implikationen zu Übergängen im Kontext von jungen Erwachsenen, Bildung und Erwerbsarbeit sowie Fluchtmigration, worauf im Folgenden einhergehend eingegangen wird.

2.2 *Teilhabe an Bildung, beruflicher Qualifizierung und am Arbeitsmarkt*

„[D]er Wunsch von Geflüchteten nach mehr Autonomie und Handlungsfähigkeit [besteht], um das Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können“ (Scheu et al. 2020). Darauf basierend haben Bildungsdiskontinuitäten, die sich durch die Flucht und Situation in Herkunfts- und Transitländern ergeben, im Zusammenhang mit bildungs- und arbeitsbezogenen Aspirationen eine große Wichtigkeit. Granato et al. (2016: 4) identifizieren somit ein „hohe[s] Qualifizierungspotenzial, aber auch den bedeutenden Qualifizierungsbedarf von jungen Geflüchteten“, der sich nicht nur an den individuellen Voraussetzungen erkennen lässt, sondern auch anhand der strukturellen Bedingungen des Bildungssystems und des Arbeitsmarktes. Die Berufswahl hängt in starkem Maße von Gelegenheitsstrukturen ab, die nach den individuellen Möglichkeiten zu nutzen versucht werden. Dabei spielt für junge Erwachsene der Faktor Zeit im Hinblick auf das Lebensalter eine wichtige Rolle, wodurch „die hohe (Aus-) Bildungsorientierung in Konkurrenz mit einer Erwerbsorientierung geraten [kann]“ (Motzek-Öz/Westphal 2019: 63) kann.

Der Zugang zu schulischer Bildung ist zudem altersabhängig und richtet sich in Deutschland nach der Schul- bzw. Berufsschulpflicht, die mit 18 bzw. 21 Jahren endet. Daneben existieren ebenfalls Programme, die stärker die Bedürfnisse von jungen Geflüchteten berücksichtigen, als dies in Regelschulklassen der Fall ist. Mit Vollendung der (Berufs-)Schulpflicht verringern sich die Möglichkeiten auf schulische Bildung und Qualifizierung. Sie sind zumeist abhängig von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und Angeboten, die vereinzelt Projekte für Menschen mit Fluchterfahrungen zur Vorbereitung und Absolvierung von Schulabschlussprüfungen anbieten, wodurch Motzek-Öz und Westphal (2019: 61) von einer „strukturellen Lücke“ in diesem Bereich sprechen. Die (Nicht-)Anerkennung von Bildungsqualifikationen führen ~~sonit~~ zu einer In- oder Exklusion (Skrobanek 2015: 68). Schulabschlüsse, die in Deutschland erworben

wurden, erleichtern hingegen den Zugang zu weiterer Bildung und dem Arbeitsmarkt (Fürstenau/Niedrig 2009: 247; Granato 2017: 25).

Nicht zu unterschätzen sind zudem die „Normalitätserwartungen“ (Wehking 2020b: 178), die an die jungen Erwachsenen in Verbindung mit dem Übergang in (Aus-)Bildung und Arbeit herangetragen werden, wobei ‚Gatekeeper‘ insbesondere die Lehrkräfte und ihre Unterstützungsleistungen eine wichtige Stellung einnehmen (Wehking 2020a: 353, 366). Neben einer institutionellen Strukturierung von Übergängen spielen ‚Gatekeeper‘ in der Regulierung dieser eine Rolle (Behrens und Rabe-Kleberg 2000: 102). Sie beeinflussen die Zugänge zu bestimmten (Status-)Positionen und beurteilen, was als sozial angemessen sowie als Norm und Normalität in Lebensverläufen verstanden wird (Behrens/Rabe-Kleberg 2000: 112; Walther 2014: 24). Dadurch werden soziale Ungleichheiten mitunter reproduziert (Hollstein 2007: 55; Walther 2014: 23).

Der Übergang ist durch einen „ausgeprägtem Pragmatismus“ (Calmbach/Edwards 2019: 29) geprägt, durch den „eine situative und nächstliegende Berufsfindung zugrunde gelegt und [...] die Erfüllung von Berufs- und Zukunftswünschen sowie Lebensentwürfen temporär ausgesetzt und auf eine (relativ) unbestimmte Zeit beziehungsweise auf später (nach der Ausbildung) verschoben wird“ (Wehking 2020a: 348).

Nicht nur die schulische Bildung ist für Geflüchtete aufgrund diskontinuierlicher Bildungsverläufe und ohne im Herkunftsland erworbene oder in Deutschland anerkannte Bildungsqualifikationen entscheidend, auch die berufliche Ausbildung hat eine hohe Bedeutung insbesondere für den Übergang Schule-Beruf (Braun/Lex 2016: 66; Skrobanek 2015: 62; Wehking 2020a: 87). Auszubildende aus asylrelevanten Herkunftstaaten³ seit dem Jahr 2016 sowie Teilnehmende in Programmen (vor-) beruflicher Bildung nehmen darüber hinaus zu (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020: 290; Deutscher Bundestag 2020: 8; Granato/Neises 2017: 7; Matthes et al. 2018: 27-29). Zugleich werden jedoch auch relativ viele duale Ausbildungen abgebrochen (Deutscher Bundestag 2020: 21, 36). Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit ist durch mehrere Faktoren gekennzeichnet. Ein wichtiger Aspekt sind soziale Netzwerke und Kontakte, die als ‚Gatekeeper‘ den Übergang erleichtern sowie unterstützend auftreten können (Scherr et al. 2015: 40; Wehking 2020a: 365).

3 In den herangezogenen Quellen bezieht sich dies auf die Herkunftsländer, in denen in den entsprechenden Jahren die meisten Asylanträge gestellt worden.

2.3 *Mehrfache Übergänge im Lebensverlauf*

Lebensverläufe sind Prozessen der Individualisierung und Entstandardisierung unterworfen, sie sind somit abhängig davon, wie sie von den Individuen selbst gestaltet werden (Wingens 2020: 34, 62-64; Wingens et al. 2011: 9). Dies wirkt sich in Form einer „steigende[n] Vielfalt von Verlaufs-mustern“ (Konietzka 2010: 68) aus. Dadurch spielen Übergänge im Lebensverlauf eine herausgehobene Rolle, die den „sozialen Zustandswechsel in individuellen Lebensverläufen [...] Wechsel zwischen aufeinander folgenden Rollen, Lebensaltersphasen und Statuspositionen, aber auch zwischen Zuständen innerhalb von Lebensaltern“ (Walther 2020: 63) beschreiben. Sie müssen aktiv hergestellt und sozial vollzogen werden und sind zugleich daran gebunden, wie institutionalisiert diese im Wohlfahrtsstaat sind (Felden 2010: 21; Walther/Stauber 2013: 31, 34). Für den „Übergang vom Bildungs-in das Erwerbssystem [zeigt sich, dass er] zeitlich länger und auch gebrochener, komplizierter, flexibler, vielfältiger geworden“ (Wingens 2020: 152) ist.

Im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration lassen sich mehrfache Übergänge, die für junge Erwachsene relevant sind, identifizieren. Stöbe-Blossey et al. (2019: 41f.) fassen darunter vier Dimensionen: Übergänge von der Krise in die Normalität, in die aufnehmende Gesellschaft, von der Jugend ins Erwachsenenalter sowie in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Die Migration selbst als auch die Altersphase sind durch damit in Verbindung stehenden weiteren Übergängen gekennzeichnet (ebd.: 44, 47). „Migration [stellt dabei] [...] einen komplexen lebensgeschichtlichen Veränderungsprozess“ (Siouti 2018: 225) dar, der auf weitere Übergangsprozesse sowie den Lebensverlauf wirkt. King (2005: 30) verweist auf den biographischen Zusammenhang zwischen Migration und Jugend sowie deren Auswirkungen auf die Identität. Sie spricht dabei von einer ‚verdoppelten Transformationsanforderung‘. Wacker und Held (2018: 243) betrachten hingegen stärker den Übergang in berufliche Ausbildung im Kontext von Fluchtmigration, wobei „Migration als Übergang den Rahmen [bildet], der für die Gestaltung des Übergangs in den Beruf eine große Rolle spielt“ (ebd.: 243f.). Diese mehrfachen Übergänge verstärken sich dadurch, dass Lebensverläufe durch die Situation in Herkunfts- und Transitländern während der Fluchtmigration nicht konstant weitergeführt werden und Auswirkungen auf die Bildungssituation im Ankunftsland haben, wodurch sich diskontinuierliche Lebensverläufe ergeben (Schroeder/Seukwa 2018). Sie zeigen sich durch „Wechsel, Abbrüche und Neuanfänge [als] [...] dominierende Muster“ (ebd.: 141). Einfluss haben zudem die Selbst- und Fremderwartungen und die Bestrebungen durch eine soziale sowie berufliche Integration die Kontinuität der Lebensverläufe (wieder-)herzustellen (Motzek-Öz/Westphal

2019: 63). „Übergänge finden stets in sozialen und gesellschaftlichen Kontexten statt, die durch Macht- und Ungleichheitsverhältnisse strukturiert sind“ (Lichtwardt 2016: 59) und beispielsweise durch ‚Gatekeeper‘ verstärkt oder verringert werden können.

3. Forschungsmethodik und Sample

Im folgenden Kapitel wird die empirische Untersuchung von Übergängen junger Erwachsener mit Fluchterfahrung vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein qualitatives Längsschnittdesign. Methodik, Sample und das spezifische Bildungsprojekt werden eingehender beschrieben.

3.1 *Methodik*

Für die Untersuchung von Bildungsprozessen im Kontext von Qualifizierung und Fluchtmigration wurden qualitative problemzentrierte Interviews mit sechs Teilnehmer*innen eines außerschulischen Bildungsprojektes herangezogen, die im Längsschnittdesign innerhalb von zweieinhalb Jahren zu drei Erhebungszeitpunkten⁴ befragt wurden

Um subjektive Sichtweisen durch Erzählungen erfassen zu können, habe ich mich für ein qualitatives Forschungsdesign entschieden (Helfferich 2011: 21f.; Misoch 2015: 26-28). Mithilfe von qualitativen Interviews können „die subjektive[n] Relevanzsysteme, Deutung und Sichtweisen [im Hinblick auf die Forschungsfrage] verbalisier[t]“ (Kruse 2015: 148) werden. Dazu wurden problemzentrierte Interviews nach Witzel (2000) erhoben. Diese Interviewmethode ist neben ihrem Aufbau, der aus Kurzfragebogen, Leitfaden, Tonaufzeichnung und Postskript besteht, durch ihre Problemzentrierung, Gegenstands- sowie Prozessorientierung gekennzeichnet. Dabei handelt es sich um ein „induktiv-deduktive[s] Wechselverhältnis“ (ebd.: Abs. 3), sodass zuvor genannten Prinzipien gerecht werden kann.

Damit die „Entwicklungsprozesse bzw. zeitliche[n] Verläufe“ (Kühn/Witzel 2000: Abs. 12) der Übergänge im Kontext von Bildung und

4 Für die dritte Erhebung mit Fokus auf Übergänge habe ich selbst (mit-)erhoben (Probst 2021). Demgegenüber habe ich bei der ersten und zweiten Interviewwelle vorhandene Transkripte genutzt, die im Rahmen einer Evaluationsstudie zum Bildungsprojekt erhoben wurden (Motzek-Öz/Westphal 2019). Durch die Nutzung vorhandener Transkripte, die im Zusammenhang mit anderen Forschungsvorhaben erhoben wurden, handelt es sich um eine Sekundäranalyse der Daten. Somit sind die Erhebung und Auswertung voneinander unabhängig und die Daten werden für weiterführende Fragestellungen genutzt (Klingemann/Mochmann 1975: 178; Medjedović 2020: 4).

Erwerbsarbeit analysiert und ausgewertet werden können, habe ich ein qualitatives Längsschnittdesign gewählt. Dadurch ist es möglich, „Differenzen, Modifikationen, Stabilität/Konstanz, (Dis-)Kontinuitäten oder Ausformung von Varianten und Transformationen individueller, gruppenbezogener oder institutioneller [...] Merkmale unter veränderlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Zeit“ (Witzel 2020: 61) zu erheben. Die Interviews wurden angelehnt an die inhaltliche strukturierende qualitative Inhaltsanalyse von Kuckartz (2018) ausgewertet. Diese Form der qualitativen Inhaltsanalyse nutzt Kategorien bzw. Codes, um eine „Identifizierung von Themen und Subthemen, deren Systematisierung und Analyse der wechselseitigen Relationen [in den] Mittelpunkt“ (ebd.: 123) zu stellen. Im Hinblick auf die mehrmalige Befragung der sechs Interviewten ist dieses Vorgehen besonders geeignet, da insbesondere die Zusammenhänge zwischen Interviews und ihren inhaltsbasierten Kategorien ausgewertet und verglichen werden können.

3.2 *Sample*

Das Sample besteht aus Absolvierenden eines außerschulischen Bildungsprojektes, in welchem sie auf die Nichtschülerprüfung für den Hauptschulabschluss vorbereitet wurden. Das Projekt lief zwischen 2016 und 2017 über einen Zeitraum von 18 Monaten. Alle 14 Schüler*innen absolvierten den Schulabschluss erfolgreich, wobei sich das Bildungsprojekt insbesondere an junge Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren richtete zur „Ermöglichung eines ersten Bildungsabschlusses, de[m] Übergang in eine berufliche Ausbildung sowie Unterstützung bei der sozialen wie auch kulturellen Integration“ (Motzek-Öz/Westphal 2019: 67). Dies geschah zum einen durch Unterricht in den prüfungsrelevanten Fächern, durch zwei integrierte Praktika sowie ein Sozialtraining. Den Unterricht boten vor allem pensionierte Lehrkräfte an, die ehrenamtlich in dem Projekt arbeiteten. Aufgrund der kleinen Teilnehmenden- und Mitarbeitendenzahl im Bildungsprojekt sprechen Motzek-Öz und Westphal (2019: 77) von einem „kleine[n], familienähnliche[n] Setting“.

Von den insgesamt 14 Schüler*innen waren sechs Personen Teil des Samples für diese Untersuchung, da für sie Interviews zu jeder der Erhebungswellen vorhanden waren. Der Feldzugang bei der dritten Erhebung, die nach Abschluss des Bildungsprojektes stattfand, wurde durch persönliche Kontakte zu einer ehemaligen Lehrkraft der Schüler*innen hergestellt. Aufgrund des Engagements über das Projektende hinaus bestanden die Kontakte zu den meisten Personen fort, was den Feldzugang ermöglichte. Die jungen Erwachsenen waren zu Beginn des Kurses zwischen 20 und 27 Jahren alt. Bei der dritten Erhebung lag die Altersspanne zwischen 23 und 30 Jahren.

Alle Personen sind als Geflüchtete in Deutschland und im Zeitraum von 2013 bis 2015 eingereist. Die Interviewten gaben zum dritten Erhebungszeitpunkt an, ihren beruflichen Einstieg durch ein Praktikum, eine Maßnahme, Einstiegsqualifizierungen oder eine Ausbildung erreicht zu haben. Drei der sechs Gesprächspartner*innen sind in der Lagerlogistik und drei in der Altenpflege erwerbstätig. Von den Interviewten in der Altenpflege haben alle ihre Erstausbildung abgebrochen, zwei sind in diesen Bereich gewechselt und eine Person ist nach Abbruch der Ausbildung weiterhin in der Altenpflege tätig.

4. Zentrale Ergebnisse

Die zentralen Ergebnisse werden zum einen in Bezug auf die Bedeutung des Bildungsprojektes (Kapitel 4.1) und zum anderen mit Blick auf die Gestaltung der Übergänge in Ausbildung und Erwerbsarbeit (Kapitel 4.2) dargestellt und eingeordnet.

4.1 Die Bedeutung des Bildungsprojektes

Das Bildungsprojekt stellt für die Interviewten einen geschützten Raum dar, der sich im Hinblick auf das Bildungsumfeld und die Gruppenzusammensetzung manifestiert. Dabei wird insbesondere auch der Altersunterschied zu den Mitschüler*innen im Bildungsprojekt und der Berufsschule bzw. der beruflichen Praxis genannt. Sie erleben sich als älter und erfahrener und verbinden dies mit einer höheren persönlichen Reife, wohingegen die Lebenswelt der nicht geflüchteten Personen im Ausbildungs- und Arbeitskontext „ein anderer Planet“ (B10/3, Z. 41) sei und sie im Vergleich zu den Interviewten andere Foki hinsichtlich ihrer Bildungsaspirationen haben würden. Ein höheres Durchschnittsalter wird daher als angenehmer und produktiver empfunden. Hierbei spielen zugleich Übergänge von der Jugend zum Erwachsenenalter eine Rolle, wobei sie sich selbst in einer Zwischenrolle aufgrund der fluchtbedingten Bildungsdiskontinuitäten wahrnehmen. Zudem hat das geschützte Setting des Bildungsprojektes weitere Auswirkungen für die Interviewten. Dabei haben die ehrenamtlich tätigen pensionierten Lehrkräfte eine zentrale Rolle, indem sie sich über den Unterricht hinaus für die Teilnehmenden einsetzen und sie bei unterschiedlichsten Fragen, persönlichen Problemen aber auch Themen der beruflichen Orientierung unterstützen. Ebenso wird der Übergang in die Berufsausbildung und an einen Arbeitsplatz durch die Ehrenamtlichen begleitet und gefördert. Somit profitieren die Schüler*innen von den sozialen Netzwerken der Lehrenden

im Sinne von ‚Gatekeepern‘. Damit zusammenhängend ist die Bedeutung von Bildung und die Auswirkungen nicht-anerkannter Bildungs- und Berufsqualifikationen sowie praktischer Arbeitserfahrungen zu nennen. Das besuchte Bildungsprojekt stellt aus Sicht der Teilnehmenden somit eine Möglichkeit dar, Bildungsverläufe weiterzuführen oder neuauszurichten. Dies steht zugleich auch im Kontext eigener leistungsorientierter Ansprüche und gesellschaftlicher Erwartungen an die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Fluchterfahrung.

4.2 *Die Gestaltung der Übergänge in Ausbildung und Arbeit*

Zunächst absolvieren die Teilnehmenden Praktika im Rahmen der beruflichen Orientierung des Bildungsprojektes in einem breiten Berufsspektrum, welches sich im Verlauf und zum Ende des Kurses weiterentwickelt und die sich anschließende Berufswahl unterschiedlich begründet wird. Auf der einen Seite dominieren extrinsische Motive. So entscheidet sich einer der Interviewten trotz voriger Berufserfahrungen gegen eine Ausbildung in diesem Bereich, da die Anforderungen der Berufsschule als zu anspruchsvoll erscheinen. Daneben sind für andere Interviewte auch die Größe und Internationalität des Unternehmens relevant. Auf der anderen Seite halten andere an ihrer Berufswahl aufgrund des intrinsischen Interesses an der Ausübung einer Tätigkeit in dieser Branche fest.

Vier der sechs Befragten haben im Anschluss an den Schulabschluss eine Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung begonnen, die anderen beiden wollten ebenfalls eine Ausbildung aufnehmen, ihre Suche war jedoch nicht erfolgreich, wodurch sie zunächst ohne Ausbildung beruflich tätig wurden. Sie gestalten diese von ihnen als Übergangszeit wahrgenommene Phase, indem sie berufliche Erfahrungen und Qualifikationen erwerben, die sie auf die angestrebte Berufsausbildung vorbereiten.

Drei der sechs jungen Erwachsenen haben ihre begonnene Ausbildung nach wenigen Monaten abgebrochen oder die Ausbildungsstelle gewechselt. Sie möchten möglichst schnell eine Anschlussbeschäftigung oder -ausbildung finden und entscheiden sich nach einer kurzen Orientierungsphase für die Altenpflege. Die Wahl wird zunächst pragmatisch begründet zum Beispiel durch eine relative Nähe zum vorherigen Berufsfeld, einer als einfacher eingeschätzten Berufsschule oder finanziellen Aspekten. Retrospektiv stehen vor allem idealistische und altruistische Aspekte, die der Arbeit in der Pflege zugeschrieben werden, im Vordergrund. Auch bei den anderen Personen, die in der Lagerlogistik tätig sind, sind es vor allem pragmatische Gründe wie die Möglichkeiten, die eine international tätige Firma bietet, und Gelegenheitsstrukturen, die diese Entscheidung begünstigen. In Verbindung damit steht auch die starke Zeit- und Zukunftsorientierung, die sich bei den

jungen Erwachsenen zeigt. Handlungen und Entscheidungen werden häufig nach diesen Maßstäben beurteilt und ausgewählt. So werden beispielsweise Aspirationen, die nicht unmittelbar verwirklicht werden können, nicht verworfen, sondern in die Zukunft verschoben, um sie zu einem späteren Zeitpunkt realisieren zu können.

Zusammenfassend wird der erreichte deutsche Schulabschluss als Chance und Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten bezüglich der beschriebenen mehrfachen Übergänge im Zusammenhang von ‚emerging adulthood‘, Fluchterfahrung und beruflicher Qualifizierung gesehen, die ihnen aufgrund der Fluchtmigration zuvor verwehrt geblieben wären. Ein zentraler Aspekt ist dabei auch die Erlangung und Wahrnehmung von individueller Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Berufswahl, -motive sowie Ausbildungswechsel, um so selbstständig und -verantwortlich ihren Lebens- und Bildungsverlauf trotz vorhandener struktureller Barrieren zu gestalten.

5. Fazit

Die Gestaltung der Übergänge von jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration wurde durch ein qualitatives Längsschnittdesign herausgearbeitet. Hinsichtlich des Bildungskontextes spielen zum einen die Gruppenzusammensetzung und zum anderen die Rolle der Lehrenden eine wichtige Rolle, da sie die verschiedenen und mehrfachen Übergänge vorbereiten, begleiten und als ‚Gatekeeper‘ unterstützen. Darüber hinaus wurden die Berufsorientierung und -motive beschrieben sowie die Berufswahl nachgezeichnet. Es zeigt sich, dass Ausbildungen im Bereich der Lagerlogistik und Altenpflege vor allem aus pragmatischen Gründen wie zeitlichen und finanziellen Aspekten gewählt werden. Daneben wird dies auch mit weniger anspruchsvoll wahrgenommenen schulischen Voraussetzungen in Verbindung gebracht. Als Beispiel dienen hierbei ebenso die Ausbildungswechsel und -abbrüche. Das Bildungsprojekt und die Übergänge werden als Chance und Möglichkeitsraum wahrgenommen, um Zugänge und Handlungsfähigkeit (wieder) zu erlangen sowie Übergänge im Kontext struktureller Barrieren wie durch die Fluchtmigration selbstbestimmt zu gestalten. Somit stärkt das Bildungsprojekt zum Erwerb eines deutschen Hauptschulabschlusses die Chancengleichheit der Individuen hinsichtlich des Übergangs in adäquate Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Teilhabe, wenn die strukturellen Bedingungen wie durch Dequalifizierung und Exklusion aus dem Regelschulsystem diese sonst erschweren bzw. verhindern würden.

Übergänge sind zentrale Begriffe in der Migrationsgesellschaft und in der Betrachtung sozialer Nachhaltigkeit, da sie Zugänge und Teilhabe auf gesellschaftlicher Ebene mitbestimmen. Auf methodischer Ebene zeigt sich zudem, dass qualitative Verlaufsstudien durch die mehrmaligen Erhebungen weitreichende Erkenntnisse zu Fragen sozialer Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang bieten, da Entwicklungen und Veränderungen begleitet werden können. Übergänge und ihre Gestaltung werden qualitativ im Längsschnitt untersucht, wodurch Annahmen im Hinblick auf eine nachhaltige berufliche und soziale Integration umfassender und ganzheitlicher betrachtet werden und mehrfache Übergänge in den Blick genommen werden können. Hieran schließen sich weiterführende methodische und empirische Implikationen zu sozialer Nachhaltigkeit in der Migrationsgesellschaft wie beispielsweise der Berücksichtigung partizipativer Ansätze und der Erforschung (intergenerationaler) Bildungsaufstiege an.

Literatur

- Arnett, Jeffrey Jensen (2000): Emerging adulthood. A Theory of Development From the Late Teens Through the Twenties. In: *American Psychologist*, 55/5, S. 469-480.
- Behrens, Johann/ Rabe-Kleberg, Ursula (2000): Gatekeeping im Lebensverlauf - Wacht an Statuspassagen? Ein forschungspragmatischer Vorschlag, vier Typen von Gatekeeping aufeinander zu beziehen. In: Hoerning, E. M. (Hrsg.) (2000): *Biographische Sozialisation*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 101-135.
- Braun, Frank/ Lex, Tilly (2016): Zur beruflichen Qualifizierung von jungen Flüchtlingen. Ein Überblick. München: Deutsches Jugendinstitut e. V..
- Braunsdorf, Felix (2019): Migration in der Agenda 2030. In: *Vereinte Nationen: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen*, 4, S. 171-176.
- Brücker, Herbert/ Fendel, Tanja/ Guichard, Lucas/ Gundacker, Lidwina/ Jaschke, Philipp/ Keitra, Sekou/ Kosyakova, Yuliya/ Vallizadeh, Ehsan (2020a): Fünf Jahre „Wir schaffen das“. Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes. IAB-Forschungsbericht. Nürnberg: IAB.
- Brücker, Herbert/ Kosyakova, Yuliya/ Schuß, Eric (2020b): Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht Fortschritte. Fünf Jahre seit der Fluchtmigration 2015. IAB-Kurzbericht. Nürnberg: IAB.
- Brücker, Herbert/ Rother, Nina/ Schupp, Jürgen (2018): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016. Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht. Nürnberg: IAB.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2021): *Das Bundesamt in Zahlen 2020. Asyl, Migration und Integration*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

- Calmbach, Marc/ Edwards, James (2019): „Deutschland ist das Land der Chancen“. Berufsorientierungen junger Geflüchteter. Eine qualitative SINUS-Studie. Wiesbaden: Springer VS.
- Deutscher Bundestag (2020): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springen, Jürgen Pohl, Jörg Schneider und der Fraktion der AfD, Migrationsspezifische Unterschiede beim Ausbildungsabbruch. Drucksache 19/17072.
- Felden, Heide von (2010): Übergangsforschung in qualitativer Perspektive: Theoretische und methodische Ansätze. In: Felden, H. von/ Schiener, J. (Hrsg.) (2010): Transitionen - Übergänge vom Studium in den Beruf. Zur Verbindung von qualitativer und quantitativer Forschung. Lernweltforschung. Band 6. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-41.
- Fuchs, Marek/ Sixt, Michaela (2007): Zur Nachhaltigkeit von Bildungsaufstiegen. Soziale Vererbung von Bildungserfolgen über mehrere Generationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59/1, S. 1-29.
- Fürstenau, Sara/ Niedrig, Heike (2009): Jugend in transnationalen Räumen. Bildungslaufbahnen von Migrantenjugendlichen mit unterschiedlichen Rechtsstatus. In: Geisen, T./ Riegel, C. (Hrsg.) (2009): Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-259.
- Granato, Mona (2017): Bildungsaspirationen, Bildungskapital und Qualifizierungsbedarfe (junger) Geflüchteter. In: Granato, M./ Neises, F. (Hrsg.) (2017): Geflüchtete und berufliche Bildung. Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Band 187. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, S. 25-34.
- Granato, Mona/ Neises, Frank (2017): Fluchtmigration und berufliche Bildung. In: Granato, M./ Neises, F. (Hrsg.): Geflüchtete und berufliche Bildung. Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Band 187. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, S. 6-10.
- Granato, Mona/ Neises, Frank/ Bethschneider, Monika/ Garbe-Emden, Birgit/ Junggeburth, Christoph/ Prakopchyk, Yuliya/ Raskoop, Kornelia (2016): Wege zur Integration von jungen Geflüchteten in die berufliche Bildung - Stärken der dualen Berufsausbildung in Deutschland nutzen. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Helfferrich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hollstein, Betina (2007): Sozialkapital und Statuspassagen – Die Rolle von institutionellen Gatekeepern bei der Aktivierung von Netzwerkressourcen. In: Lüdicke, J./ Diewald, M. (Hrsg.) (2007): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-83.
- Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2016): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- King, Vera (2005): Adoleszenz und Migration – eine verdoppelte Migrationsanforderung. In: Bründl, P./ Kogan, I. (Hrsg.) (2005): Kindheit jenseits von Trauma und Fremdheit. Psychoanalytische Erkundungen von Migrationschicksalen im Kindes- und Jugendalter. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag, S. 30-51.

- Klingemann, Hans D./ Mochmann, Ekkehard (1975): Sekundäranalyse. In: van Koolwijk, J./ Wicken-Mayser, M. (Hrsg.) (1975): *Techniken der empirischen Sozialforschung*. München: R. Oldenbourg Verlag, S. 178-194.
- Konietzka, Dirk (2010): *Zeiten des Übergangs. Sozialer Wandel des Übergangs in das Erwachsenenalter*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kruse, Jan (2015): *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kühn, Thomas/ Witzel, Andreas (2000): Biographiegestaltung junger Fachkräfte in den ersten Berufsjahren. Methodologische Leitlinien und Herausforderungen im Zuge einer qualitativ-prospektiven Längsschnittstudie. In: *Forum: Qualitative Sozialforschung*, 1/2, S. 1-11.
- Lichtwardt, Nina Theresa (2016): *Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf. Junge Frauen mit Migrationshintergrund zwischen Anpassung und Distanzierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Matthes, Stephanie/ Dionisius, Regina/ Neises, Frank (2018): *Weniger Geflüchtete im Übergangsbereich, mehr in Berufsausbildung? Welche Hinweise liefern amtliche Statistiken?* Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Medjedović, Irena (2020): Qualitative Sekundäranalyse. In: Mey, G./ Mruck, K. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Band 2: Designs und Verfahren. Springer Reference Psychologie. Wiesbaden: Springer, S. 1-17.
- Misoch, Sabina (2015): *Qualitative Interviews*. Berlin, München, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Motzek-Öz, Sina/ Westphal, Manuela (2019): Bildungsteilhabe von jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung - Potenziale, Herausforderungen und Grenzen von zivilgesellschaftlichen, sozialräumlichen Projekten. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): *Zwischenräume – Sozialraumentwicklung in der Migrationsgesellschaft*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 61-80.
- Probst, Vanessa (2021): *Übergänge im Kontext beruflicher Qualifizierung und Fluchtmigration. Eine qualitative Verlaufsstudie am Beispiel eines außerschulischen Bildungsprojektes für junge Erwachsene mit Fluchterfahrung*. Masterarbeit (unveröff.), Universität Kassel.
- Scherr, Albert/ Janz, Caroline/ Müller, Stefan (2015): *Diskriminierung in der beruflichen Bildung. Wie migrantische Jugendliche bei der Lehrstellenvergabe benachteiligt werden*. Wiesbaden: Springer VS.
- Scheu, Tobias/ Schmidtke, Julia/ Volkert, Jürgen (2020): „Ich brauche gute Arbeit. Nicht einfache Arbeit, aber gute Arbeit“ – Bedeutung, Hürden und Einflussfaktoren der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter aus Sicht von Geflüchteten und Jobcentern. In: *Z'Flucht*, 4/2, S. 181-212.
- Schroeder, Joachim/ Seukwa, Louis Henri (2018): Bildungsbiografien: (Dis-)Kontinuitäten im Übergang. In: Dewitz, N. von/ Terhart, H./ Massumi, M. (Hrsg.) (2018): *Neuzuwanderung und Bildung. Eine interdisziplinäre Perspektive auf Übergänge in das deutsche Bildungssystem*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 141-157.
- Siouti, Irini (2018): *Migration und Biographie*. In: Lutz, H./ Schiebel, M./ Tuiider, E. (Hrsg.): *Handbuch Biographieforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 223-231.

- Skrobanek, Jan (2015): Ethnisierung von Ungleichheit. Disparitäten, Benachteiligungswahrnehmung und Selbstethnisierungsprozesse im Übergang Schule-Ausbildung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Spangenberg, Joachim H. (2003): Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland. In: UTOPIE kreativ, 153/154, S. 649-661.
- Statistisches Bundesamt (2021): Migrationsstruktur und Demografie der Schutzsuchenden nach Regionen und Herkunftsländern. Migrationsstruktur der Schutzsuchenden am 31.12.2020. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-schutzsuchende-migrationsstruktur-demografie-staatsangehoerigkeiten.html;jsessionid=5DABE52672C69294BCC847A792B5C071.live722> [letzter Zugriff: 24.04.2022].
- Stauber, Barbara/ Walther, Andreas (2013): Junge Erwachsene - eine Lebenslage des Übergangs? In: Schröer, W./ Stauber, B./ Walther, A. / Böhnisch, L./ Lenz, K. (Hrsg.) (2013): Handbuch Übergänge. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 270-290.
- Stöbe-Blossey, Sybille/ Köhling, Karola/ Hackstein, Philipp/ Ruth, Marina (2019): Integration durch Bildung als Kooperationsaufgabe. Potenziale vorbeugender Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer VS.
- Wacker, Rahel/ Held, Josef (2018): Junge Geflüchtete im doppelten Übergang. In: Ceylan, R./ Ottersbach, M./ Wiedemann, P. (Hrsg.) (2018): Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation. Wiesbaden: Springer VS, S. 243-256.
- Walther, Andreas (2014): Übergänge im Lebenslauf zwischen Standardisierung und Entstandardisierung. In: Hof, C./ Meuth, M./ Walther, A. (Hrsg.) (2014): Pädagogik der Übergänge. Übergänge in Lebenslauf und Biografie als Anlässe und Bezugspunkte von Erziehung, Bildung und Hilfe. Übergangs- und Bewältigungsforschung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 14-36.
- Walther, Andreas (2020): Meritokratie, Gate-Keeper und Bildungsentscheidungen: Reproduktion von Ungleichheit durch die Herstellung von Übergängen. In: Thiersch, S./ Silkenbeumer, M./ Labede, J. (Hrsg.) (2020): Individualisierte Übergänge. Aufstiege, Abstiege und Umstiege im Bildungssystem. Wiesbaden: Springer VS, S. 61-85.
- Walther, Andreas/ Stauber, Barbara (2013): Übergänge im Lebenslauf. In: Schröer, W./Stauber, B./Walther, A./Böhnisch, L./Lenz, K. (Hrsg.) (2013): Handbuch Übergänge. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 23-43.
- Wehking, Katharina (2020a): Berufswahl und Fluchtmigration. Berufspragmatismus geflüchteter Jugendlicher in Berufsvorbereitungsklassen. Wiesbaden: Springer VS.
- Wehking, Katharina (2020b): Geflüchtete Jugendliche zwischen subjektiven Bildungsorientierungen und gesellschaftlich begrenzten Berufsoptionen. In: Hermes, M./ Lotze, M. (Hrsg.) (2020): Bildungsorientierungen. Theoretische Reflexionen und empirische Erkundungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 163-185.
- Wingens, Matthias (2020): Soziologische Lebenslaufforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Wingens, Matthias/ Valk, Helga de/ Windzio, Michael/ Aybek, Can (2011): The Sociological Life Course Approach and Research on Migration und Integration.

- In: Wingens, M./ Windzio, M./ Valk, H. de/ Aybek, C. (Hrsg.) (2011): A Life-Course Perspective on Migration and Integration. Dordrecht, Heidelberg, London, New York: Springer, S. 1-26.
- Winkler, Oliver (2017): Aufstiege und Abstiege im Bildungsverlauf. Eine empirische Untersuchung zur Öffnung von Bildungswegen. Wiesbaden: Springer VS.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum: Qualitative Sozialforschung, 1/1, S. 1-22.
- Witzel, Andreas (2020): Qualitative Längsschnittstudien. In: Mey, G./ Mruck, K. (Hrsg.) (2020): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren. Springer Reference Psychologie. Wiesbaden: Springer, S. 59-77.
- Zimmermann, Friedrich M. (2016): Was ist Nachhaltigkeit - eine Perspektivenfrage? In: Zimmermann, F. M. (Hrsg.) (2016): Nachhaltigkeit wofür? Von Chancen und Herausforderungen für eine nachhaltige Zukunft. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 1-24.

Autor*innenverzeichnis

Monika Alisch, Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin. Professorin für Sozialplanung, Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit an der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen. Leiterin des „Centre of Research for Society and Sustainability CeSSt“ der Hochschule Fulda. Leitung des Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit. Forschungsgebiete: Sozialraum, Migration und alternde Gesellschaft, partizipative Forschung, Kleinstadtforschung.

Peter Engert, M.A. Soziale Arbeit im Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation, Leiter des Referats Wissenschaft & Kommunikation am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain in Wiesbaden. Schwerpunkte in Forschung und Hochschule sind Netzwerke und soziale Netzwerkanalysen, Sozialraumforschung und Transformationen, Migration und Internationalisierung, SDG's und Wissenschaftskommunikation sowie Digitalisierung und KI in Studium und Lehre. Doktorand am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit.

Anke Freuwört, M.A., Sozialwissenschaftlerin. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Soziologie, bis Juni 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel, Institut für Sozialwesen. Promovendin an der Universität Kassel. Forschungsgebiete: Migration, Demokratie und politische Partizipation, qualitative Sozialforschung, Migrant*innenorganisationen und Beiräte.

Jonas Hufeisen, M.A. Soziale Arbeit im Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation, seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschung und Lehre im Regionalen Innovationszentrum Gesundheit und Lebensqualität (RIGL-Fulda) der Hochschule Fulda. Forschungsgebiete: Migration, Zivilgesellschaft, Integrationspolitik, Netzwerk- und Sozialraumforschung. Doktorand am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit.

Martha Kleist M.A., Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Diversität und Forschung. Doktorandin am bayrischen Promotionskolleg „Zeichen der Zeit lesen“. Stipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung. Forschungsgebiete: Flucht*Migration, Resettlement, Behinderung, Intersektionalität.

Franziska Korn, M.A. Migration und Diversität. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel, Institut für Sozialwesen, Fachgebiet Sozialisation mit dem Schwerpunkt Migration und interkulturelle Bildung

und bis Januar 2023 Projektreferentin bei der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Promovendin an der Universität Kassel. Forschungsgebiete: Fluchtmigration, Familie, Kindertageseinrichtungen und frühkindliche Bildung.

Olga Kytidou, M.A., Europäische Studien und internationale Beziehungen, Promovendin an der Universität Kassel und an der HAW Hamburg, Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, assoziiertes Mitglied der Projektgruppe Empirische Migrationsforschung Salzburg (PREMISA). Forschungsgebiete: Migration, NGOs, EU Politik, politische Bildung, soziale Nachhaltigkeit, qualitative und quantitative Forschung.

Jiayin Li-Gottwald, Dr. phil, M.A. in Management; M.A. in Educational Studies. Promotion am Institute of Education, University College London. Post-Doc an der Universität Kassel, Institut für Sozialwesen bis Oktober 2023. Seit 2021 Habilitandin an der Universität Kassel, Thema: Transnationalität, Interkulturalität und Familienerziehung im Kontext sozialer Ungleichheit in Familien mit chinesischem/n Elternteil/en. Forschungsgebiete: Migration, Erziehung, Kommunikation, Interkulturellen Studien, qualitative Sozialforschung, Ethnographie.

Tatevik Mamajanyan, Sozial- und Kulturwissenschaftlerin (M.A.). Doktorandin am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Entwicklungsprojekt GoIn zur Digitalisierung der Lehre an der Hochschule Fulda. Bis 2021 Mitarbeiterin im Praxisforschungsprojekt DIWAN – Dialogprozesse und Wanderausstellung zum gelingenden Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Forschungsgebiete: Flucht und Migration, soziale Ungleichheit, Rekonstruktive Prozess- und Figurationsanalyse.

Saumya Pant, Dr. phil., M.A. Management Studies. Promotion am FB Humanwissenschaften, Fachgebiet Sozialisation mit Schwerpunkt Migration und interkulturelle Bildung, Universität Kassel. Die Dissertation befasste sich mit den Erfahrungen, Erwartungen und *Struggles* hochqualifizierter Migrantinnen in Deutschland. Seit Juli 2022 wissenschaftliche Angestellte im Projekt 'A Bridge between Internationalization and Gender - BIG' an der Universität Bremen. Arbeitsgebiete: Chancengleichheit, Internationalisierung und Gender.

Vanessa Probst, M.A. Soziologie und BA Soziale Arbeit. Projektleiterin bei BiSI – Bildung und Soziale Innovation gGmbH, Kassel. Forschungs-/Arbeitsgebiete: Kulturelle Mehrfachzugehörigkeiten, berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration im Kontext von Migration und Flucht, qualitative Forschungsmethoden

Khulud Sharif-Ali, M.A. Bildungswissenschaften, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin. Doktorandin am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit. Bis 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Forschungsgebiete: Geschlechterforschung, Flucht und Migration, Intersektionalitätsforschung.

Jens Vogler, Dr. phil., M.A. Psychosoziale Beratung und Recht, Dipl. Sozialpädagoge. Von 2018 bis 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter im „Verbundforschungsprojekt ProZiS – Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext“. Zum Wandel professioneller und zivilgesellschaftlicher Sozialer Arbeit durch Zuwanderung am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. 2022 Abschluss der Promotion am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit, Postdok am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda; Forschungsgebiete: Professionelles Handeln, Migration und freiwilliges Engagement.

Manuela Westphal, Dr. phil., Dipl. Erziehungswissenschaften, Professorin für Sozialisation mit Schwerpunkt Migration und interkulturelle Bildung an der Universität Kassel. Mitglied u.a. im Forschungsverbund für Sozialrecht und Sozialpolitik der Hochschule Fulda und Universität Kassel. Forschungsgebiete: Familie, Elternschaft, Transnationalität, Intersektionalität und Teilhabe.

Alexandra Zein, M.A. Soziale Arbeit im Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain, Doktorandin am Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit. Forschungsschwerpunkte: Beratung, Gesundheit und Lebensbewältigung und sozialräumliche Soziale Arbeit.

In der Diskussion um Nachhaltigkeit als Ziel einer großen Transformation werden Migration, Flucht und ihre Ursachen meist nur indirekt angesprochen. Doch sie sind Ausdruck globaler und nicht-nachhaltiger Entwicklungen. Transformation bedeutet daher auch, Migration nicht als Krisenphänomen zu verstehen, sondern als dauerhaft und gesellschaftlich nachhaltig relevant. Soziale Arbeit kann hier einen wichtigen Beitrag leisten: Sie erkennt, bearbeitet und bewältigt soziale Probleme. Der Band versammelt Erkenntnisse aus Forschungsprojekten, die eine subjektive und partizipative Perspektive auf Spannungsfelder von Transformation einnehmen. Die Autor*innen formulieren Erfordernisse institutioneller Transformation und setzen sich kritisch mit Ansätzen transformativer Bildungsforschung auseinander.

Die Herausgeberinnen:

Prof. Dr. habil. Monika Alisch, Professorin für Sozialraumbezogene Soziale Arbeit / Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Manuela Westphal, Professorin für Sozialisation mit dem Schwerpunkt Migration und interkultureller Bildung am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel

ISBN 978-3-8474-2745-2



www.budrich.de